

Helmut Martens

Zeitenwende

**Die Krise unseres demokratischen Projekts
der Moderne, Putins Krieg und die Suche
nach dem ‚Notausgang‘**

Inhaltsverzeichnis:

- 1. Am Ende des ‚Weiter-so‘ – doch wie ‚von hier an anders‘? Eine Einleitung**
- 2. Der Traum vom ewigen Fortschritt. Zur Kritik des herrschenden Fortschrittsparadigmas**
 - 2.1. Im Zeichen multipler Krisenentwicklungen vor der Herausforderung zu einer ökosozialen Transformation
 - 2.2. Nach dem *Ende des Fortschritts* Perspektiven für eine *Große Transformation*?
 - 2.3. Was bleibt nach dem *Ende des Fortschritts* und den enttäuschten Hoffnungen des Marxismus?
 - 2.4. Schlussbemerkung
- 3. Klassengesellschaftlichkeit, Klassen- und Herrschaftsanalyse und die *Politik der Rackets*. Reflexionen im Anschluss an den Racket-Ansatz von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno**
 - 3.1. Einleitung
 - 3.2. Soziale Spaltungsprozesse und Klassengesellschaftlichkeit
 - 3.3. Das Racket-Konzept als analytisches Angebot
 - 3.4. Die Politik der Rackets heute – Analyse herrschaftlicher Praxis auf der Höhe unserer Zeit?
 - 3.5. Abschließende Thesen
- 4. Demokratie und Transformation nach Corona - 18 Thesen im Kontext einer philosophisch-literarischen Reflexion**
 - 4.1. Neue Allianzen für eine „große Transformation“?
 - 4.2. Immense Herausforderungen und Corona als (letzte) Chance?
 - 4.3. Neue Allianzen als mögliche Impulsgeber der „großen Transformation“
 - 4.4. Krisen als Brennspeigel ihrer Zeit – die Corona-Krise als Risiko und Chance – 18 Thesen
 - 4.5. Das Neue ist immer der unwahrscheinliche Fall, aber es ist möglich – eine Schlussbemerkung
- 5. Im Angesicht der Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne**
 - 5.1. Die Demokratie und der drohende Ausnahmezustand – eine Einleitung
 - 5.2. Grundlagen, Erfolge und Grenzen der repräsentativen Demokratie –
 - 5.3. oder: der demokratische Volkskörper und seine parlamentarische Doppelung
 - 5.4. Gegen die naive Fortschrittsgläubigkeit unserer Zeit
 - 5.5. Den Kampf um den öffentlichen Raum neu aufnehmen

- 5.6. Instrumente der Manipulation und emanzipatorisches Potenzial
- 5.7. Präfaschistische Autokratien oder neuer demokratischer Aufbruch
- 5.8. Schlussbemerkung

6. Aufbruch aus einer neuen politischen Topographie heraus

- 6.1. Nach der Wahl auf dem Boden der Tatsachen angekommen
- 6.2. Wie stellt sich die Lage nach der Wahl dar?
- 6.3. Welche Aussichten könnten sich eröffnen?
- 6.4. Es geht um nicht weniger als um ein kleines Wunder im Raum der Politik
- 6.5. Ein Wunder im Raum der Politik ohne Aktivierung der zivilgesellschaftlichen Akteure?
- 6.6. Vorläufig schlussfolgernde Bemerkungen
- 6.7. Statt einer Zusammenfassung zehn Thesen

7. Zeitenwende – Putins Angriffskrieg, das Ende geopolitischer Denkschablonen und die Herausforderung, dies alles zu verstehen

- 7.1. Zeitenwende
- 7.2. Ratlos in der Eiszeit? Putins Krieg, fatale Logiken alten geopolitischen Denkens, neue Blickwinkel
- 7.3. Anstöße zum Weiterdenken
- 7.4. Sechs Monate nach Beginn des Krieges – Versuch einiger Thesen angesichts der prinzipiellen Nichtbeherrschbarkeit eines Krieges
- 7.5. Schlussbemerkung

8. Nachbemerkung

1. Am Ende des ‚Weiter-so‘ – doch wie ‚von hier an anders‘? Eine Einleitung

I.

In der jüngeren Vergangenheit ging es in den hierzulande prägenden gesellschafts-politische Debatten um multiple Krisenentwicklungen, denen wir uns gegenübersehen. Sie sind geführt worden im Feld einer sozialwissenschaftlicher Teilöffentlichkeit, in einem Grenzbereich von anwendungsorientierter politiknaher Wissenschaft und Politik bis hin zur Klimabewegung und einer politischen Linken, die gegenwärtig deutlich geschwächt erscheint. Es ist um ökonomische, soziale, politische und ökologische Krisenentwicklungen gegangen, die sich zunehmend vor uns auftürmen - getrieben von einem weiteren Voranschreiten eines im neoliberalen Geist forcierten, entfesselten Globalisierungsprozesses, dessen Wurzeln in einer Moderne liegen, die in den Staaten der *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft*, um diesen von Hannah Arendt verwendeten Begriff zu verwenden, ihren Ausgang genommen hat. Eine deutliche erste krisenhafte Zuspitzung war die Weltfinanzkrise von 2008. Das Wort von der Zeitenwende ist damals von verschiedenen wissenschaftlichen Beobachtern und bis in die politischen Parteien hinein für kurze Zeit verwendet worden,¹ dann aber rasch wieder verschwunden. Unsere liberalen repräsentativen Demokratien, sind aus europäischer Aufklärung und industrieller Revolution heraus entstanden. Sie haben unsere Welt ökonomisch und wissenschaftlich-technisch entscheidend geprägt. Die ungeheure Dynamik dieser Entwicklung folgt aus den ökonomisch treibenden Marktkräften eines Kapitalismus, der *ein einzigartiges System der Marktabhängigkeit ist, das andauernd in einer Weise und in einem Grad expandieren muss, wie es mit keiner anderen Gesellschaftsform vergleichbar ist* (Wood 2015, 115),

Angesichts einer mittlerweile unübersehbar drohenden Klimakatastrophe erscheinen heute in unserer einen Welt die Herausforderungen der öko-sozialen Transformation besonders drängend. Sandrine Dixson-Declève, eine der zwei Präsidentinnen des Club of Rome, reitet *längst nicht mehr auf dem alten Mantra von den Grenzen des Wachstums herum, sondern fordert sehr beherzt einen Systemwandel* (Kreye 2022). Ganz offenkundig sind die Berührungspunkte zu Klaus Dörres (2021 und 2022) Forderungen nach einem *Übergang zu nachhaltiger Qualitätsproduktion, der ohne den Bruch mit Produktionsabläufen, die primär von Märkten und Konsumenten her konzipiert werden, nicht durchzusetzen* sein wird (Dörre 2022, 23). Dass es zugleich wachsende, unbewältigte ökonomische Instabilitäten, soziale Spaltungsprozesse und auch eine politische Krise der westlichen Demokratien gibt und dass mit der Implosion des vermeintlich einmal real existiert habenden Sozialismus keineswegs *das Ende der Geschichte* erreicht worden ist (Fukuyama 1989/92) – in dem Sinne dass die Herausforderungen einer hegelmарxistischen Geschichtsmetaphysik sich erledigt hatten – ist denen, die innerhalb der oben umrissenen Teilöffentlichkeiten kommuni-

¹ Siehe zur damaligen Debatte u.a. die Beiträge von Jürgen Habermas 2008 oder Ralf Dahrendorf 2009, oder auch meinen Blick auf die damalige Debatte – verknüpft mit dem aus den Diskussionen im Forum Neue Politik der Arbeit seit 2005 verwendeten Begriff des *Epochenbruchs* - in Martens 2010, 27-43, insb. S. 31f.

zieren, seit langem klar. Aber die Grundstimmung der gesellschaftlich geprägten Erwartungen der Menschen ist doch immer noch die eines weiteren Fortschreitens.

Ein wissenschaftlich technischer und sozialer Fortschritt im Selbstlauf würde das vielleicht nicht sein. Auch war für viele kaum mehr von der Hand zu weisen, dass es für die eigenen Kinder, mindestens zunächst einmal, um die Sicherung des erreichten Wohlstandsniveaus gehen würde. Aber die Vorstellung, dass es immer noch um einen Fortschritt gehen werde, den wir schon irgendwie hinbekommen würden, wurde bisher nicht wirklich erschüttert. Die bedrohlichen ökologischen Krisenentwicklung schienen dem gewohnten Optimismus eines in sein Gelingen verliebten Politikbetriebs nichts anhaben zu können. Die Erwartungen weiteren wissenschaftlichen Fortschritts und eine irgendwie tief in den westlichen Gesellschaftlichen verwurzelte Überzeugung, letztlich doch mit allen Herausforderungen zurecht kommen zu können, prägt noch immer die Vorstellungswelt der Menschen. Neben den amerikanischen Traum, der immer noch nicht verblasst ist, ist sogar ein ganz ähnlicher Chinesischer Traum vom wachsenden Wohlstand für alle hinzugetreten. Die frappierende Ähnlichkeit solcher Träume, trotz Alleinherrschaft einer sich kommunistisch nennenden Partei, mag der Vorstellung Nahrung gegeben haben, letztlich werde, nahezu ohne weiteres politisches ‚Zutun‘, Wandel durch Handel möglich werden.

Gewiss: in anderen Teilen der früher einmal so genannten ‚dritten Welt‘ gab und gibt es weiterhin Kriege. Aber die sind weit weg. Sie haben uns Europäer nicht allzu sehr betroffen (gemacht) – bis in ihrer Folge, und zum Teil auch in der der ökologischen Krisenentwicklungen die wachsenden Flüchtlingsströme auf dieser Welt immerhin in kleinen Ausläufern auch in Europa und Nordamerika zu verspüren gewesen sind. Auch hat es kaum jemanden beunruhigt, dass in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, mit Ausnahme im Wesentlichen nur der baltischen Staaten, wenig von der Dynamik einer ökonomischen Entwicklung hier bei uns zu spüren gewesen ist. Politisch und ökonomisch stand dort eben die Kontinuität alter Eliten und Herrschaftsformen der Entfaltung einer freien Marktwirtschaft entgegen. Hier bei uns hingegen sind die alten Zukunftsversprechen in neuer Gestalt immer wieder beschworen worden - jedenfalls angesichts ihrer mehr oder weniger wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung. Zuletzt ist uns deren Modernisierung, die die Einzelnen zugleich fordern und fördern solle, im Zeichen der einer weiter fortschreitenden Digitalisierung und Subjektivierung von Arbeit verheißen worden. Unbestreitbare Friktionen und Probleme würden sich mit der Zeit schon erledigen, hat man gedacht – hier bei uns und draußen in der Welt. Der Markt würde es schon richten. ‚Wandel durch Handel‘: das war ja auch zu Zeiten der Entspannungspolitik der 1970er Jahre - im Verhältnis zum früheren Ostblock, einem aus heutiger Sicht vermeintlich einmal existiert habenden realen Sozialismus – richtig und erfolgreich gewesen. Damals allerdings im Rahmen eines politisch gestalteten Konzepts. Gegenüber den Ländern des ‚real existierenden Sozialismus.‘

Allerdings, ich bin ein alter 68er und mir fällt dazu stets ein Bonmot Rudi Dutschkes ein, der einmal gesagt hat, am ‚real existierenden Sozialismus‘, möge ja alles real

sein, ganz sicher aber nicht der Sozialismus. Immerhin, die frühere Sowjetunion war defensiv aufgestellt. Wandel durch Handel ist ihr gegenüber möglich gewesen. Das ist historisch belegt. Daran wurde später im Verhältnis zu den autokratischen Regimen und neuen Oligarchen, die sich aus den alten Eliten heraus in den meisten Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion formiert hatten, festgehalten - oder auch gegenüber einer nominalkommunistischen Einparteien-Diktatur, die China in staatlich kontrollierter Form für den kapitalistischen Weltmarkt geöffnet hat. Dem Wachstumszwang kapitalistischer Ökonomie entsprach das. Die Geschäfte liefen gut. Die dank neuer Technologien auf zunehmend entfesselten Märkten forcierte Globalisierung konnte uns Bürger*innen in den ‚fortgeschrittenen‘ westlichen Gesellschaften als großes Zukunftsversprechen ‚verkauft‘ werden und auch so erscheinen. Die in ihrem Fortgang wachsenden sozialen Spaltungsprozesse mit drohenden Spannungen in unseren ‚fortgeschrittenen‘ westlichen Demokratien selbst galten unseren wirtschaftlichen und politischen Eliten als beherrschbar. Die politische Ökonomie der Erwerbsarbeit ließ sie kaum massive soziale Konflikte befürchten. Die alte sozialistische Arbeiterbewegung befand sich schließlich seit langem mehr oder weniger in Auflösung.

Sicherlich. Die ökologischen Herausforderungen sind bei all dem vor unseren Augen immens angewachsen – und sie wurden politisch immer wieder weitgehend ignoriert. Irgendwann haben wir dann gemerkt, dass die Politik des ‚Weiter-so‘ irgendwie in eine Sackgasse führen müsste. Eine neue Jugendbewegung, die sich mit „fridays for future“ erstaunlich dynamisch dagegen entwickelt hat, hat den herrschenden Politikbetrieb überrascht. Unser jetziger Finanzminister zum Beispiel, hat die demonstrierenden Schüler zunächst aufgefordert, lieber zur Schule zu gehen, und das politische Geschäft den Profis zu überlassen. Doch eine gut informierte und immer heftiger demonstrierende Jugend hat rasch große Sympathien auf sich gezogen. Zugleich hat sie bei manchen das Vertrauen gestärkt, dass in unseren offenen Demokratien des Westens, und letztlich dann auch in China ein Prozess des Umdenkens und Umsteuerns schon in Gang kommen würde. An Russland, nun eher ein Nachzügler des ökonomischen Fortschritts, wurde da weniger gedacht. Bei den allermeisten unter uns blieb dies aber wohl mit der Erwartung verbunden, das eigene Leben im Wesentlichen schon in den gewohnten Bahnen weiterleben zu können. Man würde eben auf das Elektroauto umsteigen, im Übrigen aber sicherlich auf alternative Energien oder auch moderne energiesparende Technologien zugreifen können. Dass die jährlich regenerierbaren Ressourcen unseres Planeten in der Regel mit den Sommermonaten, so irgendwann im August, verbraucht waren, wurde nur bedingt wahrgenommen.

Unser Fortschrittsglaube ist uns also im Grunde seit dem Ende des letzten ‚großen Krieges‘ bis auf den Tag ziemlich fest erhalten geblieben. Erst das Udenkbare, ein neuer Angriffskrieg, mitten in Europa, taucht plötzlich alles in ein anderes Licht. Mit der Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz vom, 27.02. 2022 ist der Begriff der *Zeitenwende* wieder in aller Munde – und er wird dieses Mal wohl kaum so rasch aus den öffentlichen Debatten verschwinden, wie das 2008 der Fall gewesen ist. Was nun darunter genau zu verstehen sein soll, wird allerdings noch mancher klärender Debatten bedürfen. Angesichts der ökologischen Krise, die immer noch in ei-

ne Klimakatastrophe zu münden droht – und der Corona-Pandemie, die als eine andere Erscheinungsform ökologischer Krisenentwicklungen zu verstehen ist – und nun der dramatischen Verschärfung der Lage durch diesen Angriffskrieg trifft der Begriff die aktuelle Lage, und unsere Befindlichkeiten in ihr, jedenfalls ziemlich gut. Schockstarre ist angesichts des Überfalls auf die Ukraine für kurze Zeit zu beobachten gewesen – und seither laufen die Debatten heiß. Schriftsteller wie Durs Grünbein (2022), erinnern an Walter Benjamins Geschichtsphilosophische Thesen und konstatieren. *Nichts berechtigt uns zur Hoffnung*. Ein Sozialwissenschaftler wie Klaus Dörre (2022, 19f), unverändert Vordenker im Blick auf Wege, den Herausforderungen einer sozial-ökologischen Transformation gerecht werden zu können, erinnert an das Exterminismus-Konzept des marxistischen Historikers E.P. Thompson. Als Friedensaktivist hat der zu Zeiten der Hochrüstung während des kalten Krieges mit diesem Begriff einen *Drang zur Auslöschung* bezeichnet, *gleichbedeutend mit dem letzten Stadium menschlicher Zivilisation*.

So wenig die westlichen Politiker sich bis zuletzt haben vorstellen können, dass Wladimir Putin diesen Angriffskrieg wirklich beginnen würde, so sehr sind sie offenbar doch darauf vorbereitet gewesen, im Falle des Eintritts des Undenkbaren unmittelbar und mit bemerkenswerter Konsequenz und Bestimmtheit zu reagieren. Sie haben eben bis zuletzt Gespräche mit Putin geführt, sich darüber und über die stetigen Warnungen US-Amerikanischer Geheimdienste ausgetauscht. Ganz anders sind die Reaktionen in der politischen Öffentlichkeit ausgefallen. Das Erschrecken über die Zeitenwende ist nicht selten mit einer vor allem gesinnungsethischen Parteinahme für die unter Putins brutalem Angriffskrieg leidende ukrainische Bevölkerung verknüpft gewesen. Und für einen differenzierenden Blick auf die politischen Verhältnisse in der Ukraine selbst - bekanntlich ja auch ein durch oligarchische Strukturen und Korruption geprägter Nachfolgestaat der Sowjetunion – gab es nun praktisch keinerlei Spielraum mehr. In solcher Lage eine entschlossene und zugleich besonnene verantwortungsethisch geleitete Politik neu zu entwickeln, ist für unsere Berufspolitiker alles andere als einfach. Wer vor sich selbst ehrlich ist, wird einräumen, dass er nicht gerne mit ihnen getauscht hätte. Deutlich anders sind die Reaktionen auf Seiten der Politiker, die nun nicht unmittelbar in der Verantwortung stehen. Aus meiner Sicht ist hier vielfach ein hohes Maß an Besonnenheit angesichts der Infragestellung langjähriger, fast selbstverständlich gewordener politischer Muster zu beobachten. Es sind die Muster, die zum Beispiel unter Überschriften gestanden haben, wie: 'Wandel durch Handel', fortgesetzte 'Entspannungspolitik', beharrliche Fortsetzung von friedens- und abrüstungspolitischen Anstrengungen, Mobilisierung und Nutzung aller Ressourcen für die unumgängliche öko-soziale Transformation in unserer einen Welt.

Ich denke, man liegt nicht falsch, wenn man konstatiert, dass vor allem die politische Linke hochgradig verunsichert, und faktisch auch geschwächt, ist, während die Klimabewegung in Gestalt von fridays for future trotzig gegen den russischen Angriffskrieg demonstriert, einen Importstop für russisches Erdöl, aber auch Erdgas fordert und sich ausgesprochen kritisch gegen nun steigende Rüstungsausgaben wendet, die in neue Rüstungsspiralen münden könnten. Insgesamt aber sehen wir uns vielen

offenen Fragen gegenüber: Grundüberzeugungen bisheriger Politik stehen in Frage und wie nun die eigentliche Herausforderung der Zeit angegangen werden kann, nämlich die ökosoziale Transformation, die eine Abkehr von den fossilen Energien ermöglicht, wirft viele Fragen auf.

II.

Welchen Stellenwert kann ich vor einem solchen Hintergrund für dieses Buch beanspruchen, das ich bis zum März 2022 überhaupt nicht geplant, dann in weniger als zwei Wochen zusammengestellt und geschrieben danach in zwei Anläufen vergeblich verschiedenen größeren Verlagen angeboten und nun schließlich auf meiner Homepage eingestellt habe?

Ich bin als sein Autor von meiner sozial- und politikwissenschaftlichen Profession her vor allem mit Fragen beschäftigt, bei denen es um eine neue Politik der Arbeit im Zeichen der Digitalisierung und Subjektivierung von Arbeit und im Hinblick auf neue Möglichkeiten zu deren Demokratisierung geht. In den letzten Jahren habe ich mich vornehmlich mit dem Stellenwert dieser Fragen im Zusammenhang mit den Herausforderungen zu einer öko-sozialen Transformation beschäftigt. Dem Lauf der Ereignisse folgend sind seit 2020 zusätzlich die Folgen der Corona-Krise für die abhängig Beschäftigten in den Vordergrund meines Interesses gerückt. Mit meinen arbeitsforscherischen und –politischen Schwerpunkten habe ich mich seit dem Ende meiner Erwerbstätigkeit - als empirischer Arbeitsforscher an einem anwendungs- und politiknah orientierten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut - zunehmend als freier Publizist auseinandergesetzt. Unvermeidlicher Weise sind meine Vernetzungen aus der Zeit meiner Berufstätigkeit zunehmend weniger ausgeprägt. Mein ehrenamtliches gewerkschaftliches Engagement ist rückläufig. Ich bin zwar im *Forum Neue Politik der Arbeit*, einer Dialogplattform zwischen Gewerkschaftern und gewerkschaftsnahen Wissenschaftlern, die ich selbst vor ca. 20 Jahren einmal mit initiiert habe, weiter hin aktiv geblieben. Aber ich habe mich aus Steuerungsfunktionen in dem Verein, der diese Initiative trägt, mittlerweile zurückgezogen.

Mit weiter wachsender Distanz zu meinen früheren Forschungsfeldern wende ich mich zudem zunehmend philosophischen und literarischen Themen zu. Ich habe, mittlerweile bereits mehr als zehn Jahre nach dem Ende meiner Erwerbsbiographie, in einer sehr bewusst angegangenen zweiten Phase meines ‚Unruhestandes‘ damit begonnen, Schwerpunkte meiner Arbeit neu zu setzen. Seit einigen Jahren bin ich zunehmend auch als literarisch Schreibender aktiv. Ich habe dafür im *LiteraturRaum DortmundRuhr* in meiner Heimatstadt Dortmund neue Kontakte und Inspirationen gesucht und gefunden. Gegenwärtig befinde mich so gewissermaßen in einem Übergang, der auch altersbedingt ist. Der, und meine publizistische Arbeit, bei der ich v. a. bei einigen politischen Zeitschriften erfolgreich bin, hat mich aber zugleich dazu veranlasst, mein (arbeits)politisches Engagement jedenfalls zu so etwas wie einem Abschluss zu bringen – nicht wirklich, denn ganz aufgeben wollte und will ich es auch

weiterhin nicht. Es geht also eher um ein neuerliches Zwischenresümee, das mich immerhin halbwegs zufriedenstellt.

Im Zuge dieser Bemühungen habe im letzten Jahr eine Reihe von Essays und Aufsätzen zu aktuellen arbeitspolitischen, aber auch anderen politischen Entwicklungen geschrieben, von denen ich mehrere nicht nur auf meiner Homepage, sondern auch in Zeitschriften veröffentlicht habe. Solche Texte aus dem Zeitraum vom Januar 2021 bis zum März 2022 liegen allen sechs Kapiteln dieses Buches zugrunde. Drei davon sind in einer politischen Zeitschrift veröffentlicht worden. Meist sind diesen Zeitschriftenveröffentlichungen längere Essayfassungen vorausgegangen, die ich auf meiner Homepage eingestellt habe.

Erst die *Zeitenwende*, die nun die immens großen Herausforderungen unserer Gegenwart noch einmal in ein neues Licht taucht, wahrscheinlich Hoffnungen zerstört und vielen vermutlich nur wenig Anlass gibt, angesichts von nochmals dramatisch verschärften krisenhaften Zuspitzungen neue Chancen zu entdecken, hat zu der Idee für diese Buch geführt. Ich denke, es kommt alles darauf an, (1) die Lage, in die wir geraten sind, angemessen verstehen, (2) die verschiedenen Facetten der multiplen Krisenentwicklungen, mit denen wir es seit längerem zu tun haben, nochmals neu und unvoreingenommen in den Blick nehmen und (3) die bedrohlichen Entwicklungsszenarien gründlich zu durchdenken, die nun durch die Frage von Krieg und Frieden und einen drohenden neuen kalten Krieg nochmals massiv verschärft worden sind. Nur so kann es möglich werden, die tiefe Krise, der wir uns nun gegenübersehen, nicht nur als wirklich beunruhigende Bedrohung, sondern zugleich auch als neue Herausforderung und Chance zu begreifen. Es gilt sich klar zu machen, dass Zukunft prinzipiell immer offen ist. Wir können sie uns praktisch öffnen, wenn wir uns nicht in Ohnmachtzirkeln oder in einem Labyrinth verlaufen, die oder das wir in jedem Fall selbst geschaffen haben. Am Anfang muss eine nüchterne Analyse stehen. Dazu möchte ich mit diesem Buch einen Beitrag leisten. Es soll zum Weiterdenken anregen.

Ich glaube zu wenig an die Vernunft noch an irgendeine Philosophie der Weltgeschichte, um mich dem Fortschritt zu verschreiben. Doch ich glaube wenigstens daran, dass sich die Menschen über ihr Schicksal immer bewusster geworden sind. Wir haben unsere Lage keineswegs überwunden, aber wir erkennen sie besser. Wir wissen uns in Widersprüche verstrickt, doch wir wissen auch, dass wir diese Widersprüche ablehnen und alles daran setzen müssen, sie zu verringern. Unsere Lebensaufgabe besteht darin, jene Formeln zu finden, die die grenzenlose Angst der Freien mildern. Wir müssen das Zerrissene zusammenfügen, einer so offensichtlich ungerechten Welt die Vorstellung der Gerechtigkeit wiederbringen und den vom Unheil des Jahrhunderts vergifteten Völkern die Bedeutung des Glücks neu schenken. Es ist dies natürlich eine übermenschliche Aufgabe. Doch man nennt jene Aufgaben übermenschlich, die den Menschen lange Zeit kosten, sie zu erfüllen. Das ist alles.

Albert Camus

2. Der Traum vom ewigen Fortschritt. Zur Kritik des herrschenden Fortschrittsparadigmas

2.1. Im Zeichen multipler Krisenentwicklungen vor der Herausforderung zu einer ökosozialen Transformation

Multiple Krisenentwicklungen die sich zu immer größeren Problemwolken auf türmen², prägen derzeit die gesellschaftspolitischen Debatten. Die Corona-Pandemie, näher betrachtet selbst Teil der menschengemachten ökologischen Krisenentwicklungen, hat im Jahr 2020 alles Andere überlagert. Aber die drohende Klimakatastrophe bleibt unabweisbar. Spätestens mit den Präsidentschaftswahlen 2020 in den USA ist zudem unübersehbar geworden, dass wir uns einer tiefgreifenden Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne gegenübersehen (Martens 2021a u. b). Seit Februar dieses Jahres schließlich sehen wir uns mit Putins Angriffskrieg auf die Ukraine mit einer Zeitenwende konfrontiert. Dieser letztlich aus nationalistischen und rückwärtsgewandten Motiven heraus begonnene Krieg konfrontiert unsere ach so fortschrittsgläubige Welt, jenseits aller sicherheitspolitischen Herausforderungen, die er mit sich bringt, mit einer weiteren Katastrophe mit gewaltiger gesellschaftspolitischer Sprengkraft. Sie wird absehbar mit weiteren, womöglich größeren Wohlstands- und Substanzverlusten verbunden sein, als dies die Coronakrise schon gewesen ist. Auch sie werden voraussichtlich die Menschen in den weniger entwickelten, armen Ländern dieser Erde stärker treffen. Aber sie werden auch an den Staaten der EU nicht vorbeigehen. Der Eindruck könnte verstärkt werden, dass ein Ende des Fortschritts erreicht ist. Klar scheint jedenfalls, dass es nun nochmals schwieriger wird, gegen all diese Krisenentwicklungen an erfolgreich Fortschritt zu wagen.

² Das Bild der sich zunehmend höher auftürmenden Problemwolken hat zuerst Karl Georg Zinn (2015) im Zuge seiner ökonomischen Analyse des Endes der industriellen Wachstumsdynamik geprägt.

Dieser Aufsatz ist vor dem Ausbruch dieses Krieges konzipiert und geschrieben worden. Die ökologischen Krisenentwicklungen und die drohende Klimakatastrophe und die deshalb gebotene ökosoziale Transformation sowie die inneren Krisenentwicklungen unseres demokratischen Projekts der Moderne waren wichtige Impulse dazu, ihn zu schreiben. Diese Fokussierung zu verändern und den Aufsatz aus aktuellem Anlass thematisch deutlich zu erweitern, macht wenig Sinn. Die absehbaren ökonomischen Folgen der Zeitenwende, die zusätzlichen Herausforderungen, vielleicht aber sogar auch neue Chancen dieser Entwicklung sollen nicht sein Gegenstand sein. Ich setze mich damit im Schlusskapitel dieses Buches auseinander. Hier konzentriere ich mich auf den ursprünglichen Ausgangspunkt und Kern meiner Überlegungen zur Kritik des unser Denken beherrschenden Fortschrittsparadigmas.

Womöglich letztlich ‚dank‘ der Corona-Pandemie wurde Donald Trump abgewählt. Doch der ‚Trumpismus‘ bleibt uns erhalten. Und die neue US-Regierung ist, wie ihre Vorgängerin auch, mit der für sie bedrohlichen Aussicht auf einen Niedergang der globalen US-amerikanischen Vorherrschaft konfrontiert. Schon 2004 hat der Weltsystemanalytiker Immanuel Wallerstein die Frage nach dem *Sinkflug oder Absturz des Adlers* gestellt. Die Volksrepublik China, kulturell gänzlich anders geprägt als unsere *atlantische Zivilisationsgemeinschaft*, von der Hannah Arendt (1974, 278) als der *vermutlich letzten Chance abendländischer Kultur gesprochen hat* - erscheint als neu aufsteigende Weltmacht. Putin schließlich versucht durch seinen Krieg Russland als zu alter ‚Herrlichkeit‘ zurückgeführte dritte Weltmacht ‚im Spiel zu halten‘. Chinas Aufstieg vollzieht sich zu einer Zeit, die in den Ländern der Triade von einem Ende der industriellen Wachstumsdynamik geprägt ist, die die Dynamik der Moderne über zwei Jahrhunderte und mehrere lange Wellen der Konjunktur hinweg geprägt hat. Spätestens seit der Weltfinanzkrise von 2008 schiebt das neoliberale Projekt nicht wirklich bewältigte ökonomische Krisenprozesse vor sich her, nehmen soziale Spaltungsprozesse zu - nicht nur global, sondern auch in den einzelnen Staaten der atlantischen Zivilisationsgemeinschaft. Und im Kontext all dieser Entwicklungen erleben wir anwachsende geopolitische Konfliktpotenziale - zwischen den beiden aktuell um ihren Platz streitenden Weltmächten, einer dadurch relativ ‚zurückgesetzten‘ dritten früheren, mehreren Schwellenländern, die als Regionalmächte ihre jeweiligen Einflussphären zu festigen trachten, und schließlich einer Europäischen Union, die sich angesichts all dieser ‚Machtspiele‘ bislang außerordentlich schwer damit tut, ihre Rolle zu finden.³ Erst die jüngsten Entwicklungen scheinen hier einen deutlichen Veränderungsimpuls auszulösen..

Im nationalstaatlichen Rahmen, dann aber auch im Blick auf die EU, hat sich vor solchem Hintergrund vor zwei Jahren die Frage gestellt, ob die Corona-Krise nicht auch Chancen für einen neuen Impuls in Richtung auf eine ökosoziale Transformation er-

³ Jürgen Habermas (2014) hat im Zusammenhang seiner sehr kritischen Sicht auf die politische Entwicklung der EU davon gesprochen, dass sie ihre mögliche weltpolitische Rolle schlicht verfehle. Zu meiner Auseinandersetzung mit seiner damaligen Position und der Debatte, die sie in der Zeitschrift *Leviathan* ausgelöst hat, siehe Martens (2016a, 44-67).

öffnen kann.⁴ Mit unterschiedlicher Gewichtung geht es in entsprechenden Debatten um die aktive Beteiligung der Wirtschaftsbürger*innen am politischen Prozess einer transformatorischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht nur der ‚klassische‘ Raum politischer Öffentlichkeit, sondern auch die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft müssen dafür als bedeutsam erachtet werden.⁵ Die Schulung und Entfaltung politischer Urteilskraft im Hinblick auf eine sozialere Gestaltung einer Gesellschaft ist jedoch noch einmal eine hinzukommende Herausforderung, an der weiter gearbeitet werden muss. Unsere eine Welt ist so komplex geworden ist, dass durchaus mit guten Gründen von systemisch gewordenen Prozessen gesprochen wird. In solche Prozesse nachhaltig verändernd einzugreifen, ist eine immense Herausforderung. Ihr gerecht zu werden ist nur über Veränderungen im politischen Prozess der Gesellschaft vorstellbar, die auch das aktive Handeln der Bürger*innen fordern und fördern und sich dazu für längere tentative Such- und Lernprozesse öffnen. Und dann geht es nicht einfach um neue Allianzen für alternative öko-soziale Handlungsansätze. Nein, dann stellt sich grundlegende die Frage nach dem guten Leben. Dann geht es um die Überprüfung herrschender, institutionell befestigter Leitideen. Dann stellt sich die Frage nach neuen mittel- und längerfristigen Perspektiven, die der herrschende Politikbetrieb in den letzten Jahrzehnten kaum mehr aufgeworfen hat. Unversehens landet man so bei dem unser Denken beherrschenden Fortschrittsparadigma.

Dies ist, grob skizziert, der Rahmen, innerhalb dessen sich die Frage nach einer Krise des Fortschrittsparadigmas stellt, das spätestens seit der europäischen Aufklärung von der atlantischen Zivilisationsgemeinschaft, die sich darüber herausgebildet hat, global durchgesetzt worden ist. Denn es ist nach wie vor dieses Fortschrittsparadigma, das unser Denken beherrscht und so als eine weiterhin treibende Kraft der aktuell krisenbetroffenen globalen Entwicklungsdynamiken wirksam ist. Man kann den Fragen, die sich so stellen, sozialwissenschaftlich nachgehen. Doch man wird rasch bemerken, dass es hier auch eines neuen philosophischen Nach-Denkens bedarf.

2.2. Nach dem *Ende des Fortschritts* Perspektiven für eine *Große Transformation*?

Es geht angesichts der gegenwärtigen Krisenentwicklungen um Nachhaltigkeit – und zwar nicht nur in der ökologischen, sondern auch in ihrer ökonomischen, sozialen und politisch-institutionellen Dimension. Die Frage lautet, ob wir Menschen aus die-

⁴ Siehe z. B. die Online-Tagung *Transformation und Demokratie* am 15. 01. 2020. Siehe meinen Tagungsbericht (Martens 2021c).

⁵ Schon ‚diesseits‘ möglicher und unumgänglicher transformatorischer Prozesse ist die Kooperation der Arbeitenden unverzichtbar. Das weiß man gut belegt aus der neueren empirischen Forschung (Martens/Dechmann 2010, Haipeter/Dörre 2011, Katenkamp u.a. 2018). Über deren Stärkung mittels erweiterter und institutionell befestigter demokratischer Rechte aber könnte das Laien-Expertenwissen der abhängig Beschäftigten viel systematischer erschlossen werden.

ser krisenhaften Zeit heraus aufbrechen können – zu einem Neubeginn in unserer uns als ganze nie zugänglichen Welt⁶ - oder ob wir nur versuchen wollen, zurückzufinden zu jener alten, selbstgesetzten Ordnung die den meisten unter uns so normal erscheint. Frieder O. Wolf (2002) argumentiert im Blick auf die multiplen Krisenprozesse, denen wir uns gegenübersehen, grundlegend herrschaftskritisch. Der soziale Prozess in dem sich unsere Geschichte bislang vollzogen hat, ist ihm zufolge ein zutiefst herrschaftlicher. Die Zivilisationen, die wir Menschen bisher hervorgebracht haben, waren, und sind immer noch dadurch geprägt. Es gibt in ihnen vielfältige Formen der Über- und Unterordnung – nicht nur in der privatrechtlich verfassten Sphäre von Arbeit und Wirtschaft. Sie sind gekennzeichnet durch ein herrschaftliches Naturverhältnis und zugleich zutiefst patriarchal im Verhältnis der Geschlechter. Und auch unsere repräsentative Demokratie ist eine Herrschaftsordnung, wenn auch, wie Winston Churchill einmal formuliert hat, die beste unter allen schlechten. Der technisch-wissenschaftliche Fortschritt, so wie er heute im Zeichen unserer von den *Naturwissenschaften* zu einer *Universalwissenschaft* fortgeschrittenen Wissensfortschritte (Arendt 2002,522ff) in diese soziale Entwicklung gleichsam eingeschrieben ist, erscheint Vielen als vorläufiger Gipfelpunkt einer langen Entwicklungsgeschichte – mit ungeheuren Möglichkeiten, die erst noch vor uns liegen. Es ist eine Minderheitenposition, die hier von einem *losgelassenen Verzehrungsprozess* spricht, wie Hannah Arendt (2002, 522ff) dies schon in den 1950er Jahren getan hat, ohne damit wissenschaftsfeindlich zu werden. Dass wir heute allerdings mit wissenschaftlich fundierten Gründen vom möglichen Ende unseres Anthropozän sprechen, gibt ihrer These wachsendes Gewicht. Diskutieren müssten wir daher über neue Leitbilder nach dem Ende einer *Fortschrittsgläubigkeit*, die ein Kind des bürgerlichen 19. Jahrhunderts ist.

Der Aufstieg der Moderne ist auf das engste mit der Durchsetzung wissenschaftlicher Weltbilder verknüpft. Spätestens seit der zweiten industriellen Revolution werden bestimmte technologische Errungenschaften geradezu zu Symbolen eines im Kern technisch induzierten Fortschritts. Das ist gut belegt für die erweiterten Anwendungen der Dampfmaschine oder die Durchsetzung des Elektromotors, also frühe Visionen, an die mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Fortschrittsmythen der Arbeiterbewegung geknüpft werden. *Der Aufschwung der Weltkultur geht Hand in Hand mit dem Aufschwung der Maschinenindustrie* lautet ein Leitsatz, der sich zu Zeiten des Aufschwungs der deutschen Arbeiterbewegung bis 1914 in der Mitgliederzeitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes findet; und insbesondere die in der Lokomotive verkörperte Dampfmaschine ist das immer wieder anzutreffende Fortschrittssymbol der *Neuen Zeit*.⁷ Nach dem zweiten Weltkrieg gilt ähnliches für erste Erwartungen der Nutzung der Atomenergie *im Dienste des Friedens*, oder kurz darauf die Eroberung des Weltraums. Zu Beginn der 1950er Jahre findet man zum Beispiel Vorstellungen von atomgetriebenen Eisenbahnen, die in baldiger Zukunft den amerikanischen Kontinent durchqueren sollen.

⁶ Zu dieser erkenntnistheoretisch einigermaßen grundlegenden These eines philosophischen *neuen Realismus* siehe Arbeiten von Markus Gabriel (2015a und b und 2020).

⁷ Zitiert nach R. Martens 1988, 186 ff und 239.

Kritisch informativ im Hinblick auf ältere Visionen für das zu Ende gegangene zwanzigste und weiter im Blick auf das begonnene 21. Jahrhundert. ist in dieser Hinsicht die von Angela und Karlheinz Steinmüller (1999) verfasste *Chronik der Zukunft*.⁸ Auch nach den Kriegen und Krisen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts - und nachdem das Manhattanprojekt als bis dahin größtes wissenschaftliches Forschungsprojekt überhaupt das immense Zerstörungspotential der modernen Physik zur Wirklichkeit gebracht und zur Bedrohung menschlicher Lebenswelt gemacht hat – haben wissenschaftlich-technisch fundierten Fortschrittsvorstellungen nahezu ungebrochen das Denken der Menschen von neuem beherrscht. Die Technikutopien der 1950er und 1960er Jahre legen davon hinreichend Zeugnis ab.

Zunehmend geht es seither nicht mehr darum, die Gegenstände wissenschaftlicher Forschung besser zu erkennen oder zu vermessen, sondern aus ihnen etwas zu machen (Arendt 2002)⁹, uns also die Natur herrschaftlich zu unterwerfen. Damit gelangt man zur Kritik der Fortschrittsmythen unserer Zeit, zu den *Elixieren der Wissenschaft* (Enzensberger 2002); und Elixiere sind Zaubersäfte.¹⁰ Geht man so auf diese Anfänge zurück, führt das zu der für manche sicherlich immer noch ernüchternden Erkenntnis, dass eben diese Fortschrittsmythen, die mit dem Aufstieg des Bürgertums im 19. Jahrhundert das Erbe der Religion angetreten haben, auch für die seinerzeit schärfste Kritik einer im Geist des Kapitalismus forcierten Industrialisierung folgenreich gewesen sind. Aus der wissenschaftlich wohlfundierten Analyse des Kapitalverhältnisses, das die seitherige gesellschaftliche Entwicklung prägt, ist so schon früh ein *prophetischer Marxismus* geworden, eine Art messianischer Ideologie. Walter Benjamin hat in der *Fortschrittsgläubigkeit* der Arbeiterbewegung deren größte Schwäche erkannt¹¹ und Albert Camus (2016, 259ff) hat ihren *prophetischen Mar-*

⁸ Zu den zuvor genannten Beispielen siehe dort die Seiten 157f und 163f. Beide betonen, dass es ungleich leichter ist, sich im Zeichen jeweils angekündigter oder erwarteter neuer technischer Möglichkeiten bildhafte Vorstellungen zu machen. Das arbeite neuen Technikvisionen sehr viel leichter zu, als solchen von gesellschaftlichen Fortschritten. Ein begeisterndes, visionäres Bild von einer nachhaltigen Gesellschaft zu zeichnen sei schwierig. Bei technischen Visionen von der Erschließung neuer Energiequellen über die Entwicklung künstlicher Intelligenz bis hin zur Eroberung des Weltraums stelle sich das ganz anders dar: *Nimmt man die ‚Strahlkraft‘ als Maßstab, können sich soziale Visionen nur schwer neben technischen behaupten. Vision – oder in altertümlichem Deutsch ‚Gesicht‘ – bedeutet ja etwas Bildhaftes, Sichtbares; ohne Veranschaulichung ist eine Vision nichts wert. Bildmaterial zu neuen Verkehrsmitteln oder zu 100geschossigen Wohnmaschinen quillt aus fast jeder Wühlkiste – aber suchen sie mal nach geeigneten Veranschaulichungen zu einer ‚unentfremdeten Gesellschaft‘! Oder fragen sie mal im Antiquariat: Haben sie ein Werk mit hübschen Bildern zu einer ‚nachhaltigen Lebensweise‘ (a. A.O. 16f).*

⁹ Arendt (2002, 547) schreibt in ihrem Denktagebuch: *Ad Wahrheit: Die endlos wiederholte Banalität, dass die Neuzeit mit der Frage Wie? die Frage Warum? ersetzt, hat immerhin eine Berechtigung, wenn man versteht, dass hier nicht ein neuer Wahrheitsbegriff auftaucht, sondern ein (neues?) Desinteresse an Wahrheit: Ich will nicht wissen, warum etwas ist, und auch nicht, wie es zustande kam, sondern: Wie kann ich <etwas> machen?*

¹⁰ Zu Enzensberger (2002) siehe auch meinen Essay zu *wissenschaftlichem und sozialem Fortschritt* aus dem Jahr 2015 (www.drhelmuitmartens.de).

¹¹ Michael Löwy (1997, 557) bezeichnet Benjamin als den *ersten historischen Materialisten, der radikal mit der Fortschrittsideologie bricht*. Zu seinen *Geschichtsphilosophischen Thesen* siehe Marie Gagnebin 2011 oder auch Otto K. Werkmeister 1981.

xismus um die Mitte des 20. Jahrhunderts zutreffend und mit äußerster Schärfe kritisiert. Marx habe, so schreibt er, *die gültigste kritische Methode mit dem anfechtbarsten utopischen Messianismus vermischt* (a. a. O.246f).

Die Arbeiterbewegung des ausgehenden neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts zielte auf grundlegende Alternativen im Vertrauen auf die Versprechen eines technisch-wissenschaftlichen Fortschritts, der von ihr nie grundlegend in Frage gestellt worden ist. Für unsere daraus hervorgegangenen Gewerkschaften heute geht es um dessen Einhegung *unter Beteiligung der Belegschaften und (um) die ‚Dekarbonisierung‘ der Energieversorgung (wobei auch die durch die zuständigen Gewerkschaften möglichst wirksam gebremst wird)*. Man zielt auf eine *neue Epoche industriellen Wirtschaftens, mit der der ‚technische Fortschritt‘ der Digitalisierung und eine neue Phase der Globalisierung zusammenfallen*, zitiert Wolfgang Neef (2021, 47) den Beschluss *Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft* der IG Metall. Das jüngste *Jahrbuch Gute Arbeit 2021. Demokratie in der Arbeit* (Schmitz/Urban 2021) wirft im Anschluss an eine aktuelle, ziemlich radikale philosophische und wissenschaftliche Debatte zu Arbeit und Demokratie die Frage nach deren Verhältnis durchaus grundlegend und radikal auf. Weiter geht es dann aber unter dem Stichwort Transformation um die stärker beteiligungsorientierte und einer wirklichen Mitbestimmung unterworfenen Bewältigung der Veränderungen der Arbeitswelt im Zeichen der nächsten Welle der Digitalisierung. Das ist zweifellos wichtig, verbleibt aber letztlich ganz im Rahmen des herrschenden Fortschrittsparadigmas.

Das war, wie Wolfgang Neef (2021,46) argumentiert, in den 1980er Jahren schon einmal etwas anders.¹² Damals sei *Konversion*, ausgehend von der Rüstungsindustrie, noch ein bedeutsames gewerkschaftliches Thema gewesen. Man habe das auf andere Branchen ausgeweitet und *führende Kolleg*innen der IG Metall, Betriebsräte und viele organisierte Ingenieur*innen hätten seinerzeit über die Beziehungen der Gewerkschaften zu den ökologisch-sozialen Bewegungen bis hin zu einer tiefgreifende(n) Veränderung der Paradigmen der kapitalistisch geformten ‚Moderne‘* diskutiert. Man mag streiten können, ob ein solcher Blick zurück ein wenig nostalgisch geschönt ist. Doch wer nach der Weltfinanzkrise bei dem Kurswechsellkongress der IG Metall dabei gewesen ist (IG Metall 2013), der Ende 2012 schon wieder vom China-Boom der deutschen Automobilindustrie überlagert war, mag sich erinnern, dass der Journalist, der das Auftaktpodium moderiert hat, gleich zu Beginn seine Überraschung darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass ausgerechnet die Gewerkschaften hier im Verein mit dem BUND auch die ökologische Dimension eines solchen Kurswechsels zum Thema machen würden. Er hat mit seiner Überraschung und Skepsis nicht so falsch gelegen.

¹² Es erscheint mir bemerkenswert, dass er im Kontext der aktuellen Debatten um die ökologischen Krisendrohungen einen Autor wie Otto Ullrich in der Zeitschrift *Sozialismus* (2/2021, 48-51) mit einem Aufsatz aus dem Jahr 2011 neu Erinnerung ruft, der seinerzeit unter dem Titel *Leitbilder nach dem Ende des Fortschritts* erschienen ist.

Im *Jahrbuch Gute Arbeit 2021* wird eine *große Transformation* im Grunde nur in einem Beitrag von Detlef Hensche wirklich offensiv aufgegriffen. Für ihn geht es bei *Klimaschutz und demokratischem Umbau um den Nerv unserer sozialen Existenz* – und er schreibt weiter, *der Begriff der Transformation klinge eher wie eine euphemistische Umschreibung der existenziellen Dramatik* (a. a. O.112). Für die im aktuellen Tagesgeschehen stehenden Repräsentanten unserer zu Institutionen der lebendigen Arbeit gewordenen Gewerkschaften ist es hingegen, so Wolfgang Neef (a. a. O. 47), *schwer zu verkraften*, dass man mit einem technisch-industriellen Fortschritt, der, *fossil angetrieben, 200 Jahre lang so beeindruckend funktioniert hat, auf dem Planeten an Grenzen stößt und inzwischen die eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören droht*.

2.3. Was bleibt nach dem Ende des Fortschritts und den enttäuschten Hoffnungen des Marxismus?

Vorstellungen eines sozialen Fortschritts, die in geschichtsphilosophische Konzepte eingebettet gewesen sind, kann man heute mit vielen guten Gründen als erledigt ansehen. Michel Foucault hat über sein breit rezipiertes Werk gesagt, seine Bücher seien allenfalls *philosophische Bruchstücke in historischen Werkstätten* (Ewald u.a. 1987, 48). Man könnte sagen, dass seine Arbeiten zum *Zusammenhang von Subjektivierung, Wahrheit und Macht*¹³ der geschichtlichen Offenheit seines Gegenstandes entsprechend auf jeden Anspruch einer auf Geschlossenheit zielenden Theorie verzichten

Für Albert Camus (2016, 253), ist das Fortschrittsdenken, ja der Fortschrittsmythos, wie er in *Der Mensch in der Revolte* schreibt *bürgerlichen Ursprungs*. Im mittelmeerischen Denken des großen literarischen Philosophen und philosophischen Literaten führt das zu einer scharfen Kritik jeglicher Geschichtsphilosophie. Zugleich aber fordert er die bewusste Auseinandersetzung mit der geschichtlichen Entwicklung, aus der heraus wir geworden sind. In seinem Mittelmeeressay *Prometheus in der Hölle* (1957) sieht er die Menschen seiner Zeit aus der Hölle des zweiten Weltkrieges noch immer nicht herausgekommen und schreibt:

Der heutige Mensch hat seine Geschichte gewählt, und er konnte und sollte sich nicht von ihr abwenden. Aber statt sie sich untertan zu machen, lässt er sich Tag für Tag mehr in die Knechtschaft drängen. Hier verrät er Prometheus, diesen Sohn ‚mit dem kühnen Gedanken und dem leichten Herzen‘. Hier kehrt er zurück zum menschlichen Elend, daraus Prometheus ihn retten wollte. „Sie sahen, ohne zu sehen, sie hörten, ohne zu hören, den Gestalten des Traumes gleich“...(a. a. O. 49).

¹³ Siehe unter diesem Titel meine Auseinandersetzung mit seinem Denken (Martens 2020, 147 - 176) sowie zu meiner Kritik des Urteils von Habermas, der in einer der frühen Rezeption seines Werks in Deutschland von einer *vernunftkritischen Destruierung der Humanwissenschaften* spricht, a. a. O. 193- 199.

Hans Magnus Enzensberger schließlich, um noch einen weiteren renommierten Autor anzuführen, äußert sich in seinen *Elixieren der Wissenschaft* in gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive u.a. mit einer sehr bissigen Bemerkung. Er schreibt, es scheine *nach wie vor (...) zu gelten, dass es Jahrzehnte dauert, bis im Betrieb der Gesellschaftswissenschaften der Groschen fällt* (a. a. O. 69.). Vor dem Hintergrund der Milliarden Jahre biologischer Evolution gibt er dort an anderer Stelle gegen den Machbarkeitswahn der *Adventisten der Technik* zu bedenken, dass *das jeweils Neue (...) nur als dünne Oberflächenschicht auf einer undurchsichtigen Tiefsee von latenten Möglichkeiten schwimme* (a. a. O. 251). Das mag man als eine etwas agnostische Haltung ansehen. Sie ist der des von ihm geschätzten Kopfes der radikalen Französischen Aufklärung, Denis Diderot, sehr ähnlich – und sie steht nicht im Gegensatz zum Engagement des gesellschaftspolitischen Intellektuellen. Wichtig sind Enzensberger in diesem Zusammenhang zwei Schlussfolgerungen: *Der Pessimismus (der Apokalyptiker) ist ebenso gradlinig und phantasielos wie der Optimismus, der die Fraktion des unaufhaltsamen Fortschritts auszeichne* (a. a. O. 240).

Ich würde im Kontext solcher Einschätzungen dazu neigen, dem *weltgeschichtlich (...) wesentlichen Unterschied* zwischen Hegel und Marx zuzustimmen, den Arendt 1951 in ihrem Denktagebuch festgehalten hat: Er liege darin, so hat sie geschrieben (Arendt 2002, 72),

dass Hegel seine weltgeschichtliche Betrachtung nur auf die Vergangenheit projizierte und in der Gegenwart als ihrer Vollendung ausklingen ließ, während Marx sie ‚prophetisch‘ auf die Zukunft projizierte und die Gegenwart nur als Sprungbrett verstand.

Die Zufriedenheit des preußischen Professors Hegel *mit den gegenwärtig bestehenden Zuständen* bezeichnet sie als *empörend* – und insofern sie die Gegenwart *notwendigerweise als das Ende der Geschichte begreifen musste*, auch schon als eine Diskreditierung seiner weltgeschichtlichen Betrachtung. Marxens Projektion auf die Zukunft als *Flucht aus der Logik in die Geschichte* (a. a. O. 94) hingegen nennt sie katastrophal, weil damit aus ihrer Sicht in dessen Denken eine unzureichende Reflexion auf Freiheit- und Politik verknüpft seien.¹⁴

Sozial sieht man sich also einer immer offenen Entwicklung gegenüber. Vorstellungen eines, wie auch immer aus einer inneren Logik heraus gestützten sozialen Fortschritts werden fragwürdig.¹⁵ Die Vorstellungen eines stetigen wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind hingegen weiter lebendig. Entsprechende Zukunftsvisi-

¹⁴ Arendt selbst hat ihre systematische Auseinandersetzung mit dem Werk Marxens, die sie als Versuch einer Ehrenrettung begonnen hat, abgebrochen (vgl. Kohn 2011). Im Blick auf den Marx'schen Freiheitsbegriff wirft die jüngste Analyse von Urs Marti-Brander (2018) zur *Freiheit des Karl Marx*, die diesen als *Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter* interpretiert, zumindest neue Fragen auf. Zum Politikbegriff bei Marx siehe die Analyse von Jacques Rancière (2002).

¹⁵ Siehe dazu ausführlich meine Argumentation in dem Essay, den ich parallel zu diesem Aufsatz veröffentlicht habe (Martens 2021.d).

onen prägen das Denken der Zeit. Doch ein so anerkannter Technikexperte wie Stanislaw Lem hat zur Jahrtausendwende gemeint, dass *alle Niederlagen einer Futurologie bekannt sind, die versucht hat, über eine Verallgemeinerung hinauszugehen*. Und er hat seine *Prognosen für die Zukunft der Menschheit zu Beginn des 3. Jahrtausends der Zeitrechnung* – zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt, und hier fokussiert auf die Themen Biotechnologie und künstliche Intelligenz - unter die Überschrift gestellt: *Jeder Fortschritt enthüllt unsere Ignoranz*. Zugleich gilt, dass auch bei solcher wissenschaftlich-technischen Fokussierung, das Soziale gleichsam *durch die Hintertür (...) stets wieder ins Spiel kommt*.¹⁶ Die Frage ist dann nur wie.

Für mich ist diese Frage insbesondere dort von großem Interesse, wo Sozialwissenschaftler*innen in Anknüpfung an die ökonomischen Durchbrüche, die nach meiner Überzeugung mit den wissenschaftlichen Analysen von Karl Marx überzeugend geleistet worden sind, weitergearbeitet und gedacht haben – polit-ökonomisch wissenschaftlich sozusagen mit und philosophisch gegen ihn. Hier lohnt es sich, bei dem Weltsystemanalytiker Immanuel Wallerstein anzusetzen.¹⁷ Bei ihm, sicherlich einer der intellektuell herausragenden Köpfe unter den Globalisierungskritikern der letzten Jahrzehnte, sind zwei Aspekte bemerkenswert. Das ist zum einen der Umstand, dass es ihm wichtig gewesen ist, als Weltsystemanalytiker und nicht –Theoretiker zu gelten. Das verweist auf eine skeptische Sicht gegenüber Theoriegebäuden, die aus innerer Folgerichtigkeit auf Geschlossenheit zulaufen. Michel Foucault wäre, wie schon betont, ein anderer herausragender Autor, der auf dieser Linie argumentiert (Martens 2020, 147-176). Zum anderen ist mir wichtig, dass Wallerstein nicht nur als Ökonom sondern als Sozialwissenschaftler in einem wirklich umfassenden Sinne als ausgewiesen angesehen werden muss. Immerhin hat er den Vorsitz der prominent besetzten Gulbenkian-Kommission innegehabt, die sich an eine vergleichenden Analyse der Herausbildung der Sozialwissenschaften seit dem 19. Jahrhundert in den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden gemacht hat. Er ist also multidisziplinär ausgewiesen - und die Kommission hat im Ergebnis ihrer Arbeit für nicht weniger als eine *Neustrukturierung der Sozialwissenschaften* plädiert.¹⁸

Wallerstein holt bei seinen Analysen historisch weit aus. Das *moderne Weltsystem* hat für ihn eine ca. 500-jährige Geschichte. Die Französische Revolution ist darin aus

¹⁶ So Steinmüller/Steinmüller (1999,179) Im Prolog zu den von ihnen ausgebreiteten *Zukunftsvisionen*. Folgerichtig finden sich auch bei Lem (1999) Randbemerkungen dazu, dass *Flüge in den Kosmos* uns *Erdengeschöpfen (...) erwiesenermaßen nicht dienlich* sind, sich aber weiterhin größte Anstrengungen darauf richten werden, immerhin den Mars zu erreichen, während *die völlige Abschaffung der Armut in großen Teilen der Erde warten wird*. Aber Lem ist philosophisch Schopenhauerianer und sieht uns eher *in der Höhle der Zivilisation* (Lem 1984). Sozialer Fortschritt ist sein Thema nicht.

¹⁷ Ich greife dazu auf eine Argumentation zurück, die ich schon in meinem Buch zur Refeudalisierung der Politik (Martens 2016a, 68-101) dargelegt habe.

¹⁸ Siehe dazu Wallerstein 1996. Für eine ein Jahr vor dem offiziellen Bericht erschiene Publikation hat er den pointierteren Titel *Die Sozialwissenschaften ‚kaputtdenken‘* gewählt (Wallerstein 1995).

seiner Sicht das einschneidende Ereignis, weil es die *Struktur des modernen Welt-systems verändert* hat (Wallerstein 2014, 601). Man könnte auch, mit Foucault (1971) sagen, *die Ordnung der Dinge* habe sich um sie herum grundlegend verändert - im Sinne einer neuen Denkweise im Hinblick auf *das Wissen von den Lebewesen, das Wissen von den Gesetzen der Sprache und das Wissen der ökonomischen Fakten*.¹⁹ Zunächst von der Französischen Revolution ausgehend gelangt Wallerstein über das Revolutionsjahr 1848 und dann weiter – wobei er die proletarischen Revolutionen, in den Bewegungen 1918 kulminierend, ziemlich übergeht (!) - über 1968 in die Gegenwart.

Er unterscheidet, historisch, nun wieder bis zu den Anfängen des modernen Welt-systems zurückgehend, drei große *hegemoniale Zyklen*. In ihnen waren die Vereinigten Niederlande um die Mitte des 17., das Vereinigte Königreich um die Mitte des 19. und die USA um die Mitte des 20. Jahrhundert jeweils die hegemoniale Macht (Wallerstein 2010, 3). Die Hochphase ihrer Hegemonie habe jeweils 25-50 Jahre ange-dauert. Ein *dreißigjähriger Krieg* sei jeweils vorausgegangen, und, aus ihm heraus gestärkt, habe Hegemonie immer auf ökonomischen Vorteilen basiert. Den Niedergang der US-amerikanischen Hegemonie - schon 2004 erscheint in Deutschland sein Buch über den *Absturz oder Sinkflug des Adlers* - behandelt er im Anschluss an diesen weit ausholenden Rückblick besonders ausführlich.

Weiter unterscheidet er miteinander konkurrierende dominante politische Strömungen, die sich in der Form, in der er sie skizziert, nach 1848 ausgeprägt haben. Das sind (1) ein aufgeklärter Konservatismus (prototypisch im vereinigten Königreich), (2) ein zentristischer Liberalismus und (3) die Radikalen (unter denen die *vertikal angelegten* Strömungen, 1848 und in der Folge, entweder dem Proletariat oder dem Nationalstaat die entscheidende Rolle für umstürzende Veränderungen zuwiesen. Andere Bewegungen, wie die Frauenbewegung oder minoritäre Bewegungen seien nachgeordnet geblieben. Für 1968, wie auch schon für 1848, spricht er von einer *Weltrevolution*, die die *Geokultur* verändert habe, auch wenn sie– ebenso wie die 120 Jahre zuvor - mit einer Niederlage endete. In dem eben schon erwähnten knappen Text von 2010 findet sich die folgende höchst bemerkenswerte Kennzeichnung der 1968er Bewegung. Sie ist dem Arendtschen Blick darauf durchaus verwandt²⁰:

¹⁹ So der Klappentext von Foucaults Buch.

²⁰ Arendt vergleicht und gewichtet die Revolutionsjahre 1848 und 1968 bemerkenswerter Weise recht ähnlich, wenn sie schreibt, dass spätere Generationen auf 1968 vielleicht einmal ähnlich zurückblicken würden, wie ihre Generation auf das Jahr 1948 (Blume u.a. 2020,14). Arrighi, Hopkins, Wallerstein (1989) argumentieren bereits, es habe nur zwei Weltrevolutionen gegeben. Eine fand 1848 statt, die zweite 1968. Beide scheiterten historisch. Beide transformierten die Welt. Auf dieser Linie bewegt sich Wallerstein auch hier. 1918 liegt aus seinem Blickwinkel wohl in der Zeit des letzten der dreißigjährigen Kriege und erfasst nur die europäische Großregion. Das gilt zwar auch für 1848, aber da ist Europa das Zentrum einer sich gerade herausbildenden imperialen Aufteilung der Welt. Und 1848 setzen sich – wie 120 Jahre später auch – mit der Niederlage der Revolutionen neue Formen der Legitimation und Absicherung von Herrschaft durch.

Die Weltrevolution von 1968 war ein enormer politischer Erfolg. Die Weltrevolution von 1968 war eine enorme politische Niederlage. Sie stieg wie auf wie Phönix, loderte tatsächlich sehr hell auf dem ganzen Globus und schien dann Mitte der 1970er Jahre fast überall ausgelöscht zu sein. Was ist durch dieses Buschfeuer erreicht worden? Eigentlich ganz schön viel. Der gemäßigte Liberalismus wurde von seiner Position als herrschendes Weltsystem verdrängt. Er war danach nur noch eine Alternative unter anderen. Und die Bewegungen der alten Linken konnten sich nicht länger als Motor irgendeiner Form von grundlegenden Veränderungen präsentieren. Aber der unmittelbare Triumphalismus der Revolutionäre von 1968, befreit von jeglicher Unterordnung unter den gemäßigten Liberalismus, erwies sich als oberflächlich und unhaltbar (Wallerstein 2010, 6f).

Danach zeichnet er, in der Gegenwart angekommen, für die B-Phase des Kondratieffschen Zyklus, in der wir uns aus seiner Sicht gegenwärtig befinden, die Entwicklung und Krise des neoliberalen Projekts in großen Linien nach. So kommt er über die Neo-Zapatistas, Seattle und Porto Alegre auf der einen und die Reorganisation der herrschenden Eliten über G7 und das World Economic Forum in Davos zu einer Konstellation, die er als *die Schlacht (...) zwischen dem Geist von Davos und dem Geist von Porto Alegre* bezeichnet.²¹ Sie werde *mittelfristig*, also für die kommenden 20 bis 40 Jahre die Auseinandersetzungen kennzeichnen. Das wäre, in meinen Worten, eine Schlacht zwischen den Anhängern einer neoindividualistischen, elitären *Weltanschauung*,²² wie sie unter den herrschenden Eliten dominiert, und einer entgegengesetzten Auffassung, die unterschiedliche kulturelle Lebensräume zu ihrer einander wechselseitig bereichernden Entfaltung kommen lassen will. Ganz in der Tradition der radikalen Französischen Aufklärung, wird unter diesem Blickwinkel unsere menschliche Lebenswelt verstanden als wesentlich geprägt durch eine *geteilte Wir-Intentionalität* gesellschaftlicher Individuen, die als einzige Lebewesen auf diesem Planeten zu wirklicher Kooperation und (politisch) zu Solidarität befähigt sind.²³ Es geht in dieser Schlacht, so Wallerstein weiter, um *die Suche (der herrschenden*

²¹ Siehe Wallerstein 2010, 14f. Die einen (im Lager des Geistes von Porto Alegre H. M.) *erhoffen sich eine höchst dezentralisierte Welt, in der eine vernünftige langfristige Ressourcenverteilung dem ökonomischen Wachstum vorgezogen wird und in der Innovationen möglich sind, ohne ein abgeschottetes Expertentum zu schaffen. (...) Die anderen haben) schon immer stärker auf eine Transformation von oben gesetzt, durch Kader und Spezialisten, die sich für aufgeklärter als die übrigen halten. Statt größerer Dezentralisierung streben sie ein noch stärker koordiniertes und integriertes Weltsystem an, eine formale Gleichheit ohne wirkliche Erneuerung und ohne die Geduld, einen tatsächlich universalen, aber vielfältigen Universalismus herauszubilden.*

²² Es sei hier daran erinnert, dass die Mont Pèlerin Society 1947 als internationale Akademie und Weltanschauungsgemeinschaft gegründet wurde. Wallerstein (2010, 14) unterscheidet auf ihrer Seite zwischen einer radikal elitären Strömung, ganz im Geist des frühen Neoliberalismus der 1920er Jahre, und einer zweiten, die stark leistungsorientiert denkt und Herrschaft durch weniger repressive Formen aufrechtzuerhalten sucht.

²³ Mit den Arbeiten des Hegelpreisträgers Michael Tomasello (2009), - der als Verhaltensforscher aus Sicht von Jürgen Habermas *Bohrungen an der Quelle des Geistes* vorgenommen hat – habe ich mich an anderer Stelle intensiv beschäftigt (Martens 2014b). Sie haben mich seinerzeit stark interessiert, weil sie Anregungen bieten, in der Denkrichtung der Philosophischen Anthropologie weiterzudenken.

Eliten) nach einem neuen nicht-kapitalistischen System, das dessen schlimmsten Merkmale fortführt – Hierarchie, Ausbeutung, Polarisierung“ (...) oder einem System, „das relativ demokratisch und relativ egalitär ist (620f, Hervorhebungen H. M.).

Interessant ist schließlich auch Wallersteins These, dass es heute auf eine Orientierung ankomme, die darauf ziele *die Pein zu minimieren*, was das System noch nicht verändere. Doch ergäben sich daraus die Frontlinien für eine mittelfristig zu entscheidende *Schlacht*. Weiter vertritt er die These, dass es nur relative Veränderungen geben werde, jedoch *niemals eine völlig eingeebnete Welt* (a. a. O. 621), in diesem Sinne aber immerhin *einen möglichen Fortschritt*. In ihrem Licht erscheint die These von einer mittelfristig entscheidenden Schlacht überspitzt und missverständlich. Drei Punkte sind mir im Anschluss an diesen kurzen Abriss besonders wichtig:

In Wallersteins Skizze spielt zum ersten das Denken der diversen Marxismen theoretisch keine herausgehobene Rolle. Damit meine ich: so sehr für Wallerstein ein an Marx anschließendes Verständnis der Herausbildung und Geschichte eines kapitalistischen Weltsystems und seiner ökonomischen Funktionsmechanismen kennzeichnend ist, in dem die Kunst die Völker zu plündern, ohne sie zugleich zum Aufstand zu treiben - so schon der französische Aufklärer Antoine Caritat de Condorcet – bei der Etablierung der verschiedenen *hegemonialen Zyklen* ihre Rolle spielen, so wenig denkt er in hegelmарxistischer Tradition. Und ebenso wenig setzt er auf ein durch diesen historischen Prozess ‚an sich‘ konstituiertes historisches Subjekt.²⁴ Er kennt hier keinerlei Teleologie. Dezidiert wird das im Schlussabsatz des Aufsatzes von 2010 formuliert. Es heißt da: *Und schließlich dürfen wir uns in keiner Weise dem Gefühl hingeben, die Geschichte sei auf unserer Seite, die gute Gesellschaft werde so oder so kommen. Die Geschichte ist auf der Seite von niemandem* (a. a. O. 16).

Zum zweiten gewinnt für ihn, anders als in den seit 1918 zur Herrschaft gelangten marxistischen Strömungen, der mit der Französischen Revolution eingeleitete Epochenbruch im Zeichen einer *neuen Ordnung der Dinge* unter Betonung der demokratische Frage besonderes Gewicht. Die Französische Revolution wird also *politisch* als zentraler Einschnitt behauptet. Die Forderung nach Brüderlichkeit, besser Geschwisterlichkeit der Menschen als zu Empathie begabten Wesen und die nach dem durchaus spannungsreichen Verhältnis ihrer Freiheit und Gleichheit ordnet sich der Demokratiefrage zu. Durchaus folgerichtig, spricht Wallerstein in diesem Zusammenhang von herrschenden Eliten und nicht von Klassen.²⁵ Während Dario Azzellini in seiner Analyse der neuen sozialen Protestbewegungen 2010/11 von der

²⁴ Zu meiner in diesem Punkt an A. Schmidt (1977) angelehnten Interpretation der Position von Marx selbst vgl. Martens 2014c.

²⁵ Von dieser Akzentsetzung Wallersteins ergibt sich eine unmittelbare Anknüpfung an demokratietheoretischen Fragen, wie sie seit längerem im Zentrum meiner Arbeiten stehen etwa in Auseinandersetzung mit dem Demokratieverständnis bei Helmuth Plessner und Hannah Arendt (Martens 2016, 120-149), meinen Überlegungen zu *Arbeit und Demokratie* (Martens 2020a) oder in einigen meiner jüngsten Aufsätze und Essays (Martens 2021a u. b).

Rückkehr der Klasse spricht²⁶ ist Wallerstein hier in dem Umgang mit der *Nicht-Klasse* des Proletariats bei Marx – so Jacques Rancière (2002, 100) zutreffend - vorsichtiger.

Und schließlich ist der Fortschrittsbegriff hervorzuheben, den Wallerstein benutzt. Wie oben skizziert stützt sich seine Argumentation ja auf die Analyse eines mehrhundertjährigen Prozesses der Herausbildung des heutigen Weltsystems. Aber sehr zurückhaltend spricht er in diesem Zusammenhang für unsere Gegenwart von einem *möglichen* Fortschritt“ in Gestalt *relativ* egalitärer und *relativ* demokratischer Verhältnisse.

2.4. Schlussbemerkung

Geht man auf die Anfänge unserer Moderne zurück, führt das zu der für manche sicherlich ernüchternden Erkenntnis, dass die Fortschrittsmythen, die mit dem Aufstieg des Bürgertums im 19. Jahrhundert das Erbe der Religion angetreten haben, auch für die seinerzeit schärfste Kritik einer im Geist des Kapitalismus forcierten Industrialisierung folgenreich gewesen sind. Aus der wissenschaftlich wohlfundierten Analyse des Kapitalverhältnisses, das die seitherige gesellschaftliche Entwicklung prägt, ist schon früh ein *prophetischer Marxismus* geworden, eine Art messianischer Ideologie. Walter Benjamin hat in der *Fortschrittsgläubigkeit* der Arbeiterbewegung deren größte Schwäche erkannt und Albert Camus hat, ähnlich wie Hannah Arendt ihren *prophetischen Marxismus* um die Mitte des 20. Jahrhunderts zutreffend und mit äußerster Schärfe kritisiert. Der allerdings ist schon bei Marx, dem bedeutendsten Schüler Hegels selbst angelegt, wenn er, in den Grundrissen nicht ohne Emphase von einer *ewigen Bewegung des Werdens* spricht. Und wenn heute Paul Mason (2016), in Anknüpfung an das *Maschinenfragment* in den Marxschen *Grundrissen* von einer *Transition*, nicht einer *Transformation* spricht, also von einem vorgezeichneten Übergang und nicht von einer aktiv herzustellenden anderen, nochmals neuen *Ordnung der Dinge* dann bleiben problematische geschichtsphilosophische Denkansätze unübersehbar.

Geschichtsphilosophische Vorstellungen und Träume sind zu verabschieden. Zugleich aber kommen wir nicht umhin, uns immer wieder unserer Geschichte als einer auf uns hin gerichteten Vergangenheit neu zu vergewissern, wenn wir eine Zukunft haben wollen, die wir so, zumindest in Teilen, besser gestalten können. Das Neue mag da, nach allen Gesetzen der Wahrscheinlichkeit, immer der unwahrscheinliche Fall sein. Aber es geschieht auch immer wieder. So werde deutlich, schreibt sie, *dass immer, wenn etwas Neues geschieht, es sich unerwartet, unberechenbar und letztlich kausal unerklärbar eben wie ein Wunder in den Zusammenhang berechenbarer Verläufe hineinereignet* (a. a. O. 32). Das gilt, wie sie im Weiteren betont, vom Beginn

²⁶ Azzelini (2014,508ff) lässt allerdings die Frage in der Schwebe, ob er die neu aufbrechenden sozialen Konflikte dann auch in marxistischer Tradition als Klassenkämpfe interpretiert und welchen Klassenbegriff er dazu heranziehen will.

der physikalischen Evolution an. Und folgerichtig rechnet sie deshalb auch für unsere soziale Evolution mit der Möglichkeit des *Wunders der Freiheit*, das sich im Raum der Politik ereignen, oder in ihn hineinereignen könne (a. a. O. 35). Und mit ihr gilt dann jene Emphase des Beginnens, die sie in folgende Worte gefasst hat:

Jede neue Generation, jedes neue Menschenwesen muss, indem ihm bewusst wird, dass es zwischen eine unendliche Vergangenheit und eine unendliche Zukunft gestellt ist, den Pfad des Denkens neu entdecken und ihn mühsam bahnen (Arendt 1979, 206).

Heute geht es um politisches Zusammenhandeln angesichts immer mehr kumulierender krisenhafter Herausforderungen der Zeit. Putins Angriffskrieg auf die Ukraine, aus dem Geist eines als vergangen erachteten imperialen Denkens heraus, hat unsere Lage aktuell weiter verschlimmert – kann aber auch den Blick für neue Chancen für uns in unserer einen Welt neu schärfen. Dafür ist ein Innehalten und Nachdenken unverzichtbar. Dieser Aufsatz soll dazu einen Impuls geben. Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen geben auch Grund zu Zuversicht. Arendts *Wunder der Freiheit* ist in einem institutionell verfassten Raum der Politik möglich. Es kommt darauf an, angesichts des Endes unserer unhaltbar gewordenen Fortschrittsgläubigkeit, die ein Kind des bürgerlichen 19. Jahrhunderts ist, neue Leitbilder eines anderen, sozialen Fortschreitens zu finden, Leitbilder, die die Verhältnisse, und uns in ihnen, ein wenig menschlicher und die Verhältnisse *relativ* egalitärer und *relativ* demokratischer machen könnten.

Er (Thomas Jefferson) war der einzige unter den amerikanischen Revolutionären, der den entscheidenden Fehler der neuen Republik zumindest ahnte: Sie gab zwar dem Volk die Freiheit, aber sie enthielt keinen Raum, in dem diese Freiheit nun auch wirklich ausgeübt werden konnte.

Hannah Arendt

3. Klassengesellschaftlichkeit, Klassen- und Herrschaftsanalyse und *die Politik der Rackets*. Reflexionen im Anschluss an den Racket-Ansatz von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno

3.1. Einleitung

In der Zeit ihres US-Amerikanischen sind Max Horkheimer und Theodor W. Adorno auf den Begriff der Rackets gestoßen, dort gebräuchlich für eine Gruppe, die Schutzgeld erpresst. Angesichts der Erfahrungen mit der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, mit dem Aufstieg des Faschismus und dem Stalinismus zielten sie mit diesem Begriff darauf ab, den Marxschen Klassenbegriff auf der Höhe ihrer Zeit zu reformulieren. Ihren Racket-Ansatz wollten sie zum Schlüssel für eine ‚materialistische Herrschaftstheorie‘ machen, mittels derer sie die Marxsche Klassenanalyse erweitern, zugleich aber auch relativieren wollten. Kai Lindemann (2021) greift eine jüngere akademische Debatte zu den Überlegungen der „Frankfurter“ an (Fuchshuber 2019, Bröckling 2018) auf und legt in seinem Buch *Die Politik der Rackets. Zur Praxis der herrschenden Klassen* eine Analyse vor, mit der er an den Racket-Ansatz anschließt.

Lindemann tut das aus zwei Gründen: Er möchte zum einen zeigen, dass die *Strukturfixierung* der herkömmlichen *diversen Klassentheorien* lediglich dazu dient, *verschiedene Bourgeoisien, Fraktionen und Blöcke* zu beschreiben, dass sie dabei aber *der Dynamik der Rackets in den herrschenden Klassen nicht gerecht* werde. Es geht ihm also darum, Klassenhandeln und nicht Klassenstrukturen zu analysieren. Zum anderen will er so auf der Höhe unserer Zeit, er spricht von einem *refeudalisierten Neoliberalismus* in einer ökonomisch globalisierten Welt, durch Rückgriff auf das begrifflichen Instrumentarium der ‚Frankfurter‘ aufzeigen, dass und wie Klassenherrschaft heute durchgesetzt und zugleich verschleiert wird. Es geht ihm somit um eine Kritik des Mainstreams soziologischer Theorie, der eher von systemisch verselbständigten Prozessen und deren autologischen Dynamiken ausgeht. Lindemann möchte hingegen den Blick auf das darin oder dahinter wirksame Handeln gesellschaftlicher Eliten richten. Seine Erwartung ist offenkundig, dass diese Akzentverlagerung Impulse für einen radikalen Reformismus geben kann: für neue Ansätze zu einer demokratisch legitimierten Mitsprache an ökonomischen und politischen Entscheidungsprozessen, die auf eine solidarische und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung zielen.

Sozialwissenschaftliche Debatten zum Klassenbegriff, wie sie seit einiger Zeit wieder intensiver geführt werden, stehen nicht im Zentrum meiner eigenen Arbeiten. Die sind angesichts der Krise unserer repräsentativen Demokratie vielmehr seit langem auf die Revitalisierung demokratischer Prozesse und Strukturen gerichtet. Einen besonderen Akzent habe ich auf den Zusammenhang von Arbeit und Demokratie gelegt. Aber Lindemanns Buch regt dazu an, weiter zu denken. Im Folgenden präsentiere ich weiterführende Überlegungen in vier Schritten. In Abschnitt 2 resümiere ich zunächst meine Sicht auf die Debatten um die fortschreitenden gesellschaftlichen Spaltungsprozesse und deren klassengesellschaftliche Analyse. Danach gehe ich in Abschnitt 3 auf das Racket-Konzept ein, so wie es Lindemann im Anschluss an die ‚Frankfurter‘ zur Grundlage einer theoretisch ambitionierten herrschaftskritischen Analyse nimmt. Anschließend werfe ich in Abschnitt 4 einen prüfenden Blick auf die empirischen Befunde, anhand derer er den Nutzen seines analytischen Zugriffs zeigt. Er versteht sein Buch als einen neuen Impuls, der andere zum weiteren Nachdenken anregen soll. In der Tat kann er wirklich neue Akzente in einer laufenden Debatte setzen. Allerdings macht er selbst die Einschränkung, dass er sich in seinen komprimierten Darstellungen eher auf eine idealtypische Beschreibung der Praxis der herrschenden Klassen beschränkt. Zugleich verzichtet er auf eine Auseinandersetzung mit dem geschichtsphilosophischen Hintergrund, in den die ‚Frankfurter‘ ihren Racket-Ansatz gestellt haben – und das führt zu Problemen. Ich beende dieses Kapitel mit zwölf Thesen, in denen ich meine Überlegungen nochmals zusammenfasse, zu denen mich die Auseinandersetzung mit Lindemanns Buch angeregt hat.

3.2. Soziale Spaltungsprozesse und Klassengesellschaftlichkeit

Spätestens seit dem Ausgang der 1970er Jahre ist unsere soziale Wirklichkeit durch stetig fortschreitende soziale Spaltungsprozesse gekennzeichnet. Zunehmend ist die Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analysen geworden. Autoren wie Thomas Piketty (2014 und 2018) oder Chrystia Freeland (2013) haben mit ihren Analysen des *Kapital(s) im 21. Jahrhundert* oder des *Aufstiegs einer neuen globalen Geldelite und des Abstiegs aller anderen* einen ausgeprägt kritischen Blick auf diese Entwicklung geworfen. Zwar beherrschen gegenwärtig die drohende Klimakrise und aktuell die Corona-Pandemie die Schlagzeilen. Zu verzeichnen ist aber auch, dass zusammen mit den fortschreitenden sozialen Spaltungsprozessen die Klassenfrage in sozialwissenschaftlichen Debatten wieder eine größere Rolle spielt. Mit Recht ist so in einigen jüngeren Beiträgen betont worden, dass die mit der drohenden Klimakrise aufgeworfenen Gattungsfragen nur unter Einbezug von Klassenfragen angemessen wissenschaftlich

behandelt und praktisch-politisch angegangen werden können.²⁷ Das aber wirft eine Reihe von Fragen auf.²⁸

Klaus Dörre (2017) hat sich mit durchaus überzeugenden Argumenten gegen die Tendenz gewendet, die ökologischen Herausforderungen als Gattungsfragen *jenseits von Klasse und Stand* zu thematisieren, wie das Ulrich Beck nach dem Ende der Marxrenaissance der 1970er Jahre seinerzeit nahegelegt hat. Diese Renaissance hat damals, nicht nur, aber vor allem, die Arbeits- und Industriesoziologie geprägt. Die gesellschaftlichen Spaltungs- und die multiplen, also auch die ökologischen Krisenprozesse würden, so Dörres Argumentation, durch eine konsequente Verfolgung zumeist bornierter Klasseninteressen einer kleinen, zunehmend globalen Geldelite forciert. Ihre Folgen aber trafen zuerst die Angehörigen der Unterklassen hier in den westlichen Demokratien und vor allem die ‚Verdammten dieser Erde‘ im globalen Süden. *Klimawandel und soziale Ungleichheit* sieht er deshalb *untrennbar miteinander verknüpft*. Dass eine Eindämmung des Klimawandels *in einer stagnierenden Ökonomie ohne harte soziale Auseinandersetzungen, die auch und gerade zwischen Klassen ausgetragen werden, möglich* sei, sei jedenfalls *eine mehr als unrealistische Annahme*.²⁹ Und in der Tat, mit harten sozialen Auseinandersetzungen ist schon allein deshalb zu rechnen, weil es hier um die Veränderung bestehender Herrschaftsverhältnisse gehen wird.

Zuerst sind jedoch der Klassen- und der Interessenbegriff klärungsbedürftig, die über einen klassenanalytischen Zugang ‚ins Spiel‘ gebracht werden. Dörre zieht den Klassenbegriff, wie er schreibt, Schichtungsmodellen oder distinktiven milieuanalytischen Unterscheidungen im Anschluss an Pierre Bourdieu³⁰ vor, weil er die Kausalverknüpfung der Spaltungsprozesse zwischen Arm und Reich sichtbar mache. Der Blick werde so auf die inneren ökonomischen Reproduktionslogiken kapitalistischer Ökonomien gerichtet - im Zusammenspiel mit Politiken zur Sicherung bestehender Verteilung von Reichtum, Macht und Herrschaft innerhalb der herrschenden *Gewalt des Zusammenhangs*.³¹ Es ist sicherlich berechtigt, die ungebrochene analytische Erklärungskraft der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* zu betonen, die im

²⁷ Siehe dazu insbesondere die Tagung *Klasse neu denken. Arbeitstagung zur neuen Klassenanalyse und –Politik*, veranstaltet vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 9. und 10. November 2018.

²⁸ An anderer Stelle habe ich die aus dem für mich wichtigen Blickwinkel heraus ausführlich erörtert (Martens 2018 und 2021a).

²⁹ Siehe Dörre 2017, 51. In jüngeren Beiträgen (Dörre 2020) folgt für ihn daraus die These einer ökologisch-ökonomischen *Zangenkrise*. Es gehe deshalb um neue Allianzen durch einen Labour-Turn bei den Ökologen, einen Klimat-Turn bei den Gewerkschaften. Dabei sei auf wechselseitige Offenheit und Toleranz zu setzen, um schließlich den gesellschaftspolitischen Druck erzeugen zu können, der die Akteure in den bestehenden Institutionen wirklich zu einem grundlegend neuen Nachdenken veranlasse.

³⁰ Siehe dazu Bourdieu 1982 sowie für Deutschland die Forschungen der Gruppe um Michael Vester (Vester u.a. 2001) sowie zuletzt Vester 2018.

³¹ Oskar Negt und Alexander Kluge (1981) Diskutieren unter dieser Überschrift im dritten Hauptteil von *Geschichte und Eigensinn* die Verselbständigung der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse gegenüber den lebendigen Arbeitsvermögen.

Übrigen auch eher konservative Soziologen wie Karl-Siegbert Rehberg nicht bestreiten.³² Von Dörre werden aber die Implikationen des mit ihm in der Marxschen Theorie verknüpften Interessenbegriffs nicht weiter erörtert. Zudem kann man kaum bestreiten, dass distinktive Milieuuntersuchungen im Anschluss an Bourdieu, wie sie für Deutschland insbesondere von der Forschungsgruppe um Michael Vester vorgelegt worden sind, empirisch eine so differenzierte Sicht auf unsere soziale Wirklichkeit in den Zeiten fortschreitender gesellschaftlicher Spaltungsprozesse ermöglichen, wie sie die klassenanalytischen Ansätze zu Zeiten der Marxrenaissance der 1970er Jahre nicht annähernd ermöglicht haben.

Vester (2018) hat zuletzt sehr überzeugend gezeigt, dass und wie Pierre Bourdieus Konzept des Sozialen Raums produktiv weiterführend an Marx anknüpft. Bourdieu breche zum einen mit der Konvention, *von nur einer einzigen Handlungsebene auszugehen*. Er unterscheide *stattdessen drei hauptsächliche, d.h. weiter unterteilbare, Handlungsebenen oder Felder, die sich relativ autonom zueinander verhalten* (Vester 2018,10). Dies seien: die Klassengliederung (a) nach der ökonomischen Stellung, (b) nach dem Habitus bzw. den mit diesem indirekt verknüpften Lebensstilen und (c) nach der politischen Positionierung der verschiedenen Klassenfraktionen.³³ Bourdieu verweise wiederholt auf die Komplexität der Beziehungen zwischen diesen drei, analytisch unterschiedenen Feldern und warne vor Lesarten, die Strukturähnlichkeiten *auf direkte und mechanische Relationen zwischen Gruppen und Merkmalen reduzieren* (ebd.). Es handele sich, so Vester, um die gleichen drei relativ autonomen Handlungsebenen, die auch in den klassischen Theorien bei Marx, Weber und Gramsci angelegt seien. Bourdieu breche zugleich *mit der Konvention, das Klassengefüge auf vertikale Rangleitern in Momentaufnahme zu reduzieren* (a. a. O. 11). In seiner Darstellung des sozialen Raums als eines dreidimensionalen Spannungsfeldes werde erkennbar, so Vester,

dass die Strukturentwicklungen und ebenso die Allianzen und Frontbildungen zwischen den Klassen und Klassenfraktionen widersprüchlich sind und niemals linear in eine Richtung verlaufen können, wie uns Zeitdiagnosen vorgaukeln. Mit den vertikalen, horizontalen und zeitlichen Dynamiken überlagern und überschneiden sich Kräfte, die zwar nicht unabhängig voneinander sind, aber doch relativ verschiedenen Logiken folgen und in verschiedene Richtungen weisen (a. a. O. 12).

Das Zusammenspiel mit Politiken zur Sicherung bestehender Verteilung von Reichtum, Macht und Herrschaft, kommt also auch dann in den Blick, wenn man mit Bourdieus Konzept des sozialen Raums arbeitet. Man könnte mithin gegen Lindemann einwenden, dass es bei Bourdieu, und bei Vesters kongenialer Anknüpfung an ihn,

³² Siehe dazu Rehbergs (2011) sehr anregenden Aufsatz *„Klassengesellschaftlichkeit“ nach dem Ende der Klassengesellschaft?*

³³ Bourdieu unterscheide so den *Raum der sozialen Positionen*, den *Raum der Lebensstile* und den *politischen Raum*. Weiter biete Bourdieu, wie vor ihm schon Theodor Geiger *eine praktikable empirische Methodologie für deren Untersuchung an*.

sehr wohl um die Analyse von Handlungsebenen und –Feldern geht, wie auch um deren *vertikale, horizontale und zeitliche Dynamiken*. Ziel ist es, so Anknüpfungspunkte für eine Politik herauszuarbeiten, die auf Alternativen zum neoliberalen Projekt zielen könnte, das in den vergangenen vier Jahrzehnten unsere soziale Wirklichkeit tiefgreifend umgestaltet hat. Aber Lindemann will den Blick ja auf *die Praxis der herrschenden Klassen richten, weil die nicht nur im Bewusstsein der abhängigen Klassen ein kümmerliches Dasein führe, sondern auch in der kritischen Sozialforschung*. Die *Form und Bedeutung der Praxis der herrschenden Klassen* mache aber *strategische Räume sichtbar* (a. a. O. 42). Doch ehe ich auf seinen Vorschlag eingehe, dazu an den Racket-Ansatz von Horkheimer und Adorno anzuknüpfen, möchte ich die Aufmerksamkeit auf die folgenden vier Gesichtspunkte lenken:

Zum ersten fällt auf, dass die Verwendung des Klassenbegriffs im angelsächsischen Kulturkreis unbefangener und selbstverständlicher erfolgt als hierzulande – vermutlich weil hier die Philosophie Hegels, auch in ihrer hegelmарxistischen ‚materialistischen Erdung‘, nie so einflussreich gewesen ist wie in Deutschland. Andererseits kommt Chrystia Freeland ohne den Klassenbegriff aus, und sie verweist dennoch, bereits im Titel ihres Buches, auf den KausalnexuS, den Dörre hervorheben möchte.³⁴ Wichtiger ist mir ein weiterer Punkt: Das Verschwinden des Klassenbegriffs in den sozialistischen Parteien des Westens ist ja unzweifelhaft eng verknüpft mit den Niederlagen der alten Arbeiterbewegung und den Erfahrungen mit der ‚Nacht des Jahrhunderts‘. Das heißt, in den Worten Hannah Arendts, dass *die Oktober-Revolution die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts (gewesen), und darum (...) die Tatsache, dass auch dieser Weg im Totalitären endete, die wesentliche Enttäuschung des Zeitalters* gewesen ist.³⁵ Diese Erfahrung ist eng verbunden mit dem Aufstieg der westlichen wohlfahrtsstaatlich orientierten Nachkriegsdemokratien in der Gestalt institutionell verfasster Arbeitsgesellschaften (v. Ferber 1961) und dem Wandel sozialistischer Parteien zu Volksparteien - und zugleich mit dem Verlust einer systemtranszendierenden Perspektive.³⁶

Zum zweiten handelt man sich mit dem Klassenbegriff das Problem der Klasseninteressen mit ein, wie er in den Traditionslinien marxistischen Denkens seine Rolle spielt. Auch wenn man hier zusammen mit dem Klassenbegriff der marxistischen Tradition, also dem von *Klasse an sich* und *Klasse für sich*, auch die Unterscheidung von objektiven und subjektiven Interessen vermeidet,³⁷ bleibt man doch leicht der Vorstellung verhaftet, dass menschliches Handeln ganz wesentlich von Interessen

³⁴ Siehe Freeland 2013. Im Deutschen Titel *Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite* fehlt der Untertitel aus dem englischen Original.

³⁵ Der zitierte Satz findet sich in ihrem *Denktagebuch* (Arendt 2002, 25).

³⁶ Der mag allerdings manchen ‚Nachzüglern‘ erst mit der Implosion des sogenannten ‚Realsozialismus‘ 1989 wirklich bewusst geworden sei, obwohl spätestens die Studentenbewegung von 1968 gezeigt hat, dass *die Bewegungen der alten Linken (,,,) sich nicht länger als Motor irgendeiner Form von grundlegenden Veränderungen präsentieren* konnten (Wallerstein 2014, 6).

³⁷ Vester (2018, 7) hat gezeigt, dass diese Unterscheidung von Klasse an sich und Klasse für sich so von Marx selbst nie gebraucht worden ist, vielmehr auf Nikolai Bucharin zurückgeht.

motiviert sei. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass Albert O. Hirschman (1980) in seiner Untersuchung zur Karriere des Begriffs des Interesses als einer *Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg* gezeigt hat, dass der ökonomische Interessenbegriff im 18. Jahrhundert zusammen mit dem Aufstieg des Bürgertums deshalb stark gemacht worden ist, weil man hoffte, so die Verfolgung rationaler Interessen gegen die dem Adel zugeschriebenen starken Leidenschaften zum Zuge bringen zu können. Marx habe dann später, so Arendt 2002, Interesse und Bedürfnis gleichgesetzt.³⁸ Untersucht man nun heute soziale Konflikte,³⁹ wird man – gegenläufig zu dieser Begriffsgeschichte - immer wieder finden, dass in ihnen Interessen und Leidenschaften treibende Motive der Menschen sind.

Damit stellt sich drittens die Frage, ob man eine systemtranszendierende Perspektive durch Rückbesinnung auf einen – nun von der hegelmарxistischen Geschichtsmetaphysik gereinigten – Klassenbegriff gewinnt, der sicherlich auf den ersten Blick radikal klingt. Dagegen kann man die These vertreten, dass es im politischen Prozess der Gesellschaft heute darum gehen müsste, neben oder zusammen mit spezifischen Interessen gesellschaftlicher Klassen auch Gattungsfragen politisch wirksam, also öffentlich zur Sprache zu bringen. Die SP Schweiz, die unter den sozialdemokratischen Parteien Europas mit bemerkenswerter Radikalität fordert, *eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch zu bringen*, verzichtet vermutlich wohlüberlegt auf den Gebrauch des Klassenbegriffs. Für öffentliche Wirksamkeit eines *Linkspopulismus mit emanzipatorischem Charakter* fordern Cedric Wermuth und Pascal Zwicky (2017, 82) zwar, *die Antagonismen zwischen oben und unten wieder herzustellen*, und sie sprechen auch von einer *zwingend notwendigen Klassenanalyse*. Zwicky (2018) spricht in einem Vortrag über *Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation* auch von *Klassenpolitik*.⁴⁰ Man sollte jedoch genau hinsehen. In der Vortragspräsentation wird formuliert, es gehe nicht

um eine Reduktion auf eine Gruppe von Lohnabhängigen - die Industriearbeiter, die Prekären – oder um die Festlegung auf eine gemeinsame Identität der Klasse, sondern vielmehr um die Perspektive einer neuen Produktions- und Lebensweise , um die komplexe Verknüpfung der verschiedenen Formen der Beteiligung an der gesamten gesellschaftlichen Arbeit .

³⁸ Und sie fährt fort: *Damit wurden beide Begriffe subjektiviert, und die Politik blieb weit davon entfernt ,objektiver' gemacht zu werden* (a. a. o. 86).

³⁹ Siehe dazu unsere Untersuchung zu Standortkonflikten *Am Ende der Deutschland AG* (Martens/Dechmann 2010), in der wir in Bezug auf einige der von uns näher untersuchten Konfliktfälle dezidiert von *leidenschaftlichem Interessenhandeln* gesprochen und auf die Analyse der Karriere des Interessenbegriffs bei Hirschman verwiesen haben.

⁴⁰ Siehe hierzu das Positionspapier der SP Schweiz(2016) oder auch Wermuth/Zwicky (2017). Wir haben uns im September 2018 auf einem Workshop des *Forum Neue Politik der Arbeit (FNPA)* darum bemüht, aus den bemerkenswerten Entwicklungen der Schweizer Sozialdemokratie Impulse für die weitere Arbeit unserer Dialogplattform zwischen Gewerkschaften und gewerkschaftsnaher Wissenschaft zu gewinnen. Die Ergebnisse sind auf der Homepage des FNPA dokumentiert (www.fnpa.eu). Siehe auch Martens 2019a.

Ein transformatorisches politisches Subjekt wäre also dadurch zusammenzuführen, dass unterschiedliche konkrete Interessen verschiedener sozialer Klassen – oder auch Schichten oder Milieus – artikuliert, und mit übergreifenden Zielen durch ihr *Übersteigen*, ganz im Arendtschen Sinne, vermittelt und eben auf diese Weise zusammengeführt werden.⁴¹ Dies aber setzt ein Politikverständnis voraus, das in der Marxschen Tradition so nicht entfaltet worden ist. Denn dabei geht es um die Entfaltung des Raumes der Politik, als eines Raumes der Pluralität und der Freiheit, der entscheidend an die Entfaltung einer demokratischen Öffentlichkeit gebunden ist, in der *das Wunder der Freiheit* (Arendt 1993, 35) immer wieder möglich wird.⁴²

Ganz abgesehen davon, dass sich hier wiederum der Rückgriff auf Bourdieus Analyseinstrumente anbietet, dürfte es schließlich viertens auch darauf ankommen, neben rationalen Interessen, auch Leidenschaften angemessen zu berücksichtigen. Die sind dort, wo es um vernünftig begründete Interessen und Interessenausgleiche geht, immer mit im Spiel und deshalb in angemessener Form zu artikulieren. Aufgeworfen sind damit zugleich – zu Beginn unseres demokratischen Projekts der moderne ebenso wie heute angesichts der Debatten um ein mögliches Ende des Anthropozän – Fragen nach dem guten Leben, also Sinnfragen auf die seither philosophisch oder auch literarisch immer wieder Antworten zu geben versucht werden. Eine Linke, die heute wieder Politikfähig werden will, müsste deshalb ihre Darlegung vernünftiger, interessenbezogener und zugleich - auf der Suche nach zielführenden und tragfähigen Kompromissen - Interessen übersteigender Politik auch überzeugend mit einer Anknüpfung an die in ihren jeweiligen Lebenslagen dabei berührten Leidenschaften der Menschen verknüpfen. Sie müsste sich in anderen Worten darauf verstehen, entsprechende Bezüge zum Lebensalltag der Menschen herzustellen, in dem neben rationalen Überlegungen immer auch Gefühle eine ganz wesentliche Rolle spielen. Dann aber kommt es darauf an, Gefühle und Leidenschaften im Rahmen einer stetig öffentlich geschärften Urteilskraft in vernünftigen Bahnen zu halten. Diese Überlegung bewegt sich im Übrigen ganz im Rahmen des philosophischen Denkens des radikalen französischen Aufklärers Denis Diderot. So sehr der als Philosoph die Vernunft gegen das Vorurteil ins Feld führe, erkenne er doch auch, so Philipp Blom,

dass das menschliche Wesen ganz anderen Prinzipien gehorche. Die Natur drücke sich durch starke und blinde Leidenschaften aus, die eigentlichen Antriebskräfte des Daseins. Sie könnten mittels Vernunft vielleicht gelenkt werden, so wie Segel ein Schiff durch unwiderstehliche Winde und Strömungen eines Ozeans steuern, aber die Vernunft stehe immer an zweiter Stelle, sei schwächer als die Passion (Blom 2010, 15).

⁴¹ Siehe zu dieser Arendtschen Vorstellung, dass die Politik *als Raum der Entstehung von Macht oder der Bestätigung der Realität der Welt und der eigenen Identität alle jeweiligen konkreten Ziele, Interessen und Motive der Handeln den ‚übersteigt‘* (Brokmeier 1994, 169).

⁴² Zielt man dabei, wie ich das tue, auch auf den Zusammenhang von Arbeit und Demokratie ab, muss man sozusagen mit Arendt auch gegen sie und ihre strikte Trennung von arbeiten, herstellen, handeln weiterdenken. Siehe dazu Martens 2008 und 2020a, 106ff sowie De La Rosa (2014).

Eben diese Maxime dürfte auch überall dort gelten, wo sich Sozialwissenschaftler – also Soziologen, Politikwissenschaftler, Ökonomen usw., aber eben auch Philosophen oder Literaten als Intellektuelle in den politischen Prozess der Gesellschaft einzumischen suchen.

3.3. Das Racket-Konzept als analytisches Angebot

Anknüpfend an Horkheimer und Adorno bietet Lindemann einen analytisch vertiefenden und hoch anregenden Zugriff auf die Praxis der herrschenden Klassen – nicht nur zu Zeiten des Kapitalismus, sondern gleichermaßen im Hinblick auf so ziemlich alle früheren Gesellschaftsformationen seit dem Neolithikum.

Das Racket – im Sprachgebrauch in den USA eine Gruppe, die Schutzgeld erpresst - wird von den Frankfurtern verstanden als *eine dynamische von äußeren Entwicklungen und inneren Kräfteverhältnissen bestimmte para-staatliche Herrschaftsstruktur, die auf Machterhalt, Profitstreben und ‚Schutz gegen Gehorsam‘ ausgerichtet ist.* Rackets zielen stets darauf ab, *mit offener Gewalt oder verborgenem Zwang, Schutzversprechen durch Beuteanteil formal oder informell zu institutionalisieren* (a. a. O. 23). Sie agieren also im Halbdunklen, Verborgenen. Diese *Praxis der Rackets* wäre, vom Arendtschen Politikbegriff ausgehend, nicht als politisch, sondern als geradezu politikzerstörend zu bezeichnen. Angesichts von Faschismus und Stalinismus ist der Begriff von Horkheimer und Adorno offenkundig adaptiert worden – inspiriert u.a. durch die staatstheoretischen Arbeiten von Franz Neumann und Friedrich Pollock (a. a. O. 133), um eben die Zerstörung des Raums der Politik angemessen zu erfassen. Die Racket-Kategorie soll, so Lindemann, den *Klassenbegriff erweitern, (...) was zu einer begrifflichen Relativierung des Klassenkampfes führt.* Ziel sei eine *Reformulierung des materialistischen Herrschaftskonzepts* gewesen (a. a. O. 15). Lindemann fasst zusammen: *Der Begriff sollte Abhilfe schaffen, denn spätestens seit Faschismus und Stalinismus war für Horkheimer die Emanzipation der Arbeiterklasse misslungen* (a. a. O. 16).⁴³ Im Blick auf die Geschehnisse der damaligen Zeit ist der analytische Blick auch sicherlich geschärft worden. Ob das aber auch im Blick auf das gelungen ist, was dagegen handelnd zu entfalten wäre, erscheint zweifelhaft.

Im Verständnis der ‚Frankfurter‘ geht es bei den Rackets um Binnenstrukturen von als *Beutegemeinschaft* bezeichneten herrschenden Oligarchien – oder konkurrierenden Gruppen innerhalb von Oligarchien, die dann mehr oder weniger auch auf Binnenstrukturen ausstrahlen, die auf Seiten der Beherrschten entstehen – und gleichsam in sekundärer Weise Teil solcher Beutegemeinschaften werden können. Sie formulieren das in den 30er Jahren als einen Ansatz, der verschiedene Gesellschaftsformationen übergreift, und verwenden ihn auch noch später in den 60er Jah-

⁴³ Was die Erweiterung des Marxschen Klassenbegriffs bedeuten könne, lässt er hingegen im Vagen. Wenn er später schreibt, dass *das Verhältnis von Klassenstruktur und Klassenhandeln und dessen geschichtsphilosophische Interpretation (...) in der marxistischen Theoriedebatte nach wie vor die Achillesferse ihrer politischen Plausibilität* sei (a. a. O. 35), hat er Recht. Doch es bleibt unklar, wie mit dieser geschichtsphilosophischen Interpretation umzugehen, ob sie in veränderter Form aufrechtzuerhalten oder aber erledigt ist.

ren.⁴⁴ Dabei bewegen sie sich stetig in einem hegelmарxistischen, geschichtsphilosophischen Gedankenmodell.⁴⁵ Auch von Lindemann werden historisch weit zurückreichende Beispiele zur Beschreibung der Mechanismen von derart geprägten konkreten Herrschaftsverhältnissen herangezogen. Unter anderem verweist er auf die Analyse des Renaissance-Autors Etienne de la Boetie (a. a. O. 32), des engsten Freundes des ‚Frühaufklärers‘ Michel de Montaigne (Frampton 2011), der über *Urformen* solcher Beutegemeinschaften geschrieben hat; oder er spricht vom Piratenschiff als dem Idealtypus der Beutegemeinschaft. Immer, über die verschiedensten historischen Gesellschaftsformationen hinweg, geht es darum, wie Herrschaftsverhältnisse gegen Gerechtigkeitsansprüche und Erfahrungen von Ungerechtigkeit aufrechterhalten werden können.⁴⁶

Auf dem Weg zu ihrer *Dialektik der Aufklärung*, von den ‚Frankfurtern‘ immer noch als ‚materialistische Dialektik‘ verstanden - also als eine Dialektik, die quasi objektiv im Realprozess menschlicher Geschichte wirksam ist – ist das Konzept der Rackets für sie offenkundig ein wichtiger ‚Baustein‘ einer Gesellschaftstheorie. Ihr frühes Nachdenken über die Rackets ist eingebettet in ein sich neu herausbildendes theoretisches Konzept, das sie 1947 zuerst in ihrer *Dialektik der Aufklärung* als *Philosophische Fragmente* vorgelegt haben und das bei Adorno (1970) in eine *negative Dialektik* und bei Horkheimer (1977/81) in eine zuletzt wieder tiefe Hinwendung zur Philosophie Arthur Schopenhauers einmünden wird. Lindemann konstatiert daher mit Recht, dass der Racket-Ansatz zusammen mit seiner *radikalen Herrschaftskritik kulturpessimistische Intentionen* besitze. Die geschichts-philosophischen Implikationen des Racket-Ansatzes diskutiert er aber nicht näher. Vielmehr beschränkt er sich auf das Argument, dass es *noch kulturpessimistischer* anmute, sich *seiner entlarvenden Fragestellung zu entziehen* (a. a. O. 139).

Ich lese die aktuelle Anknüpfung an den Racket-Ansatz vor dem Hintergrund meiner Auseinandersetzung mit der Krise des Marxismus, die aus meiner Sicht philosophisch schon früh und richtungsweisend von Denker*innen - Philosophen, Sozialwissenschaftlern und Schriftstellern – im ersten Jahrzehnt nach der ‚Nacht des zwanzigsten Jahrhunderts‘ analysiert worden ist. Maßgebliche Autor*innen, die ich hier

⁴⁴ *Das Racket ist eine unter sich verschworene Gruppe, die ihre kollektiven Interessen zum Nachteil des Ganzen durchsetzt, dabei aber das Wohl des Ganzen als seine Parole ausgibt.* Es wird für Horkheimer zur zentralen Kategorie, weil die Gesellschaft sich nicht mehr in einer aufsteigenden oder statischen Phase, sondern in einer rückwärts gerichteten Phase befindet, zitiert Lindemann Horkheimer (a. a. O. 14).

⁴⁵ Thorsten Fuchshuber (2019) zeigt anhand der Analyse von Notizen und verschiedenen Vorarbeiten, aus der Zeit der Entstehung der *Dialektik der Aufklärung*, dass dieses Buch ursprünglich *das Racket-Buch werden sollte*; und Ulrich Bröckling (2018) zeigt, dass der unveröffentlichte Text *die Rackets und der Geist* (1939/40) als der wohl bedeutendste Text unter den klassentheoretischen Vorarbeiten für die *Dialektik der Aufklärung* den Klassenbegriff um die Racket-Kategorien erweitert und so zu einer begrifflichen Relativierung des Begriffs des Klassenkampfes hinführt. Siehe dazu auch Lindemann (2021, 15).

⁴⁶ Bei Horkheimer und Adorno verschwindet in ihrer *Dialektik der Aufklärung* (1947) tendenziell die Frage nach den je historisch-spezifischen Potenzialen einer Zurückdrängung von Herrschaft in unterschiedlichen Gesellschaftsformationen. Und so läuft so auch Lindemanns Analyse auf der Höhe unserer Zeit Gefahr, sich in einem ‚ewig Gleichen‘ zu verlieren.

heranziehe - neben der, und z.T. gegen die Frankfurter Schule, auch in ihrer Fortführung durch Jürgen Habermas - und mit deren Denken ich mich in meinem Buch *Arbeit und Demokratie* (Martens 2020a, 88-205) intensiv auseinandergesetzt habe, sind: Hannah Arendt, Albert Camus, Michel Foucault aber auch Cornelius Castoriadis.⁴⁷ Meine dort gezogenen philosophischen Schlussfolgerungen sind der Hintergrund, von dem her sich meine Fragen ergeben:

Die vermeintlich materialistische ‚Erdung‘ der hegelschen Geschichtsphilosophie bereitet mir Probleme – wie letztlich jeder geschichtsphilosophische Ansatz überhaupt. Zukunft ist eben prinzipiell offen, auch wenn die Vergangenheit selbstredend je spezifische Bedingungen für aktuelles Handeln setzt. Ich denke also mit Camus, oder auch Arendt, dass es eine Dialektik allenfalls im menschlichen Denken gibt - und dass uns die ‚objektive Wirklichkeit‘ außerhalb unserer Köpfe überdies immer nur in Grenzen zugänglich sein wird. Es gibt keine ‚objektive Wahrheit‘, die uns zugänglich wäre.⁴⁸ Die Voraussetzen, ist aber eine wesentliche Bedingung der Entstehung eines prophetischen Marxismus gewesen, wie z.B. Camus (2016) überzeugend dargelegt hat. Nach der Lektüre von Lindemanns Buch denke ich zwar, dass der Autor meinem hier angedeuteten Einwand folgen würde, sehe aber problematische Folgen des Verzichts auf eine systematische Reflexion dieser Aspekte.

Das Konzept der Rackets als wichtiger Teil einer Herrschaftskritik wäre also aus dem Kontext herauszulösen, in den es Horkheimer/Adorno noch stellen, – und das bedarf einer klareren Formulierung als der einer Relativierung des Marxschen Klassenbegriffs, der eben in seiner hegelmарxistischen Fassung untauglich ist. Wie Jacques Rancière (2002, 100) überzeugend darlegt, ist Proletariat bei Marx *der Name der „Klasse“, die keine ist*. Empirische Klassenanalysen gehen anders, wie Marx selbst in seinen konkreten Analysen, etwa den *Klassenkämpfen in Frankreich* überzeugend gezeigt hat – oder Vester im Anschluss an Bourdieu heute vor Augen führt. Bei Lindemann ist zwar zu Recht von herrschenden und beherrschten Klassen die Rede, und er setzt die Klassenpolitik der Herrschenden seiner Kritik aus. Zu fragen bleibt aber u. a., ob er vom Racket-Ansatz ausgehend letztlich nicht allzu unterschiedliches ‚über einen Leisten‘ schlägt, ob dem so gefundenen Bild eine Klassenpolitik der Beherrschten entgegenzusetzen, und von welchem Klassen- und Politikbegriff eigentlich auszugehen ist.

⁴⁷ Der allerdings unternimmt als einziger den Versuch, aus seiner Sicht am Kern des Marxschen Denkens, nämlich einem emphatischen Revolutionsbegriff festzuhalten, wie er ihn in den Schriften des jungen Marx zu finden meint.

⁴⁸ Siehe dazu philosophisch den ‚neuen Realismus‘ des Erkenntnistheoretikers Markus Gabriel (2015 a und a und 2020) – von mir verarbeitet in einem Essay (Martens 2020b).

3.4. Die Politik der Rackets heute – Analyse herrschaftlicher Praxis auf der Höhe unserer Zeit?

Lindemann beginnt seine empirische Analyse mit der Feststellung, der Racket-Begriff besitze *seine empirische Evidenz in vielen Elitestudien (Lateinamerika, Osteuropa, Afrika, in Begriffen des Staatszerfalls (failed State) und diversen Korruptionsstudien*. Das verknüpft er mit der These, dass Rackets heute global für den neoliberalen Kapitalismus prägend seien. Sie seien gekennzeichnet durch *verinnerlichte Komplizenschaft und müssten stets erneuert werden im dynamischen Prozess der konkurrierenden Rackets* (a. a. O. 45).⁴⁹ Verallgemeinernd konstatiert er: *Im Neoliberalismus haben sich die herrschenden Klassen qua ihrer Machtfülle und Abschottung autonome Machträume aufbauen können, die politische Herrschaft schon vor dem absolutistischen Staat charakterisierte* (a. a. O. 42). Deshalb, so das Fazit am Schluss des ersten von fünf Kapiteln, in denen der Autor idealtypisch die Praxis der herrschenden Klassen nachzeichnet, sei es *im refeudalisierten Neoliberalismus⁵⁰ nicht ausreichend, Klassenverhältnisse ausschließlich auf die historisch-jungen, formalen Nationalstaaten zu beziehen* (a. a. O. 69).

Die Argumentation wird anhand einer beachtlich großen Menge an Literatur illustriert und ist insoweit überzeugend. Die Zugehörigkeit zu den Rackets – früher durch eher partikuläre Merkmale wie Geschlecht, Herkunft, militärische und administrative Erfolge bestimmt - sei heute durch meriokratische Muster verdeckt bzw. überlagert worden. *Das heißt: anerkannte Vorbilder sind heute die Manager, die ‚Macher‘, die ‚Prediger des ‚Entrepreneurship‘. Der von ihnen definierte Markt ist der Maßstab der metaphysischen Gerechtigkeit der Gesellschaft* (a. a. O. 47). Die Praxis der Rackets sei gerade nicht die einer vermeintlich geschlossenen und höchst strategisch handelnden Elite. Vielmehr handele es sich um eine Praxis ganz unterschiedlicher Gruppen innerhalb der herrschenden Klassen. Sie erfolge *allein aus Herrschaftspragmatismus* heraus – und sie sei so *immer strategielos*, wenn auch *politische Strategien*, soweit es die wirklich noch gibt, *beeinflussend - antiaufklärerischer Prinzipienlosigkeit verpflichtet* seien (a. a. O. 44). Sie werde getragen von *arrogant wirkender Selbstsicherheit* als Ausdruck *einer notwendigen, politisch-empathischen Distanz zu den subalternen Klassen* (a. a. O. 46). Und schließlich gelte: *Rackets sind immer geprägt von der Gewissheit auserwählt zu sein* (a. a. O. 47).

In dem für die Argumentation grundlegenden Kapitel *Die Praxis der Rackets* - die vier weiteren zu *Rackets und Netzwerken, Staat und Korruption, Rackets und Individuen*,

⁴⁹ Die Argumentation führt folgerichtig weiter zum Thema der sozialen Distinktion (a. a. O. 46ff). Hier spiele auch kulturelles Kapital, *das zumeist national geprägt ist und sich nur marginal international anpasst*, eine entscheidende Rolle. Damit wäre man wieder bei Bourdieu.

⁵⁰ Die Refeudalisierungsthese hat zunächst Sieghard Neckel (2013) im Anschluss an eine Begriffsbildung bei Jürgen Habermas soziologisch entfaltet Sie ist danach von Karl Georg Zinn (2015) im Blick auf ökonomische Entwicklungen nach dem Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik aufgegriffen und von mir (Martens 2016a) in ihrer politischen Dimension weiter vertiefend untersucht worden, und sie passt sicherlich hervorragend zu einem Racket-Konzept, das weit auf vorkapitalistische Herrschaftsformen zurückverweist.

sowie der *Sichtbarkeit der Rackets im Neoliberalismus* gelten je spezifischen Aspekte der Organisation und Entfaltung ihrer Herrschaftspraxis - geht es folgerichtig wesentlich um Wirtschaftseliten. Stichpunkte sind: erstens die Verschiebung von *ownership* zu *control*, Thema soziologischer Analysen seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts, zweitens der ‚*Managerial-Capitalism*‘, der sich erst vollkommen mit der „neoliberalen Revolution“ im Postfordismus entfaltet habe und gekennzeichnet sei durch die Übertragung lukrativer Managerposten an Politiker, Entfesselung der Finanzmärkte. Angriffe auf Gemeinwirtschaft, Staatswirtschaft, Korporatismus, Aufstieg der großen Unternehmensberatungen,⁵¹ sowie drittens die idealtypische Nachzeichnung der *Einbettung der Rackets in den herrschenden Klassen* nach dem Bild einer Art *Ringburg* (S. 55-61).⁵²

Um das eine Prozent der *Super Rich* zieht sich zunächst ein Ring der *politisch wirksamen 'Prinzipale'*, weiter einer von deren *Agenten*, also einer des politisch-administrativen Führungspersonals, und schließlich der *vierte größte Ring der ‚Funktions- und Wissenseliten‘*, die schon *Übergänge in die Beutegemeinschaften sichtbar machen*. Diese Beutegemeinschaften schließlich (Facharbeiter, Angestellte, Freiberufler) *befinden sich außerhalb der Ringe der herrschenden Klassen* – und sind nochmals von einer ‚*Objektklasse*‘ oder dem ‚*Rest*‘ unterschieden, zu dem z.B. prekär Beschäftigte zählen. Im Weiteren (a. a. O. 60 bis 66) finden sich einige Spezifizierungen: (1) *Die ideologisch führenden Rackets der Ringburg sind die finanzkapitalistischen Gruppen* (a. a. O. 60). (2) Es folgt die These einer *weltweiten Angleichung von Rackets und Beutegemeinschaften*, für die Rackets des Finanzkapitalismus neben Beratungsorganisationen die Treiber sind (a. a. O. 61) (3) Daran schließen kurze Skizzen der Rackets- und Klientelstrukturen an - v. a. am Beispiel von China und Indien (a. a. O. 61), des *abgeschlossenen Putin-Rackets* in Russland, der *Rackets zwischen Militär, religiösen Gruppen, Großgrundbesitzern und Neureichen* in Lateinamerika, des *Zuma-Rupta-Rackets* in Südafrika, und schließlich der in den USA noch immer herrschenden *Elite der WASP (White-Anglo-Saxon Protestant)* (a. a. O. 63f). Schließlich finden sich längere Ausführungen zu deutscher Geschichte und deutschen Verhältnissen (a. a. O. 64-66).

Zu den im Weiteren behandelten spezifischen Aspekten der Organisation und Entfaltung der Praxis der Rackets seien nur einige Beispiele angeführt. Netzwerke werden als *selten demokratisch oder gesellschaftlich legitimierte Verhandlungsarenen* charakterisiert, anders als *korporatistische Gremien*. Sie gelten unter dem gewählten Blickwinkel als Herrschaftsarenen (a. a. O. 77), und sie erscheinen als elitäre Cliquen.⁵³ Staat und Korruption werden unter den Kategorien des *Rent-Seekings*, oder

⁵¹ Siehe hierzu auch neuere Befunde des Elitenforschers M. Hartmann (2018) zu politischen Eliten in Deutschland und den angelsächsischen Staaten, auf die auch Lindemann verweist. Zu meiner demokratietheoretischen Diskussion des Elitenbegriffs siehe Martens 2015a.

⁵² Dieses *Ringburgmodell* wird unter Verweis auf ein Buch von Jürgen Krysmanski (2018) präsentiert.

⁵³ Hier wird gut sichtbar, wie sehr die gewählte Perspektive das Bild prägt. Ohne weitere Vertiefung möchte ich darauf hinweisen, dass Netzwerke zu Beginn des Jahrtausends auch als Formen innovationsfördernden Zusammenhandelns diskutiert worden sind. Als „koevolutionäre Kooperationsverbünde“ verstanden hat nicht

auch der *Staatsvereinnahmung* diskutiert (a. a. O. 72ff). Rentseeking thematisiere *unter neoliberalen, ökonomiethoretischen Gesichtspunkten den „Staat als Beute“*, könne aber wenig über *die Bedingungen zur Integration „korrupter“ Eliten in den staatlichen Apparaten aussagen, weil er sich allein auf Vertragsverhältnisse beziehe* (a. a. O. 73).

Exemplarisch wird hier eine Engführung der Argumentation sichtbar, von der her sich Potenziale für gegenläufige Entwicklungen kaum mehr erschließen lassen. Im Kapitel *Staat und Korruption* läuft die Argumentation darauf hinaus, die Genese von Staatenbildungen seit der neolithischen Revolution unter dem Gesichtspunkt zu behandeln, dass sie als *Gewaltapparate zur planmäßigen Reproduktion und Expansion der Bevölkerung auf Grundlage der Sklaverei* entwickelt hätten (S. 94). Schuldgeld-erpressung habe sich dann zur Steuererhebung entwickelt und so *eine nachvollziehbare Legitimation* erhalten (a. a. O. 98).⁵⁴ Fernand Braudel und Eric Hobsbawm hätten die *immer gleichen Grundvoraussetzungen für den Racketeintritt* in historischen Analysen für das 16., 17. und 18. Jahrhundert gezeigt. Ob und wie in demokratischen Gesellschaften einem Versuch *„korrupter“ Eliten* Grenzen gezogen werden, *den „Staat als Beute“* sozusagen ausschachten zu können, ob und wie hier das Gemeinwohl normativ und praktisch anders zur Geltung kommen kann, wird nicht weiter diskutiert. Arendt (1974, 277-361) hat solche Fragen für die frühe amerikanische Republik im Anschluss an Überlegungen von Thomas Jefferson zum Beispiel sorgfältig diskutiert. Zu Zeiten des New Deal sind sie wieder aufgetaucht. Gegenwärtig entfalten sich an ihnen erneut arbeitspolitische Konflikte.

Unter dem Titel *Rackets und Individuen* geht es später um die Frage, welche Art Haltungen das Racket-Prinzip auf Seiten der unter seiner Herrschaft sozialisierten Individuen ausprägt. Gegen die dabei wirksamen Mechanismen der Unterwerfung unter Herrschaft – etwa unter dem Stichwort einer *gesellschaftlich erzeugten Aufgabe der Autonomie* a. a. O. 106) - wird die Perspektive einer Selbstermächtigung der solcher Herrschaft unterworfenen betont, um sie nicht der *radikalen Racket-Imitation zuzuführen* (a. a. O. 112). Worauf die jedoch gründen könnte, wie weit Autonomie – ein Kampfbegriff des Bürgertums gegenüber dem Feudaladel – überhaupt realisiert worden ist und wie sie heute zu verstehen wäre, wird nicht näher dargelegt. Ich habe in diesem Zusammenhang an anderer Stelle (Martens 2015b), im Anschluss an die Arbeiten des Schweizer Psychologen Arno Gruen, die *Pose der Autrität* als ein grund-

zuletzt auch gewerkschaftliche Arbeitspolitik mit Beteiligungsansätzen zur Stärkung einer diversifizierten Qualitätsproduktion und damit Standortsicherung daran anzuknüpfen versucht (Martens/Dechmann 2010, 108-115). Sie hatten z.B. seit Ende der 1990er Jahre im Zuge der QUATRO- und ADAPT-Programme in NRW als (Unternehmens)Netzwerke eine große Forschungskonjunktur. In mehrere Forschungsprojekten der sfs, an denen auch ich selbst aktiv beteiligt gewesen bin (Flocken u.a. 2001, Howaldt u.a. 2000), ist dem empirisch nachgegangen worden.

⁵⁴ Die Institutionalisierung des theologischen Schuldprinzips wird im Zusammenhang damit kurz angesprochen – unter Verweis auf David Graebner (2012). Man mag so argumentieren können; aber ein Text Walter Benjamins, auf den Lindemann verweist, ist nur eine dreiseitige Skizze. Deren ausführliche Erörterung im Benjamin-Handbuch bei Uwe Steiner (2011) ergibt für mich kein klares Bild.

legendes Muster menschlicher Sozialisation seit den Zeiten des Neolithikums erörtert, das dann auf entsprechende Unterwerfungsmechanismen hinausläuft. Unter dieser Perspektive geht es gegen die immer noch vorherrschenden sozialpsychologischen Prägungen an nicht nur um Selbstermächtigung, sondern auch um Liebe und Liebesfähigkeit.⁵⁵ Es sei, so Gruen, die Pose der Autorität, die Menschen dazu brächte. *ihr eigenes Leben zu fälschen*, indem sie Zuflucht in abstrakten Ideen suchten. Hier lägen die *Quellen der Mythen und der Symbole, die uns vor Unsicherheit und Verletzlichkeit bewahren sollen*.⁵⁶ Es scheint mir angebracht, den Blickwinkel entsprechend zu erweitern, um dann fragen zu können, ob dieses grundlegende Muster unter heutigen Bedingungen nicht an ganz verschiedenen Stellen aufzubrechen beginnt.

Lindemann geht stattdessen am Ende seiner Analyse auf bemerkenswert erfolgreichen ideologischen Anstrengungen ein, die Herrschaft der Rackets unsichtbar zu machen. Erwähnt werden Skandale, wie sie in den Panama-Papers bekannt geworden sind, im Dieselskandal oder bei Wirecard. Der Akzent liegt auf der Kurzlebigkeit ihrer Skandalträchtigkeit, Und Lindemann kritisiert: *nicht nur an der öffentlichen Auseinandersetzung mit Korruption, Herrschaft und Ökonomiekritik mangelt es, auch der hegemoniale geisteswissenschaftliche Diskurs hat sich zunehmend von der Sozialkritik verabschiedet* (a. a. O. 114). Knapp zusammengefasst geht es u. a. um Merkmale der ideologisiert gezeichneten Bilder der Wirklichkeit: ahistorische Gesellschaftsbilder, physisch-psychisch optimierte Individuen als Basis sozialen Fortschritts, Eigenverantwortung der Einzelnen (a. a. O. 114) sowie um die Verwischung der Werte des politischen Liberalismus im Zeichen des Wirtschaftsliberalismus (a. a. O. 115). Dagegen findet sich eine knappe Analyse des Auflebens liberaler Theorie zu Zeiten des New Deal in den USA (mit der Losung der *Freiheit vor sozialer Not* (a. a. O. 119), und darauf folgt die Feststellung dass mit der Erosion solcher republikanischen Tugenden die Demokratie nachhaltig Schaden erleidet:

Eine labile Alternative für die ‚verhärteten‘ Rackets bildet immer die autoritäre Erstarrung des staatlichen Gewaltapparats, wie in Russ-

⁵⁵ Der früh verstorbene Albert Camus hatte, so die Camus-Forschung, in einem dritten Schritt, im Verhältnis zu seinen philosophischen Essays – nach dem *Mythos des Sisyphos* und dem *Mensch in der Revolte*, also der existenziellen Reflexion der Absurdität unserer Existenz und dann der Revolte dagegen – die Absicht, philosophisch weitergehend über die Grenzen unserer Wahrheits- und die Möglichkeiten unserer Liebesfähigkeit zu arbeiten und zu schreiben (Reif 2013, 2021).

⁵⁶ So seien *über die Jahrtausende Kampf, Krieg, Wettbewerb und das Anhäufen von Besitz und Reichtum zu den maßgeblichen ‚Realitäten‘ unserer Welt* geworden. Dagegen wird dann die Liebe als das *vom biologischen Standpunkt aus betrachtet (...) entscheidende Merkmal unserer Evolution* ins Feld geführt. Anthropologen, beginnend mit Kropotkin hatten gezeigt, *dass keine der frühen menschlichen Populationen überlebt hätte, wenn nicht Liebe und Kooperation eine entscheidende Rolle in ihrem Zusammenhalt gespielt hätte*. Mit dem Aufkommen der sogenannten *großen Zivilisationen* hätten sich so *Strukturen der Eroberung und Unterwerfung* entwickelt. Gruen sieht hier *eine Trennung der werdenden Menschen von ihren emphatischen Fähigkeiten* und damit eine Entwicklung, *die den Gehorsam förderte*, und er spricht von einem *Teufelskreis unserer Entwicklung, die geprägt ist durch eine Kultur, die Eltern dazu bringt, die Lebendigkeit und Lebenslust ihrer Säuglinge als störend oder gar bedrohlich zu erfahren*. (Ausführlich zu meiner Rezeption von Arno Gruen siehe (Martens 2015b, 5-8)

land, China, der Türkei und den Ländern Lateinamerikas. Diese Zustände sind das Gegenteil einer funktionierenden demokratischen Volkssouveränität (a. a. O.120).

Berlusconi und Trump werden als Paradebeispiele dafür genannt, *wieweit der profane Gewinnertyp des Neoliberalismus beim Wahlvolk verinnerlicht ist und auch mit einer karrikaturhaften Gestalt Vertrauen schafft*. Vertrauen aber werde nicht mehr durch Korruption zerstört sondern dadurch, dass allgemeine Gerechtigkeitsversprechen nicht eingelöst würden (a. a. O. 139).

Betrachtet man die Argumentationslinien in den fünf Kapiteln insgesamt, überrascht es nicht, dass Lindemann ein Adorno-Zitat, aus den *Reflexionen zur Klassentheorie*, dessen Schlusssatz er als Klappentext für sein Buch gewählt hat, an herausgehobener Stelle zustimmend zitiert. Das vollständige Zitat lautet:

Dass Demokratie Oligarchie ist, liegt nicht an den Menschen, die nach Ansicht und Interesse ihrer riefen Führer zur Demokratie nicht reif sein sollen, sondern an der Unmenschlichkeit, die das Privileg in die objektive Notwendigkeit der Geschichte eingräbt. Indem aus der Dialektik der Klasse am Ende die nackte Cliquenherrschaft sich erhebt, wird die Soziologie erledigt, die das immer schon gemeint hat. Ihre formalen Invarianten erweisen sich als Voraussagen über jüngste materielle Tendenzen. Die Theorie, die an der Lage heute lernt, die Banden in den Klassen zu identifizieren, ist die Parodie auf die formale Soziologie, welche die Klassen leugnet, um die Banden zu verewigen (zitiert nach Lindemann 2021,56f).

Ich denke in diesem Zitat ist der Weg zur *Dialektik der Aufklärung* und weiter zur *Negativen Dialektik* deutlich angelegt. – und dagegen hätte ich Einwände: *Demokratie ist nicht Oligarchie*. Sie wird vielmehr immer wieder dazu gemacht, oder zu machen versucht. Ebenso gibt es Versuche, das *Privileg in eine objektive Notwendigkeit der Geschichte* einzugraben. Aber weder ist es dort dauerhaft eingegraben, noch gibt es eine objektive Notwendigkeit, vielmehr immer nur objektiv-subjektiv bestimmte Verhältnisse.⁵⁷ Die *nackte Cliquenherrschaft* erhebt sich nicht *am Ende*, sondern immer nur vorübergehend – und sie wird vor allem stets ideologisch verhüllt. Theorie, die das aufklärt, ist nicht *Parodie* auf einen unkritisch-affirmativen Mainstream. Sie führt nicht geradewegs in die Einsicht ihrer Wirkungslosigkeit angesichts einer geradezu überwältigenden objektiven Dialektik, aber sie muss immer auch die Anknüpfungspunkte für praktisch eingreifende Veränderungen finden, um dazu zu verhelfen, sie praktisch zu entfalten.

Lindemanns Fazit, das zu seinem Schlusskapitel mit der Frage nach der Alternative zu den Rackets überleitet, steht in einem unaufgelösten Spannungsverhältnis zu der in seiner Analyse immer ‚mitgeführten‘ *Dialektik der Aufklärung*. Seine Forderungen nach einer *Aufwertung kollektiver Identitäten und Interessen* und des Primats der *Politik*, nach einer *Demokratisierung der Wirtschaft* auf eine *Neujustierung politischer Eingriffsräume nach lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Prinzipien*

⁵⁷ Margret Thatchers TINA-Politik (there is no alternative) war immer Ideologie.

sollen im Ergebnis einer aufklärerischen Ideologiekritik im Kampf um die Köpfe zu einer *wahrhaften Entfaltung des Individuums in der Freiheit von sozialer Not in einem solidarischen Gemeinwesen* führen. Doch dies erfordert nicht allein eine umfassende Racket-Kritik, die gegenwärtig *weder in der traditionellen Linken, noch im etablierten Linkoliberalismus* erkennbar ist (a. a. O. 141-145).

Lindemanns Nutzung des Racket-Ansatzes der ‚Frankfurter‘ führt die Risiken sehr klar vor Augen, die den westlichen Demokratien derzeit drohen. Über die gängigen Debatten hinaus – zu Postdemokratie, Interregnum usw – wirft seine Analyse ein erhellendes Licht auf bestimmte, gewichtige Merkmale der Praxis der herrschenden Klassen. Als Theorie mit großem Allgemeinheitsanspruch bringt der Racket-Ansatz aber sofort Probleme mit sich. Fasst man mit ihm Entwicklungen in immer noch gefestigten Demokratien ebenso wie solche in den USA im Angesicht des Trumpismus (Martens 2021a u. b), in Brasilien, in der Türkei oder in einigen „postrealsozialistischen Staaten“, in denen die nach 1989 neu implementierte demokratische Verfassungen gegenwärtig von ihrer massiven Aushöhlung durch autokratische Regime bedroht sind (Ungarn, Polen), einfach zusammen, wird die Argumentation fatal. Sie verstellt dann leicht den Blick darauf, dass innerhalb der herrschenden Eliten durchaus unterschiedliche Positionen /Praxen auszumachen sind. Der Racket-Ansatz kann nicht plausibel machen, dass es angesichts der Krise des neoliberalen Projekts und trotz der Erosionsprozesse der für die fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften immer noch tragenden Institutionen der Arbeit, und aller offenkundiger Schwächungen ihrer demokratischen Grundlagen im Wege der Durchsetzung von Prozessen der Refeudalisierung, nicht zugleich auch neu entstehende Ansätze einer Erneuerung, Stärkung und Weiterentwicklung ihrer demokratischen Grundlagen gibt.

Wollte man ihn schließlich auch noch auf die unterschiedlichen ‚Volksdemokratien‘ anwenden, die nach ihrem eigenen Selbstverständnis immer noch in der Tradition vermeintlich realsozialistischer Entwicklungen stehen, die ihren Ursprung in der russischen Revolution von 1918 und deren rasch erkennbar ideologisch gewordener Begründung im Marxismus-Leninismus haben, wird die Sache noch schwieriger. In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben wir - mit Ausnahme der baltischen Staaten – nahezu ausnahmslos politisch autokratische Herrschaftsstrukturen und ökonomisch prägend oligarchische Strukturen. Spätestens mit Wladimir Putins Angriffskrieg auf die Ukraine ist offenkundig, wie schnell aus solchen Autokratien offene diktatorische Herrschaftsformen werden können, die sich zu einer deutlichen Frontstellung gegenüber den repräsentativen Demokratien ‚auszeichnen‘ und in denen zum anderen ökonomische Macht deutlich weniger demokratischen Einhegungen und entsprechenden Legitimationszwängen unterworfen ist. Während der Racket-Ansatz hier geradezu auf den ersten Blick analytisch überzeugt, begegnen einem in den westlichen Demokratien doch erkennbar anders gelagerte Herrschaftsverhältnisse, in denen man Ansatzpunkte für demokratische Weiterentwicklungen findet.⁵⁸

⁵⁸ Siehe hierzu die folgenden Kapitel, insbesondere die Kapitel 4 und 7.

Hingegen ist es sehr zweifelhaft, ob und wie man z.B. die Volksrepublik China – für manche das herausgehobene Beispiel für den Erfolg einer ostasiatischen „Fleißrevolution“⁵⁹ für andere immer noch ein Staat in realsozialistischer Tradition, in dem das Verhältnis von neuer wirtschaftspolitischer Elite und einer auf eine Einparteienherrschaft gegründeten politischen Elite jedenfalls sehr spezifisch ausgestaltet ist (Shum 2022) – so umstandslos einem gemeinsamen theoretischen Konzept subsumieren kann.

3.5. Abschließende Thesen

Ich lese die Argumentationsketten in dem Anknüpfungsversuch an Horkheimer und Adorno, den Lindemann unternommen hat, im Kontext eines langjährigen gemeinsamen arbeitspolitischen Engagements im Rahmen des „Forums neue Politik der Arbeit“ (www.fnpa.eu), das uns beide verbindet. Ich formuliere meine Zusammenfassung deshalb in Form von Thesen, für die ich auch diesen gemeinsamen arbeitspolitischen Bezugspunkt zum Ausgangspunkt nehme, am Ende aber doch zu unterschiedlichen Akzentsetzungen komme:

- (1) Am Beginn der Arbeit unseres FNPA im Jahr 2001 standen für mich erstens soziologisch eine Kritik der ideologischen Grundlagen des neoliberalen Rollbacks, in dessen Sog sozialdemokratische Politik damals geraten ist, und zweitens philosophisch die *Radikale Philosophie* des FNPA-Mitbegründers Frieder O. Wolf (2002). Unsere soziologische Kritik mündete in die *Spandauer Thesen* (2006), mit denen wir nahezu keine Resonanz erzeugen konnten. Wolfs philosophische Herrschaftskritik spielte in unseren Debatten nur am Rande eine Rolle. Auch mein Versuch, sie in einer damaligen Programmdebatte des Landesinstituts Sozialforschungsstelle Dortmund zur Geltung zu bringen (Martens 2003), blieb erfolglos.⁶⁰
- (2) Lindemanns Buch lese ich u. a. vor diesem Hintergrund. Es ist aus meiner Sicht eine überzeugende und pointierte soziologische Analyse. Sie ließe sich an Frieder O. Wolfs *Radikale Philosophie* als philosophische Herrschaftskritik anschließen. Mit seiner soziologischen Analyse zielt Lindemann darauf ab, die Praxis der Organisation und Durchsetzung von Klassenherrschaft im Zuge der neoliberalen Konterrevolution sichtbar zu machen. Idealtypisch herausgearbeitet wird ein *Herrschaftspragmatismus*, der *immer strategielos* - wenn auch *politische Strategien*, soweit es die wirklich noch gibt, *beeinflussend* – einer *anti-aufklärerischen Prinzipienlosigkeit verpflichtet* ist. Nur so, das ist die dahinter stehende These, könne solche Herrschaft wirkungsvoll einer gesellschaftspolitischen Kritik ausgesetzt werden. Die Analyse fügt sich ausgezeichnet zu den

⁵⁹ Siehe zur ökonomischen Analyse Giovanni Arrighi (2009) und daran anschließend Gerd Peter (2020, 226ff) zur politischen Desmund Shum 2022 – und dazu auch den Artikel von Kai Strittmatter 2022.

⁶⁰ Die Veröffentlichung dieses Beitrags in einem von Olaf Katenkamp und Gerd Peter herausgegebenen Sammelband war eine Verlegenheitslösung. In einem von der neuen Geschäftsführung zur gleichen Zeit herausgegebenen Band mit Beiträgen zur weiteren konzeptionellen Ausrichtung der sfs konnte ich ihn nicht platzieren.

verschiedenen Refeudalisierungsthesen. Man wird durchaus, denkt man etwa an den unverändert beunruhigenden Trumpismus in den USA, an Madame Pompadours *Nach uns die Sintflut* erinnert.

- (3) Erste Überlegungen zu ihrem Racket-Ansatz haben Horkheimer und Adorno nach dem Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung, angesichts des Aufstiegs des deutschen Faschismus, des Stalinismus sowie des New Deals entwickelt - zugleich im Blick auf eine Gewerkschaftsbewegung in den USA, die kaum Bezug zum Hegel-Marxismus hat, und von Horkheimer mit dem Begriff des „Buisiness“ belegt werden konnte. *Verschworen gegen den humanistischen Geist der Aufklärung ist Racket-Herrschaft*, so Lindemann, *ein Spiel zwischen den Spielen Widerspenstigkeit und Gefolgschaft. Das ist der schmale Grat, auf dem sich die politische Praxis der herrschenden Klassen stets befindet und sich über historische Formationen (hinweg immer wieder) bewährt hat, angleicht, ändert, aber im Grundprinzip bestehen bleibt.*
- (4) Im Kontext des Denkens der ‚Frankfurter‘ – von der *Dialektik der Aufklärung* bis zur *Negativen Dialektik* Adornos, oder zu Horkheimers zuletzt wieder überaus großen Wertschätzung Schopenhauers - stellen sich hier Fragen. Wie der (Marxsche) Klassenbegriff durch den Racket-Ansatz erweitert und zugleich relativiert werden kann, bleibt im Licht der späteren Debatten um die Krise des Marxismus präzisierungsbedürftig. Zudem gehen Horkheimer und Adorno noch in der *Dialektik der Aufklärung* von einer *materialistischen Dialektik* aus, die in der Geschichte wirksam sein soll. Sie zielen weiter auf eine *materialistische Herrschaftskritik*. Was aber bedeutet das heute, wenn der Anspruch materialistischer Philosophie/Theorie vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Standes erkenntnistheoretischen Wissens nicht zu halten ist?
- (5) Zum Verständnis der Genese von Herrschaft sowie ihrer Praxis – die sich, dem Racket-Ansatz zufolge, über historische Gesellschaftsformationen hinweg immer wieder bewährt hat, angleicht, ändert, aber im Grundprinzip doch gleich bleibt – ist das Gedankenmodell nützlich. Es wirft Licht auf Herrschaftsmechanismen, die unter anderem dadurch gekennzeichnet sind, dass sie im Verborgenen wirksam werden. Doch der Begriff der *Beutegemeinschaft* lässt sich höchst unterschiedlich konkretisieren. Lindemann spricht vom *Piraten-schiff* als dem *Idealtypus der Beutegemeinschaft mit unmittelbarem Racketbezug* (a. a. O. 31) und nennt eine Seite später in einem Atemzug, den Gutshof, die Manufaktur und die neuzeitliche Betriebsgemeinschaft.
- (6) Lindemann zielt auf die Analyse der Herrschaftsverhältnisse in unserer, durch neoliberales Denken und Handeln geprägten Gegenwart. Dafür zeichnet er *Zur Praxis der herrschenden Klassen* ein idealtypisches Bild. Es ist realistisch und wird durch verschiedene empirische Untersuchungen gut gestützt. Sich dieses Bild vor Augen zu halten, ist erhellend. Es zeigt, dass *das Elend*

der Welt (Bourdieu 1997) durch genaue aufklärerisches Handeln herrschender Eliten herbeigeführt wird. Herrschaft resultiert nicht aus abstrakten, systemischen Zwängen. Sie wird handelnd durchgesetzt, und dies geschieht oft genug dem Muster der Rackets entsprechend, aber sicher nicht durchgängig und einheitlich. Grundlegende Ideen der europäischen Aufklärung sind in Gestalt der wohlfahrtsstaatlich orientierten institutionell verfassten westlichen Demokratien der ersten Nachkriegsjahrzehnte immerhin für diesen Teil unserer Welt nach vielen Kämpfen durchgesetzt worden – und nicht folgenlos geblieben.

- (7) Unter Überschriften wie *Rackets und Netzwerke, Staat und Korruption, Rackets und Individuen* und schließlich *die Sichtbarkeit der Rackets im Neoliberalismus* zeichnet Lindemann unterschiedliche Aspekte der Organisation, Durchsetzung und Sicherung von Herrschaft nach. Für deren *Legitimation* werde *mit diffizilen Elementen der Komplizenschaften und Beutegemeinschaften gesorgt*. Sichtbar werde so, wie Klassenherrschaft wird immer wieder *erfolgreich durch ideologische Prämissen, institutionelle Verschiebungen der demokratischen Delegitimierung politischer Handlungen verdeckt, geleugnet oder banalisiert* wird. Die einzelnen Analyseschritte sind folgerichtig, aber die Realität bleibt widersprüchlich. Dass herrschende Eliten verfassten demokratischen Ordnungen unterworfen sind, ist nicht folgenlos geblieben. Der mit Horkheimer/Adorno eingehandelte, geschichts-philosophisch eingefärbte Blickwinkel ist vereinseitigend und hat problematische Implikationen. Also stellen sich Fragen.
- (8) Meine erste Frage zielt darauf, ob nicht die Perspektiven zur Überwindung der Rackets zumindest verengt, wenn nicht gar verstellt werden. Wenn radikale Herrschaftskritik der Kern der Kritik ist – und mithin die Marxsche Kritik spezifisch kapitalistischer Herrschaft in der Sphäre der Ökonomie, und damit verknüpft der Marxsche Klassenbegriff zu relativieren sind - stellt sich weiter die Frage nach dem Stellenwert von Arbeitspolitik. Arbeitspolitik, Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft wäre ohne Zweifel höchst wichtig, ist aber nicht der alleinige Fokus der konkreten Lage unserer konkreten Situation heute. Die Einsicht von Norbert Elias, dass bipolare Hegemonialkämpfe sich bis heute durch die gesamte Geschichte der Menschheit hindurch gezogen haben, oder Gruens Kritik an der *Pose der Autorität* als Basis aller Formen von Herrschaft, die sie immer wieder geprägt haben, erweitern den Blickwinkel.
- (9) Die Kritik der Politik der Rackets ist sicherlich ein wichtiger Beitrag für eine schlüssige Herrschaftskritik, indem sie ein Grundprinzip der Organisation von Herrschaft offenlegt, das seit der neolithischen Revolution und danach in der Geschichte aller *sogenannten großen Zivilisationen* (Gruen) immer wieder wirksam gewesen und nachzuweisen ist. Sie ist aber auch vereinfachend. Es bedarf immer auch historisch spezifischer konkreter Analysen. Lindemanns

Argumentation lässt deshalb dort Fragen offen, wo es um politische Ansatzpunkte zur Überwindung der Rackets geht. Nun könnte man sagen, die Frage nach neuen emanzipatorischen Potenzialen heute, erfordere eben eine weitere Analyse, die der Autor mit seinem Buch gar nicht leisten kann und will. Doch was er im Schlusskapitel als für eine *Selbstermächtigung* der Beherrschten aufzählt, bezieht sich durchgängig auf Erfordernisse der Überwindung kapitalistischer Herrschaft, hat also nicht alle Dimensionen einer grundlegenden Herrschaftskritik systematisch im Blick, die in den vorausgegangenen Analysen ja angesprochen worden sind. Auch die allgemeine Analyse fällt also zu eng aus.

(10) Eine weitere Frage wäre, ob der Begriff der Politik, der in dem Buch nirgends näher entfaltet wird, eigentlich angemessen ist. Er wird – im Blick auf die herrschenden Klassen - als *Interessenpolitik* gefasst, die einer *antiaufklärerischen Prinzipienlosigkeit verpflichtet* ist, getragen von *arrogant wirkender Selbstsicherheit*. Es komme darauf an, dagegen eine andere Klassenpolitik der subalternen Klassen zu entfalten. Ich halte diese Schlussfolgerung für zweifelhaft. Analysiert wird ja eine Klassenpolitik der herrschenden Klassen die, idealtypisch formuliert, aus Mischungen von *offener Gewalt, verborgenem Zwang und Schutzversprechen durch Beuteanteil* besteht. Einmal ganz abgesehen davon, ob sich das für die repräsentativ-demokratisch verfassten westlichen Gesellschaften so einheitlich nachzeichnen lässt, ist die Frage, ob eine dagegen gerichtete emanzipatorische Politik wirklich ebenso als Klassenpolitik gefasst werden kann. Mit dem Arendt'schen Politikbegriff - der allein demokratische Politik als Politik in einem stetig weiter auszubauenden Raum der Freiheit Aller versteht und so der am überzeugendsten entfalteten Begriff demokratischer Politik ist - ist das nicht zusammenzubringen. Ich bleibe im Anschluss an Arendt dabei, dass Interessenpolitik keine Politik bzw. ein politikwissenschaftlich unsinniger Begriff ist.

(11) Wichtig sind im Kontext der Argumentation, die Lindemann in seinem Buch entfaltet, die Überlegungen zur widersprüchlichen Rolle von Gewerkschaften. Vor dem Hintergrund langjähriger gemeinsamer Arbeit im FNPA liegt das auf der Hand. Ich denke, dass die hierzu in dem Buch entfalteten Überlegungen auf eine Engführung zulaufen, solange man nicht über die emanzipatorischen Potenziale nachdenkt, die sich u.a. in ihnen bündeln – und die generell in der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung immer wieder neu entstehen und die es zu entfalten gilt – u.a. indem man unsere repräsentative Demokratie mit ihren eigenen Ansprüchen konfrontiert. Das große Problem liegt dann aber darin, dass unsere Gewerkschaften spätestens in den ersten Nachkriegsjahrzehnten konstitutiver Teil der institutionell verfassten und zunächst klar wohlfahrtsstaatlich orientierten Nachkriegsdemokratien geworden sind. Sie unterliegen damit den, diese Gesellschaften prägenden ideologischen Vorstellungen von einer guten Ordnung, die ganz selbstverständlich eine pri-

vatrechtlich organisierte Wirtschaft und Formen von Über- und Unterordnung voraussetzen – jedenfalls heute im Ergebnis des neoliberalen Rollbacks, das seit etwa der Mitte der 1970er Jahre eingesetzt hat.

- (12) Die institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften der westlichen Nachkriegsordnungen sind weiterhin Herrschaftsordnungen mit oft wenig durchschaute und ideologisch befestigten Form von Herrschaft geblieben - etwa in Gestalt jener *privaten Regierungen*, auf die sich in jüngster Zeit zunehmend Kritik richtet (Anderson 2019). Die Gewerkschaften sind deshalb immer auch ein Objekt der Anstrengungen der herrschenden Eliten, mit den ihnen eigenen Mitteln Klassenherrschaft durchzusetzen und ideologisch zu festigen. Es kommt also für eine emanzipatorische Politik darauf an, solche ideologischen Verhüllungen angesichts der Herausforderungen unserer Zeit kenntlich und die ihnen im Rahmen *privater Regierungen* unterworfenen abhängig Beschäftigten im Rahmen einer umfassenden radikalen Herrschaftskritik zu einem wichtigen, ja unverzichtbaren Träger einer umfassenden Emanzipationsbewegung zu machen. Die Prinzipienlosigkeit von Rackets kenntlich zu machen, die die erreichten Formen repräsentativer Demokratie gefährden, ist wichtig. Dann aber gilt es, Demokratie dagegen zu setzen, indem man sie weiter entfaltet, auch in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft, um sie so schließlich von einer Herrschafts- zu einer Lebensform weiterzuentwickeln.

„Wenn das Volk je aufhören sollte, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern, werden wir alle, Ihr und ich, und der Kongress und die Parlamentsversammlungen, die Richter und die Statthalter, wie wir da gehen und stehen, zu reißenden Wölfen werden.“

Thomas Jefferson

4. Demokratie und Transformation nach Corona – 18 Thesen im Kontext einer philosophisch literarischen Reflexion

4.1. Neue Allianzen für eine „große Transformation“?

Auf der Online-Tagung *Transformation und Demokratie* am 15.01. 2021⁶¹ haben alle an der Debatte Beteiligten darin übereingestimmt, dass unsere Gesellschaft in einer global immer enger miteinander verflochtenen Welt dramatischen Herausforderungen gegenübersteht. Ob das Zeitfenster angesichts eines drohenden Endes des Anthropozän nur noch acht bis neun oder aber noch nahezu 50 Jahre offen steht, wurde nicht näher erörtert. Es ging darum, für die Zeit nach Corona – die als menschengemachte Pandemie selbst Teil der bedrohlichen ökologischen Krisenentwicklungen ist – Klarheit über grundlegende neue Orientierungen und Ansatzpunkte für neue Allianzen zu finden. Da die ökologischen Krisendrohungen auf Kernstrukturen der Wirtschaft durchschlagen, bestand Einigkeit darüber, dass man auf der Suche nach tragfähigen Antworten, ökologische und soziale Nachhaltigkeit zusammendenken müsse.

Weitgehend einig war man sich, dass erfolgversprechende Lösungsschritte im Zuge einer beteiligungsorientierten Weiterentwicklung unserer repräsentativen Demokratie gedacht und erprobt werden müssen. Transformation und Demokratie stehen in einem untrennbaren Zusammenhang. Im Blick waren mithin das bestehende politische Institutionengefüge einerseits und soziale Bewegungen andererseits – allerdings wohl mit unterschiedlicher Gewichtung. In Zeiten gewachsener Unsicherheit, so der Tenor der Diskussion, könne es neue Orientierung nur im ‚Zusammenspiel‘ des ‚Oben‘ und ‚Unten‘ unserer Gesellschaft geben. Die Radikalität der in die Debatte eingebrachten Positionen war sicherlich unterschiedlich. Die einen haben vor allem Reformschritte in bestehenden Institutionen gefordert – sei dies nun die Mitbestimmung oder seien es die demokratischen Parteien unserer repräsentativen Demokratie. Folgerichtig lag ihr Akzent auf Impulsen und Innovationen innerhalb des bestehenden Institutionengefüges – etwa in Bezug auf Qualifizierungsprozesse oder technologische Innovationen. Die anderen haben auf alte und neue soziale Bewegungen und neue Allianzen durch einen Labour-Turn bei den Ökologen, einen Klimate-Turn

⁶¹ Veranstalter waren das *Forum Neue Politik der Arbeit* (FNPA), die *Kooperationsstelle der TU-Berlin* sowie das Netzwerk *Mitte der Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeit* (RENN-Mitte). Zu einem Tagungsbericht siehe Martens 2021c.

bei den Gewerkschaften und auf wechselseitige Offenheit und Toleranz gesetzt. So gelte es, den gesellschaftspolitischen Druck zu erzeugen, der die Akteure in den bestehenden Institutionen wirklich zu einem grundlegend neuen Nachdenken veranlasse. Ihr Akzent lag auf alternativen Vorstellungen eines guten Lebens und dem Erfordernis neuer politischer Handlungs- und Institutionalisierungsprozesse. Stichworte dazu waren: kommunale und betriebliche Öffentlichkeit, regionale Industriepolitik und Nachhaltigkeitsräte. Vor allem sie haben die große Konflikträchtigkeit einer ökosozialen Transformation betont und die Forderung nach grundlegenden neuen Orientierungen als Frage nach gesellschaftlicher Hegemonie aufgeworfen.

Ein großer Bogen von Überlegungen ist also aufgespannt worden. Er reicht von Forderungen nach einem raschen und grundlegenden Kurswechsel im Sinne von Fridays for Future bis zu eher verhaltenen Vorstellungen jener, die stärker im Kontext bestehender Institutionen und der sozialen oder politischen Interessen handeln. Auch mögen manche Wissenschaftler*innen die Beharrungskraft bestehender Institutionen möglicherweise nüchterner ins Kalkül gezogen haben. Mit unterschiedlicher Gewichtung ging es aber durchgängig um eine aktivere Beteiligung der Wirtschaftsbürger*innen am politischen Prozess einer transformatorischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht nur der ‚klassische‘ Raum politischer Öffentlichkeit, sondern auch die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft wurden dazu als bedeutsam erachtet. Tiefgreifende Veränderungen im politischen Prozess der Gesellschaft seien vorstellbar, wenn wir auf das aktive Handeln der Bürger*innen und die Mobilisierung ihres Laien-Experten-Wissens gesetzt werde. Auch die Schulung und Entfaltung politisch bedeutsamer Urteilskraft im Hinblick auf die sozialere Gestaltung einer Gesellschaft, die so komplex geworden ist, dass durchaus mit guten Gründen von systemisch gewordenen Prozessen gesprochen wird, wäre im Zuge entsprechender Beteiligungsprozesse möglich. Im Blick auf längere tentative Such- und Lernprozesse hin müsste das bestehende Institutionengefüge verändert werden. Das zentrale Thema bei all dem ist die Frage nach der Chance für neue Allianzen für eine „große Transformation“. Klaus Dörres These von einer *ökonomisch-ökologischen Zangenkrise* (Dörre 2020) hat dafür den Ausgangspunkt markiert. Ein Labour-Turn bei den Ökologen, einen Climate-Turn bei den Gewerkschaften ist der Schlüssel für die Bildung neuer Allianzen. Neue(re) soziale Bewegungen und die aus einer alten, vergangenen sozialen Bewegung heraus zu Institutionen der lebendigen Arbeit gewordenen Gewerkschaften sollen so zusammengedacht und –gebracht werden.

Ich knüpfe daran im Folgenden mit zwei vertiefenden Fragen an und fasse meine Überlegungen danach in achtzehn Thesen zusammen: Ich frage zunächst, ob die These der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise angesichts der tiefen Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne (Martens 2021a und b) nicht immer noch zu kurz greift – und ich versuche in diesem Zusammenhang die aktuelle Corona-Krise gleichsam als einen Brennspiegel für die Risiken, aber auch Chancen zu fassen, denen wir uns gegenübersehen. Allerdings, und das ist meine weitergehende These, können die erhofften neuen Allianzen nur als Impulsgeber einer „großen Transformation“ gedacht, und vielleicht auch Realität werden. Wir sind also mit wei-

tergehenden Herausforderungen einer umfassenden Herrschaftskritik konfrontiert, die zu den Wurzeln der europäischen Aufklärung zurückführt. Diese Herausforderungen sind im Rahmen eines kurzen Aufsatzes selbstredend nicht umfassend zu erörtern. Ich kann sie aber in meinen abschließenden Thesen umreißen.

4.2. Immense Herausforderungen und Corona als (letzte) Chance?

Wenn es angesichts bedrohlicher Krisenentwicklungen um eine *große Transformation* im Sinne Karl Polanyis (1978) gehen soll, dann sind die Herausforderungen immens, für die Lösungswege gefunden werden müssen. Einfache Antworten gibt es nicht. Es bedarf vielmehr der zielführenden Verknüpfung vielfältiger Handlungsansätze. Die ist schwierig, und es ist die Frage, ob die These der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise als Fundament für neue trag- und handlungsfähige Allianzen wirklich hinreichend ist. Andererseits bedeuten Krisen nie nur Risiken, sondern auch Chancen. Nur, und das wäre hier die erste Frage, wie nimmt unsere Gesellschaft die gegenwärtigen multiplen Krisenentwicklungen eigentlich wahr?

Aktuell ist es die Corona-Krise, die Fragen danach aufwirft, was uns droht, vielleicht aber auch endlich aussichtsreich bewältigt werden könnte. Viele Beobachter*innen unserer Zeit bieten Antworten darauf an.⁶² Stefano Mancuso (2020), er ist Neurobiologe sieht diese Krise, ausgesprochen nüchtern als einen (noch) *freundlichen Hinweis* der Natur für uns. Die zeige uns mit dieser Pandemie, dass wir dabei sind, die natürlichen Bedingungen des Lebens hier auf dieser Erde, und folglich also unsere Welt, schlichtweg zu zerstören. Die Pandemie sei eine Folge jenes Anthropozentrismus, aus dem heraus wir unsere Welt verstehen und gestalten. So belegen auch noch ihre letzten Rückzugsräume mit Beschlag und zerstören sie aus dem Kalkül unseres raschen Nutzens heraus. Dies aber sei ein Teil unseres zerstörerischen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen unseres Lebens auf der Erde – und auch mit uns selbst, wäre hinzuzufügen. Und letztlich werde das dann münden in das Ende unseres Zeitalters auf ihr, unseres Anthropozän.

Schon die direkten Folgen der Corona-Pandemie seien schlimm für uns, aber sie seien deutlich weniger dramatisch als so manche Seuchen aus vergangener Zeit. Daher sei es angebracht, von einem freundlichen Hinweis zu sprechen, den uns die Natur noch(!) gibt. Uns bleibe Zeit, aus dieser Pandemie zu lernen. Wir hätten noch die Chance, die Regeln zu verändern, denn wir haben sie selbst gemacht. Es bleibe noch die Zeit, von Konkurrenz- und Wettbewerb, die unsere Welt beherrschen, grundlegend umzustellen auf Kooperation und auf Zusammenarbeit. Im Zentrum eines solchen Blicks, des Neurobiologen steht also ökologische Nachhaltigkeit. Die Einsicht, dass das Leben hier auf dieser Erde sich schon immer hoch vernetzt entfal-

⁶² In meinem Essay *Krise und ‚Normalität‘ – Die Corona-Krise als Störung des ‚Weiter-so‘ oder als Impuls neu und anders zu denken* (www.drhelmutmartens.de) habe ich verschiedene solcher Einschätzungen zum Ausgangspunkt meiner eigenen sozialwissenschaftlichen Überlegungen gemacht. In einer Aufsatz-Kurzfassung sind sie im Heft 10/2020 der Zeitschrift *Sozialismus* erschienen. Die Thesen, auf die dieser Beitrag hinführt und mit denen ich ihn abschließe, knüpfen daran an.

tet hat - als gemeinsames Gleiten in einem evolutionären Strom der Zeit - wird also in der Krise neu geschärft.⁶³

Für mich als Sozialwissenschaftler geht es um Nachhaltigkeit in allen ihren Dimensionen. Neben der ökologischen also auch um ökonomische, soziale und politisch-institutionelle Dimensionen der gegenwärtigen Krisenentwicklungen. Die Frage lautet dann, ob wir Menschen aufbrechen können aus dieser krisenhaften Zeit heraus– zu einem Neubeginn in unserer uns als ganze nie zugänglichen Welt - oder ob wir nur versuchen wollen, zurückzufinden zu jener alten, selbstgesetzten Ordnung die den meisten unter uns so normal erscheint. Die Frage wäre dann aber, ob es heute für Karl Polanyis *große Transformation* genügt, ökologische und soziale Nachhaltigkeit miteinander zu verknüpfen. Oder ob es nicht noch grundlegenderer Überlegungen zu klarerer Orientierung bedarf. Wenn wir unseren Eliten angesichts der herrschenden, von ihnen verteidigten Verhältnisse Perspektivlosigkeit vorhalten, sollten wir selbst Perspektiven anbieten können. Und wenn wir meinen, es gelte, die Institutionen einer herrschenden Ordnung zu erneuern, weiterzuentwickeln und ggf. zu ergänzen –nicht ein für allemal, sondern offen für stetige weitere Fortentwicklung – dann braucht es dazu vielleicht auch an Stelle des derzeit immer noch vorherrschenden neoliberalen *Ego im Spiel des Lebens*, das Frank Schirrmacher (2013) höchst prägnant kritisiert hat, eines Menschenbildes, das darüber hinausweist, einer klaren Vorstellung, die *die mißbrauchte Erde und Menschheit einer menschenwürdigen Verwandlung für wert und fähig* hält.⁶⁴ⁱ Das berührt grundlegende Fragen.

⁶³ Siehe das Interview mit Stefano Mancuso (2020). Die Neurobiologen Humberto Maturana und Francesco Varela (1987) akzentuieren bei ihrer Reinterpretation der Darwinschen Evolutionstheorie in ihrem Buch *Der Baum er Erkenntnis* den Aspekt des *gemeinsamen Driftens* besonders stark. Am Ende ihrer Analyse des Prozesses biologischer Evolution sprechen sie von Liebe als einer *biologischen Dynamik mit tiefreichenden Wurzeln*, ähnlich wie andere Emotionen wie *Furcht, Zorn, Traurigkeit usw.* Und sie schreiben dann weiter: *Wir halten keine Moralpredigt, wir predigen nicht die Liebe. Wir machen einzig und allein die Tatsache offenkundig, dass es, biologisch gesehen, ohne Liebe ohne Annahme anderer, keinen sozialen Prozess gibt. Lebt man ohne Liebe zusammen, so lebt man heuchlerische Indifferenz oder gar aktive Negation des anderen* (a. a. O. 266f, Hervorhebung im Original). Dabei machen sie allerdings klar, dass Liebe unter Menschen sich von den biologisch *tiefreichenden Wurzeln* im Ergebnis unserer sozialen Evolution unterscheidet. Das wird deutlich, wenn sie, wiederum kursiv hervorgehoben, schreiben: *Wir haben nur die Welt, die wir zusammen mit anderen hervorbringen, und nur Liebe ermöglicht uns, diese Welt hervorzubringen* (a. a. O. 267f), denn Welt zu haben, unsere menschliche Lebenswelt, das lehrt uns existenzielle Philosophie, ist uns Menschen vorbehalten.

⁶⁴ Der Philosoph und Bloch-Freund Joachim Schumacher (1937/1978, 344)) hat im Französischen Exil, damals fest in Marxscher Tradition geschrieben: *Der westliche Kapitalismus hält sich gewiß seines eigenen Untergangs für würdig und fähig, indem er auf Perspektiven völlig verzichtet und nur noch Anpassungsfaktoren im Verhältnis der Produktionsweisen zu den Distributionsfaktoren diskutiert.* (344f) – und dann die im Text zitierte Formulierung gefunden. Der politisch liberale Philosoph Helmut Plessner (1985,1956), Repräsentant einer Philosophischen Anthropologie, hat einige Jahrzehnte später in einer eher beiläufigen Bemerkung zutiefst skeptisch bezweifelt, dass unsere Gesellschaft noch in der Lage sein könnte, für sich so etwas wie ein Menschenbild als wesentliches Moment ihrer weiteren Entwicklung zu entwerfen.

Frieder O. Wolf (2002 und 2020a) argumentiert im Blick auf die multiplen Krisenprozesse, denen wir uns gegenübersehen in dem Band zur einleitend angeführten Tagung, grundlegend herrschaftskritisch. Der soziale Prozess in dem sich unsere Geschichte bislang vollzogen hat, ist ihm zufolge zutiefst herrschaftlich. Die Zivilisationen, die wir Menschen bisher hervorgebracht haben, waren so, und sie sind es immer noch. Sie sind vielfältig durch Über- und Unterordnung geprägt – nicht nur in der privatrechtlich verfassten Sphäre von Arbeit und Wirtschaft. Sie sind gekennzeichnet durch ein herrschaftliches Naturverhältnis und zugleich zutiefst patriarchal im Verhältnis der Geschlechter. Und auch unsere repräsentative Demokratie ist eine Herrschaftsordnung, wenn auch, wie Winston Churchill einmal formuliert hat, die beste unter allen schlechten. Der technisch-wissenschaftliche Fortschritt, so wie er heute im Zeichen unseres von den *Naturwissenschaften* zu einer *Universalwissenschaft* fortgeschrittenen Erkenntnisprozesses (Arendt 2002, 522ff) in diese soziale Entwicklung gleichsam eingeschrieben ist, erscheint Vielen als vorläufiger Gipfelpunkt einer langen Entwicklungsgeschichte – mit ungeheuren Möglichkeiten, die erst noch vor uns liegen. Es ist eine Minderheitenposition, die hier von einem *losgelassenen Verzehrungsprozess* spricht, wie Hannah Arendt (2002, a. a. O.) dies schon in den 1950er Jahren getan hat, ohne damit wissenschaftsfeindlich zu werden. Dass wir heute allerdings mit wissenschaftlich fundierten Gründen vom möglichen Ende unseres Anthropozän sprechen, gibt ihrer These wachsendes Gewicht.

Diskutieren müssten wir heute über neue Leitbilder nach dem Ende einer Fortschrittsgläubigkeit, die ein Kind des bürgerlichen 19. Jahrhunderts ist. Zunehmend geht es seither nicht mehr darum, die Gegenstände wissenschaftlicher Forschung besser zu erkennen oder zu vermessen, sondern aus ihnen etwas zu machen (Arendt 2002), uns also die Natur herrschaftlich zu unterwerfen. Damit gelangt man zur Kritik der Fortschrittsmythen unserer Zeit, zu den *Elixieren der Wissenschaft* (Enzensberger 2002); und Elixiere, das sind eben Zaubersprüche. Geht man so auf diese Anfänge zurück, führt das zu der für manche sicherlich immer noch ernüchternden Erkenntnis, dass eben diese Fortschrittsmythen, die mit dem Aufstieg des Bürgertums im 19. Jahrhundert das Erbe der Religion angetreten haben, auch für die seinerzeit schärfste Kritik einer im Geist des Kapitalismus forcierten Industrialisierung folgenreich gewesen sind. Aus der wissenschaftlich wohlfundierten Analyse des Kapitalverhältnisses, das die seitherige gesellschaftliche Entwicklung prägt, ist so schon früh ein *prophetischer Marxismus* geworden, eine Art messianischer Ideologie. Walter Benjamin hat, wie schon erwähnt, in der Fortschrittsgläubigkeit der Arbeiterbewegung deren größte Schwäche erkannt und Albert Camus (2016, 259ff) hat ihren *prophetischen Marxismus* um die Mitte des 20. Jahrhunderts zutreffend und mit äußerster Schärfe kritisiert.⁶⁵

⁶⁵ Marx habe, so schreibt Camus, *die gültigste kritische Methode mit dem anfechtbarsten utopischen Messianismus vermischt* (a. a. O. 246f). Zu meiner Auseinandersetzung mit der kritischen Marxrezeption bei Camus wie auch Arendt siehe Marten 2020a, 88-116.

Vollzieht man diese Gedankenkette nach, wird man zugleich zu einer wichtigen erkenntnistheoretischen Einsicht geführt. Man bemerkt nämlich, dass die Welt nicht perspektivisch ist, sondern dass wir alle in unserem Denken und Handeln Perspektiven auf sie erst herstellen.⁶⁶ Das beginnt bei dem Staunen, mit dem wir phylo- wie ontogenetisch die äußere, uns umgebende Natur erlebt haben und erleben. Das führt hinein in die von uns selbst als Gattungswesen geschichtlich hergestellte menschliche Lebenswelt mit all den verschiedenen symbolischen Ordnungen, die wir für sie ge- und erfunden haben.⁶⁷ Unsere natur- und universalwissenschaftlichen Anstrengungen, unserer äußeren Natur habhaft zu werden und unsere gesellschaftswissenschaftlichen und philosophischen Anstrengungen, uns unseres Ortes in unserer *kleinen menschlichen Ewigkeit* (Arendt 2002, 176) zu vergewissern, können davon nicht unberührt bleiben - auf diesem einen Planeten, auf dem wir am Rande einer uns schon unendlich groß erscheinenden Galaxie leben. Auch noch ihre letzten Rückzugsräume belegen wir mit Beschlag.

Doch wir sind uns dessen kaum wirklich bewusst. Wir haben uns eingerichtet: im vorläufigen Resultat einer lang dauernden Geschichte des Entstehens unserer Zivilisation. Und viele von uns träumen lieber vom Absoluten, dem Aufgehoben-Sein in einer göttlich gedachten Ordnung und wollen sich nicht dem *Abgrund unserer* uns möglichen *Freiheit* stellen.⁶⁸ Für Einige, sehr Wenige, ist der gegenwärtig bestehende gesellschaftliche Rahmen höchst angenehm, für immerhin sehr Viele in den sogenannten hoch entwickelten Gesellschaften der Triade lässt es sich in ihm auch leben, zunehmend freilich schlecht und recht. Für die meisten in den Ländern jenseits der Triade allerdings ist es ein Leben am Rande der Apokalypse, oder gar schon unter schier apokalyptischen Verhältnissen. Der Sänger Bob Dylan hat das in dem Protestsong von seinem *blue eyed son* schon vor sechzig Jahren eindrucksvoll zum Aus-

⁶⁶ Der Philosoph Markus Gabriel versteht sich als Repräsentant eines *neuen Realismus* und er ist erkenntnistheoretisch höchst anregend. Er argumentiert, dass es für uns als erkenntnisfähige, aber auch irrumsanfällige Wesen *die Welt nicht gibt*, weil wie sie nie als Ganzes und gleichsam von außen in den Blick nehmen können. Er hat diese These seit 2015 in insgesamt drei Büchern, er spricht von einer Trilogie, systematisch weiter entfaltet. Im letzten der drei Bücher schlägt er vor - gegen die Aristotelische Unterscheidung unserer fünf Sinne - auch das menschliche Gehirn als *Sinn der Erkenntnis* zu verstehen.

⁶⁷ Cornelius Castoriadis (1984) hat das im Titel seines Entwurf einer politischen Philosophie auf den Punkt gebracht. Der lautet: *Gesellschaft als imaginäre Institution*. Zu meiner Auseinandersetzung damit siehe Martens 2020c. S. 117-146.

⁶⁸ Diese Formulierung stammt von Hannah Arendt (1979,433). Der Linksnietzscheaner Alber Camus spricht, fest in der Tradition eines epikureischen Denkens, ganz ähnlich von *der grenzenlosen Angst der* (potenziell H. M.) *Freien*. Aber wie schon der monistische Naturalist Denis Diderot lässt er seine scharfe philosophische Religionskritik als politisch engagierter Intellektueller sozusagen ‚aus dem Spiel‘. Eine Aufforderung wie die in Fußnote 62 von Joachim Schumacher zitierte, an alle richten. Dessen oben zitierter Satz lautet, recht hegelmарxistisch, vollständig: *Um die bestehenden Umstände hassenswert genug zu finden, um sie aufheben zu wollen, müssen echte Revolutionäre vor allem auch sich selbst revolutionieren. Aber wir müssen ehrliche Demokraten, ja zornfähige Christen bleiben, um die missbrauchte Erde und Menschheit einer menschenwürdigen Verwandlung für wert und fähig zu halten.*

druck gebracht. Jedenfalls seit dem Neolithikum, also der Zeit zu der sie sesshaft wurden, unsere Vorfahren, haben wir selbst sie so hervorgebracht, diese imaginierten, institutionell befestigten symbolischen Ordnungen, in denen so Viele jener, die mit uns und zu unserer Zeit nun darin leben, den Monstern ausgeliefert sind, die es darin auch gibt.

4.3. Neue Allianzen als mögliche Impulsgeber der „großen Transformation“

Das breite Spektrum der multiplen Krisenentwicklungen unserer Zeit - ökologisch, ökonomisch, sozial, politisch und geopolitisch – mit seinen weit in die Vergangenheit zurückreichenden Wurzeln, ist damit aufgespannt. Die Herausforderung zu einer umfassenden Herrschaftskritik wird bei dessen vertiefender Analyse sichtbar. Unsere Frage nach der Chance zur Bildung *neuer Allianzen* muss vor solchem Hintergrund als Frage nach einem ersten starken Impuls für deutlich umfassendere transformatorische Prozesse angesehen werden. Erforderlich für einen solchen Impuls ist der *Social-Turn* der Ökologiebewegung und der *Klimat-Turn* der Gewerkschaften. Dem ist kaum zu widersprechen. Doch im Licht der eben knapp umrissenen Argumentation greift diese Vorstellung noch zu kurz. Denn die Rede ist von multiplen Krisenentwicklungen von wirklich existenziellem Charakter.

Multiple Krisenentwicklungen die sich zu immer größeren Problemwolken auftürmen, prägen derzeit die gesellschaftspolitischen Debatten. Die Corona-Pandemie, näher betrachtet selbst Teil der menschengemachten ökologischen Krisenentwicklungen, hat im Jahr 2020 alles andere überlagert. Aber die drohende Klimakatastrophe bleibt unabweisbar. Und spätestens mit den Präsidentschaftswahlen 2020 in den USA ist unübersehbar geworden, dass wir uns einer tiefgreifenden Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne gegenübersehen. Womöglich letztlich ‚dank‘ der Corona-Pandemie wurde Donald Trump abgewählt. Doch der ‚Trumpismus‘ bleibt uns erhalten. Und die neue US-Regierung ist, wie ihre Vorgängerin auch, mit der für sie bedrohlichen Aussicht auf einen Niedergang der globalen US-amerikanischen Vorherrschaft konfrontiert. Schon 2004 hat der Weltsystemanalytiker Immanuel Wallerstein die Frage nach dem *Sinkflug oder Absturz des Adlers* gestellt. Die Volksrepublik China, kulturell gänzlich anders geprägt als unser eigener Kulturkreis, erscheint als neu aufsteigende Weltmacht. Und ihr Aufstieg vollzieht sich zu einer Zeit, die in den Ländern der Triade von einem Ende der industriellen Wachstumsdynamik geprägt ist, die die Dynamik der Moderne über zwei Jahrhunderte und mehrere lange Wellen der Konjunktur hinweg geprägt hat. Spätestens seit der Weltfinanzkrise von 2008 schiebt das neoliberale Projekt nicht wirklich bewältigte ökonomische Krisenprozesse vor sich her, nehmen soziale Spaltungsprozesse zu - nicht nur global, sondern auch in den einzelnen Staaten der *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft*. Und im Kontext all dieser Entwicklungen erleben wir anwachsende geopolitische Konfliktpotenziale - zwischen den beiden aktuell um ihren Platz streitenden Weltmächten, einer dadurch relativ ‚zurückgesetzten‘ dritten früheren, mehreren Schwellenländern, die als Regionalmächte ihre jeweiligen Einflussphären zu festigen trachten und

schließlich einer Europäischen Union, die sich angesichts all dieser ‚Machtspiele‘ außerordentlich schwer damit tut, ihre Rolle zu finden.⁶⁹

Im Nationalstaatlichen Rahmen, dann aber auch im Blick auf die EU, stellt sich vor solchem Hintergrund die Frage danach, ob die Corona-Krise nicht auch Chancen für einen neuen Impuls in Richtung auf eine ökosoziale Transformation eröffnen kann. Doch dann ist eben sehr grundlegend nach den Ursachen der bedrohlichen Krisenentwicklungen zu fragen, die zu einer solchen Transformation herausfordern. Die Arbeiterbewegung des ausgehenden neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts etwa zielte auf grundlegende Alternativen im Vertrauen auf die Versprechen eines technisch-wissenschaftlichen Fortschritts, der nie grundlegend in Frage gestellt worden ist. Für unsere daraus hervorgegangenen Gewerkschaften heute geht es um dessen Einhegung *unter Beteiligung der Belegschaften und (um) die ‚Dekarbonisierung‘ der Energieversorgung (wobei auch die durch die zuständigen Gewerkschaften möglichst wirksam gebremst wird)*. Man zielt auf eine *neue Epoche industriellen Wirtschaftens, mit der der ‚technische Fortschritt der Digitalisierung und eine neue Phase der Globalisierung zusammenfallen*, zitiert Wolfgang Neef (2021, 47) den Beschluss *Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft* der IG Metall. Das jüngste *Jahrbuch Gute Arbeit 2021. Demokratie in der Arbeit* wirft im Anschluss an eine aktuelle, ziemlich radikale philosophische und wissenschaftliche Debatte⁷⁰ die Frage nach dem Verhältnis von Arbeit und Demokratie ziemlich grundlegend und radikal auf. Weiter geht es dann aber unter dem Stichwort Transformation um die stärker beteiligungsorientierte und einer wirklichen Mitbestimmung unterworfenen Bewältigung der Veränderungen der Arbeitswelt im Zeichen der nächsten Welle der Digitalisierung. Das ist zweifellos wichtig, verbleibt aber letztlich ganz im Rahmen des herrschenden Fortschrittsparadigmas.

Das ist, wie Wolfgang Neef (2021,46) argumentiert in den 1980er Jahren schon einmal etwas anders gewesen. Damals sei *Konversion*, ausgehend von der Rüstungsindustrie, noch ein bedeutsames Thema gewesen. Man habe das auf andere Branchen ausgeweitet und *führende Kolleg*innen der IG Metall, Betriebsräte und viele organisierte Ingenieur*innen hätten seinerzeit über die Beziehungen der Gewerkschaften zu den ökologisch-sozialen Bewegungen bis hin zu einer tiefgreifende(n) Veränderung der Paradigmen der kapitalistisch geformten ‚Moderne‘* diskutiert.⁷¹ Im

⁶⁹ Jürgen Habermas (2014 und 2015) hat im Zusammenhang seiner sehr kritischen Sicht auf die politische Entwicklung der EU davon gesprochen, dass sie ihre mögliche weltpolitische Rolle schlicht verfehle. Zu meiner Auseinandersetzung mit seiner damaligen Position und der Debatte, die sie in der Zeitschrift *Leviathan* ausgelöst hat, siehe Martens (2016, 44-67)

⁷⁰ Einen wichtigen Impuls hat hier zweifellos die amerikanische Philosophin Elizabeth Anderson (2019) gegeben. Im Hinblick auf die deutschen Verhältnisse und anschließend an einen schon länger zur Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft geführte Debatte im FNPA habe ich den in meinem Buch *Arbeit und Demokratie* aufgegriffen (Martens 2020a).

⁷¹ Man mag streiten können, ob ein solcher Blick zurück ein wenig geschönt ist. Doch wer nach der Weltfinanzkrise bei dem Kurswechsellkongress der IG Metall dabei gewesen ist, der 2012 schon wieder vom China-Boom der deutschen Automobilindustrie überlagert war, mag sich erinnern, dass der

Jahrbuch Gute Arbeit wird heute eine *große Transformation* im Grunde nur in einem Beitrag von Detlef Hensche wirklich offensiv aufgegriffen. Für ihn geht es bei *Klimaschutz und demokratischem Umbau* um den *Nerv unserer sozialen Existenz* – und er schreibt weiter, *der Begriff der Transformation klinge eher wie eine euphemistische Umschreibung der existenziellen Dramatik* (a. a. O.112). Für die im aktuellen Tagesgeschehen stehenden Repräsentanten unserer Institution gewordenen und von weiterer Erosion bedrohten Gewerkschaften ist es hingegen, so Wolfgang Neef (a. a. O. 47), *schwer zu verkraften*, dass man mit einem technisch-industriellen Fortschritt, der, *fossil angetrieben, 200 Jahre lang so beeindruckend funktioniert hat, auf dem Planeten an Grenzen stößt und inzwischen die eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören droht*.

Man wird in der gegenwärtigen Lage der Feststellung von Frieder O. Wolf (2020a) zustimmen können, dass nach einer nunmehr vierzigjährigen Debatte sehr wohl praxisreife Diagnosen und Handlungskonzepte vorliegen, auf deren Grundlage ein Einstieg in die erforderlichen Transformationsprozesse möglich ist. Doch das gilt leider ebenso für seine Feststellung,

*dass der geradezu sprunghaft zunehmenden Dringlichkeit einer radikalen Transformation der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die zunehmend von strukturellen Krisen geprägt sind, noch keine auch nur im Ansatz problemadäquate Politik entspricht.*⁷²

Wir verfügen also über hinreichendes wissenschaftlich fundiertes Wissen. Doch wir leiden unter einem zutiefst ideologisch befangenen Blick. Man sollte sich da eine schon ältere Einschätzung von Joachim Schumacher (1937/78, 25) in Erinnerung rufen. Der hat geschrieben, es gebe *kaum ein anderes Gebiet, in dem Selbsttäuschungen und interessiertes Blindsein eine solche Rolle spielen, wie im Politischen.*⁷³

Nach der Weltfinanzkrise 2008 hat Oskar Negt argumentiert, Krisenzeiten könnten Erkenntniszeiten sein, in denen es gelingen kann, die ideologischen Blasen aufzubrechen. Doch dies ist, so hat er weiter geschrieben, nur möglich, *wenn die Menschen Alternativen zum Bestehenden wahrnehmen. Wenn gewissermaßen eine Kraft oder Organisation vorhanden ist, die ihnen signalisiert, dass das Lernen aus der Krise Folgen haben könnte für die Bekräftigung dieser Alternative* (Negt 2011,53). Und es gibt ja durchaus historische Beispiele, auf die man in diesem Zusammenhang verweisen kann (Rösler 2010, Lehndorff 2020). Der amerikanische New Deal wäre da zu nennen, und es wäre dazu auf vorliegende Analysen zu verweisen. Sie haben überzeugend gezeigt, dass und weshalb der New Deal als *progressive Krisenüber-*

Journalist, der das Auftaktpodium dieser Tagung moderiert hat, gleich zu Beginn seine Überraschung darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass ausgerechnet die Gewerkschaften hier im Verein mit dem BUND auch die ökologische Dimension eines solchen Kurswechsels zum Thema machen würden. Er hat mit seiner Überraschung und Skepsis nicht so falsch gelegen.

⁷² Ich zitiere hier nach dem Manuskript und verzichte deshalb auf eine Seitenangabe.

⁷³ Hannah Arendt (1971) hat solche Prozesse von der Selbsttäuschung bis hin zur Ideologisierung knapp 35 Jahre später aus Anlass der Veröffentlichung der Pentagonpapiere systematisch analysiert.

windungsstrategie gegenüber konservativen, oder auch den vom Anspruch her von vorneherein offen transformatorischen Strategien der Kommunisten, mehrheitsfähig werden und erfolgreich sein konnte und dabei *durchaus Ansätze enthielt, nicht nur den Marktradikalismus zu überwinden, sondern auch über den kapitalistischen status quo ante hinauszugehen* (Rösler 2010, 38). Aus ihnen kann man lernen, dass und wie die Politik des New Deal pragmatisch und mit immer neuen experimentellen Schritten im Konflikt gegen härter werdende Widerstände von Franklin D. Roosevelt entwickelt und durchgesetzt worden ist.

Der Tipping-point für eine derartige Weiterentwicklung einer *Mixed Economy auf kapitalistischer in eine solche auf sozialistischer Grundlage* wurde seinerzeit nicht erreicht. Das hatte mit gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu tun. Die galt es damals, und die gilt es heute wieder zu verändern. Dann aber geht es um die Frage nach gesellschaftspolitischer Hegemonie. Es kommt also darauf an, über die Impulse, die von neuen Allianzen ausgehen können, *Alternativen zum Bestehenden* in einer Weise kenntlich zu machen, dass sich damit realistische Zielvorstellungen von einem anderen guten Leben verknüpfen. Das heißt - nochmals in Negts Worten, und bezogen auf unsere Gewerkschaften als wichtiger und unverzichtbarer Teil neuer Allianzen:

Wenn unsere Gewerkschaften keine politische, kulturelle und moralische Alternative zum bestehenden System sichtbar machen, dann können an die krisenhafte gesellschaftliche Situation auch keine Lernprozesse anknüpfen, obwohl viele Menschen durchaus von deren Notwendigkeit überzeugt und keinesfalls gleichgültig gegenüber dem Ausbleiben eigener wie gesellschaftlicher Lernprozesse sind (ebd.).

Hannah Arendt hat bereits in den 1950er Jahren von der vielleicht letzten Chance unserer *westlichen Zivilisationsgemeinschaft* gesprochen – vor dem Hintergrund von kaltem Krieg, Atomkriegsdrohung, vor allem aber ihrer Sorge, dass unser demokratisches Projekt der Moderne den Anspruch aus den Augen verlieren würde, den Raum der Politik als Raum der Freiheit für alle Bürger*innen wirklich zu öffnen und ihnen so die Chance zu eröffnen, sich selbst zu (politisch) *handelnden Wesen zu machen*. Die Lage, der wir uns heute gegenübersehen, ist eher beunruhigender – und das musste man schon vor Putins Krieg so sagen. Die Problemwolken, die sich vor uns auftürmen, signalisieren Krisen wirklich existenzieller Art. In seinem Aufruf *Bleibt mutig!* Hat Frieder O. Wolf (2020a) kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie unsere Lage angesichts der Klimakrise prägnant formuliert. *Die Aufgabe ist ebenso dringlich - wie unmöglich zu lösen. Und dennoch ist sie immer wieder anzugehen – und es ist dafür zu kämpfen, sie wieder lösbar zu machen*. Und nach einer knappen Skizze der Lage schreibt er weiter: *Zugleich bleibt es möglich, eine Politik der Aufklärung zu betreiben, um auch die genannten Herrschaftsstrukturen konkret und wirksam politisch zu thematisieren* - und zwar im Sinne seiner *radikalen Philosophie* um umfassende Herrschaftskritik - *und dies auf eine Weise, welche die ideologischen Filterblasen durchbricht*.

4.4. Krisen als Brennspeigel ihrer Zeit – die Corona-Krise als Risiko und Chance – 18 Thesen

Soweit meine philosophisch-literarischen Reflexionen. An dieser Stelle ließ sich dabei vieles nur knapp umreißen und keinesfalls vertiefend diskutieren. An meine knappe Skizze kann ich aber pointierte Thesen anschließen, denen solche vertiefenden Analysen zugrunde liegen.⁷⁴

Der Blick auf die Corona-Krise, den unsere Welt uns heute nahelegt, die Welt des demokratischen Projekts unserer Moderne mit ihrem politischen Raum repräsentativer Herrschaft, dieser Blick ist durchaus fragwürdig: Unsere *Westliche Zivilisationsgemeinschaft*, die sich versteht als eine Herrschaftsform, und zwar die beste aller schlechten, zielt auf den Weg zurück, zurück zum altgewohnten, dem was ihr lange Zeit als wohlgeordnet, vorbildlich sogar erschien. Doch diese Welt ist längst zutiefst gezeichnet von krisenhaft erlebten Fehlentwicklungen. Und der Weg zurück, er ist versperrt. Es wäre Zeit sich derer zu erinnern, die - so Hannah Arendt schon vor über fünfzig Jahren - schrieben, sie befände sich auf einem Weg der letzten Chance, sich weiter zu erneuern, um sie fortzusetzen, unsere *kleine menschliche Ewigkeit* auf dem Planeten Erde.⁷⁵

- (1) Ja die Corona-Krise, sie beschleunigt und verschärft Zuspitzungen, oder auch den Ausbruch all der Krisenpotenziale, die sich aufgebaut haben in Jahrzehnten – und sie eröffnet einen anderen, klaren Blick darauf. „Traumschiff-“ und Flugreisen in einer immer mehr vernetzten und globalisierten Welt, bieten wohl nicht nur für kurze Zeit keine Wachstumsmärkte mehr. Globalisierung, im neoliberalen Geist von der Politik vorangetrieben, wird erstmals, und wenn auch nur partiell, als falsch und überzogen angesehen – jedenfalls auf jenem Feld, das heute, ganz dem Wahn entfesselter Vermarktlichung entsprechend, *Gesundheitswirtschaft* heißt. Die soziale Spaltung der Gesellschaft wird noch einmal vertieft. Die Pandemie trifft uns nicht nur je nach Alter unterschiedlich, sondern auch nach sozialer Stellung.⁷⁶ Doch sie kann nun auch klarer erlebt

⁷⁴ Unter anderem habe ich auf meine früheren Arbeiten (Martens 2015, 2016a und 2020a) zurückgegriffen.

⁷⁵ Beide Formulierungen, die von der *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft*, und die von unserer *kleinen menschlichen Ewigkeit*, finden sich bei Hannah Arendt – in ihren nachgelassenen Schriften zur Politik und ihrem letzten, vielleicht philosophischsten Buch *Vom Leben des Geistes* (Arendt 1993 und 1979).

⁷⁶ Oliver Nachtwey (2020) betont in einem Interview, dass es *ausgezeichnete soziologische Forschungen zu den Folgen der Pandemie* gebe, man aber *auf staatlicher Seite wisse und kommuniziere) man viel zu wenig*. Und führt dann aus; *Täglich hören wir das Mantra „Corona trifft uns alle gleich“. Nein wir sitzen nicht im selben Boot. Der Angestellte kann ins Home-Office gehen, die Verkäuferin muss im vollen Laden stehen, mein Essen wurde mir gerade von einem migrantischen Überfahrer gebracht. Die Risiken sind dramatisch ungleich verteilt. Die unteren Klassen haben sehr große Einkommens- und Gesundheitsrisiken. Und sie haben weniger Ressourcen sich zu wehren, weniger Mitbestimmungsrechte, keine Gewerkschaften oder Betriebsräte.*

werden als eine Aufspaltung in und zwischen Gesellschaften, in der Menschenleben abgewogen werden. Achille Mbembe, Historiker und Philosoph, hat uns das überzeugend dargelegt.⁷⁷ Wir könnten uns daran erinnern, dass das zu Beginn des demokratischen Projektes unserer Moderne einmal anders klang beim großen Philosophen Kant – und wir könnten dann vielleicht doch noch damit beginnen, Aufklärung neu zu denken – und zu begreifen, dass sie gerade erst begonnen hat.

(2) Die Krise zeigt, wie Märkte funktionieren, und sie zeigt zugleich, dass eben nicht der Markt allein regiert. Es mag ja viele überraschen, doch Wirtschaftspolitik gewinnt von Neuem an Gewicht. Zunächst nur einzelstaatlich, und das ist, so werden manche denken, zuletzt doch aussichtslos. Denn am Ende sind doch Weltkonzerne jene Global Player, die den Lauf der Welt bestimmen auf Märkten, die dann ganz zuletzt die Regeln setzen. Und sie sind selbst fast anonyme Mächte, hinter denen aber Namen stehen von Multimilliardären, die manche für die wahren Player halten, die großen Macher und die Sieger in dem immer gleichen Spiel, in dem wir alle funktionieren müssen. Doch auch wer will, dass dieses Spiel so weiterlaufen kann, der fordert jetzt, dass Staaten reagieren. Und dort regiert die Politik, verkörpert durch Repräsentanten ihrer Bürger, die spüren: da ist arg viel Sand in dem Getriebe dieses großen Spiels. Und so entsteht die Möglichkeit, dass wir hier in Europa heute vielleicht doch den ersten Schritt zu Eurobonds erleben – als Chancen dazu, neu darüber nachzudenken, ob wir nicht durch (zusammen)Handeln anders eingreifen können, politisch, in das ‚freie‘ Spiel der Märkte.

(3) Zugleich ist aber klar: der Staat muss Schulden machen, dass die Wirtschaft weiter läuft trotz der massiven Störungen der Lock-Downs. Und immer wieder werden wir dann gleich daran erinnert, Schulden zu machen, das ist gar nicht gut. In unserem kleinen Alltag, den wir leben als Wirtschaftsbürger*innen dieses Landes, ist das ja auch wirklich ziemlich schlecht. Und wir wissen aus Erfahrung, woher der Staat das Geld, sie zu bezahlen, holen wird: von uns, den Steuerzahlern. Und wieder wird er das damit begründen, dass nur so die Wirtschaft weiter läuft. Doch wessen Wirtschaft soll so laufen? Und wer ist es eigentlich, dessen Schuldner wir somit am Ende alle sind? Und wer denn eigentlich hat da zuvor über seine Verhältnisse gelebt? Solche Fragen könnten vielleicht aufgeworfen werden im Zuge dieser Krise. Und wer weiß, wohin das führt, ob mit den Risiken sich da womöglich Chancen auftun vor so Fragen-den?⁷⁸

⁷⁷ Achille Mbembes nicht gehaltene Rede *Die Leben wägen. Covid 19 hat eine Reihe von dunklen Ahnungen bekräftigt, hat uns das Chaos, die Gewalt und die Ungerechtigkeit vor Augen geführt, die die Welt strukturieren*, wurde abgedruckt in der Süddeutschen Zeitung am 05.08. 2020

⁷⁸ Und wir könnten, spätestens seit John Meynard Keynes, gut wissen, dass die Banken Giral- und Buchgeld schöpfen „aus dem Nichts“, wie schon Joseph Schumpeter schrieb. Doch das ist heute an den Rand unseres akademischen Wissens gerückt worden. Was heute herrscht, sind normativ be-

- (4) Wir machen derzeit auch Erfahrungen mit einer Politik der Angst. Wir sehen, wie sie dort versucht wird, wo schon Autokraten herrschen. Und die versprechen dann, dass sie schon alles richten werden – jedenfalls für die, die gläubig sich um sie herum zusammenscharen – und sofern es nur gelingt, die Fremden, alles Fremde, vor den Grenzen fernzuhalten. Aber in unserer Gesellschaft, in der Demokratie, die repräsentativ verfasst ist, immerhin noch halbwegs funktioniert, da droht er auch der rechte Populismus. Hier, wo die Solidarität im ‚Spiel des Lebens‘ eher erodiert, in der wir uns als Einzelne behaupten sollen, auf den Märkten, die angeblich alles besser regeln, verschafft wachsende Unsicherheit den neuen, alten ‚Rattenfängern‘ Zulauf. Doch wir erleben auch in diesen Tagen, dass sie neu entstehen kann, die Solidarität. Wir könnten anders miteinander leben. Soziale Distanzierung fordert diese Krise – doch zugleich entsteht damit auch eine neu erlebte Nähe – mit Menschen und auch mit und in Natur.⁷⁹
- (5) Und die Krise ist, so merken wir, die große Stunde der Administration. Wir erleben wie sie sehr viel Kraft entwickelt zum Ausbau von Kontrolle. Um diese Pandemie nun endlich einzudämmen, ist das unausweichlich. Warn-Apps sind da plausibel, und manches Andere ganz sicher auch. Aber was so geschieht, das hat zwei Seiten. Die Ambivalenz, also die Möglichkeit dass neues Herrschaftswissen so entsteht, ist ja nicht von der Hand zu weisen. In China, und dann eben nicht nur dort, wird uns das derzeit eindrucksvoll gezeigt. Und Risiken der Krise sind auch hier bei uns nicht von der Hand zu weisen, wo die Demokratie das Licht der Menschenwelt zuerst erblickt hat, in Athen, und wo sie nach mehr als zweitausend Jahren von Neuem unsere Wirklichkeit verändert hat. Es gibt sie also auch bei uns: Ambivalenzen. Risiken und Chancen werden wir in jeder Krise finden.
- (6) Wir konnten so zum Beispiel sehen, wie der Umgang mit der Wissenschaft sich rasch verändert hat – und das ist folgenreich in mancher Hinsicht. Man kann nun lernen, wie sie funktioniert die Wissenschaft, auch wenn man sonst nur sehr entfernt von dem Getriebe lebt, in dem sie boomt. Wir begreifen, dass sie immer Zeit braucht für die Produktion von neuem Wissen, und wie weit dieses Wissen trägt – und dass es dann stets seine Grenzen hat, wie sorgfältig und gut fundiert auch immer es verheißen wird. Und wir erkennen auch, dass eine Politik, die wohl begründet sein soll, ihre Erkenntnisse nicht ignorieren darf – auch wenn die endlich sind und relativ. Hier liegen neue Chancen – zum Beispiel für Bewegungen gegen die Klimakrise, die uns droht.

gründete Interessen nach Reichtumsmehrung und Geldwertstabilität. Siehe zu dieser Argumentation überzeugend den jüngsten Beitrag von Michael Wendl (2020).

⁷⁹Siehe dazu meine ausführlichere Argumentation in Martens 2020c.

- (7) Zu viele aber suchen Antworten, sofort, klar und von Eindeutigkeit. Die Elixiere einer Wissenschaft, die danach fragt, wie wir etwas machen, besser noch beherrschen können, kaum jedoch danach warum und was es wirklich ist, diese Zaubersprüche, die derzeit oft versprochen werden, wie uns Hans-Magnus Enzensberger (2002) zeigt, sind da das Eine. Die Hoffnung auf die starken Männer in der Politik, die dann ein klares Lösungswort anbieten, ist das Andere. In einer Lage, die zu Zeiten dieser Pandemie ganz neu und eher zwar, doch immer noch nur schwer durchschaubar ist, Ambivalenzen auszuhalten, das ist ihre Sache nicht. Selbst nach-zudenken, das will eben auch gelernt sein. Und es geht ums selber Denken, ‚Selbertun‘, wie es in einem alten Volkslied einmal hieß. Wer das nicht lernen will, der erliegt ihr leicht, der *Pose der Autorität*, die uns unterwürfig machen will – und sich darin bewährt hat – seit Jahrtausenden. Der Psychologe Arno Gruen macht darauf aufmerksam.⁸⁰ Und das ist, wie wir aus unserer Geschichte wissen können, nicht nur ein Risiko, nein das ist immer wieder wirklich die Gefahr!
- (8) Uns wird so nicht zuletzt ein Unterschied bewusst, der höchst gewichtig ist – der zwischen autokratischen Regierungen, die tendenziell faschistisch sind, und jener liberalen, demokratischen Gesellschaft, in der wir heute noch leben. Doch deren überzeugte Wortführer und Meinungsbildner die sehen nie das ganze Elend dieser Welt, das in den ersten dieser Thesen knapp umrissen worden ist. Man kann sich ja erklären, dass sie in jenem Ordnungsbild gleichsam gefangen sind, das nach der Katastrophe zweier großer Kriege und jener Herrschaftsformen - die Hannah Arendt dann zu Recht totalitär genannt hat, und für die Albert Camus von Terror spricht⁸¹ - für einige Jahrzehnte trug. Das jedenfalls galt hier, in unserer Zivilisationsgemeinschaft, von der vor fünfzig Jahren wiederum Hannah Arendt sagte, dass sie in unserer Gegenwart wohl ihre letzte Chance hat. Die Krise zwingt uns nun, neu und anders auch zurück, vor allem aber dann voraus zu blicken.
- (9) Der alte Fortschrittsglaube in eine grenzenlose, herrschaftliche Kraft der Wissenschaft, in jene Elixiere, welche sie verspricht, oder in das stete Wachstum einer Wirtschaft, die längst die Unbewohnbarkeit dieses Planeten drohen lässt, werden erschüttert. Schleichend ist das seit langem spürbar. Einige bemerken, dass ein Elixier eben ein Zauberspruch ist, der für uns nicht zu haben ist. Vielmehr sind Probleme, die sich wolkengleich vor uns auftürmen, seit lan-

⁸⁰ Pointiert dargelegt finden sich diese Argumentation und die Formulierung von der *Pose der Autorität* bei Gruen 2015.

⁸¹ Die Formulierung vom *Elend der Welt* spielt an auf die Untersuchung von Pierre Bourdieu (1997), geschrieben lange vor den Zuspitzungen multipler Krisenentwicklungen heute und zielend auf das schon davor alltägliche Leiden der Menschen an ihrem Alltag im Zeichen des fortschreitenden neoliberalen Projekts. Zu den weiteren Bezügen auf *Formen totaler Herrschaft* sowie den unter ihnen ausgeübten Terror siehe das Totalitarismus-Buch Hannah Arendts sowie Albert Camus *Der Mensch in der Revolte*.

gem kaum zu ignorieren. Sie verdunkeln unsre Zukunft. Was wir also suchen müssen, das sind neue Lösungswege. Und der genaue, unverstellte Blick auf jene alte Ordnung, die näher betrachtet, ein ‚ordentliches‘ Leben Aller länger schon nicht sichern kann, ist dafür unverzichtbar. Die These lautet, dass derzeit diese Corona-Krise solchen Blick erleichtert – und erzwingt.

(10) Wir haben damit längst noch keine große Antwort – und die womöglich zu verkünden, das ist in keiner Weise hier das Ziel. Gegen jeden, der solches uns verspricht, wäre tiefstes Misstrauen nur allzu angebracht. Doch was wir aus dem eben dargelegten lernen könnten wäre, dass es vielleicht um kleine Teilantworten geht, um erste Einzelschritte, die in eine neue Richtung weisen – und dann darum, aus ihnen stetig neu zu lernen. Die, die uns versprechen, die eine große Antwort schon recht gut zu kennen, das sind die Autokraten – oder jene, die dazu erst werden wollen – die verliebt sind in sich selbst, besessen von der Macht, die sie ergreifen wollen und die doch sie ergreift.- und die voll sind von Verachtung gegenüber jenen, die sich ihrer Machtbesessenheit und einer andren Herrschaftsordnung, die sie wollen, fest entgegenstellen. Doch auch auf die, die ihnen blind als Masse folgen sollen, blicken sie bestenfalls abschätzig nur herab.

(11) Und damit kommen wir erneut an jenen Punkt, an dem die Frage auftaucht, ob und wie nun unser demokratisches Projekt, für das so viele kämpften, in mehr als zwei Jahrhunderten, und dem wir einiges verdanken, von uns weiter entwickelt werden kann. Dann aber geht es nicht darum, verächtlich über die zu schimpfen, die heute als Repräsentanten ihrer Wähler Herrschaft ausüben, indem sie für uns politisch handeln. Nein, dann geht es darum, dass wir alle uns zu Wirtschaftsbürgern machen sollten, die selbst politisch aktiv handeln können. Der öffentliche Raum fürs Nachdenken und fürs (Zusammen)Handeln wäre deshalb neu zu überprüfen - und schrittweise dann weiter auszubauen. Und wo sind wir denn kompetenter, als Demokraten aktiv mitgestaltend handelnd einzugreifen, als dort, wo wir ja ohnehin den Reichtum dieser Welt gemeinsam mehren, und weiter mehren wollen. Arbeit demokratisch zu gestalten – und von hier aus schließlich auch die Fähigkeit uns zu erringen, die Märkte, die ja unverzichtbar sind, so einzubetten, ihnen Regeln neu zu setzen, dass wohlfundiert sozialer Fortschritt endlich zu einem Ziel ihrer, und dahinter unserer produktiven Kräfte wird. So wäre sorgsam umzugehen mit unseren endlichen und natürlichen Ressourcen, und darum ginge es. Das wäre ein Ausweg, nicht zu einem Ziel, das nie ein Paradies sein wird, aber ein Weg, auf dem wir weiter voran schreiten, den wir selbst gestalten könnten - (zusammen)handelnd aus einem Labyrinth zu einem sich vor uns neu öffnenden und öffentlichen Raum, den weiter zu entwickeln wir herausgefordert sind, zu einem Raum der Freiheit, dem der Politik.

- (12) Es geht also, so habe ich geschrieben ums *Selbertun*. Dem aber gehen voraus zuerst ein Anstoß dazu und danach der Mut, nun selber nachzudenken. Und das, so schreibt ein Philosoph, tun wir erst, wenn wir Wahrheiten ins Auge fassen die sich nach etwas anderem richten müssten als nach den Gestalten und den Dingen, die von scheinbar Selbstverständlichem getragen werden⁸² - nämlich von Vorstellungen und von Bedeutungen, nach denen unsere Gesellschaft uns von Kindheit an entgegentritt. Denn da erklärt man uns, alles sei wohl eingerichtet. Das kritisch dann zu überprüfen ist selten, und jedenfalls nur nachgeordnet ein Erziehungsziel. Die Frage lautet also: und was bringt uns zum Denken? Was ist ‚anstößig‘ dazu?
- (13) Für viele meiner Generation - also die „68er“ mit zumeist bürgerlichem Hintergrund, - war die Verdrängung der Erfahrung des Faschismus wichtig. Wir haben revoltiert gegen die *bleierne Zeit*. Zutiefst fragwürdig die Autorität der Väter, die verdrängt und die geschwiegen haben. Dann kam Ernüchterung hinzu über den Krieg in Vietnam, Empörung über den Rassismus – in den USA, Südafrika und anderswo, Fragen nach Gerechtigkeit. Und zugleich kam es zu der *Krise des Fordismus*. Die jungen *Massenarbeiter* fühlten sich betrogen um Versprechen stetigen sozialen Fortschritts auch für sie. Herrschaftlich organisierte, montone Arbeit, körperlich erschöpfend, und ziemlich wenig Aussicht auf gleiche Teilhabe an jener Glitzerwelt stets weiter wachsenden Konsums, die doch allen offenstehen sollte, das war ihre Wirklichkeit. So hat sich damals einiges ‚bewegt‘. Und immerhin Ihre Gewerkschaften, die bald auch meine, unsere wurden, gewannen nochmals neue Kraft, und manchen Zulauf aus studentischen Milieus. Es gab Reformen, die den Namen noch verdienten. Fortschrittsversprechen schienen vielen realistisch. Es gab Perspektiven.
- (14) Man könnte auch noch einmal anders fragen – nach der Abfolge der Generationen, die nach Faschismus und dem Krieg die Geschichte unserer Gewerkschaften weiter und neu geschrieben haben. Die Ersten, die gewerkschaftlich von Neuem handelten, suchten an alte Traditionsbestände anzu-

⁸² Cornelius Castoriadis (1984) argumentiert so in seinem Entwurf einer politischen Philosophie. Und er legt in diesem Entwurf überzeugend dar, dass alle Gesellschaften, die Menschen in der Geschichte ihres Zivilisationsprozesses hervorgebracht haben, durch Ordnungssysteme geprägt gewesen sind, die er in spezifischem Sinne als *imaginäre Institutionen* bezeichnet. Sie ermöglichen, dass zum Beispiel im Mittelalter die Abhängigkeit der Leibeigenschaft unten und die für die Durchschnittsmenschen unerreichbare herrschaftliche Stellung der Angehörigen von Adel und Klerus oben für alle Gesellschaftsmitglieder ebenso selbstverständlich gewesen ist, wie das heute der Status der Lohnabhängigkeit, also Abhängigkeit von Erwerbsarbeit, unten und der von geradezu unermesslichem Reichtum einiger tausend Milliardäre oben ist. Erst bei ein wenig Nachdenken wird klar, dass die sich ihren Reichtum unmöglich selbst erarbeitet haben können sondern genommen haben, wie Johann Wolfgang Goethe das schon für die Verhältnisse zu seiner Zeit – und zwar im Blick auf seinen eigenen Vater, der als der reichste Bürger Frankfurts galt, formuliert hat, ohne deshalb zum Klassenkämpfer zu werden.

knüpfen. Zwar, eine andere, neue Ordnung war nicht durchzusetzen. Die Arbeit war, wie immer schon, auch weiter herrschaftlich geprägt und vielfach körperlich sehr schwer. Doch es gab Mitbestimmungsrechte, wenn auch nicht am Arbeitsplatz, sozialen Schutz und langsam ein klein wenig Wohlstand in der wohlfahrtsstaatlich ausgerichteten Nachkriegsdemokratie. Zur nächsten Generation wurde eben schon das wichtigste gesagt.

(15) Wieder zwei Jahrzehnte später ist die Erwartung demokratischer Beteiligung auch ganz unten angekommen – und die wohlfahrtsstaatlichen Verheißungen lockten nach der Implosion von dem, was sich Sozialismus nannte, in Osteuropa viele. Doch die Erfahrungen zeigen seither, dass etwas schief gelaufen sein muss. Von stetigen Produktivitätsfortschritten merken die, die abhängig beschäftigt sind, nach Ansehen und Status meist weiter unten stehen, nicht sehr viel. Hierarchien wurden abgebaut, weniger spürbar, sicherlich. Ein jeder soll heute selbstbestimmter arbeiten, so heißt es. Aber die Zwänge der globalisierten Märkte schlagen zu. Anpassungszwänge bedrohen und zerschlagen die sozialen Sicherheiten. Arbeitslosenzahlen steigen. Ängste abgehängt zu werden nehmen zu. Jeder und jede sollen sich im Wettbewerb bewähren – wie manche sagen als ‚Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft‘. Fordern und fördern lauten dafür die politischen Maxime.

(16) Erst schleichend, doch allmählich nicht zu übersehen, wächst so neue Unsicherheit. Die Versprechen neuer, selbstbestimmter Arbeit werden allenfalls für Minderheiten doch ein Stück weit Wirklichkeit. Es fehlt dafür an Zeitwohlstand – bei wie auch nach der Arbeit. *SelbstWertGefühle*⁸³ derer, die die Arbeit machen müssen, leiden. Psychosoziale Erkrankungen sind Zeichen neuer Pathologien von Arbeit. Hie und da soll es auch schon Konflikte geben, in denen die Parole lautet, es sei der Kapitalismus, der uns am Leben unserer Freiheit hindere – und in denen dieser Satz mobilisierend wirken konnte. Zugleich aber, und vielleicht vor allem merken wir, dass die Dynamik eines Fortschritts, der den Vielen hierzulande augenscheinlich kaum zugutekommt, längst die Grundlagen zerstört, auf denen weiter fortzuschreiten wir die Hoffnung haben. Unsere Welt wird krisenhaft: ökonomisch, sozial, ökologisch und zuletzt politisch auch. Doch wem wird sie nun damit anstößig – zum Nachdenken und zum Zusammenhadeln?

(17) Ein großer Literat und Philosoph hat einmal geschrieben, die Jugend dieser Welt, sie stehe stets am gleichen Ufer.⁸⁴ Der Satz kommt mir als altem

⁸³ Siehe dazu die Veröffentlichungen von Arno Georg und Gerd Peter (2015) sowie Olaf Katenkamp u.a. (2018).

⁸⁴ Der *literarische Philosoph* und philosophische Literat ist Albert Camus, und das Zitat findet sich im Schlusskapitel *Das mittelmeerische Denken* seiner philosophischen Essays *Der Mensch in der Revolte*, die in Französischer Sprache erstmals 1951 erschienen sind. Wörtlich zitiert lautet der entsprechende Abschnitt: *Aber die Jugend der Welt steht immer am gleichen Ufer. In das gemeinsame Europa ge-*

68er heute in den Sinn, wenn ich Jugendliche an *Fridays for Future* demonstrieren sehe - gegen unseren letztlich selbstzerstörerischen Umgang mit Natur. Auch dieses Mal sind es erst einmal Minderheiten, die für sich ‚anstößige‘ Erfahrungen machen - und die dann daraus ihre Schlüsse ziehen. Doch recht schnell wurden es dann Viele, Viele die bemerkenswert ausdauernd sind. Es ist diese Generation, die sie ins Zentrum rückt ihres Protests: zutiefst existenzielle Fragen. Sie ist den Zwängen abhängiger Arbeit noch nicht unterworfen, wird vielmehr durch die Schule darauf gerade vorbereitet, soll sich ihnen künftig unterwerfen. Doch die da demonstrieren, sehen ihre Zukunft jetzt bedroht. Sie konfrontieren uns mit Fragen, von denen wir schon lange wissen können - seit dem ersten der Berichte an den Club of Rome, aber auch seit einer Tagung die die IG Metall zwei Jahre vorher durchgeführt hat. *Aufgabe Zukunft. Qualität des Lebens* lautete ihr Titel⁸⁵ Es gibt also die guten Gründe für einen Labour-Turn bei Ökologen und einen Klimate-Turn bei den Gewerkschaften im Blick auf jeweilige Bündnispartner. Unsere Gewerkschaften haben selbst ihre Anknüpfungspunkte dafür. Der Blick zurück in ihre eigene Geschichte zeigt das sehr klar. Nur gilt, dass viele Fragen sich heute noch einmal radikaler stellen.

- (18) Dies sind, so nachgezeichnet, Schritte, die vom Selberdenken über das Zusammenhandeln zum Raum der Politik als einem Raum der Freiheit führen können, der allen offenstehen soll. Und nachgezeichnet hab ich sie als stets neue Ansätze dazu - hier bei uns, in unserem Land. Aber es gab weltweit „Bewegungsjahre“: 1968, 1989 in Osteuropa, und in China auch, und 2011 mit dem Frühling in Nahost sogar in Ländern, in denen die Verhältnisse als ganz besonders starr gegolten haben – und es gab sie damals nicht nur dort.⁸⁶ Wenige Revolten sind erfolgreich gewesen. Viele Kämpfe endeten in Niederlagen, aber sie wirken dennoch nach und fort. Und bei uns, da wäre manches leichter, denn hier herrscht (noch) Demokratie – doch auch der Wunsch nach einem möglichst ungestörten Weiter-so, das heillos wäre. Doch es gibt im

worfen, in dem, der Schönheit und Freundschaft beraubt, die stolzeste aller Rassen stirbt, leben wir Mediterranen immer im gleichen Licht. Inmitten der europäischen Nacht erwartet das Sonnendenken, die Kultur mit dem doppelten Gesicht, die Morgendämmerung. Aber sie beleuchtet schon die Wege einer echten Überlegenheit (a. a. O. 392). Der Gebrauch des Wortes *Rasse* mag heutige aufgeklärte Leser*innen irritieren. Ich denke er zielt hier auf die Griechen der Antike, an deren philosophisches Denken Camus ja u.a. anknüpft.

⁸⁵ Die Tagung fand 11. Bis 14. April 1972 in Oberhausen statt. in den damals zehn Tagungsbänden finden sich u.a. Bände mit den Titeln: Bd. 1 *Qualität des Lebens*, Bd.3 *Verkehr*, Bd. 4 *Umwelt*, Bd. 5 *Gesundheit*, Bd. 7 *Qualitatives Wachstum* und Bd. 8 *Demokratisierung*. Für die, die heute mit unseren Gewerkschaften in Berührung kommen, könnte es überraschend sein, welche umfassenden gesellschaftspolitischen Gestaltungsansprüche, unsere Gewerkschaften einmal erhoben haben.

⁸⁶ Aus der ganzen Reihe von Untersuchungen hierzu verweise ich an dieser Stelle auf einen Aufsatz von Roland Roth (2012), der nach dem arabischen Frühling und den sozialen Konflikten in zahlreichen weiteren Ländern erschienen ist und vom *Scheitern und Gelingen von Sozialen Bewegungen* handelt.

Blick zurück Beispiele dafür, dass große Änderungen, Transformationen möglich sind. Der New-Deal nach der Weltwirtschaftskrise wurde schon genannt.⁸⁷

ii Ein Neuaufbruch war damals möglich. Im ‚Wechselspiel‘ von Mutigen und Einsichtigen in den politischen Eliten und dem Druck der vielen unten wurden andere Orientierungen gefunden. Das aber heißt, dass solche Politik geprägt ist durch den Mut zu Neuem und auch durch Konflikte, dadurch dass Herausforderungen der Zeit und die Interessen aller Wirtschaftsbürger*innen klar ausgesprochen und dann ‚überstiegen‘ werden müssten.⁸⁸ Neue Lösungen, die allen eine Zukunft öffnen konnten, wurden gefunden im Zusammenwirken von politisch Handelnden oben und unten in der Republik. Es ging, und es geht heute wieder, gegen ein zu einfach neu belebtes Bild vom Klassenkampf,⁸⁹ darum dass Politik allen einen Raum der Freiheit bietet, den sie aktiv nutzen - ermuntert und sich selbst befähigend zum eigenen Denken und zum Selbertun.

4.5. Das Neue ist immer der unwahrscheinliche Fall, aber es ist möglich – eine Schlussbemerkung

Ich denke, diese Thesen, zu denen meine Überlegungen hier führen, zeigen wie immens die Herausforderungen zu jener „großen Transformation“ sind, die jedenfalls ein gewichtiger Teil derjenigen vor Augen hat, die an unserer Debatte teilnehmen. Ich kann nicht davon ausgehen, dass die Schlüsse, die ich ziehe, für alle Beteiligten konsensfähig sind. Immerhin berühre ich mit ihnen grundlegende, gewissermaßen ‚letzte‘ existenzielle Fragen, die von uns Menschen auf diesem Planeten absehbar noch lange Zeit unterschiedlich beantwortet werden dürften - sofern es uns gelingt, das mögliche recht rasche Ende unseres Anthropozän zu verhindern. Aber immerhin, ich kann vielleicht mit meinem neuerlichen Nach-Denken in Erinnerung rufen, dass denen, die am Beginn der europäischen Aufklärung die gedanklichen Grundlagen unseres demokratischen Projekts der Moderne gelegt haben, sehr bewusst gewesen ist, dass sie den Umsturz einer vermeintlich gottgegebenen spätabsolutistischen

⁸⁷ Siehe dazu auch die jüngste Analyse von Steffen Lehndorff 2020 – und dazu die Rezension von Michael Brie 2021.

⁸⁸ Es ist leicht zu sehen, dass ich mich damit von einem Politikbegriff leiten lasse, der sich eng an das Denken der Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt anlehnt, wie er insbesondere in ihrem Buch *Über die Revolution* und in ihren nachgelassenen *Schriften zur Politik* zu finden ist. Siehe zu Arendts Denken im Hinblick auf den *schwierigen Weg zur Demokratie als Lebensform* Martens 2016, 120-149, zu Arendt und Camus Martens 2020, 88-116.

⁸⁹ Ergänzend zu den Ausführungen in Kapitel 3.2 sei hier noch einmal daran erinnert, was Jacques Rancière(2002, 100) in seinem politischen Traktat *Das Unvernehmen* überzeugend dargelegt hat: Der Begriff der (demokratischen) Politik ist bei Marx in problematischer Weise als das Unwahre einer bürgerlichen Ideologie entwickelt und das Proletariat, das es im soziologischen Sinne empirisch nie gegeben habe, sei *der Name der ‚Klasse, die keine ist‘* und *der in der Meta-Politik als der Name des Wahren der politischen Illusion selbst galt*.

Herrschaftsordnung gedacht und begonnen haben. Damit standen sie – und auch das war den „Gründenden Vätern“ der amerikanischen Demokratie klar, schreibt Hannah Arendt (1979, 433) – vor einem *Abgrund der Freiheit*. Sie wussten, dass sie nun im Begriff waren, eine neue Ordnung einzurichten, die menschengemacht sein würde – und sie suchten deren Ordnungsprinzipien in der vorchristlichen Zeit der römischen Republik oder der griechischen Polis. Diese Ordnung - aus einem Blick sehr weit zurück heraus entworfen, also sehr geschichtsbewusst, aber noch überhaupt nicht in der späteren Erwartung eines steten Fortschritts - hat sich seither mit einer Fortschrittsgläubigkeit verknüpft, die ideologisch und bedrohlich ist. Die aber ist zugleich verbunden mit der höchst befremdlichen Vorstellung, dass die politische Verfasstheit unserer Gesellschaften, die repräsentativen Demokratie als Herrschaftsform also, in Sachen Fortschritt schon das Ende ist unserer Möglichkeiten - ein für allemal „Ende der Fahnenstange“ also?

Zu Zeiten der Französischen Aufklärung hat der führende Kopf unter der radikalen Philosophenfraktion der damaligen Aufklärer, Denis Diderot (1984, 356), in einem Brief geschrieben, es sei *tausendmal leichter, dass ein aufgeklärtes Volk in Barbarei zurückkehr(e), als dass ein barbarisches Volk auch nur einen Schritt auf die Zivilisation hin tue* – und sich gleichwohl unermüdlich an die Spitze der intellektuellen Kritik an den spätabolutistischen Herrschaftsverhältnissen seiner Zeit gestellt. Zweihundert Jahre später, nach der ‚Nacht des zwanzigsten Jahrhunderts‘ hat Hannah Arendt, den Traditionen der europäischen Aufklärung fest verbunden, geschrieben, dass das Neue immer der unwahrscheinliche Fall sei, denn *objektiv und von außen gesehen seien die Chancen, dass der morgige Tag genauso verlaufen wird, wie der heutige, immer überwältigend* (Arendt 1993,33). Und als politisch engagierte Intellektuelle hat sie kein geringeres Ziel verfolgt als das, dazu beizutragen, die *Menschen zu handelnden Wesen zu machen*. Und in Ihrem Buch *Über die Revolution* zitiert sie Thomas Jefferson mit dem Satz, den ich diesem Kapitel vorangestellt habe.⁹⁰ Heute stellt sich die große Frage danach, wie wir zu neuen *Leitbildern nach dem Ende des Fortschritts* gelangen können, von dem Ullrich sagt, dass der längst kontaminiert sei. Er fordert mit vollem Recht, was Camus als zentrales Thema in seinen Mittelmeeresays umtreibt und was er in ihnen grandios gestaltet,⁹¹ nämlich einen *Abschied vom Produktionswahn und eine Rückkehr zum Leben*. Doch das Problem liegt in der neuen *Denkweise*, in Camus‘ Frage danach, was eine *Ahnung von etwas anderem aufkommen lässt*. Es geht, wie ich oben geschrieben habe, um Orientierungen und neue Leitbilder wenn wir den Blick nach vorne richten wollen. Man erinnert sich an Walter Benjamins Engel der Geschichte, der in deren Sturmwind stets mit dem Rücken zur Zukunft weiter voran geweht wird - und im Blick zurück, der ihm allein möglich ist, die Trümmerhaufen sieht, die wir in unserer Geschichte hinter uns gelassen haben.

⁹⁰ Das Zitat findet sich bei Arendt 1974 auf Seite 306, verbunden mit seiner Befürchtung, dass ein „auf Wahl beruhender Despotismus“ sich, so Arendt, *als ein ebenso großes und vielleicht ein größeres Übel erweisen werde als die Monarchie*.

⁹¹ Siehe dazu meinen literaturwissenschaftlichen Essay (Martens 2020d) zu Albert Camus als philosophischem Literaten.

Vielleicht sollte man heute eher an Christa Wolfs Angelina denken, mit der sie als Autorin ihres letzten großen Romans an dessen Schluss von der Stadt der Engel zu einem Flug ansetzt, der sie unter anderem auch zu den Ruinen einer lange vergangenen indianischen Gesellschaft mit noch gewissen matriarchalen Zügen trägt. Vielleicht lohnt es sich ja überhaupt, nicht nur die Philosophen, und schon gar nicht die Wissenschaft, im Hinblick auf die Sinnfragen in Anspruch zu nehmen, um, die es hier geht. Es sind immer wieder die literarischen Philosophen und die philosophischen Literaten gewesen, die hier wichtiger gewesen sind. Und Arendt (1974,360) schreibt schon mit guten Gründen am Schluss ihrer historisch-vergleichenden Untersuchung *Über die Revolution*, dass es *die Dichter sind, die über den Vorrat des menschlichen Gedächtnisses Wacht halten, indem sie die Worte finden und prägen, an die wir anderen uns dann halten.*

Am Ende ihres letzten großen Romans, in dem Christa Wolf als Ich-Erzählerin eine vorläufige Arbeit zu einem vorläufigen Schluss gebracht hat, so wie das immer ist - ihr Engel, Angelina spricht das aus -, fragt sie sich, ob sie im Blick auf ihr kleines, unbedeutendes, vielleicht vom Anfang an mit dem Menetekel des Untergangs gezeichnetes Land in einem *banalen Irrtum sollte gelitten haben*. Und Angelina erklärt *kategorisch, das spiele keine Rolle. Gemessen würden nur die Gefühle, keine Tatsachen* - ein Gedanke, der schon in Wolfs Cassandra-Erzählung auftaucht. Nicht die Sorgen darum, dass die Erde in Gefahr sei, sondern allein die Sorgen darum, dass die eigene Seele Schaden nehmen könne, seien Sorgen, um die es sich lohne, *weil alles andere Unheil sich aus diesen ergebe*. Und die Ich-Erzählerin will eine Schleife zurück zum Anfang fliegen, die vielen Jahre ihrer Arbeit nicht einfach wegwerfen, weil ihr Alter ihr dies verbiete. Doch, und damit endet dieser große Roman:

Angelina hatte zum Alter kein Verhältnis. Sie hatte alle Zeit der Welt. Sie wollte ihren Leichtsinn auf mich übertragen. Sie wollte, dass ich diesen Flug genoss. Sie wollte, dass ich hinuntersah und, abschiednehmend, mir für immer einprägte die großzügige Linie der Bucht, den weißen Schaumrand, den das Meer ans Ufer spülte, den Sandstreifen vor der Küstenstraße, die Palmenreihen und die dunklere Bergkette im Hintergrund. Und die Farben. Ach, Angelina, die Farben. Und dieser Himmel. Sie schon zufrieden, flog schweigend, hielt mich an ihrer Seite. Wohin sind wir unterwegs? Das weiß ich nicht.

Ihren Roman hat sie auf diese Weise überzeugend enden lassen. Für dieses Kapitel kann dies hingegen nicht das Schlusswort sein. Ein Zitat aus einem der Mittelmeeressays Camus' (a. a. O. 42) endet mit der Aufforderung,

den vom Unheil des Jahrhunderts vergifteten Völkern die Bedeutung des Glücks neu (zu) schenken. Es ist dies natürlich eine übermenschliche Aufgabe. Doch man nennt jene Aufgaben übermenschlich, die den Menschen lange Zeit kosten, sie zu erfüllen. Das ist alles.

Das konnte Camus vor sechzig Jahren als Philosoph, der wie fast alle Philosophen immer dazu neigt, von der Abstraktion des Menschen auszugehen, noch so schrei-

ben. Und die Frage, was für den Epikureer Camus denn Glück bedeutete, mag an dieser Stelle offen bleiben. Doch wie ist das heute, da unsere Gegenwart beständig dabei ist, unsere zukünftige Zeit zu verschlingen, weil wir universalwissenschaftlich einen fortgesetzten Verzehrungsprozess in Gang gesetzt und noch nicht wieder ‚eingefangen‘ haben - zusammen mit einer gesellschaftspolitischen Entwicklungslogik, angesichts derer uns, wie Joseph Vogl in seiner Analyse nach der Weltfinanzkrise gezeigt hat, *das Gespenst des Kapitals* immer schon aus der Zukunft entgegenkommt? Wir befinden uns in einer Lage, in der wir nicht nur, anders als Wolfs Engel Angelina, nicht *alle Zeit der Welt* haben, denn wir sind ja endliche Wesen. Wir sind auch nicht mehr in der Lage, in der wir so gelassen wie einst der andere Epikureer, Diderot auf spätere Generationen setzen und so wie dieser große Philosoph und Schriftsteller in seinen letzten Jahren für Zukünftige schreiben können. Für uns könnte die Zeit vielmehr wirklich knapp werden. *Das ist alles* - aus heutiger Sicht. Aber vielleicht liegt gerade darin ja auch eine Chance. Als Einzelne mögen wir vielleicht hoffen können, dem, Bild entsprechend, das Immanuel Wallerstein der Chaostheorie entlehnt hat, der Schmetterling sein zu können, der im Kampf des *Geistes von Porto Alegre* gegen den *Geist von Davos* den Klimawandel herbeiführt. Ganz entscheidend aber wird es auf unser politisches Zusammenhandeln ankommen.

Das demokratische Projekt der Moderne hat vor dem Hintergrund jahrtausendelanger zivilisatorischer Prozesse und im Zusammenwirken mit unserem wissenschaftlich-technischen Fortschritt sowie wiederholten revolutionären industriellen Umwälzungen oder industriellen Revolutionen zu einer *neuen Ordnung der Dinge* geführt, die heute in eins merkwürdig kompakt, weil institutionell befestigt, aber auch zunehmend krisengeschüttelt und unfertig erscheint. In den Worten Michel Foucaults stehen wir daher vor der Herausforderung

durch die historische Analyse das, was als wahr gilt, in seiner Selbstverständlichkeit aufzubrechen, um den Menschen zu Befreien und ihn zu ermutigen, sich zu einer ‚Denkweise‘ vorzuwagen, die bisher unserer Kultur unbekannt ist (Foucault 1971, 408)

Ob ich einige unter meinen Leser*innen dazu veranlassen kann, selbst weiter nachzudenken, die Angst vor der Abgründigkeit unserer Freiheit zu überwinden und schließlich zusammenhandelnd mit Anderen zu versuchen die politische Ordnung unserer repräsentativen Demokratie so weiter zu entwickeln, dass der Raum der Politik als ein Raum der Freiheit allen seinen Wirtschaftsbürgerinnen aktiv handelnd an seiner weiteren Ausgestaltung mitzuwirken und so politisch dazu beizutragen, dass dieses unser Anthropozän fort dauern kann - menschlicher für und durch uns und nachhaltiger für das Leben auf diesem Planeten, das ist offen. Auch ist wohl wahr, dass die Herausforderungen, vor denen wir stehen, so gewaltig sind, dass der *Begriff der Transformation eher wie eine euphemistische Umschreibung der existenziellen Dramatik* klingt. Aber es gilt auch, was der Weltsystemanalytiker Wallerstein gesagt hat: In dem Kampf zwischen dem Geist von Davos und dem von Porto Alegre ist die Geschichte auf niemandes Seite. Aber die Zukunft ist offen: und niemand von uns kann sagen, ob er einzeln oder im Zusammenhandeln mit Vielen am Ende erfolgreich

sein wird. Aber wir alle haben die Möglichkeit, *unsere eigenen politischen Entscheidungen im Sinne unserer eigenen moralischen Prioritäten besser auszurichten* (Wallerstein 2010,14) – und einzelne können, wie das Beispiel von Greta Thunberg zeigt, erstaunliches in Bewegung bringen. Zusammenhandeln kann dann weiter führen. Um neue politische Orientierungen und Bündnisse, auch im ‚Zusammenspiel‘ des oben und Unten unserer Gesellschaft wird es dann gehen. Man kann sich daran in vielfältiger Weise beteiligen. Ich versuche das arbeitswissenschaftlich, arbeitspolitisch, aber auch philosophisch und literarisch. Zu verstummen ist auch literarisch keine Option. Mit Camus gilt, wie er in seinen Mittelmeer-Essays schreibt (a. a. O. 79), *dass der wahre Pessimismus (... die vielen) Grausamkeiten und Niederträchtigkeiten unserer Welt überbietet, und noch im schwärzesten Nihilismus unserer Zeit nur Gründe sucht, ihn zu überwinden.*

Der Faschismus ist in der Tat die Verachtung. Umgekehrt bereitet jede Form von Verachtung, in die Politik eingedrungen, den Faschismus vor oder führt ihn ein.

Albert Camus

5. Im Angesicht der Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne⁹²

5.1. Die Demokratie und der drohende Ausnahmezustand – eine Einleitung

Die Präsidentschaftswahl 2020 in den USA sollte auch den letzten unter uns klar vor Augen geführt haben, dass die Demokratie selbst der Einsatz ist, um den es mittlerweile geht. Die zögerlichen und halbherzigen Reaktionen des herrschenden Politikbetriebs auf weiter fortschreitende soziale Spaltungsprozesse hat einem anwachsenden Rechtspopulismus die Chance eröffnet, die multiplen Krisenentwicklungen der Zeit zu nutzen, um Grundlagen der repräsentativen Demokratie anzugreifen. Ca. 74 Millionen Wähler haben auch bei dieser Wahl Donald Trump gewählt. Erste Wahlanalysen liefern dazu einige erhellende Aufschlüsse.⁹³ Doch das ist im Folgenden nicht mein Thema. Mir geht es um eher grundlagentheoretische Überlegungen zur Krise unserer parlamentarischen Demokratie. Es gibt Gründe zu tiefster Beunruhigung.

⁹² Die Arbeit an dem Essay, der diesem Kapitel zugrunde liegt, habe ich am 12. Dezember 2020, gut einen Monat nach den Präsidentschaftswahlen und knapp einen Monat vor der vom noch amtierenden Präsidenten herbeigeführten Stürmung des Kapitols durch einen aufgebrachten rechtsradikalen Mob abgeschlossen. Man könnte geneigt sein, diesen Aufruhr als den grotesken Abschluss einer Präsidentschaft anzusehen, die von Anfang an durch ihre Verachtung für die Grundprinzipien der repräsentativen Demokratie gekennzeichnet gewesen ist: die Inszenierung eines frontalen Angriffs, die am Ende wie die Karikatur eines Putschversuches angemutet hat. Tatsächlich aber signalisiert dieser Vorgang die feste Absicht des Trumpismus als einer Variante rechtspopulistischer und –radikaler Bewegungen, die Grundlagen der repräsentativen Demokratie zu zerstören. Es dürfte in jedem Fall zumindest um eine in strategischer Perspektive gedachte Aktion von hoher Symbolkraft gegangen sein. Aber Wolfram Siemanns weitergehende These, Trump habe kühl kalkulierend *die Gewalt schüren wollen, um dann den Notstand ausrufen und an der Macht bleiben zu können* (Siemann 2021), ist bitter ernst zu nehmen. Ich sehe mich jedenfalls durch Siemanns Analyse in meiner Ausgangsthese und der Argumentation, die ich im folgenden entfalte, bestätigt, Wir stehen vor der Herausforderung zu Verteidigung der repräsentativen Demokratie, und wir benötigen dazu ihre Weiterentwicklung mittels neuer Formen von Bürgernähe und -Beteiligung im Rahmen einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Politik.

⁹³ Siehe dazu Brigitte Schulz (2020) sowie Ingar Solty (2020). Schulz zeichnet recht überzeugend nach, inwiefern Trumps deutliche Stimmenzuwächse gegenüber den Wahlen 2016 als eine, angesichts der soziokulturellen Bedingungen in den USA in spezifischen sozialen Milieus höchst plausible *Reaktion auf die großen gesellschaftlichen Veränderungen zu verstehen sind*, die sich eben auch in der Amtszeit Barak Obamas angesichts eines fortgesetzten neoliberalen Rollbacks weiter entwickelt haben; und Solty's Analyse läuft darauf hinaus, dass *der realexistierende Rechtspopulismus an der Macht (...) 2020 (zwar) noch einmal eine kleine Mehrheit gegen sich aufgebracht (hat) Würden aber die unhaltbaren Zustände nicht behoben*, werde auch die dieses Mal noch erfolgreiche Strategie „gegen rechts“ *dauerhaft unhaltbar sein* (a. a. O. 15).

Vor vier Jahren gab es in der Zeitschrift PROKLA eine Debatte über die Lage der westlichen Demokratien. Den Impuls setzte der Artikel *Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand*. Die Anspielung auf Carl Schmitts Satz, *Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet*, mochte manchem überzogen erscheinen,⁹⁴ doch die Analyse der Lage war in hohem Maße überzeugend. Wir hatten es zunehmend, und wir haben es seitdem immer wieder und in unterschiedlichen Formen, mit dem *Maßnahmestaat* zu tun – oder, wie ich damals in einem Essay aus Anlass der Verleihung des Literatur-Nobelpreises an Bob Dylan, diesen großartigen Lyriker und Sänger zitiert habe: „*The order is rapidly fading*“ – nur eben nicht so, wie zu Beginn der Bürgerrechtsbewegung in den USA einmal gehofft. Postdemokratisierung und Refeudalisierung sind heute weithin in vollem Gange.⁹⁵ Wir sehen uns konfrontiert mit den Folgen einer großen ökonomischen Krise des Kapitalismus, der immer weniger in ‚bewährter‘ neoliberaler Weise, oder mit neuer kapitalistischer Landnahme begegnet werden kann. Die neoliberale Konterrevolution ist im Scheitern begriffen. Als selbstverständlich erachtete Renditen können nicht dauerhaft, so wie bisher, auf Kosten der unteren Klassen und Schichten gesichert werden, ohne dass es zu immer schwerer kontrollierbaren Konflikten kommt. Und die Folgen des Raubbaus an der Natur werden in Gestalt einer drohenden Klimakrise zunehmend spürbar.

In der Folge haben wir es mit unterschiedlichen Vorstellungen seitens der herrschenden Eliten darüber zu tun, wie die bestehende Herrschaftsordnung aufrecht zu erhalten ist. Wir erleben den Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien, die in dieser Lage zu alten, überholten (Un)Ordnungsvorstellungen zurückwollen. Zunächst ist das für Repräsentanten der Konservativen unter den herrschenden Eliten tabu gewesen. Aber vor allem am Beispiel der USA lässt sich beobachten, wie rasch Populisten und Autokraten hoffähig werden können. Andere Staaten wie die Türkei, Brasilien oder auch Indien mit seinem neuen nationalistischen Hinduismus sind auf dem Weg in einen neuen autokratischen Nationalismus gefolgt. Auch in Europa sind vergleichbare Entwicklungen zu beobachten. Sie sind durch den ‚Trumpismus‘ in den USA gestärkt worden – nicht nur in einigen osteuropäischen Staaten, sondern auch in Großbritannien, immerhin eines der Länder, in denen frühe Anfänge unseres demokratischen Projekts der Moderne liegen. So haben wir es wirklich mit einer Krise der Demokratie zu tun, mit weiter forcierten sozialen Spaltungsprozessen, wachsenden Kriegsgefahren, und, vielleicht am stärksten beunruhigend, mit immer weniger abzuweisenden ökologischen Krisendrohungen.

Der erwähnte Artikel in der PROKLA ist auch hinsichtlich seiner Einschätzung der Ergebnisse neuerer Protestbewegungen recht überzeugend gewesen. Sie sind im Jahr 2011 kulminiert, haben mit den Folgen ihrer relativen Niederlagen zu kämpfen

⁹⁴ Der reaktionäre, dem Nationalsozialismus verbundene Staatstheoretiker Schmitt hat bekanntlich den Souverän als diejenige staatliche Gewalt definiert, die in letzter Instanz, also ohne die Möglichkeit dagegen Rechtsmittel einzulegen, über den Ausnahmezustand entscheidet.

⁹⁵ Und zwar in ökonomischer, soziologischer und politischer Hinsicht. Siehe dazu Zinn 2015, Neckel 2013 und Martens 2016. Mein Essay zu Bob Dylan ist unveröffentlicht geblieben. Ich habe den obigen Gedanken aber auch in einem anderen Essay aufgegriffen (Martens 2019b, 118).

und sind durch neue rechtspopulistische Bewegungen „abgelöst“ worden. Der autoritäre Rechtspopulismus hat seither in erheblichem Maße die Welt verändert, und die politische Linke hat darauf bislang keinerlei überzeugende Antworten gefunden. Immerhin aber gibt es mittlerweile auch wieder neue soziale Bewegungen von links. Die Autoren der erwähnten Analyse in der PROKLA endeten seinerzeit damit, dass sie in den Kategorien Antonio Gramscis die Frage aufgeworfen haben, ob wir es mit einer Hegemonie-Krise zu tun haben, ob die Verhältnisse danach schon präfaschistisch zu werden beginnen und was daraus zu schlussfolgern sei. Angesichts der Corona-Krise mündete das heute in die Frage, ob sich ein neues Gelegenheitsfenster öffnet, oder ob die Lage für die politische Linke eher schwieriger wird.⁹⁶ Dazu ist unsere Lage zuletzt mit der ebenfalls auf Gramsci zurückgehenden Formulierung von einem neuen *Interregnum* gekennzeichnet worden.⁹⁷ Ich bin mir nicht sicher, ob diese begriffliche Anleihe uns tiefere Einsichten vermittelt, und ich halte es für denkbar, dass diese Formel eine immer noch eine relative Stabilität der Institutionen der alten Ordnung suggeriert, die sich als trügerisch erweisen könnte.

Der große Soziologe und Analytiker des Prozesses unserer Zivilisation Norbert Elias (1985, 107), linksradikaler Positionen sicherlich unverdächtig, hat vor 35 Jahren geschrieben, man könne *die Möglichkeit nicht ausschließen, dass sich die Vereinigten Staaten, wie einst Rom, unter dem Druck einer weltherrschaftlichen Aufgabe aus einer oligarchischen Republik in eine Präsidialdiktatur verwandeln würden* – damals noch vor dem Hintergrund der alten Systemkonkurrenz mit der UdSSR und noch nicht der neuen mit China. Aber er hat seine Besorgnis seinerzeit schon mit der Einschätzung verknüpft, dass nicht absehbar sei, ob und wie dem weißen Amerika die Integration einer wachsenden Zahl spanisch sprechender Bürger*innen gelinge, die *Elemente der lateinamerikanischen Kulturtradition* mit sich brächten (a. a. O. 106). Und der ‚Technikapostel‘ und große Skeptiker Stanislaw Lem (1984, 256f) hat zur gleichen Zeit erklärt, dass *diese Demokratie, die im Westen sehr demokratisch ist, bei ihm großen Widerwillen hervorrufe*. Es komme allein auf *Geld* und die nötigen Mittel an, um *öffentlich auftreten zu können*. Kandidaten würden dann *als große Politiker angeboten und „verkauft“* – *genauso wie man Tomatensuppe in Dosen verkauft*. Er sei deshalb ein *Anhänger der Zivilisation von Fachleuten*.

Die unüberhörbare Demokratieskepsis Lems ist für die, die sein Werk näher kennen, nicht überraschend. Lem war bekennender Schopenhauerianer. Sie ist so sicherlich auch dringend kritikbedürftig. Aber Lem ist gleichwohl von Interesse. Immerhin hat er schon vor 35 Jahren scharfsichtig *eine wachsende Destabilisierung im Weltmaßstab* prognostiziert. Im Zeichen *versiegend(er) Bodenschätze* und der Nutzung und Entwicklung von neuen Technologien vornehmlich *für die Bedürfnisse einer in rasendem Tempo betriebenen Rüstung*, sei das absehbar. Angesichts des *engstirnigen Egois-*

⁹⁶ Die Corona-Pandemie als menschengemachte zoonotische, vom Tier auf den Menschen übergesprungene Infektion verändert die Gesamtkonstellation derzeit nachhaltig, wobei offen ist, ob und für wie lange sie ein Fenster der Gelegenheit für nachhaltige Veränderungen geöffnet hat. Siehe zur aktuellen Debatte Martens 2020a und b.

⁹⁷ Zu einem Überblick über diese Debatte siehe z.B. Peter 2020.

*mus einiger westeuropäischer Staaten (...), die ihre selbst auf militärischer Ebene schon archaische Souveränität erbittert verteidigen, werde diese Entwicklung zudem verstärkt, und alles Predigen über das Europaparlament und die Europäische Gemeinschaft erweise sich als Illusion, allein zusammengehalten von dem Bewusstsein einen Gegner zu haben.*⁹⁸

Wer also heute unser mit der europäischen Aufklärung von Neuem in die Welt gelangtes demokratisches Projekt der Moderne energisch verteidigen will, der sollte sich im Blick auf den gegenwärtigen Zustand der Demokratie in den USA, und keineswegs nur dort, nicht mit der Formel vom *Interregnum* beruhigen. Noch in der Wahnacht hat Donald Trump die Grundlagen der repräsentativen Demokratie direkt angegriffen. Ohne jeden Respekt vor den Institutionen der Republik hat er gezeigt, dass er das Zeug zum autokratischen Herrscher hat – und die Spitzen der republikanischen Partei haben dazu beredt geschwiegen. Sie haben von Trumps Präsidentschaft vier Jahre lang machtpolitisch profitiert, und sie meinen offenkundig, solchen Populismus unter Kontrolle halten zu können. Was manchem wie ein aberwitziger letzter Akt einer von Egomane geprägten Präsidentschaft erscheinen mag, ist wohl eher die kalkulierte Inszenierung einer „Dolchstoßlegende“. Der ‚Trumpismus‘ ist keineswegs vorbei – und die ‚Schutzwälle‘ die unter seiner Präsidentschaft gegen einen neuen, nun vielleicht grünen New Deal errichtet worden sind, sind hoch – einmal ganz abgesehen davon, dass man Anfang 2021 nicht wissen konnte, wie ernst es Joe Biden mit dem Wahlprogramm der Demokraten ist und ob er ohne den erhofften ‚Erdrutschsieg‘ im Rücken und angesichts einer politisch durchaus zerstrittenen Demokratischen Partei deutlich weiter gesteckte Ziele vor Augen gehabt hat als eine *Rückkehr zur Obama-Zeit*.⁹⁹

Die damit umrissene Lageeinschätzung führt unter anderem zu der Frage, wie es bei dieser Wahl eigentlich um die *mündigen Bürger* stand, die gegen, aber eben auch für den Demokratieverächter und Autokraten zu mobilisieren versucht worden sind? Will man dieser Frage nachgehen, kommen zumindest drei unterschiedliche Analysedimensionen in den Blick. Zum ersten, und sehr grundlegend, geht es dann darum, wie von den Anfängen unseres demokratischen Projekts der Moderne an eigentlich die Bürgerrolle gedacht, wie sie dann im Ergebnis eines langen konfliktreichen Prozesses in Form unserer repräsentativen Demokratie institutionell ausgestaltet und wie sie uns so gewissermaßen selbstverständlich geworden ist. Zum zweiten führt die daran anschließende Überlegung, ob nicht auch in Sachen Demokratie über ein weiteres Fortschreiten bei der institutionellen Ausgestaltung unserer repräsentativen

⁹⁸ Zu dieser Sicht auf unsere schier aussichtslose, eben schopenhauerisch geprägte Lage *in der Höhle der Zivilisation* siehe Lem 1984, 235f, In diesem Zusammenhang verweise ich weiter auf meine Reflexionen zu Stanislaw Lem als Schriftsteller, ‚Technikapostel‘ und skeptischen Humanisten (Martens 2020e).

⁹⁹ Solty (2020, 13f) ist hinsichtlich der Aussichten für eine *moderate Linksregierung* unter der Präsidentschaft Bidens skeptisch – im Blick auf dessen politische Biographie bei den Demokraten wie auch auf seine ersten personalpolitischen Entscheidungen. Stefanie Odenwald (2020) sieht hingegen in der Wahl der Vizepräsidenten Kamala Harris einen *Meilenstein* für Veränderungsimpulse, die Hoffnung machen können. Gegenwärtig kann es sich hier freilich nur um mehr oder weniger gut begründete Spekulationen handeln.

Demokratie nachzudenken wäre, zu der ebenfalls sehr grundlegenden Frage nach problematischen Selbstverständlichkeiten des unsere Zeit prägenden Fortschrittsgedankens. Davon wieder zum Demokratieproblem zurückkehrend ist schließlich als drittes zu fragen, wie in der rechtsstaatlichen parlamentarisch-repräsentativen Demokratie mit ihrer institutionell festgeschriebenen Gewaltenteilung mit der Rolle des Bürgers als Souverän umgegangen wird - und anders umgegangen werden könnte. Damit aber rückt in besonderer Weise der Raum der Öffentlichkeit in den Blick – und im Zusammenhang damit, dass diese ganz wesentlich medial hergestellt wird, die ‚vierte Gewalt‘. Auch hierzu will ich zunächst einige ältere Analysen in Erinnerung rufen, ehe ich auf die Bedeutung aktueller tiefgreifender Umbrüche für meine These von der gegenwärtigen Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne zu sprechen komme. In unserer Zeit einer fortschreitenden Digitalisierung geht es dann um die Erosion des Meinungsmonopols der Medien, im Zeichen der wachsenden Bedeutung des Internets und der sogenannten neuen sozialen Medien – und um deren ambivalente Wirkungen zwischen emanzipatorischem Potenzial, aber auch ganz neuen Möglichkeiten der Manipulation.

5.2. Grundlagen, Erfolge und Grenzen unserer repräsentativen Demokratie – oder: der demokratische Volkskörper und seine parlamentarische Doppelung

Norbert Elias hat bei der theoretischen Verdichtung seiner empirischen Analyse *des Prozesses der Zivilisation* betont, unser Zivilisationsprozess sei *als Ganzes ungeplant, aber (...) dennoch nicht ohne eigentümliche Ordnung* verlaufen (Elias 1980, Bd. II, 313) – und er hielt die Soziologie, anders als Karl Mannheim, noch keineswegs für eine so weit fortgeschrittene Wissenschaft, um dessen weiteren Verlauf mit ihrer Hilfe wissenschaftlich hinreichend fundiert politisch steuern zu können.¹⁰⁰ Doch bewegt er sich ganz in der Tradition der europäischen Aufklärung, mit der deren Vordenker die Hoffnung auf eine Vernunft gesteuerte gesellschaftliche Entwicklung verknüpft haben. Von dieser Europäischen Aufklärung haben manche in jüngerer Zeit gefordert sie neu zu denken¹⁰¹ - allerdings wohl vor allem im Hinblick auf einen rissig werdenden naiven Fortschrittsglauben und weniger in Bezug auf die Herausforderung, den Raum der Politik weiter auszubauen. Der ist im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert immer wieder heftig umkämpft gewesen. Denn im Zuge der kapitalgetriebenen Industrialisierung ist die repräsentative Demokratie ja alles andere gewesen, als die selbstverständliche, gewissermaßen adäquate Staatsform. Nahezu

¹⁰⁰ Siehe dazu die Analyse von Richard Kilminster 1996.

¹⁰¹ Im Blick auf die ‚bösen Philosophen‘ der radikalen Französischen Aufklärung, deren Kopf der große Enzyklopädist Denis Diderot gewesen ist, spricht Philip Blom (2010) von einer *vergessenen Aufklärung*. Hubert Cancik u.a. (2016,1) setzen darauf, *das humanistische Erbe aus Antike, Renaissance und Aufklärung (...) kritisch mit (...) neuen Anforderungen zu vermitteln*. In einer eher agnostisch-skeptischen Haltung hat Hans Magnus Enzensberger (2002) in *Die Elixire der Wissenschaft* auf die Fortschrittshoffnungen der Aufklärung zurückgeblickt (siehe dazu Martens 2015a). Zur Aufforderung die Aufklärung neu zu denken siehe auch Heiner Geißler (2013) oder Steven Pinker (2019).

noch absolutistisch verfasste Monarchien blieben nach den ersten großen bürgerlichen Revolutionen in Nordamerika und Frankreich¹⁰² vielerorts und für lange Zeit der politische Rahmen, innerhalb dessen kapitalgesteuerte Marktökonomien entfaltet und gesellschaftlich prägend geworden sind.¹⁰³

Ich möchte in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinweisen, dass nicht nur bei Arendt, sondern auch bei dem Weltsystemanalytiker Wallerstein, dessen Denken zweifelsfrei stark durch seine Rezeption der Marxschen Analysen des Kapitalismus geprägt ist, die Französische Revolution als zentraler politischer Einschnitt im ca. fünfhundertjährigen Prozess der Herausbildung des modernen Weltsystems behauptet wird. Mit der Französischen Revolution gewinnt für ihn, anders als in den seit 1918 zur Herrschaft gelangten marxistischen Strömungen, der mit ihr eingeleitete Epochenbruch im Zeichen von Foucaults (1971) neuer *Ordnung der Dinge*, und unter Betonung der demokratische Frage, besonderes Gewicht. Die Forderung nach Brüderlichkeit, besser Geschwisterlichkeit der Menschen als zu Empathie befähigter Wesen und die nach ihrer Gleichheit ordnet sich so der Demokratiefrage in einem spannungsreichen Verhältnis zu.¹⁰⁴

In der wohlfahrtsstaatlichen Gestalt der repräsentativen Demokratie ist sie nach 1945, also nach einem neuen dreißigjährigen Krieg in der ‚Nacht des zwanzigsten Jahrhunderts‘ im Einzugsbereich der atlantischen Zivilisationsgemeinschaft¹⁰⁵ für einige Jahrzehnte geschichtsprägend geworden - und in den Augen Arendts zugleich zur nunmehr letzte(n) Chance der abendländischen Kultur. Diese nüchtern-skeptische Einschätzung - bei Arendt untrennbar mit der Vorstellung verknüpft, dass es zu ihrer Nutzung eines stetig weiteren Ausbaus und institutionellen Festigung des Raumes der Politik bedarf - ist heute augenscheinlich weithin vergessen.¹⁰⁶ Zudem erscheint es im Mainstream der wissenschaftlichen Debatten weithin als unstrittig, dass dieser Raum der Politik zwingend ‚diesseits‘ der privatrechtlich verfassten

¹⁰² Siehe dazu die vergleichende Analyse Hannah Arendts *Über die Revolution* (Arendt 1974).

¹⁰³ Das Revolutionsjahr 1848 endete bekanntlich in Niederlagen. Nach 1918 hatte die Weimarer Republik nur eine kurze Lebensdauer, und totalitäre Regime behaupteten weithin das Feld – und das nicht nur in Gestalt des Faschismus und Nationalsozialismus. Es zeigte sich, dass auch *die Oktober-Revolution als große Hoffnung des 20. Jahrhunderts im Totalitären endete*, und so die *wesentliche Enttäuschung des Zeitalters* geworden ist (Arendt 2002, 254). Frieder O. Wolf (2020a, 102f) stellt die Oktoberrevolution in den Zusammenhang der gescheiterten oder steckengebliebenen *großen transformatorischen Aufbrüche* nach der Entfaltung des industriellen Kapitalismus - von der Pariser Kommune über die Revolutionen in China, Jugoslawien oder Cuba, aber auch die *Durchsetzung des schwedischen Wohlfahrtsstaats oder des New Deal in den USA*.

¹⁰⁴ Im Blick auf das mit der amerikanischen und der französischen Revolution praktisch begonnene demokratische Projekt der Moderne, so könnte man im Anschluss daran sagen, ist die Demokratie, jedenfalls als Lebensform, und nicht der Sozialismus *das Einfache, das schwer zu machen ist* (Brecht).

¹⁰⁵ Arendt (1974,278) verwendet diesen Begriff im Zusammenhang mit der Überlegung, dass sie nach der Nacht des zwanzigsten Jahrhundert nunmehr *die letzte Chance der abendländischen Kultur* sei, sich als nachhaltig tragfähig für eine Zukunft zu erweisen, in der es nach ihren, an anderer Stelle formulierten Worten darum gehen müsste, dass *der Mensch ein handelndes Wesen wird* (Arendt 1993, 182).

¹⁰⁶ Das gilt unbeschadet der wachsend großen Aufmerksamkeit, derer sich ihr Werk in den letzten Jahrzehnten vor allem in der akademischen Öffentlichkeit, aber nicht nur dort, erfreut.

Sphäre von Arbeit und Wirtschaft liegt. Und solches Denken bewegt sich durchaus in der Kontinuität von Arendts Denken.¹⁰⁷ Für sie lag die heteronome Sphäre der Arbeit jenseits des Raumes demokratischer Öffentlichkeit und war deshalb nur indirekt politischer Gestaltung zugänglich. Ihre scharfe Unterscheidung von Arbeiten-Herstellen-Handeln in *Vita activa* (1967) ist auch zweifellos anregend. Die Trennung von Arbeit und Kommunikation bei Jürgen Habermas folgt zum Beispiel daraus. Aber Arendt selbst schreibt in ihrem Denktagebuch, dass mittlerweile *alle Arbeit (außer der Hausarbeit) entscheidend vom Moment des Herstellens bestimmt sei* (Arendt 2002, 375) und weiter, dass *das sozial Revolutionäre der industriellen Revolution (...) in der ‚Sozialisierung‘ = Entprivatisierung der Arbeit* (liegt). *Aus ihr entspringt der Sozialismus (und der Marx’sche Klassenbegriff)* (a. a. O. 348) Man sieht sich so aufgrund ihrer eigenen, zutreffenden Überlegungen dazu herausgefordert, im Blick auf eine Demokratisierung der Sphäre der Arbeit und Wirtschaft selbst mit ihr gegen sie weiterzudenken – und dies entspricht ja ganz der Kantischen Aufforderung, den Mut zu haben, den eigenen Verstand zu gebrauchen: *sapere aude*.¹⁰⁸

Doch in der oberflächlichen Gedankenlosigkeit unserer öffentlichen Debatten herrscht die Meinung vor, dass unsere Gesellschaft in Sachen Demokratie mit unserem sonst so viel beschworenen Fortschritt sozusagen am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen sei. Wie man heute sehen kann, ist nun aber das Modell der repräsentativen Demokratie, nachdem der Volkswille überhaupt nur repräsentativ geformt zum Ausdruck gebracht werden kann, in Zeiten zunehmend schlechter beherrschter multipler Krisenentwicklungen anfällig, zumal dann wenn zugleich *Korruption und Machtmissbrauch durch private Interessen* Platz greifen. Der Liberale Ralf Dahrendorf (1997) sah die Welt bereits im Ausgang des 20. Jahrhunderts in der Folge der Herausforderungen der Globalisierung und ihrer sozialen Folgen *an der Schwelle zum autoritären Jahrhundert*, und Philip Manow (2018) hat seine *Politische Ökonomie des Populismus* als einen *Protest gegen die Globalisierung* geschrieben.¹⁰⁹ Man sollte in diesem Zusammenhang an einige erhellende Analysen zur Genese der repräsentativen Demokratie erinnern.

¹⁰⁷ Erst in jüngster Zeit hat die Philosophin Elizabeth Anderson (2019) der Debatte um Arbeit und Demokratie neue Impulse gegeben.

¹⁰⁸ Für diese generell richtige Haltung im Umgang mit großer Philosophie – Arendt verstand sich bekanntlich als Politikwissenschaftlerin, ist aber in ihrem Denken wie wenige philosophisch fundiert – möchte ich an dieser Stelle einen Aphorismus von Friedrich Nietzsche anführen – also eines Philosophen, der für Jürgen Habermas (1985), anders als für Linksnietzscheaner wie Albert Camus (Martens 2020a, 88-116 und 2020f), für einen Bruch mit der europäischen Aufklärung steht. Camus hat ja bekanntlich Nietzsches großes und unbedingtes Ja zur Welt mit dem großen Nein der politischen Linken seiner Zeit zum gegenwärtig Seienden verknüpft – unbeschadet aller Distanz zu einem teleologischen Hegel-Marxismus. Und Nietzsche (2011,92) schrieb, erkenntnistheoretisch ganz zu Recht: *Der Philosoph glaubt, der Wert seiner Philosophie liege im Ganzen, im Bau. Die Nachwelt findet in ihm Stein, mit dem er baute und mit dem, von da an, noch oft und besser gebaut wird: also darin, dass jener Bau zerstört werden kann und doch noch als Material Wert hat*. Es gilt also immer wieder weiter zu bauen, den Prozess unserer Aufklärung stetig weiter und immer wieder neu zu denken.

¹⁰⁹ Ich würde es allerdings vorziehen, die Kritik nicht auf eine Globalisierung ‚an sich‘ zu richten, sondern präziser auf die, die seit vier Jahrzehnten von den herrschenden Eliten sehr bewusst in einem neoliberalen Geist vollzogen wird.

Manow hat in seiner Analyse von 2018 den Populismus dafür kritisiert, dass er auf ein Schleifen der vielfältigen Mechanismen zielt, die in der repräsentativen Demokratie dem Ausschluss und der Disziplinierung, aber zugleich auch der Artikulation und Vermittlung des mehrheitlichen Willens der Menge der Vielen dienen. Er greift dazu auf seine frühere Analyse der Geschichte demokratischer Repräsentation zurück. Darin hat er gezeigt, dass

der moderne politische Führer (immer noch) die ‚kollektive Wunschpersonifizierung‘, ein verkörperter Mythos ist und dass die Vorstellung, dass (...) politische Herrschaft ‚entpersonalisiert‘ und ‚nachmetaphysisch‘ sei (Habermas) (...) vielleicht ein frommer Wunsch, mit Sicherheit aber ein Irrtum der Demokratietheorie (sei), die sich die ganze Politik in Diskursen verflüssigt wünscht (Manow 2008, 142).

Als ein Ergebnis seiner Analyse der Entstehung des *Parlaments als politischer Körper* – sozusagen *im Schatten des Körpers des Königs*, der zuvor eine göttlich gegebene staatliche Macht im wahrsten Sinne des Wortes verkörpert hat, kann Manow daher schreiben:

es sind der demokratische Volkskörper und seine parlamentarische Doppelung, das Parlament, die fortan die leere Stelle des doppelten Königskörpers einnehmen. Repräsentieren heißt personifizieren und inkarnieren, mit dem Parlament setzt die Demokratie einen symbolischen Körper anstelle eines Volkes, das unauffindbar ist und nicht dargestellt werden kann. (Manow 2008 115).

In seiner späteren Analyse der *(Ent)demokratisierung der Demokratie* (Manow 2018) argumentiert er dann vorsichtig abwägend mit aller spezialdisziplinären Vorsicht des Politikwissenschaftlers: Die Krise unserer Demokratie erscheint unter solchem Blickwinkel als Resultat der Erfolge ihrer repräsentativen Ausformung angesichts der Aushöhlung nationalstaatlicher Regulierungsmacht infolge der Globalisierung - die im Übrigen nicht mehr ein zentrales Thema für ihn ist. Er kritisiert das Mobilisierungspathos eines jeglichen Populismus - und er geht dann sehr vorsichtig mit der Frage um, ob mehr Demokratie eine Lösungsmöglichkeit sei.¹¹⁰

Unter dem Blickwinkel der großen Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt ergibt sich zu Zeiten der Protestbewegungen der 1960er Jahre ein anderes Bild. Für die ist nach der amerikanischen und der Französischen Revolution mit der repräsentativen Demokratie ein neuer Raum des Politischen entstanden, der in ihren Augen das Versprechen auf einen Raum der Freiheit Aller sein sollte. Allerdings hat sie, so nochmals Manow (a. a. O. 114) auch argumentiert, dass mit den großen bürgerlichen Revolutionen *das Ende einer Tradition nicht notwendigerweise bedeutet, dass das traditionelle Begriffsgerüst auch schon seine Macht über die Menschen verliert*. Das Parlament als neue symbolische Repräsentanz des Staatsvolkes impliziert also in diesem Sinne die Fortdauer von Herrschaftsverhältnissen in neuer Gestalt, oder *der*

¹¹⁰ Ich habe demgegenüber im Zuge meiner Analyse einer auch politischen *Refeudalisierung* unserer noch demokratischen Herrschaftsverhältnisse für einen Weg zur *Demokratie als Lebensform* und *einzig aussichtsreiche(r), aber auch riskante(r) Antwort* auf die zu beobachtenden Krisenentwicklungen argumentiert (Martens 2016, 141-149.)

verdrängte Königskörper kehrt in den Praktiken der Demokratie wieder (a. a. O. 115) In diesem Sinne zitiert Manow dann auch Michel Foucault mit dem Satz, dass wir *in der politischen Theorie (...) dem König noch nicht den Kopf abgeschlagen* haben (ebd.).

Aber mit dem Repräsentationsprinzip entsteht so im Zuge der Entfaltung der neuen bürgerlichen Gesellschaft zugleich die Gefahr des Eindringens privater Interessen in den Öffentlichen Raum. Arendt hat daher im Hinblick auf die repräsentative Demokratie am Beispiel der frühen amerikanischen Republik argumentiert, dass allein *die Öffentlichkeit selbst* geeignet sei, *das Eindringen korrumpierender Privatinteressen in den öffentlichen Raum zu verhindern* (Arendt 1974,323). Thomas Jefferson, der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, habe jedenfalls gegen Ende seiner politischen Laufbahn

eine Ahnung davon (gehabt), wie gefährlich es sein könnte, dem Volk nicht mehr den Platz in der Öffentlichkeit einzuräumen als die Wahlurne und kaum mehr Gelegenheit zu geben, seiner Stimme in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, als den anonymen Stimmzettel. Er erkannte die tödliche Gefahr, die darin lag, dass die Verfassung einerseits alle Macht dem Volke gegeben hatte, ohne doch die Möglichkeit zu bestimmen, in deren Rahmen dieses Volk nun auch sich als Bürger und Bürger einer Republik betätigen und bewähren konnte. Dies konnte nur darauf hinauslaufen, einem Volk von Privatleuten alle Macht auszuliefern, da sie ja als Bürger kaum eine Funktion hatten (Arendt a.a.O. 324).

Die weitergehende Schlussfolgerung Jeffersons ist Arendt zufolge gewesen, einen gestuften demokratischen Aufbau der Gesellschaft zu entwickeln, beginnend in ‚kleinen Republiken‘, aus denen *die große ihre hauptsächlichste Kraft schöpfen* sollte (Arendt 1974,324). Sie zitiert Jefferson mit den Worten: *Man mache mit <den Elementarrepubliken> nur erst einen Anfang für gleich welchen Zweck, es wird sich bald herausstellen, für welche anderen Zwecke sie sich am besten eignen* (a. a. O. 359).

Arendt entfaltet in *Über die Revolution*, philosophisch-theoretisch fundiert und empirisch anhand der Anfänge der amerikanischen Republik im Vergleich zur Französischen Revolution exemplifiziert, ausgeprägt radikaldemokratische Überlegungen. Die führen sie in ihrer Auseinandersetzung mit Jefferson bis hin zu der These, dass man, wenn überhaupt bei einem politischen Denker im Blick auf die aktiv gelebte Freiheit Aller, dann bei Jefferson von einem *Rätegedanken* sprechen könne (a. a. O. 336, Hervorhebung im Original). Dies wiederum korrespondiert mit ihrer Kritik an Karl Marx, dem sie – im Ergebnis ihrer zuletzt abgebrochenen Auseinandersetzung mit dessen Werk (vgl. Kohn 2011) - das Fehlen eines substanziellen Freiheitsbegriffs vorwirft Sie selbst führt solche rätedemokratischen Überlegungen, mit der für sie charakteristischen Emphase für das immer wieder neu Beginnen, auch am Beispiel der Ungarischen Revolution von 1956 weiter aus – und bezieht sich damit auf ein Ereignis

nis, das marxistisch orientierte Autoren wie Cornelius Castoriadis (2016) in der Tradition der proletarischen Revolutionen seit der Pariser Commune interpretiert haben.¹¹¹

Arendt bewegt sich mit ihrem Denken also ganz in der Tradition der europäischen Aufklärung.¹¹² Aber sie konstatiert auch, dass eine Demokratie Gleicher und Freier, die ihr gemäße institutionelle Form (noch) nicht gefunden habe. Jefferson sei das am Ende seiner politischen Laufbahn nur allzu bewusst gewesen.¹¹³ Im Übrigen seien die *gründenden Väter* der amerikanischen Republik aufgeklärt genug gewesen, um sich nur allzu klar darüber zu sein, dass sie mit ihrer Revolution gegen die bis dahin als göttlich gesetzte Ordnung gedachte Monarchie vor einem *Abgrund der Freiheit* gestanden hätten (Arendt 1979, 433). Ihn nach menschlichen Maßstäben und Möglichkeiten angemessen auszugestalten, hätten sie mithin als immense Herausforderung begriffen, für die sie in einer damals wesentlich noch agrarisch gestalteten Gesellschaft eine Lösung gesucht hätten – aber nach ihrer Analyse in *Über die Revolution* nur eine vorläufige und unzureichende – und zwar im Blick zurück in Anknüpfung an die römische Republik.

Daran anschließend begreift Arendt selbst (1993) den Raum der Politik als einen institutionell stetig weiter auszugestaltenden *Raum der Freiheit*. Zu dieser Auffassung passt es, dass sie zu Zeiten der kulturevolutionären Protestbewegung von 1968 in einem Brief an Karl Jaspers geschrieben hat: *Mir scheint, die Kinder des nächsten Jahrhunderts werden das Jahr 1968 einmal so lernen, wie wir das Jahr 1848.*¹¹⁴ Diese zuversichtliche Erwartung ist allerdings an nichts weniger als die Voraussetzung

¹¹¹ Zu Arendts Marx-Kritik siehe Arendt 1993,73. Zu einer anderen, gut belegten Auseinandersetzung mit der *Freiheit des Karl Marx* siehe zuletzt Urs Marti-Brander 2018, zu Arendts Auseinandersetzung mit der Ungarischen Revolution Arendt 1958, zu ihrer Kritik einer unzureichenden theoretischen Verarbeitung des Rätedenkens in marxistischer Tradition – verbunden mit ihrer praktischen Negierung nach der russischen Revolution durch die Bolschewiki siehe Arendt 1974, 336 – 344.

¹¹² Selbstredend konnte ein radikaler Aufklärer wie Denis Diderot in den 1770er Jahren, also vor den Erfahrungen der großen bürgerlichen Revolutionen, das Spannungsverhältnis von Repräsentation und aktiver Teilhabe aller Bürger am demokratischen Prozess der damals noch im wesentlichen agrarisch geprägten Gesellschaften nicht gleichsam im Vorgriff angemessen reflektieren. Und die Bürger*innen waren schon gar nicht im Blick der Zeit. Doch in den *Beobachtungen über die Instruktionen an die Volksvertreter*, verfasst für die russische Zarin Katharina schreibt er, und das klingt sehr radikaldemokratisch: *Auch die Willkürherrschaft eines gerechten und aufgeklärten Fürsten ist immer schlecht. Seine Tugenden bedeuten die gefährlichste und wirksamste Verführung. (...) Er nimmt dem Volk das Recht zu beratschlagen, zu wollen oder nicht zu wollen, sich dem Willen des Herrschers auch dann zu widersetzen, wenn er das Gute befiehlt; doch dieses Recht zur Opposition, so unvernünftig es auch sein mag, ist unantastbar. Ohne dieses Recht gleichen die Untertanen einer Herde, deren Forderungen man verachtet – unter dem Vorwand, dass man sie ja auf fette Weiden führe* (zitiert nach Lepape 1994, 400f).

¹¹³ Mir ist es wichtig, in diesem Zusammenhang an Ekkehart Krippendorfs Arbeit *Jefferson und Goethe* zu erinnern, in der er über Gespräche des alten Jefferson mit Thomas Owen und Francis Wright berichtet, die nach 1820 in den USA frühsozialistisch-utopische Gemeinschaften begründeten und in denen Jefferson sein Verständnis von *Demokratie als eines permanenten Erziehungs- und Bildungsprozesses* dargelegt habe (Krippendorf 2001, 172f), Auch die Absicht Wrights, mittels genossenschaftlicher Ansätze die Sklaverei zu überwinden begleitete der damals schon 82jährige Jefferson mit Sympathie: *Jeder Plan, der irgendetwas bewirken könne, um jenes Endziel zu erreichen (...) sollte unternommen werden*, schreibt er ihr (a .a .O. 174f).

¹¹⁴ Siehe zu dem Arendt-Zitat die Einleitung zum Begleitbuch zur Berliner Arendt-Ausstellung *Hannah Arendt und das 20. Jahrhundert* (Blume u.a. 2020, 14).

gebunden gewesen, dass die Kinder des 21. Jahrhunderts einen solchen Blick von den Grundlagen eines partizipativ erweiterten und institutionell entsprechend befestigten Raumes der Politik aus zurückwerfen können. Denn nur dann wäre ihnen ein Blick möglich, wie er sich uns auf die gescheiterte Revolution von 1848 darbietet.

In Deutschland sind im auf die 68er Bewegung folgenden ‚sozialdemokratischen Jahrzehnt‘ der 1970er Jahre Modelle erdacht und jedenfalls ansatzweise erprobt worden, die auf eine stärkere aktive Beteiligung der Bürger*innen am politischen Prozess der Gesellschaft gezielt haben. Peter Dienel hat damals von der Staatskanzlei des sozialdemokratisch regierten NRW aus das Konzept der ‚Planungszelle‘ entwickelt. Mit Robert Jungks ‚Zukunftswerkstätten‘ ist experimentiert worden.¹¹⁵ Das geschah nicht zuletzt in der Absicht, so auch das Laien-Experten-Wissen der Menschen für offene Entscheidungsprozesse nutzbar zu machen – und zugleich die ausgewiesenen wissenschaftlichen Experten vor das Erfordernis zu stellen, in Anhörungsprozessen ihre jeweiligen Vorschläge überzeugend zu präsentieren. Auch in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft sind damals Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte gestärkt worden. Es ist bemerkenswert, dass solche Ansätze heute, da Politikwissenschaftler wie Manow im Blick auf die Globalisierung Leistungen und Gefährdungen unserer repräsentativen Demokratie vorsichtig abwägen oder wie Rainer Forst (2020) von einer *Verwahrlosung der Demokratie* sprechen, von Konservativen Politikern wie Wolfgang Schäuble unter dem Begriff der ‚Bürgerräte‘ von neuem aufgegriffen werden (Rossmann 2020). Es gehe darum, so Schäuble, angesichts einer *abnehmenden Bindekraft (...-) unsere(r) westlichen Demokratie* diese von neuem *zukunftsfähig (zu) machen*. Man darf sicherlich skeptisch sein, ob der Bundestagspräsident hier ähnlich radikaldemokratisch wie Jefferson an einen Kampf gegen *Korruption und Machtmissbrauch durch private Interessen* denkt, geschweige denn an einen um den öffentlichen Raum.

Die partizipativen Ansätze der 1970er Jahre haben sich in eine Aufbruchphase eingefügt, für die Willy Brand in seiner ersten Regierungserklärung mit der Formel des *Mehr Demokratie wagen* eine Leitidee formuliert hat, die seinerzeit viele Menschen bewegt hat. Ihr sind dann allerdings nur praktische Reformschritte gefolgt, die deutlich begrenzt geblieben sind. Peter Dienels Planungsstellen kamen nur so vereinzelt zum Zuge, dass Fragen danach, wie bedeutsam oder gar verbindlich ihre Ergebnisse für die institutionalisierten repräsentativen Entscheidungsprozesse sein könnten oder werden sollten, praktisch nie spruchreif geworden sind. Für die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft gab es 1972 eine beachtliche Reform der Betriebsverfassung. Doch für eine aktive Beteiligung der Arbeitenden selbst an der Arbeit ihrer repräsentativen Interessenvertretung, gar ihre Mitbestimmung am Arbeitsplatz, fehlte es an Durchsetzungskraft. Hans Matthöfer hatte hierzu schon zu Zeiten der großen Koalition Überlegungen zur Einrichtung von Arbeitsgruppensprechern entwickelt, die er Anfang 1969 als Gesetzentwurf in den Bundestag einbrachte. Doch schon der Vorstand

¹¹⁵ Siehe zu diesen Ansätzen aus den 1970er Jahren Dienel 1997 sowie Jungk/Müllert 1981. Zu einer Bilanzierung von fünfundzwanzig Jahren Erfahrungen mit dem Konzept der Planungsstelle siehe Martens 1998.

der IG Metall stand dieser Initiative des Leiters seiner Bildungsabteilung mehr als nur skeptisch gegenüber.¹¹⁶

Alle diese Erfahrungen belegen sehr nachdrücklich, wie tief verwurzelt auch auf Seiten der politischen Linken die Vorstellung gewesen ist, dass die gewohnten repräsentativen Strukturen durch neue Modelle direkter Beteiligung in ihrer Autonomie nicht in Frage gestellt werden dürften.¹¹⁷ Es ist deshalb wichtig, auf der Höhe der Herausforderungen unserer Gegenwart die für unsere repräsentative Demokratie letztlich grundlegenden demokratiethoretischen Fragen von Neuem aufzuwerfen. Doch ehe ich auf die aktuellen Herausforderungen dazu näher zu sprechen komme, ist es mir wichtig, auf die heute in unserer Gesellschaft prägende Vorstellung von Fortschritt einzugehen, denn die unterscheidet sich deutlich von der, die hinter der zuversichtlichen Erwartung steht, die die Politikwissenschaftlerin Arendt mit den sozialen Bewegungen von 1968 verbunden hat.

5.3. Gegen die naive Fortschrittsgläubigkeit unserer Zeit

Ich beginne also mit dem Verständnis eines sozialen Fortschritts – und es lohnt sich hier, meine in Kapitel 2.3 in Anlehnung an den Weltsystemanalytiker Wallerstein entfaltete Argumentation noch einmal in Erinnerung zu rufen. Wallerstein ist zweifellos einer der intellektuell herausragenden Köpfe unter den Globalisierungskritikern der letzten Jahrzehnte – und ihm ist es wichtig gewesen, als Weltsystemanalytiker und nicht –Theoretiker zu gelten. Wissenschaftlich an Marx anschließend hat er nicht geschichtsphilosophisch gedacht. Sehr dezidiert schreibt er, wir dürften *uns in keiner Weise dem Gefühl hingeben, die Geschichte sei auf unserer Seite, die gute Gesellschaft werde so oder so kommen. Die Geschichte ist auf der Seite von niemandem* (Wallerstein 2010, 16).

Zugleich muss er als Ökonom und Sozialwissenschaftler in einem wirklich umfassenden Sinne als ausgewiesen angesehen werden. Er holt bei seinen Analysen historisch weit aus. Das *moderne Weltsystem* hat für ihn eine ca. 500-jährige Geschichte. Die Französische Revolution ist darin aus seiner Sicht das einschneidende Ereignis, weil es die *Struktur des modernen Weltsystems verändert* hat (Wallerstein 2014, 601). In dem damit eingeleiteten Epochenbruch im Zeichen einer neuen *Ordnung der Dinge* (Foucault 1971) gewinnt die Betonung der demokratischen Frage besonderes Gewicht. Die Französische Revolution wird also *politisch* als zentraler Einschnitt be-

¹¹⁶ Siehe ausführlich Abelshäuser 2009, 182-201, der u.a. feststellt, dass Matthöfers *Überlegungen zur Gewerkschafts- und Bildungsstrategie im Vorstand der IG Metall* missbilligt wurden. *Im Störfeuer der Gewerkschaften sei der parlamentarische Durchgang des Gesetzesentwurfes (Matthöfers) ins Stocken geraten und schließlich ins Leere gelaufen, für die seinerzeit im Bundestag höchstwahrscheinlich sogar die erforderliche Mehrheit vorhanden gewesen wäre* (a. a. O. 185 und 193).

¹¹⁷ Und das gilt eben auch bei Gewerkschaftern wie Otto Brenner oder Victor Agartz, die noch durch das marxistische Denken der Weimarer Zeit geprägt worden sind. Wirtschaftsdemokratie, in reden Brenners noch bis weit in die 60er Jahre ein wiederkehrendes Thema, wurde so eher als Demokratie für die Arbeitenden denn als Demokratie durch sie gedacht.

hauptet. Die Forderung nach Brüderlichkeit, besser Geschwisterlichkeit der Menschen als zu Empathie begabten Wesen und die nach dem durchaus spannungsreichen Verhältnis ihrer Freiheit und Gleichheit ordnet sich der Demokratiefrage zu. Durchaus folgerichtig, spricht Wallerstein in diesem Zusammenhang von herrschenden Eliten und nicht von Klassen.

Von der Französischen Revolution ausgehend gelangt er über das Revolutionsjahr 1848 und dann weiter – wobei er die proletarischen Revolutionen, in den Bewegungen 1918 kulminierend, ziemlich übergeht (!) - über 1968 in die Gegenwart. Für 1968, wie auch schon für 1848, spricht er von einer *Weltrevolution*, die die *Geokultur* verändert habe, auch wenn sie – ebenso wie die 120 Jahre zuvor - mit einer Niederlage endete. In einem knappen Text von 2010 findet sich die folgende höchst bemerkenswerte Kennzeichnung der 1968er Bewegung, die ich hier noch einmal zitieren möchte:¹¹⁸

Die Weltrevolution von 1968 war ein enormer politischer Erfolg. Die Weltrevolution von 1968 war eine enorme politische Niederlage. Sie stieg wie auf wie Phönix, loderte tatsächlich sehr hell auf dem ganzen Globus und schien dann Mitte der 1970er Jahre fast überall ausgelöscht zu sein. Was ist durch dieses Buschfeuer erreicht worden? Eigentlich ganz schön viel. Der gemäßigte Liberalismus wurde von seiner Position als herrschendes Weltsystem verdrängt. Er war danach nur noch eine Alternative unter anderen. Und die Bewegungen der alten Linken konnten sich nicht länger als Motor irgendeiner Form von grundlegenden Veränderungen präsentieren. Aber der unmittelbare Triumphalismus der Revolutionäre von 1968, befreit von jeglicher Unterordnung unter den gemäßigten Liberalismus, erwies sich als oberflächlich und unhaltbar (Wallerstein 2010, 6f).

In der Gegenwart angekommen, für die B-Phase des Kondratieffschen Zyklus, in der wir uns in seiner Sicht gegenwärtig befinden, zeichnet er dann die Entwicklung und Krise des neoliberalen Projekts in großen Linien nach. In Bezug auf unsere Gegenwart spricht er von einer Konstellation, die er als *die Schlacht (...) zwischen dem Geist von Davos und dem Geist von Porto Alegre* bezeichnet. Sie werde *mittelfristig*, also für die kommenden 20 bis 40 Jahre die Auseinandersetzungen kennzeichnen., Es geht in ihr, so Wallerstein, um *die Suche (der herrschenden Eliten) nach einem neuen nicht-kapitalistischen System, das dessen schlimmste Merkmale fortführt – Hierarchie, Ausbeutung, Polarisierung“ (...) oder einem System, „das relativ demokratisch und relativ egalitär ist (Wallerstein 2014, 620f, Hervorhebungen H. M.).*

Interessant ist schließlich auch Wallersteins These, dass es heute auf eine Orientierung ankomme, die darauf ziele *die Pein zu minimieren*, was das System noch nicht verändere, aus der sich dann die Frontlinien für die mittelfristig zu entscheidende *Schlacht* ergäbe. Ferner auch die These, dass es nur relative Veränderungen geben

¹¹⁸ Wie schon erwähnt vergleicht und gewichtet Arendt die Revolutionsjahre 1848 und 1968 bemerkenswerter Weise recht ähnlich, wenn sie schreibt, dass spätere Generationen auf 1968 vielleicht einmal ähnlich zurückblicken würden, wie ihre Generation auf das Jahr 1948 (siehe Martens 2021b,10f).

werde, jedoch *niemals eine völlig eingeebnete Welt* (a. a. O. 621), in diesem Sinne aber immerhin *einen möglichen Fortschritt*.

Soweit diese nochmalige anknüpfung. Der Frage nach den Chancen des sozialen, aber auch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wäre an dieser Stelle aber noch einmal gezielter nachzugehen. Zwei Fragen möchte ich dazu zunächst noch einmal benennen, auch wenn ich sie im folgenden nicht erschöpfend nachgehen werde. Beiden bin ich seit meinen Reflexionen über die Herausforderungen und Chancen zu einer *politischen Subjektivierung* im Hinblick auf weitere zivilisatorische Fortschritte (Martens 2014a) wiederholt nachgegangen.

Da ist einmal die Problemstellung des mit der Herausbildung dieses Weltsystems verknüpften zivilisatorischen Prozesses, den Elias gewissermaßen „von oben“ her betrachtet hat und zu der Foucault – beginnend mit der *neuen Ordnung der Dinge* seit der Zeit der französischen Revolution im Blick „von unten“ Prozesse und Mechanismen der Selbstunterwerfung der Beherrschten, aber auch Möglichkeiten ihrer Selbstbefreiung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt hat.¹¹⁹ In diesen Prozessen stecken wir offenkundig noch mitten drin, und Krisenphasen wie die gegenwärtige sind geeignet, uns zweierlei vor Augen zu führen: Das eine ist, dass *die Decke unserer Zivilisation* augenscheinlich sehr dünn ist; oder in den Worten, die die Schriftstellerin Christa Wolf dafür in ihrem letzten Roman *Stadt der Engel* oder *The Overcoat of Dr. Freud* gefunden hat:

*Die entscheidende Frage ist doch, wie dick und wie haltbar die Decke unserer Zivilisation ist. Wie viele vernichtete sinnlose, perspektivlose Existenzen sie tragen kann, bis sie an dieser oder jener Stelle reißt, dort, wo sie mit heißer Nadel genäht ist. Und was dann?*¹²⁰

Das andere ist die Perspektive, die der Philosoph und Wissenschaftler Foucault angesichts der Gefahr gezeichnet hat, dass wir von diesem Planeten verschwinden könnten, so wie ein in den Strand gezeichnetes menschliches Gesicht bei der nächsten Flut, als er schrieb, dass wir vor der Herausforderung stünden,

durch historische Analyse das, was als wahr gilt, in seiner Selbstverständlichkeit aufzubrechen, um den Menschen zu befreien und ihn zu ermutigen, sich zu einer ‚Denkweise‘ vorzuwagen, die bisher unserer Kultur unbekannt ist (Foucault 1971, 408).

Das führt weiter zu der Frage nach einem realistischen Bild unserer menschlichen Potentiale zur Herstellung egalitärer und demokratischer Verhältnisse, die die radikalen französischen Aufklärer als Herausforderung zu einem *klarsichtige(n) und gelassene(n) Erkennen unseres Platzes in der Natur als hochintelligente, emphatisch veranlagte Primaten* verstanden haben (Blom 2010, 18, Martens 2014d). Es ist eine

¹¹⁹ Siehe in Bezug auf Michel Foucaults Denken und meine Auseinandersetzung mit der frühen Habermasschen Kritik daran zuletzt Martens 2020,147-176 sowie 193–199.

¹²⁰ Hier zitiert nach Martens 2014c, 28.

Frage, an die in der Tradition der europäischen Aufklärung Denker*innen wie Helmut Plessner oder Hannah Arendt angeschlossen haben (Martens 2013 und 2014a) und zu der uns heute neuere Ergebnisse anthropologischer Forschung oder die Einsichten von Psychologen (Gruen 2015) oder aus neuerer Forschung zur Entwicklung menschlicher Sprachfähigkeit (Tomasello 2009 und 2020) neue Aufschlüsse geben.¹²¹

Nach diesem kleinen Exkurs komme ich noch einmal auf Arendt zurück. Deren Anknüpfung an die europäische Aufklärung und das demokratische Projekt der Moderne ist mit einem ausgesprochen kritischen Blick eine auf einen kapitalistisch geprägten ‚Fortschritt‘ von Industrialisierung, Wissenschaft und Technik verbunden, den sie unter die Formel *losgelassener Prozesse* bringt (Arendt 2003, 487). Diesem kritischen Blick kann man nicht ausweichen, wenn man die Aufklärung neu zu denken fordert. Insbesondere im Hinblick auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt spricht Arendt in ihrem Denktagebuch (2003,487) im Zuge des Übergangs von der *Natur-* zu einer *Universalwissenschaft* geradezu von einem *losgelassenen Verzehrungsprozess*. Ihre Überlegungen, im Schlusskapitel von *Vita activa* wie auch in ihrem Denktagebuch lesen sich fast wie eine vorweggenommene Kritik an der Luhmannschen Systemtheorie (vgl. Martens 2014, 129ff). Sie macht darauf aufmerksam, dass *die im Experiment auftauchenden Naturdinge (...) nichts (sind) als Funktionen und Exponenten (eines) Prozesses*, und dass damit *der Prozessbegriff* ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt (Arendt 1967, 289). Dies gelte schließlich auch für eine Sozialwissenschaft, die nur noch von systemisch verselbständigten Prozessstrukturen handle und die Menschen nicht länger als Gegenstand soziologischer Theoriebildung behandeln wolle. Dagegen an betont sie immer wieder die Pluralität der Menschen als denkende und handelnde Wesen und beharrt geradezu emphatisch auf der Möglichkeit des *Wunders der Freiheit* im Raum der Politik.¹²²

Es geht hier um nichts weniger als um eine Infragestellung des einigermaßen naiven, linearen Fortschrittsglaubens unserer Zeit, ökonomisch wie wissenschaftlich und technologisch. Nach Überschreiten des Scheitelpunkts einer weiteren langen Welle der Konjunktur sowie angesichts der ökologischen Krisendrohungen gewinnt dieser Gedanke, der keinesfalls mit Wissenschaftsfeindlichkeit zu verwechseln ist, neue Aktualität. Und im Übrigen mutet im Kontrast zum herrschenden naiven Fortschritts-

¹²¹ Zur neueren Diskussion der Arbeiten Tomasellos siehe auch Martens 2014b. Die von ihm selbst gezogene Summe seiner Arbeiten (Tomasello 2020) ist darin selbstverständlich noch nicht berücksichtigt. Sie führt jedoch nicht zu substanziellen Veränderungen der Debatte, auf die ich mich seinerzeit bezogen habe. Gruens (2015) jüngster Beitrag zur Diskussion um einen streitbaren Pazifismus weist enge Bezüge zu entsprechenden anthropologischen Grundpositionen auf, die alle an die Fragen des *vergessenen Erbes* (Blom 2010) der radikalen französischen Aufklärung nach dem Platz des Menschen als empathiefähigem, hochintelligentem Wesen in der Natur anschließen. Sein Aufsatz endet mit den Worten: *Wenn wir Liebe als Fürsorgeverhalten mit Überlebensvorteil definieren, dann ist Liebe ein entscheidendes Merkmal unserer Evolution. Es ist unsere Aufgabe, diese Interaktion zu unterstützen. Nicht Profit, Eigenvorteil und Größe, sondern Empathie und Kooperation führen uns in eine Zivilisation, die menschlicher ist als die gegenwärtige* (Gruen 2015, 126).

¹²² Siehe dazu Arendt 1993, 34f, sowie ausführlich zu der hier von mir umrissenen Argumentation Martens 2014, 129ff sowie zu meiner Luhmann-Kritik Martens 2013, 160 – 181.

denken in Bezug auf den wissenschaftlich-technischen, und damit verknüpft auch ökonomischen Fortschritt in Gestalt stetigen Wachstums, die Annahme ausgesprochen merkwürdig an, dass mit der gegenwärtig erreichten Institutionalisierung unseiner repräsentativen Demokratie im Hinblick auf demokratische Fortschritte das ‚Ende der Fahnenstange‘ ein für allemal erreicht sein soll.

Das neoliberale Rollback - verstärkt durch die Implosion des angeblich schon real existiert habenden Sozialismus¹²³ und das damit vermeintlich eingetretene ‚Ende der Geschichte‘¹²⁴ – hat in genau dieser merkwürdig selektiven Betrachtungsweise auf einen linearen Fortschrittsglauben gesetzt. Heute jedoch sieht man, dass ein so gedachter Fortschritt ins Stocken gerät und dass sich angesichts des Endes der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik vor uns zunehmend höhere Problemwolken auftürmen (Zinn 2015). Und wieder einmal sind Teile der Konservativen unter den herrschenden Eliten im Zweifel bereit, sich auch auf populistische Strömungen zu stützen, die strategisch darauf zielen die institutionellen Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie systematisch auszuhöhlen und im geeignet erscheinenden Augenblick womöglich auch umzustürzen. Zugleich versucht man uns aber mit zunehmend leeren Fortschrittsversprechen zu vertrösten, die mittlerweile nicht einmal mehr für die halbe Welt noch wirkliche Substanz haben. Für die Menschen unserer *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* geht es heute ja nicht mehr um die Erwartung, dass es ihre Kinder einmal besser haben sollen, vielmehr nur noch darum, wenigstens das Wohlstandsniveau ihrer Eltern zu halten. Aber die sozialen Spaltungsprozesse der Gesellschaft setzen sich fort, Wir erleben den fortgesetzten *Aufstieg einer neuen globalen Geldelite und den Abstieg aller anderen*.¹²⁵ Doch die bei uns so weiter fortschreitenden sozialen Spaltungsprozesse werden von denen gegenüber den Staaten des globalen Südens, und erst Recht von denen innerhalb ihrer Gesellschaften, bei weitem überboten. Die Klimakrise schließlich bedroht uns alle – allerdings unmittelbar höchst unterschiedlich stark.

5.4. Den Kampf um den öffentlichen Raum neu aufnehmen

Wie in den voranstehenden Kapiteln umrissen, sind im Zuge einer stetig fortschreitenden Zuspitzung multipler Krisenentwicklungen neue soziale Bewegungen entstanden. Beunruhigender Weise ist nach dem Ende der sozialen Bewegungen der

¹²³ Von Rudi Dutschke stammt das Bonmot, dass am real existierenden Sozialismus alles real sein möge, ganz sicher aber nicht der Sozialismus.

¹²⁴ Francis Fukuyama (1989) hat mit dieser problematischen Formulierung auf das Scheitern der teleologischen Geschichtsphilosophie gezielt, die sicherlich einen wesentlichen Moment des *prophetischen* Marxismus (Camus) ausgemacht hat. Zu seiner Zielvorstellung einer *posthistorischen Welt der Anerkennung* in der späteren Buchveröffentlichung (Fukuyama 1992) siehe die bemerkenswert vorsichtige, aus meiner Sicht zu zurückhaltende Auseinandersetzung bei Gerd Peter 2020, 215ff.

¹²⁵ Im Titel der deutschen Übersetzung (Freeland 2013) findet sich der zweite Teil des Originaltitels nicht. Zur sozialen Spaltung unserer westlichen Gesellschaften siehe auch Piketty.20014.

Jahre 2010/11¹²⁶ vor allem ein Anschwellen rechtspopulistischer Strömungen und Parteien zu beobachten, aber es gibt auch neue Gegenbewegungen von links. Für den Verlauf dieser Entwicklungen sind unzweifelhaft das Internet und die neuen ‚sozialen Medien‘ von großer Bedeutung. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, dass z.B. neu aufbrechende Konflikte gewissermaßen in Jetztzeit weltweit verbreitet und so in bislang unbekannter Weise folgenreich werden können.¹²⁷ Eine wesentliche eher strukturelle Folge davon ist weiterhin, dass das Meinungsbildungsmonopol von Presse, Rundfunk und Fernsehen durch eben diese Entwicklung aufgebrochen worden ist. Auf neue Weise - und ggf. von Interessierter, handlungsmächtiger weil finanzstarker Seite ganz gezielt forciert – entstehen geradezu Parallelwelten, wenn und weil sich millionen Menschen plötzlich nur noch über einen dieser neuen Informationskanäle informieren.

Allerdings war es schon immer so, dass die klassischen Medien als sogenannte ‚vierte Gewalt‘ in ganz maßgeblicher Weise die öffentliche Meinung konstituiert haben, denn die Medien verfügen über die Macht Themen zu setzen, oder jedenfalls ganz entscheidend darauf Einfluss zu nehmen, *wie* bestimmte Themen diskutiert werden oder *wer* zu ihrer Diskussion als ausgewiesener Experte gilt und herangezogen wird. Es gibt hier also Filter und Selektionsmechanismen. Man kann das zum Beispiel sehr gut daran zeigen, wie intensiv im Jahr 2020 die Corona-Krise zu dem öffentlichen Thema überhaupt gemacht worden ist - sicherlich nicht ohne gute Gründe - und wie vergleichsweise begrenzt davor die öffentliche Aufmerksamkeit geblieben ist, die die gleichen Medien in Bezug auf die zunehmend bedrohlicher erscheinende Klima-Krise hergestellt haben – ebenso sicher ohne besonders gute Gründe.¹²⁸ Man sollte allerdings festhalten, dass die drohende Klimakrise mittlerweile mehr öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht – sei es infolge von Fridays for Future, sei es deswegen, weil eine zunehmende Zahl von Naturkatastrophen die drohende große Katastrophe ankündigt.

¹²⁶ Wie Roland Roth (2012) zeigt, sind die Protestbewegungen der Jahre 2010/11 an Heftigkeit und Umfang nur mit denen der Jahre 1968 und – auf Osteuropa bezogen – 1989 zu vergleichen. Im Einzelnen siehe das Schwerpunktheft der Zeitschrift PROKLA (2014) sowie das Kapitel *Europakrise und neuer Protestzyklus Impuls auch zur Erneuerung der Gewerkschaften* in Martens 2016, 68-101.

¹²⁷ In den in der voranstehenden Fußnote genannten Analysen ist auf diesen Umstand mehrfach hingewiesen worden.

¹²⁸ Man könnte in diesem Zusammenhang auch auf die öffentliche Resonanz auf Rezos glänzend gemachten Blog *Die Zerstörung der CDU* verweisen (vgl. Martens 2019, 6-15). Der hat zunächst einmal deutlich gemacht, wie bemerkenswert groß die ‚blinden Flecken‘ der medial hergestellten öffentlichen Meinung tatsächlich sind. und dafür am Ende sogar den Henry-Nannen-Preis erhalten, An den ersten Tagen, also noch vor der Europawahl, zu der er erschienen und vor der er millionenfach aus dem Netz heruntergeladen worden ist - ist Rezos Blog mit einigem Respekt und leidlich differenziert aufgenommen worden (FAZ 20,05., Spiegel-Online). In der weiteren Diskussion wurde er jedoch wesentlich auf die drohende Klimakatastrophe reduziert. Das lag nahe weil in den Meinungsumfragen – u.a. vor dem Hintergrund von Fridays for Future – die unbewältigten ökologischen Herausforderungen als wichtigstes Motiv für die Wahlentscheidung für die Grünen genannt wurde. Die sozialen Spaltungsprozesse in unserer Gesellschaft und Insbesondere Rezos Kritik an dem alltäglich gewordenen drohnenbewehrter *Krieg gegen den Terror*, in Nahost, maßgeblich vom, US-Stützpunkt Rammstein aus geführt, ist hingegen in den Medien unverändert ein Nicht-Thema geblieben.

Solche Selektionsmechanismen und Filter sind in der Vergangenheit nicht allzu oft systematisch analysiert worden. Für die in Deutschland geführten Debatten könnte man auf Hans Magnus Enzensbergers Analysen der *Bewusstseinsindustrie* in den fünfziger und sechziger Jahren und seinen wenige Jahre später veröffentlichten *Baukasten zu einer Theorie der Medien* verweisen (Enzensberger 1964 und 1970). Weiter wären Pierre Bourdieus Analysen der *verborgenen Mechanismen der Macht* aus den 80er Jahren zu erwähnen, die hierzulande immerhin nach der Jahrtausendwende systematischer zugänglich gemacht worden sind. Schließlich könnten einem auch einige kritische Bemerkungen von Jürgen Habermas aus dem Jahr 2011 in den Sinn kommen. Alle diese Kritiken sind wichtig, und sie verweisen auf Punkte, die zweifellos gut begründet sind.

Zu Zeiten der noch jungen deutschen Nachkriegsdemokratie, und noch ehe die *Weltrevolution von 1968*, von der Wallerstein später spricht, in Deutschland einen nachhaltigen Demokratisierungsschub ausgelöst hat, und erst recht lange vor dem Auftauchen der sogenannten neuen sozialen Medien hat Enzensberger in der Einleitung zu seiner Untersuchung über die *Bewusstseinsindustrie* vom *Journalismus als Eiertanz* geschrieben:¹²⁹

Unstrittig ist die Presse ein Kind des bürgerlichen Zeitalters.(...) erst das aufsteigende, schließlich siegreiche Bürgertum hat ihnen (den Rechten und Pflichten öffentlicher Bekanntmachungen) Geltung verschafft. Seitdem ist die Presse verpflichtet, alle Bürger über alle öffentlichen Angelegenheiten zu unterrichten.

Auch heute noch sei der Zustand, in dem die Presse sich befinde, *ein zuverlässiges Indiz für das Maß an innerer Freiheit, das sich eine Gesellschaft bewahrt hat*. Dabei habe die Presse allerdings *kein anderes Korrektiv als die unartikulierte Konkurrenz der Zeitungen untereinander, das Votum der Abonnenten und das Ventil der Leserbriefe*. Mit dem allerdings könne die Redaktion einer jeden Zeitung *nach Gutdünken verfahren*. In seiner Analyse des Politikeils von neun aufeinander folgenden Nummern der FAZ¹³⁰ findet er eine *Sprache der Herrschaft* sowie den starken Eindruck, *als wäre, was diese Zeitung im von ihm beobachteten Zeitraum im Politikeil veröffentlicht, unter Zensur geschrieben (...), aber nicht von Amts wegen, vielmehr von der Öffentlichkeit ausgeübt*. An einer solchen Zeitung sei *nichts zu entzaubern: sie bedürfe keiner Hintermänner; jeder ihrer Verantwortlichen sei sein eigener Hintermann* (a. a. O. 71f). Zu befürchten sei allerdings, dass der Anspruch dieser Zeitung *unser Land zu repräsentieren (...)* *nicht ganz aus der Luft gegriffen ist*.

¹²⁹ Siehe Enzensberger 1962 Einzelheiten I. *Bewusstseinsindustrie*, *Journalismus als Eiertanz*. Die folgenden Zitate finden sich auf den Seiten 19, 22 und 23.

¹³⁰ Enzensberger betont erhebliche methodische Probleme seiner Analyse. In ihr behandelt er verteidigungspolitische Inhalte eines journalistischen *Feldzuges*, den die FAZ, so seine Interpretation, in den damaligen Zeiten des Kalten Krieges *zugunsten des Verteidigungsmisters Strauß* geführt und der ihr eine Art Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen international bedeutsamen Tageszeitungen verschafft habe (siehe zusammenfassend Enzensberger 1962, 52f) tut hier nichts zur Sache.

Ein zweiter Text in Enzensbergers Buch zielt auf die *Sprache des Spiegels*.¹³¹, Er argumentiert, dass der redaktionelle Inhalt des *Nachrichtenblatts* tatsächlich nicht aus Nachrichten sondern aus einer *Sammlung von ‚Stories, von Anekdoten, Briefen, Vermutungen, Interviews Spekulationen, Klatschgeschichten, Anekdoten und Bildern* bestehe (a. a. O. 84). Was beiden Analysen gemeinsam sei ist, so Enzensbergers Feststellung, dass es diesen beiden Leitmedien – und als solche haben sie sich über die seitherigen sechzig Jahre hinweg erfolgreiche behauptet – nicht einfach, bzw. im Falle des Spiegel im Grunde überhaupt nicht, um die Verbreitung von Nachrichten gehe, sondern um deren Verarbeitung in *Nachrichtenpolitik*. Es gehe um die Verbreitung von Deutungen des politischen Geschehens bzw., so dezidiert in Bezug auf den Spiegel, die Erzeugung einer Leserschaft *als (seine) eigene Existenzgrundlage* dadurch, dass ihm als Leser dieser Zeitschrift mit dem Mittel der *Story* suggeriert wird, *hinter die Kulissen unseres lärmenden Welttheaters* schauen zu können und so *eine Überlegenheit* zu erlangen, *die er in Wirklichkeit nicht besitzt*.¹³²

Seinen *Baukasten zu einer Theorie der Medien* hat Enzensberger sechs Jahre später, fast noch zu Zeiten des Höhepunkts der damaligen Studentenbewegung vorgelegt, als vom Internet noch keine Rede war. Der Text liest sich wie ein Versuch, die Medienpraxis von 1970 zu überholen. Enzensberger schreibt einem damals noch imaginären Netz der Zukunft fast schon utopische Möglichkeiten zu. *Die neuen Medien seien ihrer Struktur nach egalitär und eine freie sozialistische Gesellschaft werde sie produktiv machen können* und die *die Selbstorganisation der beteiligten ermöglichen*.¹³³ Die emanzipatorische Potenz neuer elektronischer Medien steht für ihn außer Frage. Und ganz in der Tonlage damaliger Debatten schreibt er:

Ein unmanipuliertes Schreiben, Filmen und Senden gibt es nicht. Die Frage ist daher nicht, ob die Medien manipuliert werden oder nicht sondern wer sie manipuliert. Ein revolutionärer Entwurf muss nicht die Manipulation zum Verschwinden bringen; er hat im Gegenteil jeden zum Manipulateur zu machen.

Das alles zielt auf Ideologiekritik, und die ist hier nicht mein Thema. Wichtig ist mir ein anderer Aspekt, den Arendt, ganz in der Tradition der Aufklärung, in ihrem Ve-

¹³¹ Sie stammt bereits aus dem Jahr 1957 und wurde zuerst in einer Sendung des Süddeutschen Rundfunks veröffentlicht.

¹³² Die Zitate finden sich a. a. O. auf den Seiten 82 und 93.

¹³³ Siehe Enzensbergers Argumentation insbesondere in seinen Thesen 6 bis 10 (Enzensberger 1970, 167-171). In einem *Das digitale Evangelium* betitelten Rückblick auf seinen Essay wird dreißig Jahre später im Spiegel (1970) solches Setzen auf die ‚*Entfaltung der Produktivkräfte*‘, als *eine materialistische Variante der christlichen Trias von Glaube, Liebe und Hoffnung* kritisiert, und Enzensberger ergänzt, dass *heute (...) auf derartige Verheißungen nur die Evangelisten des digitalen Kapitalismus schwören würden*. Der daran anschließenden Empfehlung zu *eine(r) gewisse(n) Nüchternheit* wäre allerdings hinzuzufügen, dass Enzensbergers Hoffnungen auf emanzipatorische Potenziale immerhin mit nicht weniger als einer sozialistischen Veränderung der Eigentumsverhältnisse verknüpft gewesen sind. Berechtigt an der rückblickenden Kritik im *Spiegel* dürfte allerdings sein, dass sich aus einer Entfaltung der Produktivkräfte keineswegs wie von selbst auch eine Schärfung der menschlichen Urteilskraft ergeben muss.

hementen Plädoyer für die Bedeutung von Freier Presse und Meinungsvielfalt für eine lebendige Demokratie in ihrer vergleichenden Analyse von amerikanischer und Französischer Revolution entfaltet hat¹³⁴ - wobei sie aber die Ambivalenz der medialen Herstellung von Öffentlichkeit nicht näher analysiert. Sie verweist in ihrer Analyse – gegen Marx - darauf, dass Interesse und Meinung *als grundsätzlich voneinander unterschiedene politische Phänomene* anzusehen seien, und dass *Meinungen* nur dort *entstehen, wo Menschen frei miteinander Verkehr pflegen und das Recht haben, ihre Ansichten öffentlich kundzutun*. Der herausragende Stellenwert einer freien Presse für den damit angezielten klassischen Raum politischer Öffentlichkeit liegt auf der Hand.¹³⁵ Was Arendt hingegen nicht reflektiert, ist dass solche Meinungen einzelner gesellschaftlicher Individuen letztlich immer im Kontext mehr oder weniger konsistenter oder eben auch widersprüchlicher Vorstellungen vom politischen Geschehen in einer jeweils gegebenen Gesellschaft insgesamt ausgebildet werden. Es geht also immer auch um politische Weltbilder; die in den Medien gezeichnet werden. Und ganz selbstredend ist es so, dass jedes Medium in der Weise an einer öffentlichen Meinungsbildung beteiligt ist, dass es selbst Meinungen im Rahmen seiner *Nachrichtenpolitik* in den öffentlichen Prozess einbringt. Enzensbergers Analyse der *Sprache des Spiegel* ist, so gesehen, nichts anderes als die Analyse eines bestimmten geschäftlichen Erfolgsmodells.

In unserer heutigen Zeit erweist sich nun das Internet¹³⁶ als ein Instrument, das in offenen Gesellschaften zweierlei ermöglicht: zum einen den offenen Meinungsaustausch über eine im Prinzip allen zugängliche neue Plattform, zum anderen die günstige Gelegenheit Meinungen unkontrolliert manipulativ zu beeinflussen, faked News gezielt zu verbreiten usw. Als ein Medium, in dem die Macher der sogenannten neuen sozialen Medien mittels der Werbung gewaltige Gewinne und im Wege der Sammlung von großen, entsprechend analysierten Datenmassen von ihren Nutzern gleichermaßen große Macht anhäufen, ermöglicht die mit der Digitalisierung und dem Netz verknüpfte Produktivkraftentfaltung also nicht nur Chancen für die einzelnen Vielen. Sie bringt vielmehr, wie gegenwärtig vielfältig gezeigt werden kann, unter privatwirtschaftlichen Eigentumsverhältnissen erhebliche Risiken für einen ohnehin erodierenden Raum bürgerlicher Öffentlichkeit mit sich.

Im Licht der aktuellen multiplen Krisenentwicklungen ist weiter an Bourdieus Überlegungen dazu zu erinnern, wie das Zusammenspiel von herrschendem Politikbetrieb

¹³⁴ Siehe Arendt 1974, 292ff.

¹³⁵ Arendt verweist in diesem Zusammenhang im Übrigen weiter darauf, dass der Senat, nach den Vorstellung der *gründenden Väter* der amerikanischen Republik *ursprünglich (...) als das Medium gedacht war, durch welches alle öffentlichen Ansichten erst einmal hindurchgehen müssen, um auf ihre politische Tragfähigkeit geprüft zu werden!* Die Idee der Auctoritas des römischen Senats steht hier im Hintergrund – und die heutige Wirklichkeit hat sich weit davon entfernt! Alle Zitate im obigen Text und dieser Fußnote finden sich bei Arendt 1974, 292.

¹³⁶ In dem die Macher der sogenannten neuen sozialen Medien mittels der Werbung gewaltige Gewinne und im Wege der Sammlung von gewaltigen, entsprechend analysierten Datenmassen von ihren Nutzern Macht anhäufen.

und dessen medialer Flankierung geeignet sind, die *verborgenen Mechanismen der Macht* zu verdecken. Seine Analysen sind bitter ernst zu nehmen.¹³⁷ Und wie noch am aktuellen Beispiel der USA zu zeigen sein wird, erweisen sich seine Analysen aus den 1980er Jahren (Bourdieu 2005) als ausgesprochen scharfsinnig. Das gilt zum Beispiel dort, wo er konstatiert, dass *Fernseh- oder Radiodebatten, geistvolle Leitartikel etc., die das Leben der Demokratie auszumachen scheinen, (...) einen außerordentlichen Zensureffekt ausüben (... können), indem sie die wirklichen Probleme verdecken* (a. a. O. 130) Mit ihm, der ja auch zu unserer philosophischen Tradition gehört, ist, gegen solches Verdecken an, seitens der Intellektuellen *die Respektlosigkeit gegenüber jeglicher Macht* zu fordern (a. a. O. 88). Oder es gilt, in Bourdieus Worten für die Soziologen, *die wahren Fragen (...) zu (stellen), die der ununterbrochene Diskurs des Journalismus verbirgt* (a. a. O. 140). So schreibt er:

Die Soziologie hat alle Mühe der Welt, sich einem großen Publikum verständlich zu machen. Dies, weil die Profis der öffentlichen Rede, die Medienverantwortlichen, die den Zugang zu einem großen Publikum kontrollieren, alle möglichen Gründe haben, der Verbreitung der wissenschaftlichen Erkenntnis der sozialen Welt Hindernisse in den Weg zu stellen (a. a. O. 137).

Es geschehe *immer häufiger*, dass die Medien *versuchen, Themen und Gegenstände mit Hilfe von Umfragen und Interviews durchzusetzen* (a. a. O. 88). Solche Umfragen aber seien *eine Wissenschaft ohne Wissenschaftler*:

Sie sind ein Instrument des Registrierens, das man für objektiv hält, weil es passiv ist, während die Wissenschaft immer damit beginnt, dass sie mit dem gesunden Menschenverstand, mit den Evidenzen etc. bricht. Doch die Meinungsforscher stellen Fragen des gesunden Menschenverstandes und verstehen es nicht, den tieferen Sinn der Antworten des gesunden Menschenverstandes, die sie erhalten, freizulegen. Sie erzeugen Artefakte, Sachen, die nicht existieren, die sie aus lauter Stücken herstellen (a. a. O. 133).

Dagegen sei es, in seinen Worten *die erste Handlung des Forschers (...), die Fragen des gesunden Menschenverstandes und des Journalismus zu destruieren, die völlig anders neu zu stellen* (a. a. O. 137). Dazu aber müsse man, *die alltägliche politische Phantasie (...) aufspüren, ermutigen, unterstützen, orchestrieren, verallgemeinern, und zwar nicht nur mit den Dispositionen des Sozialingenieurs, sondern mit denen des Gärtners* (a. a. O. 102).

Habermas schließlich hat im Jahr 2011 in Bezug auf die Talkshows im Deutschen Fernsehen in einem Beitrag für die SZ mit letztlich ähnlicher Stoßrichtung konstatiert, dass deren muntere Kommentatoren *mit ihrem immer gleichen Personal einen Meinungsbrei an(rühren), der dem letzten Zuschauer die Hoffnung nimmt, es könne bei politischen Themen noch Gründe geben, die zählen*. Kennzeichnend ist ja in der Tat,

¹³⁷ Ich bin in jüngerer Zeit verschiedentlich darauf eingegangen. Vgl. zuletzt, im Zusammenhang mit Frieder. O. Wolfs radikaler Herrschaftskritik, Martens 2019c, 122.

neben einer durchgängig zu beobachtenden starken Personalisierung aller politischer Berichterstattung, dass diese Fernsehdebatten nach einem nahezu immer gleichen Muster ablaufen: Zugespitzt wird immer auf einen aktuell als besonders wichtig erachteten Punkt. Zu ihm sollen die Jeweils eingeladenen Experten Kurzanalysen und Lösungsvorschläge unterbreiten, wobei für einzelne Statements kaum einmal mehr als vielleicht eine Minute vorgesehen ist. Unterstellt ist dabei im Grunde immer, dass sich jeweilige Probleme auch mehr oder weniger ‚punktuell‘ lösen lassen. Dass das jeweilige Problem so etwas wie ein Symptom übergreifender, strukturell verfestigter und bedingter Zusammenhänge sein könnte, wirklich aussichtsreiche Lösungsschritte also vielleicht doch Teil tiefgreifender Eingriffe sein müssten, ist durch diese Dramaturgie mithin von vorneherein nahezu ausgeschlossen.

5.5. Instrumente der Manipulation und emanzipatorisches Potenzial

Man sollte sich an dieser Stelle bei aller berechtigten Kritik zunächst einmal vor Augen führen, dass die ‚Medienlandschaft‘ in Deutschland immer noch um einiges erfreulicher aussieht als die in den USA. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten sichern immer noch eine Qualität journalistischer Arbeit, die dort, wo bei den Privaten Marktzwänge und Vermarktungsinteressen durchschlagen, massiv gefährdet sind. Allerdings ist die Konkurrenz der Privatsender auch hierzulande nicht folgenlos. Das Kriterium der Quote hat längst seine Kraft entfaltet. Und bei den Printmedien gibt es zwar noch eine gewisse Vielfalt, aber auch hierzulande wollen die Verleger Rendite sehen, und nicht zuletzt die Journalist*innen sind zu ‚Vorreitern‘ flexibilisierter Arbeitsverhältnisse geworden – die einigen besonders erfolgreichen dann wiederum neue unternehmerische Spielräume eröffnet haben. Es geht auch hier um allgemeine Trends, deren Wirkungen sich allerdings am Beispiel der USA besonders prägnant aufzeigen lassen.

Damit bin ich wieder beim Anlass dieses Essays angelangt – und bei den in unserer Gegenwart offenkundigen und angesichts bestehender Herrschaftsverhältnisse höchst problematischen Folgen der inzwischen weiter vorangeschrittenen Digitalisierung. Im Zusammenhang mit den jüngsten Präsidentschaftswahlen in den USA war am 28. 10. 2020 in der Süddeutschen Zeitung (Moorstedt 2020) zu lesen: *Elf Milliarden Dollar wird ihre Kandidatur Joe Biden und Donald Trump insgesamt kosten, so Schätzungen, und ein immer größerer Teil wird in digitale Wahlwerbung investiert. Wahlwerbung aber sei in den USA kaum reglementiert. Den Kampagnen stehe ein großes Arsenal von moralisch fragwürdigen Werbetechniken zur Verfügung. Das exklusive Inventar der Datenbank Data Trust der Republikaner bestehe, so war dort weiter zu lesen, aus einer tiefgreifenden Datensammlung von mehr als 300 Millionen Menschen mit bis zu 2.500 Datenpunkten für jeden Einzelnen. Diese Datenbank ist seit sieben Jahren auf- und ausgebaut und schon vor vier Jahren genutzt worden. Die Demokraten sind nun bei der Wahl 2020 nachgezogen. Persönliche Kampagnen-Apps sind der Schlüssel gezielter manipulativer Werbung. Der Unterschied zwischen der Biden- und der Tump-App allerdings, so der Entwickler der letzteren, *ähnele dem zwischen einem gebrauchten Pick-up-Truck und einem Ferrari.**

Nun mag sich der eine oder andere Leser der SZ ja vielleicht damit zu beruhigen versucht haben, dass Ferrari derzeit bei der Formel 1 nicht gerade vorne liegt. Die erneut beachtliche Diskrepanz zwischen Wahlergebnis und vorherigen Prognosen bei den Präsidentschaftswahlen belehrt uns aber vielleicht doch eines Schlechteren. Doch das ist hier nicht der Punkt, und es hat ja immerhin knapp gereicht. Was aber im Licht dieses Zeitungsartikels ins Auge springt, ist der Umstand, dass die Wähler nicht als „mündige Bürger“ sondern als steuer- und manipulierbare Masse angesehen werden – und zwar auf beiden Seiten. Vielleicht kann man ja sagen, bei den Demokraten notgedrungen (auch), denn sie mussten nach Lage der Dinge bei den digitalen Kontroll- und Herrschaftstechniken erst einmal nachziehen, wenn sie eine Chance haben wollten. Doch man wird nur in Teilen Gründe für die Annahme finden, dass eine breit angelegte Aufklärung der Bürger*innen hier wirklich zum zentralen Punkt im politischen Prozess der Gesellschaft gemacht worden ist. Eher scheint sie nur nachgeordnet wichtig gewesen zu sein. Aber darf es bei politischen Wahlen um eine Werbung gehen, die der für *Tomatensuppe* – und das war ja schon schlimm genug – nur noch entfernt ähnelt, weil stattdessen immer weiter ausgefeilte Herrschafts- und Manipulationstechniken zur Anwendung kommen?

Ich denke, diese Frage muss gestellt werden, weil man Moorstedts These *Sie haben keine Wahl* als eine bewusst überspitzte Polemik auch kritisch hinterfragen muss. Was seine Analyse des Wahlkampfs in den USA sehr prägnant zeigt ist, dass wichtige Teile der herrschenden Eliten sehr bewusst und gezielt Manipulationstechniken weiter entwickeln und verfeinern lassen, die dann zur Herrschaftssicherung eingesetzt werden sollen. Oder anders pointiert: auf dem politischen Meinungsmarkt, ebenso wie dort, wo die Wirtschaftsbürger*innen als Konsumenten und Produzenten auftauchen, geht es für sie darum, zunehmend ausgefeiltere Techniken in die Hand zu bekommen, die die Einzelnen aus der Menge der Vielen besser beherrschen und steuerbar machen. Das ist im Kern der Traum, der hinter ihrem Bild einer ‚wohlgeordneten‘ Welt verborgen ist. Tatsächlich aber bleiben die, die so manipuliert und beherrscht werden sollen, aber Menschen mit ihren, letztlich naturgegebenen Potenzialen zu Empathie, Kooperation und Urteilsfähigkeit. Und selbstverständlich drückt sich dies nicht nur darin aus, dass sie als Wähler, die man manipulativ zu beeinflussen sucht, nach spezifischen Interessen entscheiden. Insoweit geht es also denen, die - über eine in den Medien unausweichlich immer ‚mitgegebene‘ *Nachrichtenpolitik* hinaus - ihre Manipulationsmacht auszubauen suchen, darum die breite öffentliche Erörterung und Abwägung solcher Interessen nicht zuzulassen sondern gezielt zu kanalisieren. Die emanzipatorischen Potenziale der Beherrschten kommen aber immer wieder auch in ihrem Zusammenhandeln zum Ausdruck, dem immer das individuelle Denken und der Austausch darüber – nicht zuletzt auch unter Nutzung der neuen Medien – zugrunde liegt. Soziale Protestbewegungen wie *Black Life Matters, me too* und *Fridays for Future* zeigen deshalb stets aufs Neue die Grenzen aller Manipulationsbemühungen. Die entscheidende Frage ist mithin, ob und wie Parteien und andere politische Organisationen dazu bereit und in der Lage sind, an solche emanzipatorischen Handlungsansätze und Prozesse nicht nur ‚anzudocken‘, sondern sich für sie zu öffnen, ihre Impulse aufzugreifen und dann ihrerseits zu einem produk-

tiven Austausch über weitergehende Perspektiven einer emanzipatorischen Politik beizutragen, also für ein politisches Zusammenhandeln, das den Raum der Politik als einen Raum der Freiheit aller weiter auszubauen und institutionell zu befestigen vermag.

Aber zurück zu der schlechten Wirklichkeit, die hier Gegenstand meiner Analyse ist. Zunächst einmal führt sie einen überzeugenden Beleg für die fünfunddreißig Jahre alte Diagnose von Norbert Elias vor Augen: Der Wahlkampf im Zuge der Präsidentschaftswahlen in den USA ist einer zwischen zwei Parteien in einem oligarchischen Herrschaftssystem gewesen. Geld, Herrschaftswissen und Herrschaftsinstrumente sind mobilisiert worden, um Mehrheiten zu erringen. Es geht nicht um die Herrschaft des Volkes sondern um die Herrschaft des Geldes und zugleich um eine über das Volk. Im Zweifel, wie für die Republikaner gezeigt werden kann, nicht nur mit manipulativen sondern auch mit allen nur eben noch handhabbaren Mitteln, um auch noch Teile der Bevölkerung an der Ausübung ihres Wahlrechts zu hindern. Es kann einem aber auch nicht entgehen, dass Lems Vergleich der Wahlwerbung mit der für Tomatensuppe in Dosen längst nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Wie bei der Werbung für Waren auch, müssen kritische Beobachter vielmehr erkennen, dass heute von systematisch betriebenen Manipulationsversuchen geredet werden muss. Diejenigen, die Wahlwerbung betreiben, wissen ungleich genauer Bescheid über Neigungen, Motive und Vorurteile der von ihnen Umworbene, als diese selbst. Und worum es geht, das ist - wie in der Werbung für Konsumwaren längst der Fall -, dass an die Stelle von Vorurteilen keinesfalls eine zunehmend besser begründete Urteilsfähigkeit treten soll. Leidenschaften werden angesprochen, Emotionen angestachelt. Die Vorstellung Hannah Arendts, dass alle Bürger*innen zu handelnden Wesen werden sollten, wobei dem Handeln das Denken und Urteilen vorauszugehen hätte, liegt denen fern, die Wahlkämpfe auf diese Weise führen. Sie ist allenfalls ein mehr oder weniger nachgeordnetes Ziel. Die Folgen für ihre Herrschaftsansprüche könnten ja unabsehbar sein. Den Beobachter beschleicht der Gedanke, dass Zynismus unter den herrschenden Angehörigen der Oligarchie verbreitet sein könnte, dass viele unter ihnen davon ausgehen, dass die Entfaltung wirklicher Urteilsfähigkeit bei der großen Mehrzahl der Masse der Beherrschten im Ernst gar nicht aussichtsreich angestrebt werden kann.

Der wesentliche Unterschied läge dann darin, dass die modernen Rechtspopulisten die Verachtung systematisch in den politischen Prozess der Gesellschaft einführen. Von solcher Verachtung hat Camus geschrieben dass sie, *in die Politik eingedrungen, den Faschismus vorbereitet oder einführt*.¹³⁸ Aber es geht hier nicht nur um die Verachtung des politischen Gegners, sondern auch um die der eigenen Wähler.¹³⁹

¹³⁸ Vollständig habe ich das Zitat (Camus 2016,238) diesem Kapitel vorangestellt. Ich will es hier noch einmal wiederholen: *Der Faschismus ist in der Tat die Verachtung. Umgekehrt bereitet jede Form von Verachtung, in die Politik eingedrungen, den Faschismus vor oder führt ihn ein.*

¹³⁹ Die Gründe des Erfolgs der rechtspopulistischen Mobilisierung breiter Bevölkerungsteile wäre an dieser Stelle ein eigenes Thema. Dass Donald Trump bei seinem Umgang mit der Corona-Pandemie erfolgreich mit der Angst vieler gespielt hat, im Falle eines Lockdowns ihre materielle Existenzgrundlage zu verlieren, liegt angesichts der vorne schon zitierten ersten Wahlanalysen auf der Hand. Auf einer tieferliegenden Analyseebene

Die liberalen oder sozialliberalen Demokraten sind dagegen hilflos, solange sie zwar die Regeln der parlamentarischen Demokratie achten; das Wahlvolk aber vor allem mit Skepsis beobachten, seine Urteilskraft für sehr begrenzt halten und deshalb auch ihrerseits bemüht sind, ihm ihr politisches Angebot zu „verkaufen“. Die entscheidende Frage lautet dann aber, welches Angebot sie machen wollen. Solange sie vor allem mit den Macht- und Herrschaftsverhältnissen kalkulieren, denen sie sich gegenübersehen – und gleichermaßen mit dem überkommenen, von Erosionsprozessen bedrohten Instrumentarium der repräsentativen Demokratie sowie den Zwängen einer zunehmend neoliberal entfesselten Ökonomie – wird es letztlich immer um ein ‚verkaufen‘ dieser Angebote gehen müssen. Es käme also darauf an, in dem Sinne andere Angebote zu finden, dass ihre Politik darauf zielt, offene Möglichkeitsräume kenntlich zu machen und in ihnen neue Wirklichkeiten zu schaffen.¹⁴⁰ Eine politische Linke könnte hier auf reichhaltige Erfahrungen zurückgreifen. In den USA wären sie in den Zeiten des New Deal, aber auch der ganz frühen amerikanischen Gewerkschaftsbewegung oder denen einer *sozialen Linken* zu finden, wie sie zum Beispiel in Chicago eine ausgeprägte Tradition hat.¹⁴¹ Für die jüngere deutsche Vergangenheit habe ich vorne auf steckengebliebene Ansatzpunkte aus dem Sozialdemokratischen Jahrzehnt der 1970er Jahre verwiesen.

5.6. Präfaschistische Autokratien oder neuer demokratischer Aufbruch

Die gegenwärtige Corona-Krise mag die Krisenhaftigkeit der oben umrissenen Entwicklungen noch einmal schärfer sichtbar machen. Auch sie betrifft uns nach Alter, ethnischer Zugehörigkeit, sozialem Status, Staatsangehörigkeit usw. höchst unterschiedlich – und sie zwingt zum Innehalten und Nachdenken. Aber dass sie verspricht, wie der Philosoph Slavo Žižek meint, dass *wir (...) unsere gesamte Einstellung gegenüber dem Leben anpassen (werden) – im Sinne unserer Existenz als Lebewesen inmitten anderer Lebensformen* (RN 21.03.2020), ist einstweilen nicht mehr als eine große Hoffnung.¹⁴² Unsere Gesellschaften gehen großen sozialen Konflikten entgegen und der Kampf um ein demokratisches Projekt der Moderne, das den multiplen Krisenentwicklungen und Herausforderungen der Zeit gerecht werden kann, bedarf einer neuen Aufklärung unserer Gesellschaft. Im Zeichen der multiplen Krisenentwicklungen und ökologischen Herausforderungen, die sich wie wachsende Problemwolken auf türmen, verblasst der Glanz der westlichen Demokratien. Für die Menschen in den Ländern des Realsozialismus ist er im Ausgang der 1980er Jahre

allerdings wäre der Blick wohl auf die *Pose der Autorität* als ein tragendes Fundament patriarchal geprägter Herrschaftsverhältnisse zu richten (Gruen 2015). Der Psychologe Arno Gruen zielt mit diesem Begriff auf einen inneren Terror, der entsteht, wenn ein Kind keine Anerkennung für sein eigenes Selbst erhalte und stattdessen lerne, seine Gefühle um den Aufbau von (väterlicher) Macht herum zu organisieren und sich mit jenen, die Macht haben, zu identifizieren.

¹⁴⁰ Siehe hierzu die Ausführungen in meinem Essay *Krise und Normalität* (Martens 2020d).

¹⁴¹ Siehe in diesem Zusammenhang Richard Sennett (2015, 74-81) sowie Saul D. Alinsky 2010.

¹⁴² Wobei die Zweifel schon bei dem in diesem Satz postulierten großen Kollektiven ‚Wir‘ einsetzen müssen, welches es so ja keineswegs gibt.

noch in hohem Maße verlockend gewesen. Heute, am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik ist das anders. Wir erleben eine Krise des politischen Liberalismus, der sich zunehmend auf einen Marktliberalismus reduziert hat. Allerdings war der politische Liberalismus auch in für ihn besseren Zeiten in Bezug auf die Sphäre der Ökonomie immer schon höchst einäugig. Im Übrigen würde man so profilierte frühe Marx-Kritiker(innen) wie Arendt sehr zu Unrecht einfach dem liberalen Denken der 50er Jahre zurechnen. In *Über die Revolution* schreibt sie in dieser Hinsicht, durchaus selbstkritisch:¹⁴³

Wenn man uns vorwarf, wir verstünden unter Freiheit nicht mehr als freie Marktwirtschaft, haben wir wenig getan, diese ungeheuerliche Unwahrheit zu widerlegen, ja sie mitunter auch noch bekräftigt, um wenige Zeilen später fortzufahren, dass Wohlstand, Reichtum und Überfluss (...) keineswegs der losgelassenen, rücksichtslosen ‚Privatinitiative‘ des kapitalistischen Systems, das, wo immer es wirklich geherrscht hat, erst einmal Massenelend von furchtbaren Ausmaßen im Gefolge gehabt hat, zu verdanken gewesen seien (Arendt 1974, 279f).

Mit dem Neoliberalen Projekt erleben wir seit ca. 40 Jahren einen Antwortversuch auf die Krise aus dem New Deal hervorgegangenen gemischten Wirtschaft, die nach 1945 in der *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* in Form der wohlfahrtsstaatlich geprägten Nachkriegsdemokratien Gestalt gewonnen hat. Sie war schon immer nur eine auf Zeit hin tragfähige Antwort für den industriell entwickelten Teil dieser Welt – die sich in der Systemkonkurrenz mit einem vermeintlich real existiert habenden Sozialismus als Überlegen erwiesen hat. Im Zeichen des *Sinkflugs des Adlers* erweist sich das neoliberale Projekt als zunehmend instabil.¹⁴⁴ Darauf ist der Trumpismus in den USA eine verheerende Antwort gewesen – und dessen Drohungen sind noch keineswegs vorbei.

Die große Frage lautet heute, wie der längst begonnenen Erosion der demokratischen Institutionen unserer *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* begegnet werden kann. Für manche ist das die Frage nach der neuen *großen Erzählung*. Nach der wird bislang vergeblich gesucht. Andere, wie zum Beispiel die SP Schweiz, setzen auf einen neuen *transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie* im Zeichen einer *wirtschaftsdemokratischen Offensive*.¹⁴⁵ *Arbeit und Demokratie* wird so zu einem Thema. Im Licht unserer jüngsten Erfahrungen allerdings wäre wohl auch über die

¹⁴³ Allerdings wird man wohl sagen können, dass Arendt – und ähnliches gilt auch für Camus - den wissenschaftlichen Durchbruch der ökonomischen Analyse Marxens kaum angemessen gewürdigt hat. Auf der anderen Seite sieht Frieder O. Wolf (2019, 230) es zu Recht als die große Lücke der Marxschen Ausarbeitung der Kritik der politischen Ökonomie an, die Rolle des Staates nicht thematisiert zu haben. Jacques Rancière (2002, 95f) schließlich hat argumentiert, dass Marx als Kritiker der bürgerlichen Demokratie seiner Zeit im Wesentlichen darauf gezielt habe, die Scheinbarkeit der politischen Bürgerlichkeit zugunsten der Wirklichkeit des produzierenden Menschen aufzulösen. Rancière spricht daher bei Marx von der Klasse als das Wahre in der Lüge und als zentrale Gestalt der Meta-Politik (...) als ein Jenseits der Politik.

¹⁴⁴ Der Weltsystemanalytiker Wallerstein hat, wie schon erwähnt, früh auf den *Niedergang der amerikanischen Macht* hingewiesen, sei es als *Absturz*, sei es als *Sinkflug des Adlers* (Wallerstein 2004).

¹⁴⁵ Siehe dazu meinen Beitrag in den *spw* Heft 1/2019.

Rolle der „vierten Gewalt“ neu nachzudenken. Denn wie in diesem Essay zu Beginn von Kapitel 2 umrissen, und dann im Schlussteil von Kapitel 4 detailliert dargelegt, ist deren Rolle im Zusammenhang der gegenwärtigen Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne so wichtig wie kritikbedürftig. Zu dieser Krise gehört ja sehr wesentlich auch die digitale Revolution, und diese hat im Zeichen des Internets und der sogenannten neuen ‚sozialen Medien‘, die ja in mancher Hinsicht eher asoziales Verhalten befördern, das Meinungsbildungsmonopol der ‚vierten Gewalt‘ gebrochen. Damit werden deren Märkte auf neue Weise umkämpft. Und wie man in den USA sehen konnte, wurden damit die Verletzungen journalistischer Sorgfaltspflicht und die nicht anders als hetzerisch zu nennende ungeprüfte Verbreitung von faked News zu einem überaus erfolgreichen neuen Geschäftsmodell. Die Stärkung rechtspopulistischer Bewegungen und die politische Spaltung der Gesellschaft wurden billigend in Kauf genommen – und man darf davon ausgehen, dass sich das absehbar nicht zum Positiven ändern wird, solange es auch zukünftig vorrangig um erfolgreiche Geschäftsmodelle geht.

Die Möglichkeiten der Manipulation, von denen Enzensberger 1970 in seinem gedanklichen Vorgriff auf die Entfaltung der elektronischen Medien gesprochen hat, haben sich für einzelne Angehörige der ökonomischen und politischen Eliten seither geradezu exzeptionell vergrößert. Die Chancen der Aufklärung und Selbstaufklärung der Bürger*innen, die Arendt als essentiell für eine Demokratie bezeichnet hat, in der *Menschen frei miteinander Verkehr pflegen und das Recht haben, ihre Ansichten öffentlich kundzutun*, scheint in weite Ferne gerückt. Dennoch ist auf der Ambivalenz der gegenwärtigen Entwicklung einer medial hergestellten Wirklichkeit mit ihren Blasen und Parallelwelten zu beharren. Die Medienlandschaft hierzulande ist im Vergleich zu den USA sicherlich (noch) geradezu wohltuend vielfältig. Aber die Frage, ob zu den ‚Schlüsselindustrien‘, für die die Frage nach dem Zusammenhang von *Arbeit und Demokratie* grundlegend neu aufgeworfen werden müsste, nicht an vorrangiger Stelle auch die fortschreitend monopolisierte Medienmacht gehören sollte, muss mittlerweile gestellt werden – gerade im Hinblick auf eine Verteidigung wenigstens der noch halbwegs intakten institutionellen Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie.

5.7. Schlussbemerkung

Die Krise unseres Demokratischen Projekts der Moderne ist spätestens nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2020 nicht länger zu übersehen. Meinen Essay dazu habe ich aus diesem Anlass gut einen Monat nach den Wahlen und knapp einen Monat vor dem Sturm eines vom abgewählten Amtsinhaber aufgewiegelt Mob auf das Kapitol geschrieben. Für dieses Kapitel musste ich ihn kaum überarbeiten. Die Ereignisse bestätigen mich in meiner Analyse. Es ist mir darum gegangen, noch einmal an die theoretischen und philosophischen Überlegungen zu erinnern, die im Zusammenhang mit der Rückkehr der Idee der Demokratie in unsere soziale Wirklichkeit im Zuge der großen bürgerlichen Revolutionen angestellt worden sind. In diesem Zusammenhang sind mir sowohl die Denker der radikalen Französi-

schen Aufklärung als auch einige Denker*innen wichtig gewesen, die in jüngerer Zeit erhellendes dazu beigetragen haben. Ich bin aber auch – relativ konkret – darum bemüht gewesen, für eine generelle Stärkung partizipativer Formen innerhalb der bestehenden repräsentativen Vertretungsformen in unserer Demokratie zu plädieren - und ich habe dies einmal mehr mit einer zuspitzenden Stoßrichtung auf Arbeit und Demokratie verknüpft.

Das ist ein Thema, dem ich in jüngster Zeit in mehreren anderen Aufsatz- und Buchveröffentlichungen nachgegangen bin.¹⁴⁶ Wichtige Impulse für eine dazu gegenwärtig wieder breiter auflebende Debatte sind nicht zufällig von der amerikanischen Philosophin Elizabeth Anderson ausgelöst worden, kommen also aus den USA.¹⁴⁷ Hier war nicht der Raum, es erneut zu vertiefen. In Rahmen dieses Kapitels ist es mir wichtig gewesen, darauf hinzuweisen, dass Ansätze dazu in Deutschland im ‚sozialdemokratischen Jahrzehnt‘ überlegt und partiell auch erprobt worden sind. An die wäre von Neuem anzuknüpfen. Zu betonen ist dann freilich immer, dass dies einen Schritt bedeutet, bei dem wirklich Neues erprobt werden muss. Er ist freilich immer ein Wagnis, wie aber jede auf eine prinzipiell immer offene Zukunft gerichtete Politik - auch die, die vorgibt, es reiche aus am Bewährten festzuhalten. Camus hat im Ergebnis seiner philosophischen Kritik des *prophetischen Marxismus* völlig zutreffend konstatiert, dass es uns Menschen *unmöglich* ist, *nach Plänen zu handeln, die die Totalität der Weltgeschichte umfassen*. Eine solche Totalität der objektivistischen Philosophie Hegels hat den prophetischen Marxismus geprägt. Seine Geschichtsphilosophie ist, wie jedes teleologische Denken, im Licht geschichtlicher Erfahrungen wie auch unseres heutigen Wissenschaftsverständnisses obsolet. Es setzte die Position eines Gott ähnlichen eminenten Beobachters voraus, die uns erkenntnistheoretisch nicht zugänglich ist.¹⁴⁸ Mithin gilt in Camus (2016, 378) Worten:

Jedes geschichtliche Unternehmen kann deshalb nur ein mehr oder weniger vernünftiges und begründetes Abenteuer sein. Zuerst jedoch ein Wagnis. Als solches kann es keine Maßlosigkeit, keinen unerbittlichen und absoluten Standpunkt rechtfertigen.

Es sollte weiterhin klar geworden sein, dass mit einem solchen Schritt die überfällige handfeste praktische Kritik an vor allem zwei Missständen verknüpft sein muss: (a)

¹⁴⁶ Siehe dazu neben Kapitel 4 in diesem Buch mit zahlreichen weiteren Veröffentlichungshinweisen Martens 2019b und 2020a.

¹⁴⁷ Ihre Argumentation läuft auf den Nachweis hinaus, dass das mit der Etablierung freier Märkte verknüpfte Freiheitsversprechen Adam Smiths – formuliert für das frühe Bürgertum gegen die noch bestehende Feudalherrschaft – mit den Ergebnissen der industriellen Revolution zur Ideologischen Rechtfertigung der Herrschaft *privater Regierungen* gegenüber der ganz überwiegend abhängig beschäftigten arbeitenden Bevölkerung geworden sei. Ich habe mich mit dieser Argumentation – im Hinblick auf die deutschen Verhältnisse, in denen solche durch das Direktionsrecht legitimierte private Herrschaft immerhin durch Mitbestimmungsrechte eingeschränkt ist, sozusagen ähnlich den frühen konstitutionellen Einschränkungen bis dahin absoluter Monarchien – an anderer Stelle ausführlich auseinandergesetzt (vgl. Martens 2020a).

¹⁴⁸ Siehe dazu – etwa in Bezug auf das Gefangensein eines jeden von uns *im Konkon seiner Eigenzeit* (Safranski 2015,171) - oder erkenntnistheoretisch sehr grundlegend Markus Gabriel 2015.

an den Ungleichverteilungen von Reichtum und Einkommen, weil Demokratie zu praktizieren sachliche und zeitliche Spielräume benötigt¹⁴⁹; und (b) eine praktisch folgenreiche Kritik an der vierten Gewalt, der *Bewusstseinsindustrie*. Eine solche Kritik kann die Augen vor dem gegenwärtigen *Elend der Welt* (Bourdieu 1997) nicht verschließen. Sie kann deshalb leicht in einen sehr skeptischen Blick auf die vor uns liegende und zunehmend bedrohlich erscheinende Zukunft nahelegen. Dagegen an ist es mir wichtig, in der Tradition der Denker*innen, die mir für meine eigenen Überlegungen immer wieder wichtig sind, Mut zu machen und an der Pflicht zur Zuversicht festzuhalten.

Wenn Arendts Satz zutrifft, dass wir mit unserem demokratischen Projekt der Moderne vor einem *Abgrund der Freiheit* stehen, und Camus gar von einer *grenzenlosen Furcht der Freien* spricht - wobei er präziser formuliert, die vor der Möglichkeit ihrer Freiheit stehenden Menschen meint -, dann tun beide das immer in der Absicht, zum Gebrauch dieser Freiheit zu ermutigen. Wir Menschen stehen nach dem Ende aller Glaubensgewissheiten, mittels derer zuvor – aber auch heute vielfach immer noch oder schon wieder - unsere weltliche Ordnung geordnet zu sein schien, vor der Herausforderung, eine solche Ordnung selbst stiften müssen. Folglich geht damit alles darum, den Raum der Politik als den Raum unserer Freiheit institutionell zunehmend besser zu sichern und weiter auszubauen.

Am Anfang steht dann aber immer wieder die Herausforderung, diese Freiheit und den ihr gemäßen Raum zu denken. Wir stehen damit mit anderen Worten vor der stetigen Herausforderung unsere soziale Wirklichkeit zunehmend demokratischer zu denken und zu gestalten. Dabei wäre insbesondere auch die heteronome Sphäre von Arbeit und Wirtschaft von neuem, und anders als von Arendt gedacht, in den Blick zu nehmen. Wenn man in diesem Sinne endlich auch *Arbeit und Demokratie* grundlegend neu zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen machen will, wird man radikaldemokratisch mit Arendt und zugleich gegen sie weiterdenken müssen.¹⁵⁰

Anknüpfen lässt sich bei all dem nicht zuletzt an das mittelmeeerische Denken Albert Camus. Der sah sich um die Mitte der 1950er Jahre sozusagen mit *Prometheus in der Hölle* und hat damals höchst nüchtern konstatiert:

Der heutige Mensch hat seine Geschichte gewählt. Und er konnte und sollte sich nicht von ihr abwenden. Aber statt sie sich Untertan zu machen, lässt er sich Tag für Tag von ihr mehr in die Knechtschaft drängen. (...), Sie sahen ohne zu sehen, sie hörten ohne zu hören, den Gestalten des Traumes gleich (Camus, 1957, 49).

¹⁴⁹ Siehe dazu komprimiert meine Argumentation in Martens 2020a, 45-64 und dort zu den unterschiedlichen Geschwindigkeiten ökonomischer und demokratischer Entscheidungsstrukturen, mit Bezug auf Rüdiger Safranski (2015) philosophische Reflexionen zum Thema Zeit (a.a.O. 58).

¹⁵⁰ Siehe dazu ausführlich Martens 2020a, 40-116.

Aber mit diesem nüchternen Blick auf seine Zeit, und unsere ist sicherlich nicht weniger ernüchternd, verträgt sich problemlos - wie auch mit seinem, *Mythos des Sisyphos* als Metapher für existenzielle Grenzen unseres Menschseins und menschlicher Werdens – seine Überzeugung, dass wir unsere Lage zunehmend besser erkennen können und dass wir uns bewusst machen sollten, dass wir *alles daran setzen müssen*, die Widersprüche, in die wir verstrickt sind, *zu verringern* (Camus 1957, 42).

Wenn es also im Zuge der Ausweglosigkeit, in die unsere Welt geraten ist, liegt, Wunder zu erwarten, so verweist diese Erwartung uns keineswegs aus dem ursprünglichen politischen Bereich heraus. Wenn der Sinn von Politik Freiheit ist, so heißt dies, dass wir in diesem Raum - und in keinem anderen – in der Tat das Recht haben, Wunder zu erwarten. Nicht weil wir wundergläubig wären, sondern weil die Menschen, solange sie handeln können, das Unwahrscheinliche und Unberechenbare zu leisten im Stande sind und dauernd leisten, ob sie es wissen oder nicht.

Hannah Arendt

6. Aufbruch aus einer neuen politischen Topographie heraus? Überlegungen zu den Grenzen eines parteipolitischen Aufbruchs aus der vielberufenen Gesellschaftlichen Mitte heraus¹⁵¹

6.1. Nach der Wahl auf dem Boden der Tatsachen angekommen

Die Prognosen schienen in den zwei, drei letzten Wochen vor der Wahl für alle, die auf die Chance zu einem radikalen Neuaufbruch im Zeichen von rot-grün-rot gehofft haben, fast allzu schön – sofern sie die Lage nicht wirklich nüchtern zu Ende gedacht haben. In einem Land, in dem eine Mehrheit der Bürger*innen, insbesondere in der vielbeschworenen Mitte unserer Gesellschaft, angesichts des Endes der Ära Merkel augenscheinlich vor allem die Verstetigung vermeintlicher alter Sicherheit mit wieder ein wenig mehr Sozialstaatlichkeit und, angesichts der ökologischen Herausforderungen, ein wenig Neuaufbruch verknüpfen wollten, war ein rot-grün-roter Aufbruch eben eine Illusion – einmal ganz abgesehen davon, dass SPD und Grüne hier wohl vor allem die Chance zu einer Vergrößerung ihres Verhandlungsspielraums mit der FDP gesehen haben - und dass die Linke in verschiedenen Hinsichten kein stabiler Koalitionspartner für Grüne und SPD sein konnte. Die unausgesprochen gebliebene Perspektive, unter der der Wahlkampf zwischen den vier nun nach der Bundestagswahl im Politikbetrieb auf Bundesebene prägenden Parteien geführt worden ist, lautete: *Sicherheit im Wandel*. Diese Formulierung, die die IG Metall (2021) im Frühjahr dieses Jahres als Titel eines Positionspapiers zu den Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation gewählt hat, ist aus meiner Sicht die treffendste Charakterisierung der im öffentlichen Diskurs verbreiteten Hoffnungen auf so etwas wie einen ‚stabilen Wandel‘ in Zeiten, in denen tiefgreifende Umbrüche auf der Tagesordnung stehen.¹⁵² Vorliegende erste Wahlanalysen geben Auskunft darüber, wie im

¹⁵¹ Das Kapitel liegt ein Aufsatz zugrunde, den ich nach der Wahlnacht am 28. 09. 2011 begonnen und am 10.10. zunächst abgeschlossen habe. Nachdem Grüne, FDP und SPD am, 15. 10. mit großer Zuversicht aus ihren Sondierungsgesprächen heraus ein Arbeitspapier vorgelegt und erklärt haben, nunmehr in Koalitionsverhandlungen eintreten zu wollen, habe ich ihn nur wenig - v a. im Mittelteil von Abschnitt 5 und in den abschließenden Thesen 7 und 10 - verändern und aktualisieren müssen. Ich habe mich also durch den Gang der Koalitionsverhandlungen in meiner Analyse weitestgehend bestätigt gesehen.

¹⁵² Siehe dazu Martens 2021d.

Ergebnis dieses öffentlichen Diskurses Wähler*innen unterschiedlicher Altersgruppen und Bildungsniveaus bzw. mit Zugehörigkeit zu unterschiedlichen sozialen Milieus gewählt haben.¹⁵³ Aber das ist hier nicht mein Thema. Mir geht es um Überlegungen zu dem politischen Prozess *nach* der Wahl, der innerhalb des herrschenden Politikbetriebs in Gang kommen würde, auf den aber auch die mediale Öffentlichkeit und das Handeln zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gruppen weiter Einfluss nehmen würden. Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Absicht einer Aktualisierung nach den ersten einhundert Tagen der neuen Koalitionsregierung dann massiv überlagert und zunächst einmal obsolet gemacht.

Luisa Neubauer, Sprecherin von Fridays for Future, hat Recht, wenn sie sagt, dass kein Parteiprogramm, auch nicht das von Bündnis 90 die Grünen, die offiziell selbst gesteckten Klimaziele des Pariser Abkommens würde erreichen können.¹⁵⁴ Niemand habe im Wahlkampf hinreichend klar ausgesprochen, dass es angesichts der Klimakrise um Herausforderungen gehen wird, die wirkliche Veränderungen der Politik und unserer Lebensweise mit sich bringen müssten – und dass es unter diesen Bedingungen um eine sozialverträgliche Gestaltung des Wegs zur möglichst rascher Klimaneutralität gehe. Die Dimensionen eines solchen großen Umbruchs werden folgerichtig von den Bürger*innen nicht wirklich (an)erkannt – und insbesondere gilt das für die Älteren, also einen mittlerweile ganz erheblichen Anteil an der Zahl der Wähler insgesamt.¹⁵⁵ Dem entspricht das Wahlergebnis vom 26. 09.

Die vor allem von der jungen Generation getragene neue Ökologiebewegung Fridays for Future wird sich mit ihren Forderungen nach wirklich tiefgreifenden Veränderungen weiterhin kraftvoll zu Wort melden, um zu erreichen dass die Konsequenzen des von ihrer Seite besonders nachdrücklich geforderten Umbruchs wirklich offen diskutiert werden – ebenso wie die Konsequenzen des Weiter-so. Aber der Wahlkampf ist nun vorbei. In ihm ist zu sehr mit Halbheiten argumentiert worden. Hinter einer vorgelieblichen Gemeinsamkeit von Zielen beschreibt die Formel „Sicherheit im Wandel“ die allgemein vorherrschende Erwartung oder Hoffnung bei stärkerer Akzentsetzung auf Fragen sozialer Sicherheit. Im Zuge der gleichzeitigen Profilierung gegeneinander blieben die tieferen Gründe für Unterschiede, oder auch Gegensätze auf allen Seiten mehr oder weniger verhüllt. Zugleich wurden sie zum Teil durch ideologieverdächtige Glaubenssätze unangemessen überhöht.

6.2. Wie stellte sich die Lage nach der Wahl dar?

Die SPD hat diese Wahl mit 25,7 % und einer Mehrheit von 1,6% der Stimmen gewonnen. Aber es gibt nun erstmals zwei weitere demokratische Parteien, die mehr oder minder stabil zwischen 11 und 15% liegen. Sie haben rechnerisch in den bei-

¹⁵³ Siehe dazu die Wahlanalyse von Horst Kahrs (2012).

¹⁵⁴ Siehe auch Björn Radke (2021)

¹⁵⁵ Der Anteil der Wähler zwischen 18 und 30 Jahren betrug 2021 14,7%, der über 60jährigen 37,6%, der über 70jährigen 21% (Kahrs 2021, 23)

den nach der Wahl denkbaren Dreierkoalitionen, Ampel oder Jamaika, immer eine Mehrheit an Stimmen gegenüber der dritten größeren Partei – und sie kommen aus der Opposition. Zugleich aber stehen sie auch für höchst unterschiedliche politische Vorstellungen. Wir erleben so eine Veränderung der ‚politischen Topographie‘. Die Zeit der großen Volksparteien scheint, auch für die CDU, zu Ende zu gehen. Die Krise des Konservatismus hat sie eingeholt. Dabei gehören zu einem halbwegs vollständigen Bild allerdings noch zwei weitere Feststellungen: Wir sind also im Herbst 2021 in Gestalt der AFD mit einer gefestigten politischen Rechten konfrontiert - zwar in sich gespalten, augenscheinlich auch vor einem nächsten Schritt offen antidemokratischer Radikalisierung, aber eben auch mit einer offenbar relativ stabilen Wählerbasis: Und wir haben auf der anderen Seite eine radikale demokratische Linke. Sie hat, massiv geschwächt, so eben noch das Worst-Case-Szenario vermeiden können. Aber auf der Bundesebene spielt sie als potenzieller Machtfaktor vorerst keinerlei Rolle mehr. Dieser neuen Topographie entspricht es, dass zuerst, und vorentscheidend, Gespräche zwischen Grünen und FDP stattgefunden haben – was parallele Sondierungen in Richtung auf die beiden früheren Volksparteien selbstredend nicht ausgeschlossen hat. Im Ergebnis konnte es nur eine Dreierkoalition geben. Aber was ist von diesen Verhandlungen zu erwarten gewesen?

Der Wahlkampf ist von Union und FDP zuletzt als „Lagerwahlkampf“ gegen rot-grün-rot geführt worden. Diese These haben beide, die drohende Niederlage vor Augen, zuletzt höchst offensiv vorgetragen - und letztlich argumentierte die Union am Wahlabend sogar, dass sie diesen „Lagerwahlkampf“ am Ende immerhin noch gewonnen hätten – trotz ihrer verheerenden Niederlage -, denn mit der Linken könne es nun keine rot-grün-rote Mehrheit geben. Fast sofort nach Schließung der Wahllokale schien es so, als gäbe es die vorher behaupteten Lager überhaupt nicht. Der erste Impuls von CDU/CSU war nun, die Grünen für einen ‚Aufbruch aus der Mitte‘ zu gewinnen. Es gehe nun um eine „Zukunftscoalition“, so der neue Name für Jamaika. Verfolgt wurde so zugleich die Absicht, nicht nur die AFD, sondern ebenso die Linke an den Rändern aus aller Politik herauszuhalten. Dies sei, so die Konservativen, die zentrale Botschaft dieser Wahl. Dass die Wahl so ausgegangen ist und dass nun diese Interpretation ihres Ergebnisses z. T. verfangen konnte, daran hatte die Linke selbst allerdings ein hohes Maß an Schuld. Joachim Bischoff u.a. (2021) haben zu Recht darauf verwiesen, dass die Linke *ihre politische Akzeptanz seit Jahren schleichend verloren* habe – und dass sich *innerparteilich kein Erneuerungs- und Aufbruchprozess* abzeichne. Auf die bei der Linken angekündigte Fehlerdiskussion – nicht im Wahlkampf, sondern in den Jahren zuvor – durfte man gespannt sein, insbesondere wenn man immer noch Sympathien mit ihnen verband. Doch hat man ziemlich vergeblich darauf gewartet.

Die Unionsparteien haben am Wahlabend also bemerkenswert offensiv auf das Wahlergebnis reagiert. Fast meinte man, sie wollten den Eindruck erwecken, dass es ihre verheerende Wahlniederlage überhaupt nicht gäbe. Ihre Repräsentanten sind eben zutiefst davon überzeugt, dass sie im Grunde immer die führende Kraft deutscher Politik zu sein haben. Hinzu kam, dass das politische Überleben ihres Partei-

vorsitzenden und Kanzlerkandidaten nun ganz allein vom Erfolg seines Versuchs abhing, doch noch mit seiner „Zukunftscoalition“ Kanzler zu werden. Wir haben mit hin eine Art ‚Flucht nach vorn‘ erlebt. Im Maße, wie die persönliche Motive Armin Laschets öffentlich diskutiert und sichtbar wurden – und es zugleich innerhalb der Union heftiger rumort hat – ist ihre Option einer Jamaika-Koalition allerdings ausgesprochen rasch prekär geworden. Spätestens seit dem 07.10. war sie höchst unwahrscheinlich.

Vorentscheidend für das Gelingen jedweder Dreierkoalition sind allerdings von Anfang an die Gespräche zwischen Grünen und FDP gewesen. Die FDP definiert sich im Verhältnis beider als auf gleicher Augenhöhe stehend - nicht zuletzt aufgrund ihrer vergleichbar guten Wahlergebnisse bei Erst- und Jungwählern!¹⁵⁶ Tatsächlich aber liegen zwischen ihren 11,5 und den 14,8% der Grünen immerhin 3,3% der Stimmen. Die FDP hat also auf ihre Weise versucht, ebenfalls offensiv mit dem Wahlergebnis umzugehen. Auch ihre Offensive zielt auf einen Aufbruch aus der Mitte – und leibäugelte zunächst deutlich mit der Jamaika-Variante. Einen solchen Aufbruch aus der Mitte der Gesellschaft heraus hat aber insbesondere Robert Habeck (2021) schon sehr früh und bemerkenswert klug durchdacht.¹⁵⁷ Nach ersten Gesprächen zwischen Grünen und FDP haben dann die Dreiergespräche am 07.10. mit dem Ziel der Bildung einer Ampelkoalition begonnen. Acht Tage später sind sie in die Absicht gemündet, in Koalitionsverhandlungen einzutreten.

6.3. Welche Aussichten konnten sich eröffnen?

Um hier einen klaren Blick zu bekommen, muss man sich in die Perspektive der Berufspolitiker*innen hineinversetzen, oder genauer, derjenigen unter ihnen, die für die im ‚Politikbetrieb‘ etablierten politischen Parteien stehen. Sie sehen sich sämtlich in der Verantwortung für ihr Land. - und es ist ein grober Fehler mancher Linker, dies faktisch, oder im Stillen, anzuzweifeln, indem sie ihnen allein die Verfolgung bornierter Partialinteressen vorhalten. Zum Selbstverständnis aller fest im politischen Spektrum etablierten Parteien gehört, dass sie untereinander verhandlungs- und Kompromissfähig sein müssen, und wollen. Man sollte dieses Selbstverständnis ernst nehmen und deshalb auch nicht von der *Berliner Republik im Machtvakuum* sprechen (Bischoff u.a. 2021) – zeichnete sich doch schon am Wahlabend selbst ab, dass und wie nun Sondierungen auf der Suche nach vielleicht doch neu zu denkenden Lösungswegen in Gang kommen würden. Allerdings sind bei jeder denkbaren Koalition, also Ampel oder Jamaika, höchst schwierige Koalitionsverhandlungen zu erwarten gewesen.

¹⁵⁶ Mit dem bemerkenswerten Unterschied, dass die Grünen deutlich überwiegend von den Erstwählerinnen, die FDP von den Erstwählern gewählt worden ist.

¹⁵⁷ Habecks Buch *Von hier an anders. Eine politische Skizze*, in dem er diese Überlegungen entfaltet hat, ist Anfang 2021 erschienen. Darauf ist im Folgenden im Einzelnen einzugehen.

Die Wahlsieger SPD, Grüne und FDP, und ebenso die nach ihrer schweren Wahl Niederlage in ihrem Status als Volkspartei massiv gefährdete Union, agieren ja alle in einem quasi systemischen Kontext, der Zwänge setzt. Das gilt allgemein angesichts der Herausforderung durch autokratische Regime um die EU herum¹⁵⁸, aber auch in einigen ihrer Mitgliedsstaaten, wie auch aufgrund der in einigen europäischen Ländern bedrohlicher als hierzulande erscheinenden Herausforderung durch eine neu erstarkte politische Rechte – ganz zu schweigen von den USA.¹⁵⁹ Und das gilt dann im ‚Zusammenspiel‘ verschiedenster Politikfelder – also von Wirtschaft, Ökologie, Sozialem im nationalen Rahmen, aber auch denen der Europapolitik, die selbstverständlich auch wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Dimensionen hat, der globalen Sicherheitspolitik usw. Da mögen die Grünen die ökologische Herausforderung, die Sozialdemokraten den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter der Formel des Respekts und die Liberalen dagegen die Bedeutung freier Märkte und der Initiative der Einzelnen in ihrer jeweiligen Wahlkampfführung noch so sehr in den Vordergrund gerückt haben, nun geht es um die Gesamtheit der politischen Handlungsfelder in ihrer wechselseitigen Verflochtenheit.

- Es hat in ihrer jeweiligen Lage also durchaus Sinn gemacht, wenn die Spitzenpolitiker von Grünen und FDP erklärten, sie müssten nun zunächst ausloten, wo es trotz aller Unterschiede zwischen ihnen Brücken für gemeinsame Projekte gebe, also für geteilte Perspektiven auf Zeit. Denn bei diesen beiden Parteien liegen die jeweiligen politischen Vorstellungen erkennbar besonders weit auseinander.
- Ob das zielführend sein und am Ende eine ‘Ampel’-Koalition mit ambitioniertem Anspruch gelingen würde, durfte man zu Beginn der Sondierungsgespräche skeptisch beurteilen. In dem dann einsetzenden Klärungsprozess sind ja nicht nur unterschiedliche ökonomische Auffassungen oder Glaubenssätze ins Spiel gekommen. Es galt ‚den Hebel umzulegen‘ – vom Wahlkampfmodus zu einem neuen, anderen, aber dann doch pragmatischen Entwurf von Politik. Ein Kompromiss, nein anspruchsvoller formuliert ein gemeinsames Projekt auf Zeit, wenigstens im Blick auf ganz zentrale Handlungsfelder, und insgesamt eine hinreichend große Zahl von ihnen, schien äußerst schwierig zu entwickeln zu sein.
- Klar war aber auch, dass es bei den Grünen, unbeschadet ihres klaren Wahlprogramms, immer schon eine starke parteiinterne Strömung gibt, die sie als eine Art neuer linksliberaler Partei erscheinen lässt. Das bedingt eine besondere Konkurrenz gegenüber einer wirtschaftsliberalen FDP, verweist aber

¹⁵⁸ Wie schnell solche Autokratien als Diktaturen nach geradezu totalitärem Muster kenntlich werden können, hat sich dann im Februar 2022 im Falle Russlands gezeigt. Siehe dazu das folgende Kapitel.

¹⁵⁹ Zur Einschätzung der Herausforderungen angesichts einer *Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne* nach den letzten Wahlen in den USA siehe neben dem voranstehenden Kapitel auch meinen Artikel in der *spw* 1/2021 (Martens2021a).

eben auch auf mögliche Schnittstellen. Umgekehrt ist die FDP - so sehr sie auch einen ganz auf ihren Vorsitzenden zugeschnittenen Wahlkampf geführt hat – auch nicht ganz so monolithisch wirtschaftsliberal, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Es sei daran erinnert, Ihr Thüringer Desaster im März 2020 war dort rechtsliberal begründet. Und sie ist danach abgestürzt. Die bundesweite Wählerzustimmung betrug im Frühjahr 2020 nur noch 5%. Auch ihr Vorsitzender war damals intern keineswegs mehr unumstritten. Andererseits sind auf der Ebene der Bundestagsfraktionen wechselseitige Kontakte zwischen Abgeordneten von FDP und Grünen durchaus bekannt. Hier geht es um Schnittstellen jenseits wirtschaftsliberaler Vereinseitigungen. Es gibt also von beiden Seiten her auch Offenheit einander gegenüber. Möglichkeiten eines Brückenbaus sind bei den ersten Sondierungsgesprächen ausgelotet worden. Aber erst mit den Koalitionsverhandlungen war zu erwarten, dass die Schwierigkeiten richtig beginnen würden. Sie sind mit dem Koalitionsvertrag überwunden worden.

- Die jeweiligen Antworten auf die ökologische Herausforderung - marktorientierte Lösungen bei der FDP (CO²-Steuer), massive staatliche Investitionsimpulse bei den Grünen – standen sich auf den ersten Blick fast unvereinbar gegenüber. Es war klar, dass die Steuer- und die Schuldenfrage dauerhaft nicht würde ausgeklammert werden können. Vor allem bei den Wirtschaftsliberalen in der FDP geht es hier um Glaubenssätze, die schier unverrückbar sind. Auch in der Europapolitik stehen unterschiedliche Konzepte einander gegenüber - in Bezug auf die Bewältigung von Staatsverschuldung nach Corona und bei der Frage nach geeigneten Innovationsimpulsen.
- Dass die Liberalen in Bezug auf die soziale Frage Zugeständnisse würden machen müssen, war klar - dass die ihnen angesichts der ‚neoliberalen Glaubenssätze‘ ihres Politikentwurfs schwer fallen würde ebenso. Ein Aufbruch aus der Mitte der Gesellschaft heraus, den FDP und Grüne nun ja propagierten, mochte die Herausforderung auf diesem Politikfeld allerdings relativieren, da beide die ökologischen Herausforderungen ins Zentrum rückten. Hier tragfähige Antworten zu finden, war gleichwohl absehbar schwierig. Völlig zu Recht haben die Grünen die enge Verknüpfung von ökologischen und sozialen Herausforderungen betont. Es gab so einige ‚rote Linien‘. Und bei den Gesprächen über eine Ampel galt das dann ganz massiv auch für die SPD, die ihr Elend mit Harz IV endlich abschütteln wollte und musste.
- Für die Sozialdemokratie musste nach ihrer ‚Neugeburt‘ wie Phönix aus der Asche viel davon abhängen, ob und wie sie mit den Absichtserklärungen zur Einführung eines Bürgergeldes wirklich das Elend der Harz-Vier-Gesetze hinter sich lassen und ob und wie sie soziale und arbeitspolitische Impulse setzen könnte. Ihr Kanzlerkandidat hat für einen Lösungsweg gestanden, der auf dem

Boden von einer Art „Resozialdemokratisierung“¹⁶⁰ einen Aufbruch unter Einchluss auch der Liberalen als Option klar im Auge hatte. Bei ökologischen Einsichten und Angeboten an die Grünen ging es ihm wohl immer schon um einen Kurs, der möglichst viele gesellschaftliche Kräfte zusammenführen sollte. Eben deshalb haben er und die Sozialdemokratie ja für viele Wähler*innen ihre Erwartung von „Sicherheit im Wandel“ und einem moderaten, wohl dosierten Neuaufbruch in die Nach-Merkel-Ära verkörpert.

Das Zehn-Punkte-Ergebnispapier zu den Sondierungsgesprächen zwischen SPD, Grünen und FDP vom 15. 10. 2021 ist vor dieser Vielzahl von Hindernissen, die in den Koalitionsverhandlungen nun, über Absichtserklärungen hinaus, konkret zu überwinden gewesen sind, durchaus bemerkenswert gewesen. Es heißt darin einleitend, dass die Gespräche *von Vertrauen, Respekt und gegenseitiger Rücksichtnahme geprägt* gewesen seien, man das fortsetzen wolle und überzeugt sei, *einen ambitionierten und tragfähigen Koalitionsvertrag schließen zu können*. Das Ergebnis der Verhandlungen war danach abzuwarten. Insbesondere im Hinblick auf die Steuer- und Schuldenfrage durfte man gespannt sein, ob und wie *im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse, kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie die Infrastruktur* im erforderlichen Maße möglich würden, wie weit also Robert Habecks Unterscheidung von Staatsschulden und Krediten für Zukunftsinvestitionen tatsächlich tragen könnten.

Im Ergebnispapier der Sondierungsgespräche (Handelsblatt 15.10. 2021) heißt es dazu unter Punkt 9 *Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Staatsfinanzen: Wir werden im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse die nötigen Zukunftsinvestitionen gewährleisten, insbesondere in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie die Infrastruktur. Damit die bereitgestellten Mittel auch eingesetzt werden, müssen Planungsprozesse und Genehmigungen deutlich beschleunigt werden; Investitionssicherheit muss herrschen. Kapitalsammelstellen sollen besser in Zukunftstechnologien investieren können*. Ob sich hier die Liberalen durchsetzten, oder ob eine Formulierung gefunden würde, die auf weitergehende Öffnungen zielt, ihnen so aber erlaubt, das Gesicht zu wahren, musste sich im Ergebnis der danach beginnenden Koalitionsverhandlungen zeigen.¹⁶¹

¹⁶⁰ Im öffentlichen Diskurs ist fälschlich von der Sozialdemokratisierung der CDU unter Angela Merkel die Rede. Tatsächlich ist es aber so, dass erst nach der ‚Entkernung‘ sozialdemokratischer Politik durch die Agenda-Politik, die unter dem Druck des um die Jahrhundertwende herum noch gänzlich ungebrochenen neoliberalen Rollbacks vollzogen worden ist, Merkels fortgesetzte pragmatische Anpassung an vermeintlich unabweisbare systemische Zwänge und Krisenentwicklungen den Eindruck der sinnvollen Fortsetzung vorher rot-grüner Politik entstehen lassen konnte – nun in Gestalt einer unaufgeregten Sachlichkeit, der jegliches Macho-Gehabe des vorherigen sozialdemokratischen Kanzlers fremd war.

¹⁶¹ Ebenso erschien es als einigermaßen offen, wie die erklärte Absicht konkret Gestalt gewinnen könnte, *die Europäische Union zu stärken, um Deutschland zu stärken und deshalb deutsche Interessen im Lichte der europäischen Interessen zu definieren*. Auch viele weitere Fragen, von der Rentenpolitik über den Wohnungsbau und die Mietpreisbremse bis hin zu Nord Stream 2 oder der Steigerung der Nato-Verteidigungsausgaben, liessen erkennen, dass *der schwere Teil* der Koalitionsverhandlungen erst jetzt kommen würde (Balsler u.a. 2021).

Im Koalitionsvertrag ist sichtbar geworden, dass die ökosozialer-Transformation das große Zukunftsprojekt der neuen Bundesregierung werden sollte, wobei in der öffentlichen Kommentierung vielfach die Vermutung zu vernehmen gewesen ist, die Grünen hätten sich dabei auf allzu weiche Absichtserklärungen eingelassen, während die Liberalen ihre finanzpolitischen Vorstellungen ziemlich klar hätten durchsetzen können. Man kann aber sagen: Es geht in dem Koalitionsvertrag um die Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels unter den herrschenden Bedingungen einer im Kern nach wie vor neoliberal geprägten ökonomischen Globalisierung in dem Rahmen, den die institutionell verfasste Arbeitsgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland setzt. Innerhalb dieses Rahmens spielt die Stärkung von Sozialstaatlichkeit eine größere Rolle als bisher, dies aber immer unter den anerkannten Zwängen zu einer flexiblen Anpassung an global forcierte Zwänge. *Mehr Fortschritt wagen* ist da mit großer Folgerichtigkeit die passende Überschrift.

In jedem Fall aber hat der Verzicht auf Veränderungen bei den Substanzsteuern der Absicht Grenzen gesetzt, der fortschreitenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaft wirksam gegenzusteuern. *Respekt und Chancen in der modernen Arbeitswelt* zu stärken, etwa im Bereich der sozialen Dienstleistungen durch *mehr Pflegepersonal und hochwertige Pflege* oder die *soziale Sicherheit bürgerfreundlich zu gestalten*. All das sind auch finanzielle Fragen. Aber jeder Schritt zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums war offenkundig durch die FDP blockiert.

Betrachtet man das im Koalitionsvertrag allgemein unter der Überschrift Arbeit formulierte Ziel, und danach die Reihenfolge und Gewichtung der darauf folgenden zwölf Unterpunkte, wird dies deutlich. DA es hier um Kernbereiche meiner wissenschaftlichen Arbeit und Expertise geht, werde ich an dieser Stelle etwas ausführlicher. Im Koalitionsvertrag ist zu lesen: *Wir wollen die moderne Arbeitswelt gestalten, dabei berufliche Chancen ermöglichen sowie Sicherheit und Flexibilität in Einklang bringen*. Die darauf folgenden Unterabschnitte zu *Aus- und Weiterbildung* sowie zu *Arbeitszeit und Arbeitsort* umfassen fast schon die Hälfte der sieben Seiten zum Thema Arbeit. Es geht um proaktive Anpassung an die Herausforderungen der weiteren Digitalisierung von Arbeit. Ich bin auf dem Feld von Bildungspolitik/beruflicher Bildung nicht besonders ausgewiesen und verzichte deshalb auf detaillierte Anmerkungen.

Die folgenden Abschnitte zu *Selbständigen* und zu *Soloselbständigkeit*, zum *Mindestlohn*, *Mini- und Midijobs*, *Haushaltsnahen Dienstleistungen*, *Befristungen*, *Arbeitnehmerüberlassung und Arbeitskräftemobilität* folgen, wiederum auf ca. 2 Seiten. Sie zielen darauf, Auswüchsen bisheriger Flexibilisierung und Entgrenzung von Arbeit mit sozialstaatlichem Anspruch entgegenzusteuern. Erst danach gibt es eher knappe Ausführungen zu *Tarifautonomie*, *Mitbestimmung aber auch zu Digitalen Plattformen* und zuletzt ganz knapp zum *Arbeits- und Gesundheitsschutz*. Digitale Plattformen

Aber in allen diese Fragen waren die gefundenen Koalitionsvereinbarungen in dem Augenblick, in dem Putin seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat ohnehin weitgehend Makulatur.

werden als – *eine Bereicherung für die Arbeitswelt* bezeichnet. *Gute und faire Arbeitsbedingungen* seien deshalb *wichtig*. Bestehendes Recht solle überprüft und die Datengrundgrundlagen sollen verbessert werden - im *Dialog mit Plattformanbietern, -arbeitern, Selbständigen sowie Sozialpartnern*.

Aktuelle gewerkschaftliche Forderungen nach einer Ausweitung von Mitbestimmungsrechten – im Betrieb und vor allem auch auf Unternehmensebene - kommen nicht vor – und ebenso gibt es in Bezug auf das weite Feld der im Zeichen der Dekarbonisierung anstehenden ökonomischen Transformation, anders als bei der weiteren Flexibilisierung von Arbeit, keine Ansätze, die – anders als dort, wo es um weitere Flexibilisierung geht - wenigstens ebenso unter dem Begriff der „Experimentierräume“ ins Auge gefasst würden. Für die Ampelkoalition ist es vermutlich schon ein großer Schritt gewesen, die FDP auf eine geradezu bedingungslose Unterstützung von Tarifautonomie und Mitbestimmung im Sinne bestehender Normierung festzulegen.

Andererseits werden im Koalitionsvertrag in Kapitel II unter der Überschrift *Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovationen* unter anderem die Stichworte *Bürgerbeteiligung* (Zeile 150-151) und *Bürgerräte* (Zeile 211-216) genannt. Sie sind wichtig für den raschen Aufbau der erforderlichen Infrastrukturen, frühe Bürgerbeteiligung sei wichtig zur Beschleunigung der dazu erforderlichen raschen Entscheidungsfindungen, heißt es darin – ganz im Sinne der Vorstellungen von *Mehr Demokratie e.V.* Im ‚klassischen‘ Raum bürgerlicher Öffentlichkeit soll also Demokratie durch Beteiligung gestärkt werden. Für die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft, also dort, wo das Potenzial für Formen solcher direkten Beteiligung zum Zwecke der Nutzung des Laien-Experten-Wissens der Arbeitenden am größten ist, fehlen solche Überlegungen. Hier herrschen eben *private Regierungen*. Im Unterabschnitt zur Mitbestimmung findet sich in der Koalitionsvereinbarung aber auch der Satz: *Die sozial ökologische Transformation und die Digitalisierung kann nur mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirksam gestaltet werden*. Hier könnten die Gewerkschaften also ansetzen und argumentieren, dass genau dies auch in der Arbeitswelt Beteiligungsrechte erforderlich macht, die denen der Bürgerbeteiligung im öffentlichen Raum entsprechen und bei denen in der Arbeitswelt gesicherte individuelle und kollektive Rechte angemessen miteinander verknüpft werden müssten. Es läge nahe, hier eine entsprechende differenzierte Argumentation im Hinblick auf die *Wirtschaftsbürger*innen* zu entwickeln. Voraussichtlich würden dann aber rote Linien auf Seiten des liberalen Koalitionspartners sehr rasch erreicht sein.¹⁶²

¹⁶² Das Buch meiner früheren sfs-Kolleg*innen *Humanisierung der Arbeit 4.0 – Prävention und Demokratie in der digitalisierten Arbeitsgesellschaft* (Georg/Guhle/Peter 2020), zu dem ich einen Essay zu *Arbeit und Demokratie* beigesteuert habe, geht mir hier durch den Kopf. Seine Herausgeber zielen vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung auf die Weiterentwicklung bewährten Verfahren durch Stärkung von *Autonomie und Beteiligung der Betroffenen*, also der abhängig Beschäftigten, *die in einem ganzheitlichen Sinne, also auch die Gesundheit umfassend, einbezogen werden sollen*. Der Koalitionsvertrag bietet dafür nahezu keine Anknüpfungspunkte.

Zusammenfassend würde ich zu folgender Bewertung neigen: Bei der Tarifautonomie und der Mitbestimmung geht es um für unsere Gewerkschaften zentrale Bereiche der institutionellen Verfasstheit unserer Arbeitsgesellschaft. Die werden als immer noch vorbildlich gelobt; und die sollen gegen die Erosionsprozesse, denen sie schon seit langem ausgesetzt sind, besser geschützt werden - in engen Grenzen vielleicht sogar gestärkt werden. Aussagen zu digitalen Plattformen sind vage und moderat.. Die neuen Pathologien von Arbeit werden unter dem Stichwort der massiven Zunahme von psycho-sozialen Erkrankungen zum Schluss benannt, mehr aber auch nicht.

6.4. Es geht um nicht weniger als ein kleines Wunder im Raum der Politik

Gleichwohl hat sich, zunächst im Ergebnispapier der Sondierungsgespräche und dann im Koalitionsvertrag, vieles von den Überlegungen niedergeschlagen, die Habeck in seiner *politischen Skizze* formuliert hat. Der Koalitionsvertrag markiert also den aus seiner Sicht unumgänglichen Versuch eines Aufbruchs aus der Mitte der Gesellschaft. Nach dem Selbstverständnis der Koalitionäre geht es, nicht nur Kompromisse, sozusagen kleinste gemeinsame Nenner, sondern vielmehr darum, in Gestalt eines gemeinsamen gesellschaftspolitischen Projekts – oder doch jedenfalls erster gemeinsamer Schritte dahin - neue, bessere gesellschaftspolitische Lösungen zu finden. Im demokratiethoretischen Gedankenmodell der Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt hieße das, unterschiedliche Interessen klar zu artikulieren und dann solche Interessen zu *übersteigen*¹⁶³, um zu neuen Lösungen zu gelangen. Aber was bedeutet das? Für eine genauere Einschätzung sind ein paar grundlegendere Gedanken demokratiethoretischer Art angebracht.

Das sozusagen idealtypische Modell der Politikwissenschaftlerin, die zu Recht als eine große unabhängige Denkerin des 20. Jahrhunderts gilt, in ihrem Fach jedoch nie Schulen bildend wirkte, hat das klare Prämissen: Mündige Bürger*innen, hohe Transparenz auch ihnen gegenüber, also Offenlegung der divergierenden Interessen, der jeweiligen Ziele, die oft nur vordergründig die gleichen sind, und dann der unterschiedlichen Vorstellungen dazu, wie diese zu erreichen wären, sind hier zu nennen. Dabei geht es um die Beteiligung potenziell aller am politischen Streit – und schließlich um das „Übersteigen von Interessen“ in der Absicht neue und bessere tragfähige Lösungen zu finden. Das sind äußerst knapp umrissen die Stichworte, die für sie den Wesenskern von Politik erfassen.

Im linken politischen Diskurs, der gerne den Begriff der *Interessenpolitik* benutzt und damit letztlich auf eine Zuspitzung von Gegensätzen zielt, wird dieses Politikverständnis Arendts kaum einmal systematisch rezipiert. Hinter dem Begriff einer *Interessenpolitik* könnte man vermuten, dass da noch immer etwas als objektiv gesetztes

¹⁶³ Im Kontext der Debatten eines früheren DFG-Forschungsförderschwerpunkts zur Theorie politischer Institutionen, hat Peter Brokmeier (1994, 169) bei seinem Versuch einer *Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt* diesen für Arendt wichtigen Punkt des Übersteigens von Interessen im, Raum der Politik als einem Raum der Freiheit besonders hervorgehoben.

fortwirkt. ‚Klasseninteressen‘, die es sicher gibt, klingen hier in alter Weise an. Alle Folgeprobleme alter geschichtsmetaphysischer ‚Aufladungen‘ eines Hegelmarxismus könnten da immer noch irgendwie mitgeschleppt sein. Arendts Verständnis von Politik als eines Raumes der Freiheit und des Streites – und damit der Anerkennung einer Pluralität unterschiedlicher Interessen – wäre dem radikal entgegengesetzt. Pluralität ist für Arendt eine fundamentale Kategorie, denn es *bedarf*, so schreibt sie, *immer einer Pluralität von Menschen oder Völkern und einer Pluralität von Standorten, um Wirklichkeit überhaupt möglich zu machen und ihren Fortbestand zu garantieren*. Und unsere soziale Wirklichkeit, das ist die von uns im Prozess der Zivilisation selbst hergestellte Lebenswelt. *Die aber entsteht nur dadurch, dass es Perspektiven gibt, sie ist nur jeweilig als die so oder anders gerichtete* und von uns praktisch hergestellte und handelnd gestaltete *Ordnung von Welt dingen* und –Beziehungen (Arendt 1993, 105).¹⁶⁴

Wenn Detlev Hensche in seinem glänzenden Beitrag zur aktuellen gewerkschaftlichen Debatte um Transformation und Demokratie im *Jahrbuch Gute Arbeit 2021 die Falle vorschnell verallgemeinerter Interessen* (a. a. O. 110) mit Nachdruck, und völlig zu Recht, betont, dann berührt das exakt diesen Punkt. Das Anerkenntnis von Pluralität als substanzieller Bedingung jeder demokratischen Politik kommt hier zum Ausdruck. Beim *Übersteigen von Interessen*, nachdem diese, klar artikuliert, in den politischen Prozess eingebracht worden sind, geht es für Arendt – solchen Interessenpluralismus zum Ausgangspunkt nehmend – um das Finden neuer Lösungen, die Partialisinteressen verknüpfen können. Demokratie ist dann immer mehr als nur die Suche nach einem Kompromiss. Arendt weiß aber auch, und sie hat das im Zuge ihrer eindrucksvollen Analyse zur *Lüge in der Politik* am Beispiel der Ostasienpolitik der USA gezeigt (Arendt 1971), dass reale politische Prozesse immer wieder gekennzeichnet sind durch eine Abfolge von fatalen Schritten. Die beginnen mit *Selbsttäuschungen und Täuschungen*. Sie können weiter über *Lügen und Ideologisierungen* bis hin zu *Wirklichkeitsverlusten* führen. Und selbstverständlich gilt diese Gefahr für alle Politikfelder, nicht nur für das der Außen- und der Geopolitik.¹⁶⁵

Wären alle Prämissen des Arendtschen Politikverständnisses gegeben und wären die Bürger*innen eines Staates als *handelnde Wesen* aktiv an einem ihm entsprechenden politischen Prozess beteiligt, so fänden wir uns wieder – ganz im Sinne der emphatischen Formulierung Arendts in ihren nachgelassenen Schriften zur Politik – in einem Raum der Politik als eines Raumes des Streites und der Freiheit, der das *Wunder der Freiheit* möglich macht (Arendt 1993, 34f). Dieses Wunder ist für sie in unserer Fähigkeit begründet, zu Handeln und in solchem Handeln stets die Kraft zu

¹⁶⁴ Dass die Welt nicht aus sich heraus perspektivisch ist, sondern wir Menschen unsere Perspektiven auf sie immer erst denkend und handelnd herstellen ist einer der Ausgangspunkte des *neuen Realismus*, den der Philosoph Markus Gabriel in seinen Büchern vehement vertritt. Siehe dazu Martens 2020a.

¹⁶⁵ Für das neoliberale Projekt der letzten Jahrzehnte lässt sich ja unschwer zeigen, dass es mit einem ‚Spiel auf Zeit‘ (Streeck 2013) mittlerweile unübersehbar immer neue Problemwolken ökologischer, ökonomischer, sozialer und politischer Art vor uns auftürmt (Zinn 2015, Martens 2016). Auch hier ist daher von Ideologisierungen bis hin zu Wirklichkeitsverlusten auszugehen.

haben, einen neuen Anfang setzen zu können.¹⁶⁶ Das *Wunder der Freiheit* und der Raum und der Sinn von Politik sind für sie ja allererst *in diesem Anfangen-Können beschlossen*. Das wiederum sei, so schreibt sie mit aller Emphase des neu Beginnens, in dem Faktum beschlossen, *dass jeder Mensch, sofern er durch Geburt in die Welt gekommen ist, die vor ihm da war und nach ihm weitergeht, selber ein neuer Anfang ist*.

Im Fall der Koalitionsgespräche nach der Wahl vom 26. 09. 2021 ist das alles in dem am Wahlabend gefundenen Begriff der ‚Zukunftscoalition‘ schwerlich mit angeklungen. Keine zwei Stunden nach dem Sieg im „Lagerwahlkampf“ ging es hier nur um die Flucht nach Vorn. Grundlegend neu gedacht wurde dabei sicher nicht. Wohl aber mag man in dem Titel des Buches, das Habeck (2021) zu Beginn des Jahres schon veröffentlicht hat, durchaus etwas finden, das Arendts Denken recht verwandt ist. Der Buchtitel *Von hier an anders. Eine politische Skizze* zielt auf einen wirklichen Neuaufbruch. Aber es geht dann darum - sehr deutlich mindestens ‚eine Nummer kleiner‘ als in den radikaldemokratischen Überlegungen Arendts -, ob Berufspolitiker zunächst zweier, dann dreier demokratischer Parteien in der Lage sein werden, einen solchen gesellschaftspolitischen Prozess wenigstens einzuleiten, obwohl sie sich zuvor im Wahlkampf als Repräsentanten heftig miteinander konkurrierender Parteien mit in zentralen Fragen sehr stark unterschiedlichen Auffassungen präsentiert haben.

Unsere Berufspolitiker sind sich gegenwärtig sicherlich darüber im Klaren, dass ein Scheitern ihrer Bemühungen bei wachsendem Problemdruck am Ende das Vertrauen in demokratische Prozesse bei den Bürger*innen aushöhlen kann. Das jüngste Beispiel der USA haben sie ja vor Augen. Das Problem jedoch liegt darin, dass das theoretische Modell das eine ist, die politische Praxis aber das andere. In dieser Praxis kommen sofort unterschiedliche harte Partialinteressen und auch jeweilige, unterschiedlich stark ausgeprägte ideologische Verbortheiten der politischen Parteien und Interessengruppen ins Spiel. Beides aber wirkt letztlich deshalb massiv, weil jeweils eigene ideologische Befangenheiten nicht durchschaut, hingegen auf der politischen Gegenseite sehr gerne hervorgehoben werden. Man wirft sich wechselseitig Markt- oder Staatsgläubigkeit vor, und man betreibt Politik immer auch als ‚Interessenpolitik‘ für jeweilige Klientelen. Der Weg aus der Krise der liberalen Demokratie heraus stellt sich also als eine immense Herausforderung dar.

6.4. Von hier an anders?

Die wohl bemerkenswerteste Analyse der damit grob umrissenen gegenwärtigen Lage hat unter den derzeitigen Spitzenpolitiker*innen also Habeck mit seinem eben erwähnten Buch vorgelegt. Die darin entfalteten Thesen, dass die politische Mitte nicht mehr als mehr oder weniger homogene Bevölkerungsschicht gedacht werden dürfe, weist durchaus Nähe zu soziologischen Milieuanalysen im Anschluss an Pierre

¹⁶⁶ Denn dem Handeln ist es eigentümlich, so schreibt sie, Prozesse loszulassen, deren Automatismus dem der natürlichen Prozesse sehr ähnlich sieht, und es ist ihm eigentümlich, einen neuen Anfang zu setzen, etwas Neues zu beginnen, die Initiative zu ergreifen oder, Kantisch gesprochen, eine Kette von selbst anzufangen (a. a. O. 34).

Bourdieu auf. Seine Vorschläge, deshalb politisch pluralistisch und dynamisch zu denken, mit einigen wenigen fixen Basiszielen, zu denen der Klimaschutz genauso selbstverständlich zählen müsse wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, passen auf die aktuelle Lage. Seine Empfehlungen, Wirtschaftswachstum nicht zu einem Fetisch zu erklären, aber auch nicht fundamental zu verwerfen und den Kapitalismus vor allem mit Schumpeters Konzept der ‚Schöpferischen Zerstörung‘ und weniger mit Marx zu denken, dann aber auch die Rolle des Staates anders zu definieren, erscheinen als durchaus geeignet, erste Schritte in Richtung auf neue Möglichkeitsräume zu eröffnen.

In solchen Möglichkeitsräumen wäre zugleich, so Peter Unfried (2021) in seiner Rezension dieses Buches in der Tageszeitung, ein Raum für die Anerkennung auch des politischen Gegners eröffnet, aber in ihnen wäre auch die Einrichtung beratender Bürgerräte ein unverzichtbares Teilelement.¹⁶⁷ Nahezu alle diese Vorstellungen brechen mit dem Grundmuster des derzeit herrschenden Politikbetriebs, in dem machtpolitisch, in eher kurzfristigen Zeithorizonten und im Zweifel letztlich eben doch eher in politischen Lagern gedacht wird. Im Rahmen dieses Grundmusters wird zwar stets der ‚mündige Bürger‘ proklamiert, aber in Wahrheit wird nicht wirklich mit ihm gerechnet. Deshalb ist die skeptische Einschätzung von Peter Unfried nicht von der Hand zu weisen. Er meint am Schluss seiner Rezension, dass Habecks Analyse zwar auf der Höhe der Zeit sei, aber daran scheitern könne, dass es den proklamierten mündigen Bürger eben nicht gebe.

Bruno Heidelberger (2021) kommt in seiner ausgesprochen umfangreichen, viele andere Rezensenten berücksichtigenden Rezension zu einer ähnlichen Einschätzung: Er sieht in Habecks Buch die *Skizze einer Politik*, die nicht mehr nur reparieren wolle, sondern die die Probleme und Verluste des Fortschritts möglichst gar nicht erst entstehen lassen möchte¹⁶⁸ Habecks *ökonomische und kulturelle Lagebeschreibung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2021* treffe mit ziemlicher Sicherheit zu. *Gleichwohl gebe es keine Garantie für den politischen Erfolg, auch wenn die Grünen alles richtig machten.* Am ehesten könnte dieser politische Entwurf am konservativen hartnäckigen Beharrungsvermögen von CDU/CSU und ihrer Wählerschaft scheitern.¹⁶⁹

Im Ausgangspunkt der aktuellen Aushandlungsprozesse für Koalitionen ist die Lage nun eine andere gewesen. Angesichts einer veränderten politischen Topographie ist

¹⁶⁷ Zugleich ist aber auch kennzeichnend, dass solche Bürgerbeteiligung von Habeck wesentlich im Blick auf den Raum klassischer bürgerlicher Öffentlichkeit gedacht wird. Solche Stärkung von Bürgerbeteiligung – sozusagen ganz auf der Linie der Arendtschen Argumentation – ist zweifellos wichtig. Aber die aktuellen wissenschaftlichen wie politischen Debatten um Arbeit und Demokratie (Anderson 2019, Martens 2020a, FNPA 2021) spielen hier offenkundig keine maßgebliche Rolle. Ich komme auf diesen Punkt noch zurück.

¹⁶⁸ Das Fortschrittsparadigma unserer Moderne ist damit zunächst einmal vorausgesetzt.

¹⁶⁹ Heidelberger diskutiert Habecks Buch zu einem Zeitpunkt, zu dem im Licht demoskopischer Umfragen noch eine schwarz-grüne Koalition das wahrscheinlichste Zukunftsszenario ist – und auch das Buch selbst ist sicher noch im Hinblick auf eine hohe Wahrscheinlichkeit dieser Variante geschrieben worden.

zu allererst eine neue politische Mehrheit jenseits der Union möglich geworden. Aber, im Rahmen aktueller Sondierungen und Verhandlungen ging es immer auch (noch) um spezifische Milieus und Wählergruppen, und der Zeithorizont, der erst einmal nahe gelegt wird, ist der von Wahl zu Wahl. Der politische Prozess, um den es dieses Mal Habeck zufolge gehen müsste, wäre angesichts der immens großen Herausforderungen der Zeit, darüber hinausgehend als einer zu verstehen, der dazu verhilft, denkend mehr Klarheit über die wechselseitig vorgetragenen sachlichen Gründe und dahinter stehenden Urteile, Ideologeme und Motive zu gewinnen – und öffentlich transparent zu machen. Es ginge um nicht weniger als darum, Politik von nun an anders zu denken, und seine Überlegungen haben offenkundig Bezüge zum Arendtschen Politikverständnis. Ohne Angst vor Veränderungen und auf Grundlage einer in den Sondierungsgesprächen zu schaffenden hinreichenden Vertrauensbasis käme hier für eine andere Realpolitik alles darauf an, gemeinsam aus einer dynamisch gedachten Mitte der Gesellschaft heraus – und unter potenziell zunehmend aktiver Einbeziehung der Wirtschaftsbürger*innen - zu neuen gemeinsamen Lösungsansätzen zu gelangen – jedenfalls im Hinblick auf definierte Zeiträume, Ziele und Projekte, aber zugleich im Bewusstsein, auch längerfristige Perspektiven im Blick haben zu müssen.

Zu allem, was dem (parteri)politisch entgegensteht, ist weiter vorne das notwendige gesagt worden. Andererseits ließen sich Habecks Überlegungen aber auch weiterdenken - im Sinne eines Einstiegs in einen *grünen New Deal* als eines ersten Impulses zu einer Art *großer Transformation*, über die Karl Polanyi (1978) einmal nachgedacht hat. Ein solcher grüner New Deal allerdings kann im Ergebnis ein neues stabiles Fundament vermutlich nur dann finden, wenn *der Kapitalismus* als die *janusköpfige Angelegenheit* wirklich ernst genommen wird, von der Habeck meint, dass sie *1989 entweder nicht gesehen oder überblendet worden ist* (Habeck 2021,265).

Ebenso dürfte gelten, dass die Staaten unserer *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft*, um eine Formulierung von Hannah Arendt (1974, 278) aufzugreifen, die gewaltigen ökologischen Herausforderungen unserer Zeit nur dann wirklich mit Aussicht auf Erfolg werden angehen können, wenn sie die sich einander wechselseitig stützenden Dynamiken eines vermeintlich immer fortwährenden ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Kern einer Fortschrittsideologie erkennen, die nach herrschender Auffassung durch eine im Wesentlichen nicht mehr zu verbessernde repräsentative Demokratie in eins sichergestellt und unseren menschlichen Bedürfnissen gemäß gestaltet werden kann. Es sei daran erinnert, dass es mit Arendt eine der schärfsten Kritikerinnen des Kommunismus gewesen ist, die gesagt hat, dass die großen bürgerlichen Revolutionen, *zwar dem Volk die Freiheit* gegeben haben, nicht aber *den Raum, in dem diese Freiheit auch wirklich ausgeübt werden konnte* (Arendt 1974, 302) . Und zugleich hat sie eingeräumt, selbst wenig gegen die Behauptung der *ungeheuerlichen Unwahrheit* getan zu haben, *unter Freiheit nicht mehr als freie Marktwirtschaft* zu verstehen, *ja sie mitunter auch noch bekräftigt zu haben* (a. a. O, 279).

Hinzu kommt, dass die Konsequenzen der immensen ökologischen Herausforderungen eben auch dort, wo, wie seitens der Grünen, wirklich kritische realpolitische Lösungen gesucht werden, nach wie vor nicht in aller Schärfe ausgesprochen werden. Harald Lesch (2021) hat jüngst in einer seiner Fernsehsendungen völlig zu Recht Hoimar von Ditfurth, sozusagen als seinen Vorgänger auf dem Feld eines kritischen Wissenschaftsjournalismus, mit dem Satz zitiert: *Wir reden immer noch davon, dass die Umweltgefahren drohen. Sie drohen nicht, sondern wir stehen mit beiden Beinen knietief drin.* Die Pointe ist, dass dieser Satz so 1986, also vor 35 Jahren fünf Jahre vor der Klimakonferenz von Rio formuliert worden ist.¹⁷⁰ Bleiben wir in dem seinerzeit von ihrem Autor verwendeten Bild, haben wir damals schon so tief im Sumpf, oder im Treibsand, gesteckt, dass es nicht einfach gewesen wäre, sich wieder daraus zu befreien. Heute ist die Lage deutlich dramatischer. Und das, obwohl Lesch, ebenso wie vor ihm von Ditfurth, auf eine weit zurückreichende Kette wissenschaftlicher Arbeiten verweisen kann, in denen früh prognostiziert worden ist, was heute weitestgehend Stand wissenschaftlicher Forschung ist. Die ökologische Krise, vom Artensterben bis zu den Dynamiken und Folgen des Klimawandels mit seinen drohenden Tipping Points werden sich absehbar fortsetzen. Kritik und Proteste gegenüber einer Politik, die der Entwicklung gegenüber lange weithin untätig geblieben ist und nun versucht, Klimaschutz und weiteres marktwirtschaftliches Wachstum miteinander auszubalancieren, werden sich fortsetzen – womöglich auch zum Teil in radikaleren Formen.

Bedenkt man all dies und nimmt man das Erfordernis hinzu, den fortschreitenden sozialen Spaltungsprozessen unserer Gesellschaft zu begegnen, wofür ein spürbar erhöhter Mindestlohn kaum ausreichen dürfte, dann wird sich ein gesellschaftlicher Neuaufbruch schwerlich allein von der gesellschaftlichen Mitte her denken lassen. Er müsste zudem einschließen, die aus einer kapitalistischen ökonomischen Logik heraus forcierte Dynamik, so in eine neue Ära aktiver Staatlichkeit einzubetten, dass darüber Lebensgewinn durch Entschleunigung möglich wird, denn *die Zeit wird (...) knapp, wenn es um die Bewältigung der gigantischen Probleme geht, die als Folge einer bisher immer stärkeren Beschleunigung auf uns zukommen.*¹⁷¹ Das aber gilt in einem doppelten Sinne. Rüdiger Safranski (2015, 183) hat diesen Punkt in seinem Buch *Zeit - Was sie mit uns macht und was wir aus ihr machen* meines Erachtens zutreffend auf den Punkt gebracht und dann weiter geschrieben:

Jedenfalls wird es darauf ankommen, andere Arten der Vergesellschaftung und Bewirtschaftung der Zeit zu entwickeln und durchzusetzen. Zeit und Eigenzeit werden dabei notwendig zum politischen Thema, und es ist leider zu bemerken, dass die politische Klasse das noch nicht so recht begriffen hat. (...) Es ist eine politische Machtfrage, die verschiedenen Ge-

¹⁷⁰ Zu dem breiten Spektrum Hoimar von Ditfurths damaliger publizistischer Arbeit siehe auch seine 1987 veröffentlichten *Reportagen, Aufsätze, Essays eines Menschen, der das Staunen nicht verlernt hat.*

¹⁷¹ Harald Lesch, der zusammen mit Klaus Kamphausen (2016) die ökologischen Herausforderungen *im Griff des Anthropozän* eindrucksvoll vor Augen geführt hat, hat das Erfordernis solcher Entschleunigung sehr pointiert auf den Punkt gebracht, als er in einer Fernsehdiskussion argumentierte, es sei, m Blick auf den menschlichen Stoffwechsel mit der Natur *das Beste nichts zu tun.*

schwindigkeiten - die der Ökonomie und die der demokratischen Entscheidungsprozeduren – aufeinander abzustimmen, was darauf hinauslaufen müsste, die Ökonomie unter die Eigenzeit demokratischer Entscheidungen zu zwingen und nicht umgekehrt (a. a. O. 183f).

Mit dieser ziemlich zwingenden Überlegung würde nun aber Habecks ökonomischer Ansatzpunkt zur Analyse der Widersprüche des Kapitalismus (a. a. O. 149f) – mit Josef Schumpeter und gegen Karl Marx – problematisch. Er liefert zweifellos Ansatzpunkte für einen neuen Aufbruch, der ja pragmatisch an gegebene Bedingungen anknüpfen können muss. Er wäre aber in seiner ökonomischen Dimension zugleich mit dem und gegen das Denken beider Ökonomen weiter zu denken – also einmal gegen die *schöpferische Zerstörung* als ein im Fortschrittsprozess der Moderne gewissermaßen fast selbstverständlich gesetztes Prinzip, auf der anderen Seite aber auch gegen Marxens *absolute Bewegung des Werdens*, die in seinen ‚Grundrissen‘ (Marx 1968,387) noch ganz den Geist Hegelischer Geschichtsmetaphysik atmet. Die demokratisch fundierte neue Einbettung der janusköpfigen Logik des Kapitalismus fordert ein Wunder der Politik das die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung den Erfordernissen *demokratischer Entscheidungsstrukturen* anpasst. Das aber heißt in letzter Konsequenz, dass wir über die die uns beherrschende Fortschrittsideologie neu nachdenken müssen, die die Gesellschaften unserer Moderne zutiefst prägt – und der Arendt (2002, 487) die These eines *losgelassenen Verzehrungsprozesses* entgegengestellt hat.¹⁷² Ich habe mich zu einer grundlegenden Kritik der *Fortschrittsgläubigkeit*, die das Denken unserer Moderne seit dem bürgerlichen 19. Jahrhundert zutiefst prägt, ebenso wie den *prophetischen Marxismus*, den Albert Camus (2016) so scharf wie kaum ein anderer kritisiert hat, in Kapitel 2 ausführlich geäußert. Ich kann mich daher an dieser Stelle auf wenige knappe Bemerkungen beschränken.

Die Vorstellungen eines stetigen wissenschaftlich-technischen Fortschritts, ebenso wie die eines immerwährenden wirtschaftlichen Wachstums, sind wirkmächtig; denn unbestreitbar haben uns beide zuvor ungeahnte Möglichkeitsräume eröffnet. Man muss heute aber solche Fortschrittsvorstellungen, die sich aus dieser Entwicklung heraus entweder ideologisch verselbständigt haben oder aber gar in geschichtsphilosophische Konzepte eingebettet gewesen sind, mit vielen guten Gründen als erledigt ansehen. Es gibt keinen Fortschritt, der von der inneren Logik systemisch verselbständigter Prozesse getrieben – wie immer man die dann auch im Einzelnen interpretieren mag – gleichsam aus sich heraus zur Wirklichkeit drängt. Jedes Fortschreiten in eine immer offene Zukunft bedarf politischer Gestaltung und Rahmensetzung. Die ernstzunehmenden aktuellen Debatten um ein mögliches Ende des Anthropozän weisen uns zudem grundlegend auf die Endlichkeit der Ressourcen und letztlich allen Lebens auf diesem Planeten mit harten empirischen Befunden hin. Philosophisch

¹⁷² Am Schluss von *Vita activa* (Arendt 1967, 314) mündet dieser Gedanke angesichts ihrer strikten Unterscheidung von Arbeiten-Herstellen-Handeln (zur Kritik Martens 2008) in zutiefst skeptische Überlegungen zum *Sieg des animal laborans*. Nachdem der in den ihn nun prägenden *Strom des Lebensprozesses völlig untergetaucht* sei, bestehe seine *einzig aktive, Individuelle Entscheidung nur noch darin, sich selbst gleichsam loszulassen (...)* um dann völlig ‚beruhigt‘ desto besser und reibungsloser „funktionieren“ zu können.

würde ich weiter dazu neigen, dem *weltgeschichtlich (...) wesentlichen Unterschied* zwischen Hegel und Marx zuzustimmen, den Arendt 1951 in ihrem Denktagebuch festgehalten hat: Er liege darin, so hat sie geschrieben (Arendt 2002, 72),

dass Hegel seine weltgeschichtliche Betrachtung nur auf die Vergangenheit projizierte und in der Gegenwart als ihrer Vollendung ausklingen ließ, während Marx sie ‚prophetisch‘ auf die Zukunft projizierte und die Gegenwart nur als Sprungbrett verstand.

Die Zufriedenheit des preußischen Professors Hegel *mit den gegenwärtig bestehenden Zuständen* seiner Zeit bezeichnet sie dann als *empörend* – und insofern sie die Gegenwart *notwendigerweise als das Ende der Geschichte begreifen musste*, auch schon als eine Diskreditierung seiner weltgeschichtlichen Betrachtung. Marxens Projektion auf die Zukunft als *Flucht aus der Logik in die Geschichte* (a. a. O. 94) nennt sie hingegen katastrophal, weil damit aus ihrer Sicht die fehlenden Freiheits- und Politikbegriffe in dessen Denken verknüpft seien.

6.5. Ein Wunder im Raum der Politik ohne Aktivierung der Zivilgesellschaftlichen Akteure?

Wenn der politische Prozess, um den es dieses Mal zwischen den demokratischen politischen Parteien gehen müsste, also einer werden soll, der dazu verhilft, denkend mehr Klarheit über die wechselseitig vorgetragenen sachlichen Gründe und dahinter stehenden Urteile, Ideologeme und Motive zu gewinnen, dann kann der am Ende nicht eine exklusiv parteipolitische Angelegenheit bleiben. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es im Artikel 21, Absatz 1: *Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen* Hiernach besitzen Parteien die Funktion, *an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken*. Sie haben also gegenüber dem Volk als dem politischen Souverän im Sinne unserer Verfassung eine dienende Funktion. Das heißt auf der einen Seite: die größere Klarheit über die immensen Herausforderungen unserer Zeit darf nicht die Einsicht einer kleinen Gruppe von Berufspolitikern bleiben, die sie in vertraulichen und vertrauensbildenden Sondierungsgesprächen gewinnen und letztlich in einen Koalitionsvertrag einmünden lassen, der grundlegende Meinungsunterschiede in eins überbrückt, jedoch öffentlich nicht zureichend artikuliert. Und das heißt auf der anderen Seite, dass die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteure, von Interessenverbänden bis zu sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen, also alle die Bürger*innen, die sich ihrerseits in und neben den Parteien aktiv gesellschaftspolitisch engagieren, den Rahmen setzen, innerhalb dessen dieser engere parteipolitische Prozess abläuft, auf den er wiederum zurückwirkt und den der seinerseits ebenfalls weiter verändert. Für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit ist zudem die Mobilisierung des Laien-Experten-Wissens und die Schärfung der politischen Urteilskraft der Wirtschaftsbürger*innen durch ihre aktive Teilhabe unverzichtbar Das kann man exemplarisch anhand von zwei zentralen politischen Themenfeldern verdeutlichen:

Die Antworten auf die ökologischen Herausforderungen der Zeit bleiben absehbar hinter der Herausforderung zurück, das im Pariser Abkommen formulierte Klimaziel zu erreichen. Schon die im engeren politischen Prozess vertretene radikalste Position, die der Grünen, schafft es nicht, diese Ziele und die gesellschaftlich, etwa. seitens der Wirtschaft und ihrer Interessenverbände massiv artikulierten Interessen und tatsächlichen oder vermeintlichen Handlungszwänge wirklich zusammenzubringen. Ökologisch orientierte Organisationen, Initiativen und Bewegungen – vom *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)* über die *Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeit (RENN)* bis hin zu *fridays for future* werden hier auf der anderen Seite weiterhin aktiv bleiben, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Projekte auf Zeit kritisch ‚unter die Lupe nehmen‘ und ‚die Politik‘ mit weitergehenden Forderungen konfrontieren. Es gilt also Formen zu finden und weiter zu entwickeln, die das Potenzial zivilgesellschaftlicher Akteure im politischen Prozess produktiv machen können.

Die Herausforderungen zur Wiederherstellung und Sicherung eines dauerhaft tragfähigen sozialen Zusammenhalts unserer Gesellschaft sind mit der Heraufsetzung des Mindestlohns auf 12 € sicherlich nicht zureichend beantwortet. Eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist innerhalb der Ampel von der FDP offenkundig blockiert. Sie werden weiterhin von Gewerkschaften und Sozialverbänden artikuliert werden – und mit deren Hilfe auch von den abhängig beschäftigten Wirtschaftsbürger*innen selbst. Auch die aktuell wieder erhobene gewerkschaftliche Forderungen, wie die nach einer Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung, werden bei dem parteipolitisch gerade einsetzenden „Brückenbau“ keine Chance auf auch nur ansatzweise Realisierung haben. Aber Forderungen nach einer Stärkung von Mitbestimmungsrechten der abhängig Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen am Arbeitsplatz und im Betrieb – auch in kleinen Betrieben, bei prekärer Beschäftigung und für diejenigen, die scheinselfständig auf Plattformen in der Cloud arbeiten – könnte man sich sehr wohl als mit einem liberalen Selbstverständnis kompatibel vorstellen, das auf die Initiative der einzelnen Vielen im Hinblick auf die Bewältigung der Herausforderungen der Zeit setzt. Angesichts der neuen Wertschätzung systemrelevanter Arbeit nach den Erfahrungen mit Corona gibt es hier für die Gewerkschaften gute Gründe und Ansatzpunkte zur Mobilisierung. Mehr noch als in der Vergangenheit, läge hier für sie ein Ansatzpunkt für eine *neue Politik der Arbeit*.¹⁷³ Auch hier ginge es darum, das Laien-Experten-Potential der abhängig Beschäftigten zu nutzen – nicht nur für inkrementelle Formen von Innovation, sondern auch, um so auch in der Sphäre der Wirtschaft individuelle und kollektive Formen von Beteiligung und Interessenvertretung in neuen Formen miteinander zu verknüpfen.¹⁷⁴ Auch in der hete-

¹⁷³ Die *Spandauer Thesen des Forums neue Politik der Arbeit* (Glawe u.a. 2006) haben in eben diesem Sinne schon früh gegen das vor der Weltfinanzkrise noch höchst dynamisch erscheinende neoliberale Projekt *für eine neue Politik der Arbeit in einer neuen Zeit* darauf gezielt, den Zwischenstand zu einer bereits mehrjährigen Debatte pointiert zusammenzufassen, um sie so weiter treiben zu können.

¹⁷⁴ Es sei daran erinnert, dass das IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban (2016) im Blick auf die Folgen der fortschreitenden Digitalisierung von Arbeit zutreffend im Blick auf die Gewerkschaften davon gesprochen hat, dass für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften alles darauf ankommen werde, individuelle aktive Betei-

ronomen Sphäre der Wirtschaft, wo unter gegebenen Verhältnissen das Direktionsrecht herrscht und nicht die Demokratie, ginge es so darum, den Status der Arbeitenden als Wirtschaftsbürger*innen auf Grundlage institutionell befestigter Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte zu stärken.

Ich habe an anderer Stelle (Martens 2018 und 2020a,41ff) dargelegt, dass unsere Gewerkschaften aus einer vergangenen sozialen Bewegung heraus Institutionen geworden sind, (mit)prägender Teil einer *institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft* (v. Ferber 1961), der heute wie diese selbst von Erosionsprozessen ausgezehrt wird. Das hat Konsequenzen für ein sie prägendes institutionelles Denken, für Handlungszwänge, die sich nicht ignorieren können und mithin auch für ihre Handlungsmöglichkeiten. Auch noch nach bald vierzig Jahren eines neoliberalen Rollbacks und angesichts von multiplen Krisenentwicklungen, die sich erkennbar weiter auftürmen, sind sie nach ihrem vorherrschenden eigenen Selbstverständnis vor allem konstruktiv-kritischer Teil der bestehenden Ordnung. Sie stecken aus diesem Grunde in einem ganz eigenen gewerkschaftlichen »Gefangenendilemma« fest, das sich nicht einfach aus den Risiken massiver Mobilisierungsstrategien erklären lässt, die Reste institutioneller Macht gefährden könnten. Es mangelt vielmehr auch am Bewusstsein über das Ausmaß der anwachsenden Risiken und an hinreichend klaren Vorstellungen zu einer Alternative. Folgerichtig wird der Begriff der Transformation in jüngsten gewerkschaftlichen Debatten eher unscharf verwendet, bezieht sich aber wohl – so definiert bei Nicole Mayer-Ahuja (a. a. O. 82) - auf *Digitalisierung, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, Globalisierung, die Neugestaltung von Wertschöpfungsketten, Dekarbonisierung, Elektromobilität* – also auf die tief einschneidenden Umbrüche, die im Fortgang einer Globalisierung auf entfesselten Märkten und im neoliberalen Geist absehbar sind. Die gewerkschaftlichen Vorstellungen zielen somit, dem eigenen Grundsatzprogramm entsprechend, auf Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft – verknüpft mit einer auf ihrer Grundlage als möglich erachteten hinreichenden ökologischen Modernisierung. Zu der Radikalität, mit der die Demokratiefrage in anderen jüngeren Debatten im Zusammenhang einer Infragestellung kapitalistischer Herrschaft in Betrieb und Unternehmen aufgeworfen wird, markieren die Unschärfe und faktische Begrenzung des Transformationsbegriffs – ausgenommen der Beitrag von Hensche – einen auffälligen Kontrast.

Aus dieser zivilgesellschaftlichen Perspektive heraus wird es also darauf ankommen, von Beginn an auf den nun einsetzenden engeren parteipolitischen Prozess so einzuwirken, dass er sich wirklich zu ersten tragfähigen gesellschaftlichen Zukunftspunkten entwickeln lässt – und aus ihnen heraus zu einem weitertreibenden gesellschaftspolitischen Neuaufbruch, der das Bewusstsein der Einzelnen im Hinblick auf die immensen Herausforderungen der Zeit ebenso stärkt wie ihre Fähigkeit, damit angemessen in aktiveren Formen umzugehen. Die Gewerkschaften bleiben dafür, unbeschadet meiner eben umrissenen Analyse, unverzichtbar. Die wesentlichen Im-

ligungsrechte der Einzelnen und verbrieft kollektive demokratische Mitbestimmungsrechte miteinander zu verschränken.

pulse werden aber eher von einer neuen Ökologiebewegung zu erwarten sein. Es sei daran erinnert, dass es 1968 ebenfalls eine weltweite Studentenbewegung gewesen ist, die wichtige Impulse in Bezug auf die, damals noch deutlich stärkeren und deutlich stärker mit den eigenen Bewegungstraditionen verbundenen Gewerkschaften auszulösen vermochte. Ganz allgemein hat Arendt diesen Aspekt in ihren Überlegungen zur Politik wie folgt ausgedrückt:

Gegen die mögliche Festlegung und Erkennbarkeit der Zukunft steht die Tatsache, dass die Welt sich durch Geburt täglich erneuert und durch die Spontaneität der Neuankömmlinge dauernd in ein unübersehbares Neues hineingerissen wird. Nur wenn man die Neu-Geborenen ihrer Spontaneität beraubt, ihres rechtes etwas Neues zu beginnen, kann der Lauf der Welt deterministisch bestimmt und vorausgesagt werden (Arendt 1993, 50).

Ganz in ihrem Sinne kann man auch heute diese, durchaus emphatische Formulierung Arendts wieder zitieren.

6.6. Vorläufig schlussfolgernde Bemerkungen

Man kann gegenwärtig nur darüber spekulieren, was aus ersten ernsthaften Schritten in einen (partei)politischen Prozess hinein möglich werden wird, der gerade in Gang gekommen ist. Man darf also sehr gespannt sein, ob aus dem scheinbaren Patt der beiden Wahlsieger am Wahlabend und dem dann zwar knappen aber eindeutigen Sieg der SPD und aus den Stimmengewinnen von Grünen und auch Liberalen sowie angesichts der kontroversen Positionen in Bezug auf viele wichtige politische Handlungsfelder, die die beiden kleineren, ebenfalls bei der Wahl erfolgreichen Parteien voneinander trennen, in den nun beginnenden Koalitionsverhandlungen ein Prozess entstehen wird, der lösungsorientiert sein, also zu gemeinsamen Projekten auf Zeit führen kann. Der Glaube in die angebotsorientierte Marktökonomie ist vor allem innerhalb der FDP nahezu ungebrochen, unbeschadet wachsender gesellschaftlicher Kritik am Dogma der Austeritätspolitik - insbesondere nach Corona. Man wird also darauf setzen, dass die Grünen angesichts der „Flucht nach vorn“, zu der das (enge) bürgerliche Lager von Union und FDP am Wahlabend anzusetzen versucht hat, ihrerseits an eigenen „roten Linien“ festhalten werden. Die große Frage ist dann, ob es gelingen wird, aus einer Mischung aus Vertrauensbildung, wechselseitiger Offenheit in den vertraulichen Sondierungs- und Koalitionsgesprächen, des Wissens um die gemeinsame Verantwortung der Demokraten und der Einsicht in unabweisbare „systemische“ Zwänge und deshalb die Notwendigkeit, wechselseitig „rote Linien“ zwar zu akzeptieren, aber auch nicht zu eng zu ziehen gemeinsame Projekte auf Zeit zu entwickeln.¹⁷⁵ Es geht für die politischen Parteien um nicht weniger als darum, in einem wirklichen Aufbruch Neues zu erproben und zugleich Stabilität zu festigen und Überzeugungskraft zu entfalten.

¹⁷⁵ Wissenschaftliche Beobachter, wie der den Gewerkschaften nahestehende Wolfgang Schröder (2021), haben in diesem Zusammenhang die These vertreten, *die Verhandlungen über eine Ampel böten für die FDP eine riesige Chance, sich im Prozess der Regierungsbildung neu zu erfinden. Aus eigener Kraft hätten sie das bisher nicht geschafft.*

Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen müssen dann im Übrigen den jeweiligen Mitgliedern und Wähler*innen der Parteien vermittelbar sein. Vor dem Abschluss eines Koalitionsvertrags wird ja die hohe Hürde von Parteitagsbeschlüssen zu überspringen sein. Man hat hier immer noch gute Gründe zur Skepsis. Würde ein solcher Prozess aber gelingen, wäre das wirklich fast schon ein kleines Wunder der Politik. Für die Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft – und damit auch die Stärkung ihrer demokratischen Ordnung – wäre das zu begrüßen. Angesichts der immensen ökologischen Herausforderungen werden aber Fragen absehbar offen bleiben.

Den Grünen fällt bei all dem im parteipolitischen Prozess eine gewisse Schlüsselrolle zu. Robert Habeck hat die in seinem Buch durchaus klug skizziert. Liest man es, könnte man meinen, geradezu das „Drehbuch“ für den „Film“ in der Hand zu haben, an dem gerade gearbeitet wird, wobei Habeck die Rolle eines der wichtigsten „Regisseure“ zufällt. Eine im Sinne des Umgangs mit den bekannten Machtspielen klug agierende FDP macht ihm das aber nicht leicht. Dass im Übrigen Grüne wie FDP auf ein hohes Maß an Stimmen beider Neu- und Jungwähler*innen verweisen können, kommt hier noch hinzu. Was gegenwärtig Hoffnung machen kann ist, dass alle Parteien mit einem weiterhin beachtlichen Druck sozialer Bewegungen wie *fridays for future* rechnen müssen. Sie erzeugen in der öffentlichen Berichterstattung mittlerweile ja durchaus beachtliche Resonanz. Die ökologischen Krisendrohungen sind inzwischen allenthalben konkret erfahrbar, und die Ergebnisse wissenschaftlicher Analysen dazu sind nicht länger von der Hand zu weisen. Neben dem schwer abzuschätzenden Maß an nüchterner Einsicht von Grünen und SPD in die Unabweisbarkeit, das Vertrauen wichtiger Teile der neu hinzugewonnenen Wählerschaft nicht ganz rasch wieder zu verspielen und der Bereitschaft der FDP, sich dieses Mal doch auf einen neuen politischen Prozess einzulassen, kommt ein weiteres hinzu. Wenigstens Teile der Medien kommentieren die aktuellen Herausforderungen, die sie zu bewältigen haben, unter dem Eindruck der ökologischen Herausforderungen und der Krise der repräsentativen Demokratie, wie sie zuletzt vor allem in den USA sichtbar geworden ist, erkennbar offener.

Man mag bei all dem weiterhin Gründe zur Skepsis haben. Aber man muss sich doch zugleich einen nüchternen Blick auf Chancen bewahren. Dann allerdings gilt es, in den Blick zu nehmen, was sich in der Zivilgesellschaft bewegt. Frieder O. Wolf (2020a) hat in einem Aufruf *Bleibt mutig!* kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie in Richtung auf die neue Ökologiebewegung im Zeichen von *fridays for future* einen Appell formuliert, in dem zugleich größte Skepsis in Bezug auf den von den politischen Parteien geprägten politischen Prozess unserer Gesellschaft zum Ausdruck gekommen ist. Die an anderer Stelle schon zitierte Passage sei hier nochmals zitiert: *Die Aufgabe ist ebenso dringlich - wie unmöglich zu lösen. Und dennoch ist sie immer wieder anzugehen – und es ist dafür zu kämpfen, sie wieder lösbar zu machen.* Und nach einer knappen Skizze der Lage ist er fortgefahren: *Zugleich bleibt es möglich, eine Politik der Aufklärung zu betreiben, um auch die genannten Herrschaftsstruktu-*

ren konkret und wirksam politisch zu thematisieren und dies auf eine Weise, welche die ideologischen Filterblasen durchbricht.

Zu einer solchen Politik der Aufklärung gehört das intellektuelle Engagement Einzelner ebenso wie das Zusammenhandeln Vieler. Es zielt auf die Verknüpfung höchst unterschiedlicher Handlungsansätze. Zu denen gibt es gegenwärtig ein bemerkenswertes Maß sozialer Bewegung. Sie wäre zur Entfaltung von so etwas wie einer neuen ‚Mosaiklinken‘ erforderlich, an die Wolf hier im Blick auf die zu Beginn des Jahres 2020 höchst vage Chance einer rot-grün-roten Alternative gedacht haben mag. Aktuell ist sie kein Thema mehr. Aber der (partei)politische Prozess, der nun nach der Bundestagswahl eingesetzt hat trägt dazu bei politische Lösungswege neu zu eröffnen. Die wichtigsten Veränderungsimpulse kommen aber nach wie vor von den Akteuren aus der Zivilgesellschaft – und dabei geht es dann immer um die Verknüpfung von Antworten auf die ökologischen wie auch die sozialen Herausforderungen der Zeit. Ähnlich wie schon 1968 kommen die stärksten Impulse allerdings von außerhalb der längst Institution gewordenen, ja inzwischen auch schon von erheblichen Prozessen der Entinstitutionalisierung betroffenen Organisationen der alten, vergangenen Arbeiterbewegung. Die Frage ist, ob und wie ein parteipolitisch aus der gesellschaftlichen Mitte heraus initiiertes Aufbruch solche Impulse zukünftig aufnehmen wird.

Viel wird in jedem Fall darauf ankommen, wie möglichst schon während der laufenden Koalitionsverhandlungen neuer öffentlicher Druck aufgebaut werden kann. Überaus wichtig ist in diesem Zusammenhang, ob und wie sich die zivilgesellschaftlichen Akteure – von Fridays for Future über die Sozialverbände bis hin zu den Gewerkschaften in die öffentliche Debatte einmischen werden. Dass auf der anderen Seite Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände ihre Interessen klar artikulieren werden, ist ja sicher. Aus einer dem entfesselten Marktliberalismus gegenüber kritisch eingestellten progressiven Perspektive heraus formuliert heißt das: Soziale Bewegungen waren und bleiben in unserer Gesellschaft unverzichtbar – und was da in jüngerer Zeit als Jugend- und Schülerbewegung mit Fridays for Future entstanden ist, stimmt hoffnungsvoll. Deren Erwartungen werden im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen absehbar in mancher Hinsicht enttäuscht werden. Es ist leider zu befürchten dass es erst noch weiterer großer gesellschaftlicher Krisen und auch katastrophischer Ereignisse bedarf, ehe es wirklich *von hier an anders* werden kann. Es geht heute entsprechend einer Formulierung, die Hannah Arendt schon vor über fünfzig Jahren gefunden hat, wohl wirklich darum, *dass die atlantische Zivilisationsgemeinschaft vermutlich die letzte Chance abendländischer Kultur ist* (Arendt 1974, 278). Und man fühlt sich zugleich an ihren Satz aus *Vita activa* (1967, 266) erinnert: *Die Welt wird nicht von Ideen verändert, sondern von Ereignissen.*

6.5. Statt einer Zusammenfassung zehn Thesen

- (1) Das Wahlergebnis spiegelt eine Grundstimmung, wie sie z.B. die IG Metall mit Ihrem Papier *Sicherheit im Wandel* umrissen hat: Neuaufbruch bei möglichst

viel Kontinuität; mehr Sozialstaatlichkeit und eher moderate Maßnahmen gegen den Klimawandel. Die Gewerkschaften bewegen sich so in einem Rahmen, der ihnen in unserer institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft, die aber unter Erosionsdruck steht, als Institutionen der lebendigen Arbeit durchaus gemäß ist. Olaf Scholz hat diese Orientierung parteipolitisch am überzeugendsten verkörpert: Wahrung von Kontinuität und Aufbruch mit Augenmaß.

- (2) Aber nicht nur die Sozialdemokratie, sondern alle Parteien sind programmatisch hinter der Herausforderung zurückgeblieben, die Ziele der Pariser Klimakonferenz wirklich ernsthaft zu erreichen. Sie haben ihre Wähler*innen daher nicht wirklich mit der Härte der Herausforderungen konfrontiert. Unter den nach der Wahl auf Bundesebene politisch fest etablierten Parteien findet sich am ehesten bei den Grünen eine Verknüpfung von Antworten auf die Herausforderungen der drohenden Klimakrise und der fortschreitenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaft.
- (3) Die drohende Klimakatastrophe war zu Recht ein herausgehobenes Wahlkampfthema. Auch dass klimaneutrales Wirtschaften und soziale Sicherheit zusammengedacht werden müssen, schien unstrittig. Prävention und Demokratie in der digitalisierten Arbeitsgesellschaft waren hingegen kein wirkliches Thema. Arbeitspolitische Antworten auf die weiter fortschreitende Digitalisierung von Arbeit spielten über die Formeln von Innovation und Beschäftigungssicherheit hinaus im Wahlkampf kaum eine Rolle.
- (4) Rot-Grün-Rot tauchte erst sehr spät im Wahlkampf als überraschende Chance auf, die entsprechende thematische Erweiterungen hätte befördern können, war aber im Grunde nie eine realistische Option. Es gibt seit längerem einen schleichenden Bedeutungsverlust der Linken. Für SPD und Grüne war Rot-Grün-Rot deshalb vor allem eine Chance, mehr Druck auf die FDP machen zu können.
- (5) Für die Grünen ging es um einen Aufbruch aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Zu Beginn des Jahres Schwarz-Grün, dann mit der kühnen Hoffnung auf Grün-Schwarz, nun im Rahmen der Ampel. Robert Habecks Buch *Von hier an Anders* macht einen solchen Aufbruch zum Thema: gegen die drohende Klimakrise und für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Zwischenergebnis der Sondierungsgespräche ist beachtlich, aber die harten Verhandlungen beginnen erst jetzt. Man darf gespannt sein, wie viel Aufbruch im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wirklich zustande kommen wird – und man hat immer noch Gründe für Skepsis.
- (6) Habecks Buch liest sich wie ein, zweifellos kluges, „Drehbuch“ zu dem „Film“, der nun in den Koalitionsverhandlungen produziert werden soll. Der ‚Janusköpfigkeit‘ des Kapitalismus wird Habecks Analyse aber nicht wirklich gerecht,

und das an Hannah Arendt geschulte Politikverständnis ist an den (partei)politischen Aufbruch aus der Mitte angepasst. Jeder wirkliche Aufbruch kann jedoch nicht nur aus der viel beschworenen gesellschaftlichen Mitte heraus erfolgen. Er muss die einbeziehen, die schon ‚abgehängt‘ sind – oder weiter abgehängt zu werden drohen.

- (7) An dem Ergebnispapier zu den Sondierungsgesprächen lässt sich die Bedeutung von Habecks „Drehbuch“ sehr klar ablesen. An ihm lassen sich allerdings auch die Grenzen erkennen, die einem parteipolitischen Aufbruch aus der Mitte der Gesellschaft heraus gesetzt sind. Das „Weiter-so“, von Hoimar von Ditfurth schon 1987 zutreffend als Aufruf zu *kollektiver Lernverweigerung* bezeichnet, hat sich erledigt. Aber wir werden noch lernen müssen, dass das uns beherrschende Fortschrittsparadigma einer sehr grundlegenden Überprüfung bedarf und dass das Nachdenken über eine neue, und perspektivisch wohl auch andere, Einbettung der seit Jahrzehnten entfesselten Märkte innerhalb unserer politischen Eliten wohl gerade erst begonnen hat.
- (8) Es geht, das wäre die Grundthese, von der her ich in diesem Aufsatz argumentiere, um einen Aufbruch, der mehr sein muss, als eine gesellschaftliche Modernisierung. Ein gesellschaftlicher Aufbruch, der dem Rechnung tragen könnte, wird heute – so wie das schon immer gewesen ist und sich aktuell an Fridays for Future eindrucksvoll zeigt – aus der jungen Generation heraus forciert – oder in den Worten Albert Camus: *Die Jugend steht immer am gleichen Ufer*. Von der jungen Generation sind die stärksten Veränderungsimpulse zu erwarten. Für sie aber stehen die immensen ökologischen Herausforderungen im Vordergrund.
- (9) Damit ein (partei)politischer Aufbruch die Dynamiken befördern kann, die seine Macher jetzt versprechen, wird es auch zukünftig auf zivilgesellschaftliche Akteure und soziale Bewegungen ankommen – und arbeitspolitisch selbstverständlich auch auf die Gewerkschaften. Dass die sich aber ernstlich links von einer SPD-geführten Bundesregierung positionieren, ist kaum zu erwarten. Es wird weitere „Weckrufe“ brauchen – durch neu eintretende krisenhafte Ereignisse, aber auch durch Impulse, wie sie das FNPA zu geben versucht.
- (10) Es mag sein, dass die aktuellen Veränderungen im politischen Prozess unserer Gesellschaft als eine Art wichtiger Zwischenschritt dazu beitragen können, die beunruhigenden Krisenentwicklungen, denen wir uns gegenübersehen, zukünftig besser lösbar zu machen. Die Chancen, eine wirksame Politik der Aufklärung zu betreiben, scheinen zu wachsen. Es wird aber auch weiterhin darum gehen, die Herrschaftsstrukturen, die unser atlantisches Zivilisationsmodell noch immer prägen, *konkret und wirksam politisch zu thematisieren*. Aber auf dem Weg, dazu *die ideologischen Filterblasen* zu durchbrechen,

die den dringend notwendigen nüchternen Blick auf unsere soziale Wirklichkeit versperren, werden noch viele Hindernisse aus dem Weg zu räumen sein.

Letzten Endes ist die Welt immer ein Produkt der Menschen, ein Produkt des Amor mundi des Menschen. Das menschliche Kunstwerk. Wahr ist immer, was Hamlet sagte: ‚The time is out of joint, the cursed spite that I was born to set it right.‘ Die von den Sterblichen zu ihrer potentiellen Unsterblichkeit erbaute Welt ist stets bedroht. – von der Sterblichkeit derjenigen, die sie gebaut haben, und von der Gebürtlichkeit derjenigen, die kommen, um in ihr zu leben. In einem gewissen Sinn ist Welt immer eine Wüste und bedarf derjenigen, die Anfangende sind, um neu begonnen werden zu können.

Wie die Philosophie, die sich auf den Menschen im Singular bezieht, ernstlich erst dann beginnt, nachdem der Mensch verstanden hat, dass er ja oder nein zum Leben sagen kann, so beginnt Politik, die sich auf den Menschen im Plural bezieht, ernstlich erst heute, da wir wissen, dass wir ja oder nein zur Menschheit sagen können.

Hannah Arendt

7. Zeitenwende – Putins Angriffskrieg, das Ende geopolitischer Denkschablonen und die Herausforderung, dies alles zu verstehen

7.1. Zeitenwende

Der von Wladimir Putin befohlene Angriffskrieg auf die Ukraine, 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder ein Landkrieg mitten in Europa, bedeutet eine Zeitenwende. Für einen freien Publizisten und Linksintellektuellen wie mich heißt das zunächst einmal, alle Anstrengungen darauf zu richten, angemessen zu verstehen, wie es zu dieser Lage kommen konnte – und wo ich selbst ihre Ursachen viel zu lange verkannt habe. *Verstehen aber ist*, wie Hannah Arendt (2002, 331) schreibt, *die spezifisch politische Weise des Denkens*.¹⁷⁶ Der Umstand, dass Viele, nicht zuletzt in der politischen Linken hierzulande Putins Angriffskrieg noch bis zum 21. 02. für ganz und gar undenkbar gehalten hätten, zwingt seit dem, 24. Februar 2022 dazu, grund-

¹⁷⁶ Verstehen meine ich hier in exakt dem Sinne, in dem Hannah Arendt in dem berühmten Gaus-Interview vom 28.10. 1964 davon gesprochen hat: *Ich muss verstehen. Zu diesem Verstehen gehört bei mir auch das Schreiben. Das Schreiben ist Teil in dem Verstehen (...) Wenn es mir dann gelingt, es im Schreiben adäquat auszudrücken, bin ich auch wieder zufrieden. (...) Ich selber wirken? Nein, ich will verstehen. Und wenn andere Menschen verstehen, im selben Sinne, wie ich verstanden habe – dann gibt mir das eine Befriedigung, wie ein Heimatgefühl.* In einer Lage, die seit der Anerkennung der sogenannten ‚Volksrepubliken‘ am 22. 02. auf Seiten professioneller Beobachter durch kurze Schockstarre, bei einigen offen eingestandene Ratlosigkeit und dann – für journalistische Beobachter unumgänglich - die berichterstattende und begleitende Kommentierung von Kriegsausbruch und –Verlauf zur Folge hatte, heißt das: möglichst unvoreingenommene Arbeit an einem solchen Verstehensprozess. Mein Essay, noch unter dem Titel *Ratlos in der Eiszeit? Ukraine-Krise, fatale Folgerichtigkeit der aktuellen Entwicklung, neue Einsichten, Perspektiven* am 28. 02. auf meiner Homepage eingestellt, war dazu ein erster Schritt zu einer neuen, halbwegs tragfähigen Einschätzung der Lage. Auf seiner Grundlage - und zugleich die Dramatik von sich fast täglich überschlagenden neuen Ereignissen und Kommentaren verfolgend, die zu deren Verständnis erweiterte oder neue Blickwinkel eröffnen -, habe ich nun diesen Aufsatz geschrieben.

legend neu nach-zudenken – und zugleich haben sich die Ereignisse zunächst geradezu überschlagen.

Auch Heft 03/2022 der Zeitschrift *Sozialismus* konnte ihnen nur hinterherhinken. Darin, noch vor Beginn der russischen Invasion geschrieben, findet sich ein einziger Artikel zu dem sich anbahnenden, vom US-Geheimdienst seit langem vorausgesagten *Russland-Ukraine-Nato-Konflikt* (Steinfeld 2022a). In einer Fußnote - vermutlich ganz zuletzt eingefügt, als der Artikel schon geschrieben war - wird auf Putins Erklärung zur Anerkennung der beiden sogenannten „Volksrepubliken“ verwiesen. Im Übrigen bewegt sich der Artikel ganz im Rahmen der gewohnten geopolitischen Denkschablonen, geprägt durch: (1) kritische Untertöne zu USA und NATO, (2) implizites Verständnis für die russische Sicht auf die NATO-Osterweiterung - bei immerhin einer kritischen, letztlich aber verharmlosenden Bemerkung zu *autoritären kleptokratischen Strukturen* und der *Vermischung von wirtschaftlichen, politischen und persönlichen Strukturen* dort, (3) noch Hoffnung auf Verhandlungslösungen und (4) einiges Lob für die diplomatischen Bemühungen von Olaf Scholz und Emmanuel Macron. Zur allgemeinen Lageeinschätzung kann man schließlich lesen (a. a. O. S. 4): *Halten wir uns an die Fakten. Sollte Russland tatsächlich eine Invasion in die Ukraine geplant haben, wäre aus militärischer Sicht ein Überraschungsangriff zur schnellen Schaffung von Fakten die geeignetste Strategie gewesen, so auch General a. D. Harald Kujat*. Da das nicht geschehen sei, könne man davon ausgehen, *dass solch ein Angriff nie geplant war*. Und dann am Ende des Artikels kommt schließlich ein Satz wie dieser (a. a. O.,S. 5): *Sollte die Ukraine - auf den Beistand des Westens vertrauend - sich stark genug fühlen, die Krim zurückzuerobern, würde dies unweigerlich einen russischen Angriff auslösen(!!!)*.

Es geht hier nicht um eine billige, besserwisserische Kritik, nachdem wir alle klüger sind, also auch ich – und nun rasch weiter und besser begreifen mussten, wie unsere Welt nun, nach dieser Zeitenwende zu verstehen ist. Es geht darum, dass andere, lange vorher deutlich klüger gewesen sind – und es geht um die Frage, weshalb die politische Linke, der ich mich weiterhin zurechne, lange mehr oder minder naiv gewesen ist. Einige Wochen später, zur Zeit der endredaktionellen Bearbeitung der ersten Abschnitte dieses Kapitels im April 2022, sieht man sich allerdings zu der Frage genötigt, ob ein Teil dieser politischen Linken dazu bereit und in der Lage ist, angesichts der Herausforderung der Zeitenwende wirklich grundlegend neu nach-zudenken. Pascal Beucker, Stefan Reinecke und Anna Lehmann (2022) sehen die Linkspartei nach der Wahl im Saarland und vor den nächsten Landtagswahlen angesichts von Putins Krieg in einer Existenzkrise. Viele in der Partei sprächen auf Parteiveranstaltungen zwar von einem völkerrechtswidrigen Krieg. Aber das wirke *eher wie eine lästige Pflichtübung*. *Den weitaus größeren Teil ihrer Redezeit verwendeten sie darauf zu sagen, was sie schon immer gesagt haben*, also auf die Kritik an der Nato und deren Osterweiterung und auf die friedenspolitischen Thesen der 1980er Jahre, nun heftig gegen den Nachtragshaushalt von 100 Milliarden Euro gewendet – und diese Einschätzung trifft auch noch im Spätsommer 2022 auf erhebliche Teile der Linken zu.

Das Aprilheft des *Sozialismus* hat in wichtigen Teilen diese Einschätzung bestätigt, seine Leser jedoch eher ratlos zurückgelassen. Joachim Bischoff (2022) etwa bietet nach dem *Überfall Russlands* eine ökonomistische Analyse, in der schon die Formulierung *Wirtschaftskrieg* eine gewisse Reserviertheit gegenüber der Sanktionspolitik der EU signalisiert. Friedrich Steinfeld (2022b), darf sich angesichts des *brutalen Angriffskriegs* Putins sogleich wieder zu Wort melden. Er beginnt seinen Artikel kennzeichnender Weise mit dem Halbsatz *Auch wenn Putin der Aggressor ist*, um dann rasch kritisch zur Geopolitik der Amerikaner zu gelangen und später zu konstatieren, dass nun die Bundeswehr mit dem 100 Milliarden-Programm *hochgerüstet* werde und sich *die BRD zu einem Nato-Musterschüler* mausere. Ein wenigstens beginnendes Nachdenken über eine *Zeitenwende* sucht man vergeblich, und die große Ratlosigkeit der politischen Linken wird überaus sichtbar. Man kann über den Begriff der *Zeitenwende* sicherlich kontrovers diskutieren, aber man sollte ihn keinesfalls in Artikeln, wie den eben angeführten unreflektiert als Hülse verwenden, ohne danach alte Argumentationslinien ernstlich zu überprüfen. Dass sich die Welt nach dem "Epochenbruch" des neoliberalen Rollbacks, so Glawe u.a. 2005, und dann der "Zeitenwende" angesichts der Weltfinanzkrise von 2008 - in der Politik und bei einigen wissenschaftlichen Beobachtern, auch Habermas, wurde das Wort damals auch schon kurzzeitig gebraucht – nun wirklich grundlegend verändert hat, ist nicht zu bestreiten. Also muss man auch grundlegend neu nachdenken! Nur so kann man dazu kommen, neu über Ansatzpunkte für Entspannungs- und Friedenspolitik in einer veränderten Welt nachzudenken.

Wohlthuend hebt sich im April-Heft des *Sozialismus* von einer offenbar heillos festgefahrenen Denke der Abdruck der erweiterten Fassung des Nachwortes von Klaus Dörre zu seinem Buch: *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution* ab. Es ist erfrischend, spricht in Bezug auf Russland und China Klarheit – und er schreibt weiter: *Eine politische Linke, die sich eine bessere Gesellschaft nicht mehr vorstellen kann, die den Sozialismus selbst in der organischen Verbindung mit Demokratie aufgibt, die sich darauf beschränkt, einen 12-Euro-Mindestlohn mit einer 13-Euro-Forderung zu toppen, macht sich, leider, selbst überflüssig*. Allerdings darf man fragen, ob angesichts von Putins Krieg, wie auch schon angesichts der immer bedrohlicher drohenden Klimakatastrophe nicht allererst um so etwas wie eine ‚Vorwärtsverteidigung‘ unseres demokratischen Projekts der Moderne gehen muss, wohingegen es einigermaßen offen ist, wie ein mit der Demokratie *organisch verbundener* Sozialismus eigentlich Gestalt gewinnen und aussehen könnte. Der an den die Menschen sich zurückerinnern, ist ja allenfalls ein Zerrbild gewesen.

Wenn der russische Schriftsteller Wladimir Sorokin am 27./28.02. in der Süddeutschen Zeitung über seine Begegnungen mit *Putin-Verstehern* hier in Deutschland zu dem Gespräch mit einem Alt-Achtundsechziger schreibt, der habe bekannt: „*Mir gefällt euer Putin!*“ – „*Wieso denn das?*“ – „*Er ist stark. Er sagt was er denkt. Und er ist gegen die Amerikaner. Nicht wie unsere Weicheier*“, mag er aus der Erinnerung mehrerer Gespräche heraus bewusst zugespitzt formulieren. Aber was fällt uns Altachtundsechzigern heute zu seiner Schlussfolgerung ein? Sie lautet: *Eine eiserne*

Logik. Die deutsche Erfahrung der Dreißiger scheint diese Europäer nicht klüger gemacht zu haben. Sie deckt sich mit dem was Ilya Budraitskis, ein russischer Linker in einem Interview sagt, das einen Tag nach Beginn von Putins Angriffskrieg auf die Ukraine geführt und am 01.03. auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht worden ist:

Westliche Linke, die bis vor kurzem noch Russland als Opfer dargestellt und von einem ukrainischen «Nazi-Regime» gesprochen haben, tragen jetzt eine Mitverantwortung für den Krieg.

Auch das ist fraglos zugespitzt, trifft aber den Kern. Die politische Linke hat die Totalitarismusanalyse Hannah Arendts ja lange nicht wirklich, und vermutlich immer noch ungern, und nur zur Hälfte hinreichend ernst genommen – ebenso wie die Unterscheidung von irrationalen und rationalem Terror bei Albert Camus. Dass dieser *Terrorismus des Staates* und *rationale Terror* (Camus 2016, 246ff) angesichts eines in Russland nie wirklich aufgearbeiteten Stalinismus über die KGB-Sozialisation eines nun als Diktator kenntlichen Autokraten mit nationalistisch-restaurativem Weltbild weiterlebte, ist jedenfalls verkannt worden. Von sehr vielen Anderen allerdings auch. Von welchen Fakten ist seit dem Frühjahr 2022 also angesichts von Putins Krieg auszugehen?¹⁷⁷

- Der Schleier rational nachvollziehbarer und begründeter geo- und sicherheitspolitischer Interessen Russlands ist mit Putins Angriffskrieg zerrissen. Er mag auch in geopolitischen Denkschablonen denken, und die Nato-Osterweiterung ist da für ihn eine fundamentale Herausforderung. Vor allem aber, und eben auch vor diesem Hintergrund, ist er besessen von der Idee, mit einem Russland, mindestens näherungsweise in den alten Grenzen der UdSSR vergangene herrschaftliche ‚Herrlichkeiten‘ wieder herzustellen.
- Der russische Diktator hat sich den Weg zur Besetzung Kiews und zur Absetzung des gewählten Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zweifellos sehr anders vorgestellt.¹⁷⁸ Aber nun lässt er seine Soldaten nach im Grunde bekannten Mustern handeln. Für jedermann sichtbar hat er Fakten geschaffen, die unsere Welt grundlegend verändern.

¹⁷⁷ Mir ist bewusst, dass die Frage nach der Faktenlage leichter gestellt als beantwortet ist. Manches liegt klar zu Tage, aber sicher ist: die Wahrheit ist das erste, was im Krieg auf der Strecke bleibt.

¹⁷⁸ Ein am Samstag, den 26. Februar bereitgestellter und nicht schnell genug gelöschter Triumphtext der staatlichen Nachrichtenagentur RIA-Novosti belegt das (Heinsohn 2022). Ein Propaganda-Autor namens Petr Akopov verkündet darin – nach einem offensichtlich schusslos erwarteten Spaziergang am 24. und 25. Februar – Moskaus Sieg und das Ende der *nationalen Demütigung* durch Verlust der Ukraine im Dezember 1991, der damit eingetretenen *furchtbaren Katastrophe und unnatürlichen Zerrissenheit*. Putin habe ganz allein *ohne einen Tropfen Übertreibung eine große historische Verantwortung übernommen, um die Lösung der ukrainischen Frage nicht künftigen Generationen aufzuhalsen*.

- Die Bemühungen führender Politiker*innen gegen alte Denkschablonen – die auf beiden Seiten ihre Rolle spielen¹⁷⁹ auf Wandel durch Handel zu setzen, lassen sich im Rückblick leicht kritisieren. Aber hat es in den beiden letzten Jahrzehnten realistische Alternativen wirklich gegeben? Kann jemand sicher sagen, wo der verfehltete Ausgangspunkt für eine stabile europäische Sicherheitsarchitektur gelegen hat, von dem aus der Weg zu der heutigen Konfrontation geführt hat?¹⁸⁰
- Die diplomatischen Bemühungen - langjährig v. a. seitens der Regierung Merkel verfolgt, zuletzt von Emmanuel Macron und Olaf Scholz - lassen sich von heute aus leicht kritisieren. Aber gab es dazu eine Alternative, ehe Putin den Schleier seiner nur vordergründig geo- und sicherheitspolitischen Motive zerrissen hat? Erst in diesem Moment ist es unausweichlich zur schroffen Frontstellung gegen Putins Diktatur gekommen.¹⁸¹ Unsere repräsentativen Demokratien stehen ihm nun als freie Welt gegenüber. Ein Begriff, der für die politische Linke seit Vietnam unter Ideologieverdacht steht, hat plötzlich seine Berechtigung. Gab es auf dem Weg dahin auf Seiten der Linken hinreichend nüchterne Analysen, die weiterhelfen können?
- Die mit Beginn von Putins Angriffskrieg sofortige, bestimmte und geschlossene Reaktion von EU, USA und NATO zeugt davon, dass westliche Spitzenpolitiker nicht unvorbereitet gewesen sind und ihr Handeln für den Fall des Falles seit längerem miteinander abgestimmt haben. Ihre Einschätzungen waren vor

¹⁷⁹ Zbigniew Brzezinski, Sicherheits- und Wahlkampfberater mehrere demokratischer US-Präsidenten und Professor am Zentrum für strategische internationale Studien in Washington, hat die Ukraine schon 1997 *auf dem eurasischen Schachbrett als geopolitischen Dreh- und Angelpunkt* angesehen. *Ohne die Ukraine sei Russland kein eurasisches Reich mehr*. So zitiert ihn Jürgen Wagner (2014) in seiner *Showdown im postsowjetischen Raum* betitelten Analyse des Ukraine-Konflikts von 2013/14, in dem es um die Frage ging, in welchen geopolitischen Einflussbereich die Ukraine zukünftig hinübergezogen werden kann. Der damalige Konflikt wurde in der Ukraine nach der Maidan-Revolution zugunsten einer Westorientierung entschieden. Gegen deren NATO-Beitritt, den die USA damals wollten, gab es in der EU vor allem von Seiten der Bundesregierung klare Vorbehalte, und auch Brzezinski hat zu dieser Zeit wohl davor gewarnt. In Reaktion auf die Maidan-Revolution annektierte Putin die Krim – und seither handelt er, nun offenkundig, folgerichtig und höchst planvoll weiter.

¹⁸⁰ Zu der Lage in den Jahren 2013/14 gehörte u.a. die innere Krise der EU, zu der Jürgen Habermas seinerzeit in der Zeitschrift *Leviathan* eine akademischen Debatte initiiert hat. In deren Zentrum stand die Herausforderung zur Stärkung unserer repräsentativen Demokratie. Der Blick war nach innen gerichtet. Nur beiläufig, aber höchst pointiert, hat Habermas damals von einer *weltpolitisch verfehlten Rolle der EU* gesprochen. Diese Bemerkung zielte sicherlich über die Forderung nach aktiveren Bemühungen um eine neue europäischen Sicherheitsarchitektur hinaus – und ob und wie sie die heute klar sichtbaren spezifischen Kontinuitäten des Totalitarismus aus stalinistischer Zeit im Blick hatte, wissen wir nicht -, aber die zeitliche Nähe zu den damaligen Ereignissen in der und um die Ukraine springt ins Auge.

¹⁸¹ Alexander Kluge (2022) hat in einem bei Zeit-Online veröffentlichten Interview auf höchst allgemeiner Ebene festgestellt, dass niemand einen Krieg beherrschen könne und dass man auf den abarischen, also den gewaltfreien Punkt als den Anfangspunkt der Konfrontation zurückgehen müsse. Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze (2022) formuliert auf nüchtern-realpolitischer Ebene: *Was wir brauchen, ist Stabilität. Was wir brauchen ist irgendein dreckiger Deal!* Ich kann als wissenschaftlicher Beobachter vom Diktator Putin sprechen. Unsere Politiker müssen weiter vom Präsidenten Putin sprechen – und auch mit ihm!

Ausbruch dieses Krieges in Europa offenkundig realistischer als die Vorstellungen auf Seiten Vieler innerhalb der politischen Linken.

- Die beschlossenen wirtschaftlichen Sanktionen, die Waffenlieferungen in die Ukraine und auch die sicherheitspolitische 180-Grad-Wende, die die Bundeswehr mittelfristig zu einer verteidigungspolitisch handlungsfähigen Armee machen soll, kann man nach Putins ‚Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‘ im Ernst nicht kritisieren. Die Einrichtung des 100 Milliarden Sondervermögens bedeutet noch nicht die Ingangsetzung einer Rüstungsspirale.
- Putins Angriffskrieg droht immer mehr zu einem schmutzigen Krieg zu werden. Man hatte schon in Tschetschenien und zuletzt in Syrien die Bereitschaft zu einer wahrhaft menschenverachtenden Kriegsführung sehen können. Nun erleben wir dies fast mitten in Europa. Man kann jetzt kaum ertragen, worüber man in Syrien eher hinweggesehen hat (SZ 08.03. 2022). Aber man muss nachdrücklich sagen: Die zugleich entschlossene und besonnene Politik der NATO ist angesichts der Gefahr von nicht mehr kontrollierbaren Eskalationsstufen richtig.¹⁸²
- Die Ukraine war ganz sicher kein demokratisches Musterland. Nicht ohne Grund wird sie im Korruptionsindex von Transparency International im Jahr 2021 hinter 121 anderen Staaten geführt, in denen es mehr oder weniger gut oder, das dürfte überwiegend zutreffen, weniger schlimm steht. Korruption und Oligarchen prägten da also immer noch die politische Wirklichkeit mit. Aber das Land befand sich, ganz anders als Russland, auf dem Weg zu einer funktionierenden repräsentativen Demokratie und zu Rechtsstaatlichkeit.
- Putins Angriffskrieg ist vermutlich nicht zuletzt auch hierin motiviert – und er hat nicht zuletzt in dieser Hinsicht die Lage radikal verändert. Armee und Bevölkerung der Ukraine führen nun einen Kampf um ihre politische Freiheit – erbittert und mit bewundernswerter Moral. Anders als vom militärisch überlegenen Aggressor erwartet, erscheint der Kriegsausgang offen – und sechs Monate nach seinem Beginn halten einige Beobachter inzwischen sogar eine Wende zugunsten der Ukraine für möglich. Dass Putin einen Frieden zu auch nur ansatzweise seinen Bedingungen erreichen kann, kann angesichts des Widerstands, auf den er trifft, als ausgeschlossen gelten – jedenfalls dann, wenn die westliche ‚Hilfe Ukraine anhält. Man wartet, hofft auf erste diplomatische Lösungsschritte – und erkennt, dass Putins Kalkül dem auch nach sechs Monaten offenbar entgegensteht.

¹⁸² Der Vorschlag der polnischen Regierung vom 08.03., MiG-29-Kampffjets via Ramstein an die Ukraine zu liefern – augenscheinlich ohne Vorabstimmung mit der Regierung der USA unterbreitet, die ihn dann abgelehnt hat – unterstreicht nachdrücklich wie heikel die Gratwanderung ist, zu der die Politik der NATO nun gezwungen ist.

Es geht in der Haltung zu Putins Krieg auch um die Verteidigung des seit dem zweiten Weltkrieg geltenden Völkerrechts, um die große Bereitschaft und Fähigkeit den in wachsenden Millionenzahlen flüchtenden Menschen zu helfen – und zugleich auch darum, dass wir bemerken könnten, dass es in Europa Flüchtlinge ‚erster‘ und ‚zweiter Klasse‘ gibt. Zugleich müssen weiterhin politische Auswege gesucht werden, muss versucht werden die Haltung der Regierungen in China und Indien zu beeinflussen - zu sehen, dass in China eine ganz eigene Mischung von stalinistischer Prägung der politischen Elite und einer Jahrtausende alten konfuzianischen Denktradition im Hintergrund des dortigen geopolitischen Denkens wirksam ist. Die Liste ist auch damit immer noch nicht vollständig. Klar aber ist: Wir erleben wirklich eine *Zeitenwende*. Seit dem 24.02. 2022 ist nichts mehr so, wie es zuvor gewesen ist.

7.2. Ratlos in der Eiszeit? Putins Krieg, fatale Logiken alten geopolitischen Denkens, neue Blickwinkel

Putins Angriffskrieg hier in Europa - 82 Jahre nach dem mit dem Hitler-Stalin-Pakt vorbereiteten Überfall Nazideutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg begonnen hat, und 77 Jahre nach dessen Ende - hat unsere Welt verändert. Spontan mag der gewohnte geopolitische Blickwinkel nahe gelegen haben – denn der hat in den letzten 77 Jahren das Handeln der politischen Eliten auf Seiten aller großen Weltmächte immer ganz wesentlich geprägt. Und da sollte unstrittig sein, dass das geopolitische Handeln der USA durchaus auch Kalkülen gefolgt ist, die Putins rückwärtsgewandtem und skrupellos machtpolitischem Denken, sozusagen ‚Nahrung‘ gegeben haben.

Politisch links stehende Intellektuelle hatten immer einen besonders kritischen Blick auf die USA. Man wusste: deren politische Elite ist seit Ende des Zweiten Weltkrieges bei ihren geopolitisch begründeten Entscheidungen im Blick auf die erklärten eigenen demokratischen Werte, die man selbst sehr ernst nahm, nie skrupulös gewesen, wie sich im Falle Lateinamerikas leicht zeigen lässt (Chomsky 2017). Bei Eintritt in kriegerische Handlungen sind auch US-Amerikanische Politiker immer wieder zu Lügen bereit gewesen. Vom Vietnamkrieg bis hin zu den beiden Golfkriegen ist das bekannt und dokumentiert. Arendt (1971) hat die Analyse der Pentagon-Papiere zu ihrem Essay über *die Lüge in der Politik* veranlasst. Darin weist sie nach, dass und wie es auch in demokratisch verfassten Staaten mit politischer Öffentlichkeit zu Verkettungen von *Selbsttäuschung, Täuschung, Lüge und Ideologisierung* kommen konnte, die am Ende allzu leicht bis zum *Wirklichkeitsverlust* führen.

Nun sind wir mit wahrhaft dramatischen Folgen eines solchen Wirklichkeitsverlustes in der Führung eines zur Diktatur gewordenen Landes hier in Europa konfrontiert. Wir sind deshalb gefordert, grundlegend neu nach-zudenken – und man kann sich als politisch engagierter Intellektueller nicht wegducken, indem man sich etwa auf sein wissenschaftliches Spezialgebiet beschränkt.¹⁸³ Auch wenn ich in etlichen persönli-

¹⁸³ Ich habe als Sozial- und Politikwissenschaftler lange Jahre auf den Feldern von Arbeitsforschung und –Politik gearbeitet, aber im letzten Jahrzehnt zunehmend auch als Generalist. Ich verfüge also in Fragen der Außen,

chen Gesprächen bemerke, dass angesichts der aktuellen Drohungen mein Nachdenken über grundlegende Fragen fast als Luxus, u.U. geradezu als Zumutung verstanden wird, da sich doch alle Aufmerksamkeit darauf richten müsse, wie Politik nun unmittelbar richtig reagieren könne, kann ich mich genau dieser Herausforderung nicht entziehen.

Was man als erstes sehen kann ist: die Grundannahme, dass (Geo)Politik wesentlich nach rationalen Überlegungen und entsprechend nachvollziehbaren Interessen verläuft, hat sich spätestens mit Ausbruch dieses Krieges als falsch erwiesen. Solcher geopolitischer Interpretationsrahmen ist zu eng. Wenn etwa Herfried Münkler (2022), in ersten Schlussfolgerungen erklärt hat- geäußert wenige Tage nach Kriegsbeginn in einem Gespräch im Studio 9 im Deutschlandfunk -, dass unsere eine Welt mit Putins Angriffskrieg in Europa unausweichlich in die Zwänge einer neuen Geopolitik geraten ist – die, das wäre anzufügen, alt vertrauten Mustern folgt - und in der wir Europäer so gut wie keine Rolle mehr spielen können, musste das zusätzlich ratlos machen. Unsere Spitzenpolitiker handelten zum Glück klüger.

Als zweites wird klar: Es geht immer auch um Leidenschaften – also hier, in der Folge der Besessenheit des Machthabers im Kreml von seiner Vorstellung einer wieder herzustellenden russischen Größe, nun um Leiden von Millionen von Menschen. Und beim Bemühen um kühl abwägende Analysen kommt dann sofort auch persönliche eigene Betroffenheit zwingend mit ‚ins Spiel‘. Ganz generell gilt also die Einsicht Denis Diderots, des philosophischen Kopfes der radikalen Französischen Aufklärung, demzufolge die Passion immer vorangeht.¹⁸⁴

Zum Dritten wird man an die Feststellung von Norbert Elias erinnert, dass der Prozess der Zivilisation sich immer noch als Ganzes ungeplant vollzieht – und an eine grundlegende Einsicht von Alexander Kluge, dem großen Erzähler vertikaler Geschichten, eine Einsicht, die eben nicht nur auf die Analysen unserer geschichtlichen Vergangenheit anzuwenden ist: wir müssen bemerken, dass, was heute geschieht und was unsere Zukunft weiter beeinflussen wird, in der Vergangenheit geboren

Geo- und Sicherheitspolitik über keine spezialwissenschaftliche Expertise. Mir ist an Daten zugänglich, was man sich als Bürger dieses Landes verschaffen kann.

¹⁸⁴ Ähnlich wie Immanuel Kant setzt Diderot zwar darauf, dass der Mensch als vernunftbegabtes Wesen mit der Freiheit ‚eine Kette neu beginnen zu können‘ ausgestattet ist; aber er sieht als Philosoph – auf Psychologie als Wissenschaft kann er noch nicht zurückgreifen - von seinem monistischen Naturalismus aus in der *Vernunft eine körperliche Funktion mit einer Neigung zum metaphysischen Größenwahn* (Blom 2010. 297). Philipp Blom (a. a. O. 15) fasst Diderots Position wie folgt zusammen: *Die Natur drücke sich durch starke und blinde Leidenschaften aus, die eigentlichen Antriebskräfte des Daseins. Sie könnten mittels Vernunft vielleicht gelenkt werden, so wie ein Segel ein Schiff durch unwiderstehliche Winde und Strömungen eines Ozeans steuern, aber die Vernunft gehe immer an zweiter Stelle, sei schwächer als die Passion.* Die Trennung von Leidenschaften und Interessen ist, wie Albert O. Hirshman (1980) gezeigt hat, zwar eine wesentliche *Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg* gewesen, die die dem Adel zugeschriebenen starken Leidenschaften sozusagen ‚aus dem Spiel‘ nehmen sollte: und erst Marx hat dann, wie Hannah Arendt (2002, 86) schreibt, *Interesse und Bedürfnis* gleichgesetzt und so beide Begriffe *objektiviert*, wobei *die Politik* allerdings *weit davon entfernt* geblieben sei, ‚objektiver‘ gemacht zu werden.

worden ist.¹⁸⁵ Wir können heute wissen, dass das Zeitfenster, das noch Chancen bietet, dem *Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit* zu begegnen¹⁸⁶, nicht mehr allzu lange offen stehen dürfte. Die vor uns liegenden Risiken sind noch einmal erschreckend größer geworden; vielleicht aber wachsen gerade auch neue Chancen.

Zum Vierten kann jede Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine gegenwärtig nur so etwas wie eine „rasch verderbliche Ware“ sein. Die Blickwinkel auf die aktuelle Lage erweitern sich täglich – und neue Perspektiven kommen hinzu. Man möchte nicht in der Lage derer sein, die jetzt politisch handeln müssen. Robert Habecks im Deutschen Bundestag wenige Tage nach Ausbruch des Krieges zu den von der Bundesregierung beschlossenen Reaktionen getroffene Feststellung: *Die Entscheidung ist richtig, aber ob sie gut ist, das weiß noch niemand*, ist meines Erachtens eine in dieser Lage zutreffende und zutiefst ehrliche Aussage gewesen, wie man sie so selten aus dem Mund eines Politikers hört.

Es geht also um einen neuen desillusionierten und realistischen Blick auf den in Russland herrschenden Autokraten – mittlerweile muss man sagen Diktator - und sein nun offen zu Tage liegendes abschätziges Urteil über unsere westlichen repräsentativen Demokratien. Und es geht zugleich auch um deren eigene krisenhafte Entwicklungen. Es geht weiterhin um die Frage nach wirkmächtigen Kräften, die in historisch weit zurückliegender Zeit 'geboren' wurden und nun gefährlich zur Geltung kommen. Es kommt darauf an, alte Denkmuster und neue Herausforderungen in unserer einen, von ökosozialen Krisenszenarien und nun auch von einem als undenkbar erachteten Krieg, und der Gefahr seiner Eskalation bedrohten Welt in ihrer ganzen Komplexität zusammenzudenken. Und zugleich geht es um unmittelbar notwendige und mögliche Antworten und um neue mittelfristige Perspektiven. Wir haben Vieles zu überprüfen.

Am Ende der zweiten Woche nach Beginn eines als undenkbar erachteten Bodenkrieges in Europa ist es jedem Beobachter schwer gefallen, angesichts eigener Betroffenheit analytische Distanz herzustellen – und vermutlich gab es da immer noch mehr Fragen als Antworten. Nach meiner Überzeugung muss man auf der Suche nach Antworten – zu Ursachen und neuen Perspektiven - zumindest vier weitere Blickwinkel sehr genau ausleuchten.

Als erstes geht es um die demokratische und demokratietheoretische Perspektive. Viele Gründe lassen sich für die These anführen, dass unser demokratisches Projekt der Moderne nach 250 Jahren immer noch am Beginn seiner Entwicklung und seiner Möglichkeiten steht. Folglich gibt es auch gute Gründe für Kritik an den Fehlern und

¹⁸⁵ Ich variiere damit Alexander Kluges Satz: *Es Existiert in der Zukunft etwas, das heute geboren wird*. Kurt Kister (2022) hat ihn in einem Artikel aus Anlass von dessen 90. Geburtstag berichtet. Er ist, wie Kister zu Recht schreibt, für diesen großen Schriftsteller, Fernsehproduzenten, Filmkünstler und Meister eines vertikalen Erzählens charakteristisch.

¹⁸⁶ *Die Gegenwart bläst sich auf. Ohne die Vorgeschichte, die Zukunft und vor allem den Möglichkeitssinn gibt es aber keine Realität*, so heißt es unter anderem in den Ausführungen der edition filmmuseum zu diesem Film. Dessen ursprünglicher Titel lautet: *die Unheimlichkeit der Zeit*.

Halbheiten unserer repräsentativen Demokratie wie auch den in ihnen selbst erzeugten, wachsenden Gefährdungen.¹⁸⁷ Aus dieser wohlbegründeten Sicht gilt es, dieses Projekt weiter voranzutreiben – insbesondere in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft.¹⁸⁸ Aber man kann nicht verkennen: derzeit steht wieder auf dem Spiel, was bislang in den Kämpfen zweier Jahrhunderte schwer errungen worden ist. Autokratische Herrschaftsformen gewinnen auch in etlichen repräsentativ-demokratisch verfassten und regierten Staaten an Boden.¹⁸⁹

Dieser Krieg fällt zum zweiten in eine Zeit, in der unser demokratisches Projekt der Moderne aus ‚systemimmanenten Gründen‘ in eine weiter anwachsende Krise geraten ist. Es gibt zunehmende ökonomische, ökologische, soziale und politische Instabilitäten und wachsende Krisendrohungen. Der Fortschrittsglaube, der das Projekt unserer atlantischen Zivilisationsgemeinschaft gleichsam ‚beseelt‘, bedarf deshalb, der Überprüfung.¹⁹⁰ Fortschritte in den vier oben genannten Dimensionen wird es nur geben, wenn es gelingt, sie politisch herbeizuführen, also durchzusetzen.

Im Blick auf die Herausforderung zu einer großen ökosozialen Transformation haben wir das seit langem gewusst. Ganz kurz nach dem Überfall auf die Ukraine hat der UN-Generalsekretär nach Veröffentlichung des neuen Bericht des Weltklimarates erklärt, das Handeln der Regierungen, die hier noch immer nicht vorangingen, sei „kriminell“ (SZ 01.03. 2022). Und nun ist es eben nicht ‚nur‘ um die drohende Klimakatastrophe gegangen. Uns wird bewusst, dass wir nun auch in der Frage von Krieg und Frieden vor der Herausforderung stehen, das mögliche Ende unseres Anthropozän abzuwenden. Wir werden auch aus diesem Grunde, und das wäre mein dritter Punkt, darüber nachdenken müssen, wie man aus den fatalen Logiken jenes geopolitischen Denkens herauskommen kann, das uns in die gegenwärtige Lage gebracht hat, bzw. darüber wie die EU mit einer anderen Weltpolitischen Rolle den Weltmächten dabei helfen kann, dies zu schaffen. Und das wiederum verweist zurück auf die Halbheiten und Unzulänglichkeiten bei der Verwirklichung unseres demokratischen Projekts der Moderne.

Schließlich wird mit diesem Krieg offenkundig: die großen Herausforderungen der Zukunft sind das eine. Das Lasten eines in den 250 Jahren dieses Projekts nur allzu oft katastrophischen Geschichtsverlaufs auf unserer Gegenwart ist das andere. Dass

¹⁸⁷ Wie schon erwähnt ist Habermas‘ These der Möglichkeit einer ‚Refeudalisierung‘ demokratischer Gesellschaften im letzten Jahrzehnt im akademischen Diskurs breit aufgegriffen worden; und der politisch linker Positionen kaum verdächtige Soziologe Norbert Elias (1985, 107) hat schon sehr viel früher darauf hingewiesen, dass aus den realen oligarchischen Herrschaftsstrukturen in den USA bei größerer Gefährdung der Vormachtstellung der USA *ein diktatorisch regiertes Land, möglicherweise eine Präsidialdiktatur* werden könnte.

¹⁸⁸ Damit wäre ich dann im Kernbereich meiner sozialwissenschaftlichen Kompetenz – und meines arbeitspolitischen Engagements. Siehe dazu u. a. Martens 2019a und 2020a.

¹⁸⁹ Für die im November 1997 in einem Essay formulierte Befürchtung des Liberalen Sir Ralf Dahrendorf, dass ein der Demokratie überdrüssiges neues autoritäres Jahrhundert heraufziehen könnte, lassen sich ein Vierteljahrhundert später leider nur allzu viele empirische Belege anführen.

¹⁹⁰ Siehe zur Wissenschaftsgläubigkeit unserer Zeit Hans Magnus Enzensberger (2002), sowie in diesem Band Kapitel 2.

altes, institutionelles Denken das Handeln von Menschen prägt, in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens, liegt offenkundig zutage – gerade auch da, wo es um das strategische Handeln politischer, militärischer, wirtschaftlicher Eliten geht. Die Frage lautet mithin, ob die einschneidende Erfahrung eines für undenkbar gehaltenen Krieges in der Mitte Europas vielleicht auch die Chance zu einem neuen Denken werden kann.

7.3. Anstöße zum Weiter-Denken

Was ist im Frühjahr 2022 ein vorläufiges Fazit? Aktuell wird eine Dynamik entfesselt, die für viele Menschen in der Ukraine verheerend ist und die europa- und weltpolitisch hohe, schwer zu kalkulierende Risiken beinhaltet. Angesichts der russischen Invasion in der Ukraine sind die Verhältnisse eisig geworden. Die in den meisten Mitgliedsstaaten der EU in immer noch relativ stabilen repräsentativen Demokratien sehen sich herausgefordert. Dass Demokratie nicht exportierbar ist - gestützt auf militärische Mittel und orientiert an einer ökonomischen Logik, die die weitere Spaltung unserer Welt sehenden Auges zulässt oder auch vorantreibt¹⁹¹-, haben wir gerade in Afghanistan erlebt. Und an anderen Stellen unserer einen Welt haben wir es klar vor Augen. Dass zur Verhinderung weiterer ökologisch bedingter Verheerungen zuerst dort, und damit zugleich weiter wachsender Flüchtlingsströme, tiefgreifende Veränderungen unserer eigenen Wirtschafts- und Lebensweise zwingend werden, könnte inzwischen jeder wissen – jedenfalls in den repräsentativen Demokratien unserer *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft*.¹⁹¹

Dass in der Ukraine die Versprechen von Rechtsstaatlichkeit und repräsentativer Demokratie – und sicher auch die Hoffnung auf wirtschaftliche und soziale Fortschritte – dazu geführt haben, dass die Menschen aus den Erfahrungen der ersten Jahrzehnte nach dem Zerfall der Sowjetunion den Weg in die EU autokratischen Lösungen vorgezogen haben, ist unübersehbar. Der entschlossene Widerstand gegen den Angriff einer in allen technischen Belangen weit überlegenen russischen Armee ist anders nicht zu erklären. Er nötigt allergrößten Respekt ab. Der russische Autokrat und Diktator ist davon zweifellos überrascht. Nicht zuletzt auf Seiten der politischen Linken hat kaum jemand damit gerechnet, dass Putin, in den Worten Wladimir Sorokins, vom Hoffnungsträger der Demokratie in solcher Weise *zum imperialen Monster* pervertieren würde. Seine zutiefst demokratieverachtende Gesinnung haben wir nicht wahrhaben wollen. Aus den fatalen Logiken globaler Geopolitiken, die auch noch das Denken führender westlicher Politiker mit prägen – und, wenn man an Donald Trump denkt, sehr schnell demokratische Werte zerstören können, auch weil diese in der US-Amerikanischen Außenpolitik noch nie allein der Maßstab politischen Handelns

¹⁹¹ Ich verwende den Begriff in Anlehnung an Arendt, die bereits zu Beginn der 1970er Jahre schrieb, dass es sich inzwischen herumgesprochen hat, dass die atlantische Zivilisationsgemeinschaft vermutlich die letzte Chance abendländischer Kultur ist (Arendt 1974, 278). Das Schlusskapitel ihres Buches *Über die Revolution*, einer vergleichenden Analyse von amerikanischer und Französischer Revolution, mit dem Titel *Tradition und Geist der Revolution*, ist heute vielleicht aktueller denn je, auch wenn es gilt, in Sachen Arbeit und Demokratie mit Arendt über sie hinauszudenken (Vgl. Martens 2020a, 88-116).

gewesen sind – sollte nun wenigstens für die Zukunft gelernt werden. Und auf Lernprozesse nicht auf Grundlage *vorwegnehmender Erkenntnis möglicher Folgen* politischen Handelns sondern *im Gefolge von Fehlentscheidungen und den bitteren Erfahrungen, die sie mit sich bringen* (Elias a. a. O. 82) darf man ja immer noch hoffen.

Die beachtliche Geschlossenheit und Besonnenheit in den Reaktionen von EU und NATO sind vor diesem Hintergrund zunächst einmal beruhigend. Die unmittelbaren und die weiter absehbaren Folgen der nun eingetretenen Lage sind dies allerdings nicht. Für die USA sind die Folgen einer massiven Sanktionspolitik wirtschaftlich vermutlich leichter zu verschmerzen, als dies in Westeuropa der Fall ist. Das engere Zusammenrücken der Nato hinter den USA wird die politische Elite dort begrüßen. Deren Blick richtet sich ja schon lange vornehmlich in Richtung China – und das wird nun erleichtert werden. In der US-Amerikanischen Bevölkerung wird die veränderte sicherheitspolitische Lage als weniger dramatisch wahrgenommen werden. Für sehr viele Menschen dort, ist Europa so weit entfernt, wie das von hier aus der Jemen, der Sudan oder auch das uns geographisch schon viel näher liegende Syrien sind. Und in dieser politisch gespaltenen Nation ist in den Medien und in der Bevölkerung ein wirklich kritischer Blick auf Putin ja alles andere als selbstverständlich. Die in hohem Maße personalisierende und polarisierende politische Berichterstattung in den USA (Rehfeld 2022) und der Umstand, dass Donald Trump es sich noch nach dem 22.02. erlauben konnte – eben vor dem Hintergrund solcher Öffentlichkeit -, Putin als sehr klugen, fast genialen Politiker zu bezeichnen, um sich selbst so als der ihm besser gewachsenen Politiker zu präsentieren, ist tief beunruhigend.

Doch hinter der großen Geschlossenheit wäre über Differenzierungsnotwendigkeiten neu nachzudenken, etwa im Verhältnis zwischen den USA und der EU – wofür die Chancen zunächst allerdings eher blockiert sind. Gleichwohl könnte mittelfristig eine jeweilige Eigenständigkeit innerhalb der NATO auch offener beurteilt werden. Was folgt aus der veränderten US-Amerikanischen Prioritätensetzung im Blick auf China, oder auch aus verstärkten gemeinsamen Verteidigungs- und Rüstungsanstrengungen der EU, wie sie nach nur wenigen Tagen von verschiedener Seite lautstark gefordert und am 27. 02. für die Bundesrepublik auch schon verkündet worden sind? Was folgt aus einem engeren Zusammenrücken der Staaten der EU angesichts eines nun anwachsenden Verständnisses dafür, dass demokratische Freiheiten nicht selbstverständlich, vielmehr Ergebnis eines seit mehr als zwei Jahrhunderten andauernden Kampfes um demokratische Rechte sind? Bekommen eher ‚zarte‘, jüngere Debatten im Feld von Arbeit und Demokratie sowie allgemein darüber, dass unsere repräsentative Demokratie vielleicht doch nicht das letzte Wort der Geschichte in Sachen Demokratie sein darf, zusätzlichen Auftrieb, oder drückt die Wucht der Ereignisse sie nun eher bei Seite? Bedeutet die veränderte energiepolitische Lage zusätzliche Schubkraft für die ökosoziale Transformation, oder entziehen deutlich erhöhte Rüstungsausgaben dringend benötigte Ressourcen? Und vor allem: was bedeuten solche neuen Prioritätensetzungen für den politischen Umgang mit sozialen Spaltungsprozessen hier in unserem Land? Dass es kein *Ende der Geschichte* gibt (Fukuyama 1989/1992), liegt heute klar zu Tage. Die damit drohenden Instabilitäten

und neuen Risiken fordern zwingend dazu heraus, die zutiefst veränderte Lage sehr grundlegend neu zu durchdenken. Das gilt gerade auch für die politische Linke.

Das ‚Weiter-So‘ des herrschenden Politikbetriebs stößt nicht nur ökologisch auf Grenzen, die uns nach allem unserem naturwissenschaftlichen Wissen schlicht und ergreifend gesetzt sind. Ökologische Nachhaltigkeit erfordert eine ziemlich grundlegend andere Art zu wirtschaften. Vorstellungen stetig weiteren Wirtschaftswachstum und eines schier Grenzenlosen wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind, wie in Kapitel 2 gezeigt, teils geradezu irrwitzig, teils zumindest höchst zweifelhaft. Soziale Nachhaltigkeit setzt voraus, die derzeit stetig forcierten sozialen Spaltungsprozesse umzukehren. Politische Nachhaltigkeit erfordert eine Weiterentwicklung unserer repräsentativen Demokratie, von der besten aller schlechten Herrschaftsformen hin zu einer Lebensform, an der alle aktiv teilhaben können. Und das geopolitische Denken in alten machtpolitischen Mustern bleibt letztlich immer noch befangen in den Vorstellungen einer Vergangenheit, die wir endlich hinter uns lassen müssen.

Ich habe zu Beginn von Abschnitt 2 dieses Kapitels mit harscher Kritik auf die vermeintlich realistische, uns ihm zufolge gleichsam aufgezwungene Einschätzung Münklers reagiert, dass unsere eine Welt mit Putins Angriffskrieg in Europa unausweichlich in die Zwänge einer neuen Geopolitik geraten sei und in der die EU so gut wie keine Rolle mehr spielen könne. Man kann gegen solchen ‚Realismus‘ argumentieren und sagen, dass die Ukrainer uns gerade vor Augen führen, dass im Kampf gegen einen scheinbar übermächtigen Diktator uns Menschen die Fähigkeit zu Handeln eigen ist und *dass es in Fragen der Herrschaft tatsächlich eine vitale Dialektik gibt, die aus der Kraft gemeinsamen Handelns resultiert*. Kia Vahland (2022) hat das Zu Anfang März 2022 in einem Kommentar der Süddeutschen Zeitung mutig zu schreiben gewagt, als der Ausgang von Putins schmutzigem Krieg völlig offen und eine militärische Niederlage der Ukraine keineswegs ausgeschlossen schien. Vahland hebt in diesem Artikel die potenzielle Kraft des Zusammenhandelns hervor – und verweist dabei auf Arendt. Man darf dann auch daran erinnern, dass Arendt angesichts des Ungarnaufstandes von 1956 - neben Cornelius Castoriadis (2016), der die Ungarische Revolution zwanzig Jahre später, noch einmal neu und, ganz in radikalsozialistischer Tradition, höchst emphatisch gefeiert hat- zu den wenigen gehört, die diesen radikaldemokratischen Aufstand in der Traditionslinie eines Jahrhunderts der Revolutionen in Europa gewürdigt hat. Castoriadis‘ Vorstellung einer Einheit von Reflexion und Aktion im einmaligen revolutionären Akt ist allerdings grundlegend problematisch - und in einer seit 1956 ungleich komplexer gewordenen, global vernetzten Welt kann es nur um sukzessive Veränderungs- und Transformationsprozesse gehen.¹⁹² Und angesichts der Ungeheuerlichkeit eines erneut nationalistisch begründeten Angriffskrieges in Europa hat man heute wahrhaftig keinerlei Grund zu Emphase. Zudem hinken historische Vergleiche ohnehin immer. 1956 war die Welt, ideologisch gespalten, in Machtblöcke im kalten Krieg unantastbar aufgeteilt. Heute haben wir es mit dem Wiederaufleben restaurativ-nationalistischen Denkens autokra-

¹⁹² Zu einer konstruktiv-kritischen Auseinandersetzung mit Castoriadis‘ siehe Martens 2020, 117-146.

tischer Herrscher zu tun und mit einem Angriffskrieg auf einen autonomen Staat, der flächenmäßig der zweitgrößte in Europa ist. All dies bei Fortexistenz geopolitischer Einflusszonen und Machtkalküle, die in den verschiedenen Teilen der Welt vor dem Hintergrund unterschiedlicher Verknüpfungen von ökonomischen, historischen und schlicht machtpolitischen Gründen wirksam sind.

Im Falle der russischen Invasion in die Ukraine würde ich mit Wladimir Soronin dafür halten, dass der durch seinen Krieg demaskierte Putin *geliefert ist*. Eine diskussionswürdige, ziemlich radikale These zu der Zeitenwende, die wir gerade erleben, könnte daran anschließend lauten: Europa ist die Weltregion, in der beides seinen Ursprung hat, das demokratische Projekt unserer Moderne¹⁹³ ebenso wie die industriellen Revolutionen in einer kapitalistisch geprägten Wirtschaft mit den darauf beruhenden imperialen Machtpolitiken des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die wirken u.a. auch bis in die heutige Geopolitik der USA hinein weiter fort. Der Schock eines neuerlichen Krieges in Europa könnte die Grundlage dafür bilden, wirtschafts- und außenpolitische Konzepte zu entfalten, die sich als Antwort auf und Gegenentwurf zu den Jahrhunderten verfehlter imperialer Politik erweisen könnten. Er könnte ebenso der Impuls für einen Schritt zu einer Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie von einer Herrschafts- zu einer Lebensform werden – einen Schritt der Überfällig ist und dessen Vorschein eine Denkerin wie Arendt schon in der weltweiten Bewegung von 1968 zu sehen gemeint hat.¹⁹⁴

Solche Überlegungen mögen manchen als geradezu unangemessen euphorisch erscheinen. Immerhin ist schon im Zeichen einer drohenden Klimakatastrophe das mögliche Ende unseres Anthropozän zum Gegenstand wissenschaftlicher Debatten geworden – und nun kommen Fragen von Krieg und Frieden mitten in Europa hinzu. Man kann aber auch sagen, dass gerade in solcher Lage immer mehr dafür spricht, dass, so Oskar Negt (2016), heute allein noch Utopien realistische Auswege aus einer Lage eröffnen könnten, in der wir alle zunehmend in Sackgassen geraten – oder, wenn wir diesen schwierigen Begriff vermeiden wollen, dass es jedenfalls immer mehr darauf ankommt, unseren Möglichkeitssinn zu schärfen. Die andere, nur vermeintlich realistische Alternative dazu läge darin, sich sozusagen mit *Schopenhauer als Erzieher* (Nietzsche 1981) und mit dem aristokratisch-elitären Denken Friedrich Nietzsches als agnostischer Beobachter eines ungeheuren, sinnvoller menschlicher Gestaltung nicht zugänglichen Weltgeschehens ins *eisige Hochgebirge* philosophischen Denkens zurückzuziehen. Solcher Rückzug stünde, Nietzsches aristokratisch-elitärem Denken entsprechend, nur wenigen offen – und wäre in Wahrheit Resignation. Sie überließe Diktatoren wie Putin und (noch) verhinderten Autokraten wie Donald Trump das Heft des Handelns, das bisher noch immer von geopolitischem

¹⁹³ Das gilt jedenfalls gedanklich oder Ideengeschichtlich für die Französische und europäische Aufklärung. Praktisch kam dann zwar die amerikanische Unabhängigkeitserklärung mit einer ersten Verkündung allgemeiner Menschenrechte vor der Französischen Revolution, doch erst mit letzterer betrat die Demokratie nach über 2000 Jahren praktisch von Neuem höchst wirkungsvoll die politische Bühne.

¹⁹⁴ *Mir scheint, die Kinder des nächsten Jahrhunderts werden das Jahr 1968 einmal so lernen wie wir das Jahr 1848*, schrieb sie damals in einem Brief an Karl Jaspers (Blume u.a. 2020,14).

Machtdenken geprägt gewesen ist. Wer so dächte, würde Nietzsches Aphorismus *Der Irrsinn ist bei Einzelnen etwas Seltenes – aber bei Gruppen, Parteien, Völkern, Zeiten die Regel* (Nietzsche 2008,149) als unabweisbar ‚ewig‘ gültig ansehen und könnte nur noch gelassen, weil immer noch in privilegierter Lage, das Ende unseres Anthropozän abwarten. Denkt man aber Nietzsche in der Tradition des mittelmeerischen Denkens Albert Camus‘ weiter, verbietet sich dieser Blick auf den *Irrsinn der Menschen der im Untergang der Menschheit endet* (Camus1957a, 67). Der Autor des *Mythos des Sisyphos* formuliert dagegen:

Es ist dies – also die Arbeit gegen den Irrsinn an – in Wahrheit eine Aufgabe ohne Ende. Doch wir sind da, um sie fortzusetzen. Ich glaube zu wenig an die Vernunft, noch an irgendeine Philosophie der Weltgeschichte, um mich dem Fortschritt zu verschreiben. Doch ich glaube wenigstens daran, dass sich die Menschen über ihr Schicksal immer bewusster geworden sind. Wir haben unsere Lage keineswegs überwunden, aber wir erkennen sie besser. Wir wissen uns in Widersprüche verstrickt, doch wir wissen auch, dass wir diese Widersprüche ablehnen und alles daran setzen müssen, sie zu verringern. (...) Dies ist natürlich eine übermenschliche Aufgabe. Doch man nennt jene Aufgaben übermenschlich, die den Menschen lange Zeit kosten, sie zu erfüllen. Das ist alles (Camus 1967b,41f).

Wir mögen heute das Problem haben, dass wir wieder einmal in zunehmend finstere Zeiten geraten, und wir können dabei bemerken, wie in der Einleitung zu diesem Aufsatz betont, dass was heute geschieht und was unsere Zukunft weiter beeinflusst, in der Vergangenheit geboren worden ist. Wir sollten heute zudem wissen, dass das Zeitfenster, das noch Chancen bietet, dem *Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit* zu begegnen, nicht mehr allzu lange offen stehen wird. Umso mehr gilt es, die verbleibende Zeit zu nutzen und unseren Möglichkeitssinn zu schärfen, um die vor uns liegenden Herausforderungen politisch anzugehen - und die von Camus als *übermenschlich* charakterisierte Aufgabe zu bewältigen.

7.4. Sechs Monate nach Beginn des Krieges – Versuch einiger Thesen angesichts der prinzipiellen Nichtbeherrschbarkeit eines Krieges

Putins Krieg dauert am 24., August 2022 schon sechs Monate an. Wie er ausgehen wird, ist weiterhin offen.¹⁹⁵ Wann er endet ist nicht absehbar. Keine der beiden Kriegsparteien hat das allein in der Hand. Der völkerrechtswidrige Überfall auf die Ukraine ist zu einem immer schmutzigeren Krieg geworden. Nach den Erfahrungen in Tschetschenien und Syrien kann das niemanden überraschen. Aber dass dies auch mitten in Europa möglich ist, hat viele schockiert. Schocks allerdings sind, sozusagen definitionsgemäß stets von kurzer Dauer (Nassehi 2022). Die Frage, was

¹⁹⁵ In der zweiten Septemberwoche führt eine Ukrainische Gegenoffensive zu bemerkenswerten Erfolgen. Manche Beobachter beginnen von einer Wende zu sprechen. Ich werde mich hierzu an keinen Spekulationen beteiligen. Das entspricht der Grundlinie meiner Argumentation in diesem Abschnitt, und ich kann zudem unmöglich über hinreichendes Spezialwissen verfügen.

aus dem Einbruch von Gewalt folgen wird, ist offen. Mit Recht hat der Historiker und Osteuropa-Experte Karl Schlögel (2022) konstatiert, dass es in Zeiten von *Katastrophen- und Ruinenlandschaften eine unermesslich große Nachfrage* nach Cassandra oder dem Propheten gebe und dann mit gebotener Skepsis hinzugefügt:

...das Ordnen der Welt nach Zeitenwenden und Zäsuren sagt vielleicht nicht so sehr etwas aus über den wirklichen geschichtlichen Verlauf mit seinen Brüchen und Kontinuitäten, sondern mehr über das Ordnungsbedürfnis derer, die die Geschichte in eine Ordnung bringen wollen. Ein schwerer Schock für die Vorstellung eines linear oder gar teleologisch ablaufenden Geschichtsprozesses, der out of control, aus dem Ruder gelaufen ist, sich gleichsam programmwidrig verhalten hat.

Hinzu kommt, dass dieser Krieg immer noch ein nicht kalkulierbares Eskalationspotenzial entbinden könnte.¹⁹⁶ Folgerichtig sind in den Debatten über ihn Emotionen in hohem Maße im Spiel. Grund genug, sich einigen der Autoren zuzuwenden, die sich dem Thema Krieg als Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion mit seltener Nüchternheit und Sachlichkeit zugewandt haben. *Man müsste jetzt wahrscheinlich Clausewitz „Über den Krieg“ lesen und zurate ziehen*, hat Schlögel Anfang Mai 2022 in seinem Vortrag bei den Frankfurter Römerberg-Gesprächen gesagt.

Oskar Negt und Alexander Kluge (1981) beginnen in *Geschichte und Eigensinn* ihre Untersuchung über *Krieg als Arbeit* (a. a. O 797-860) mit der Feststellung, dass das gesellschaftliche Verhältnis des Krieges nicht untersucht sei. Die Veröffentlichung ihres Buches liegt vierzig Jahre zurück. Aktuell hat Kluge aus Anlass des Ukraine-Krieges in einem Anfang März 2022 bei Zeit-Online veröffentlichten Interview auf höchst allgemeiner Ebene festgestellt, dass niemand einen Krieg beherrschen könne. Man müsse deshalb auf den abarischen, also den gewaltfreien Punkt als den Anfangspunkt der Konfrontation zurückgehen. Wo der im vorliegenden Fall seitens des Angreifers gelegen haben könnte, ist freilich die große Frage. Es müsste dabei ja darum gehen, wo der für Wladimir Putin gelegen hat. Dessen skrupellose Bereitschaft zur Gewaltanwendung ist, zumindest im heutigen Rückblick, seit dem Tschetschenienkrieg, also noch vor Beginn seiner Präsidentschaft, offensichtlich. Seit wann für ihn ein restaurativ-nationalistisches Großmachtdenken zum treibenden Motiv geworden ist, dürfte schwerer zu entscheiden sein. Jedenfalls hat er seinen Überfall wohl kalkuliert begonnen und dabei klare, offenkundig aber falsche Vorstellungen davon gehabt, wie leicht ihm ein Erfolg zufallen würde – und nun hat er seinen Krieg.

Negt/Kluge schreiben an einer Stelle (a. a. O. 829), dass *vom Kriege (...) – Ausnahmen sind Clausewitz und Mao Tse tung – in einer mystifizierenden Ausdrucksweise*

¹⁹⁶ Die jüngsten Entwicklungen im September 2022, also nach der Endredaktion zu diesem Text, veranlassen mich an dieser Stelle doch noch zu einer zusätzlichen Fußnote. Die überraschend erfolgreichen ukrainischen Gegenoffensive zu Anfang September 2022 hat vor allem die Hoffnung vieler bestärkt, dass die Ukraine diesen Krieg doch gewinnen könne, und manche Beobachter meinen, dass die von Putin verkündete Teilmobilisierung fast schon als ein Akt der Verzweiflung zu deuten sei. Dafür dass er erneut in einer Art Sackgasse feststeckt, spricht sicherlich vieles. Zu bedenken ist aber auch, dass damit seine Unberechenbarkeit weiter zunehmen dürfte.

gesprochen werde. In ihrer großen Untersuchung haben sie eindrucksvolle nüchterne Analysen zur Geschichte des Kriegshandwerks und der Kriegsführung, zu verschiedenen historisch besonders bedeutsamen Schlachten etc. vorgelegt. Unter anderem sprechen sie von *lebendiger Kriegsarbeit* (a. a. O. 804). Aber wenn, wie sie selbst sagen, im Krieg der Gegner einer kriegsführenden Partei deren Arbeitsgegenstand ist, wird es mit *Krieg als Arbeit* schwierig. Krieg schafft dann, wie sie richtig feststellen, *ein Gesamtprodukt der Gewalt, das selber nicht Produktion sein kann* (a. a. O. 835) und ist *als ganzer (...) kein produktives Verhältnis. Er hat (am Ende) mehr vernichtet, als produziert wurde* (a. a. O. 808). Seine drei Äußersten sind nach Clausewitz (1) der prinzipiell grenzenlose Akt der Gewalt, dem nur der Gegner Grenzen setzt, (2) der Umstand, dass man nicht mehr Herr seiner sei, sondern der Gegner und man selbst sich wechselseitig das Gesetz geben und (3) dass es um die Größe der Mittel und die Willenskraft gehe (a. a. O. 837f). Ziel des Krieges sei *die Vernichtung des Willens und der Autonomie des Anderen*.

Zu Zeiten von Clausewitz ist der Krieg somit, wie Arendt (1993, 87) schreibt nach dem Scheitern aller Verhandlungen die ‚ultima ratio‘. Die *nun ausbrechenden militärischen Aktionen* seien daher *wirklich nichts anderes als eine Fortführung der Politik mit anderen Mitteln* gewesen. Es gab klare, von beiden Seiten verfolgte Kriegsziele. Der Krieg selbst *spielte sich außerhalb des Gesetzes ab* (Arendt 2002, 243). Es war aber auch klar, dass man nach Beendigung des Krieges wieder zu ‚geordneten‘ Verhältnissen zurückkehren würde. Krieg wäre in diesem ‚klassischen‘ Verständnis, wie es bei Clausewitz ausgearbeitet worden ist, allerdings nur bei Zugrundelegung eines bestimmten Politikverständnisses als *Fortsetzung der Politik*, also des politischen Handelns, *mit anderen Mitteln* zu verstehen - etwa bei einem, wie es bei Carl Schmitt mit seiner für das Politische fundamentalen Freund-Feind-Unterscheidung auf den Punkt gebracht ist.

Erforderlich war es deshalb auch, dass *auch wenn der ‚consensus‘ zwischen den Staaten gebrochen war, derjenige ‚consensus‘, auf dem jeder von ihnen beruhte, unangetastet bleiben musste* (a. a. o. 245). Dies ist mit der Tendenz der Steigerung kriegerischer Gewalt völkerrechtlich regelungsbedürftig geworden. Aber erst nach den Erfahrungen einer totalen Kriegsführung, die *ihren Ursprung bekanntlich in den totalitären Herrschaftsformen hat* (Arendt 1993, 87), ist es ein wirkliches Problem geworden völkerrechtliche Regelungen zu finden und zu vereinbaren, die den zweiten ‚consensus‘ weiterhin sichern, denn

Hier, bei einem totalen Krieg, geht es vielmehr um etwas, was natürlicherweise nie Gegenstand von Verhandlungen sein könnte, um die nackte Existenz eines Landes oder eines Volkes. Erst in diesem Stadium, wo der Krieg nicht mehr die Koexistenz feindlicher Parteien als gegeben voraussetzt und nur die zwischen ihnen entstandenen Konflikte auf gewaltsame Weise beilegen will, hat der Krieg wirklich aufgehört ein Mittel der Politik zu sein, und beginnt als Vernichtungskrieg die dem Politischen gesetzten Grenzen zu durchbrechen und damit es selbst zu vernichten (Arendt 1993, 87).

Der *Gegenpol* eines solchen totalen Krieges wäre deshalb auch *nicht einfach Frieden* im Sinne der Rückkehr zu einem mehr oder weniger langen Zeitraum der Vermeidung eines neuerlichen gewaltsamen Zusammenstoßes, *sondern die Herstellung der Autonomie und des Willens des Anderen* (Negt/Kluge 1981,835). Das ist sehr Arendtsch formuliert. Denn in deren Sinn wäre Politik als Raum der Pluralität und des Streites, in dem das Wunder der Freiheit möglich werden kann, sehr klar als Gegensatz zum Krieg zu anzusehen. Sie zielt in ihrem Denken in diesem immer räumlich begrenzten und verfassungsmäßig befestigten Ort der Politik auf die Herstellung von Autonomie des Anderen. Politik soll so im jeweiligen einzelstaatlichen Rahmen einen *Raum der Freiheit* konstituieren, in dem alle möglichst autonom Handelnde sein sollen und das *Übersteigen* von Interessen das Ziel ist. Dies auch zwischen Staaten mit je unterschiedlicher innerer Ordnung zu erreichen, wäre mithin heute aus ihrer Sicht die Herausforderung dessen, was wir heute Außenpolitik nennen.¹⁹⁷

Analog zu der Arendtschen These, dass unser inzwischen universalwissenschaftlich geleiteter, vermeintlich stetiger technisch-wissenschaftlicher Fortschritt, und unser Glaube daran, unter den Bedingungen einer politisch unzureichend gestalteten gesellschaftlichen Entwicklung tatsächlich zu einem *losgelassenen Verzehrungsprozess* zu werden drohe, müsste man für den Prozess eines Krieges – zumal angesichts seiner weiter fortgeschrittenen *Technisierung* sowie nach dem *Eintreten totalitärer Herrschaftsapparate in die Weltpolitik* (Arendt 2002,245) - also verschärft formulieren: Wenn er, wie Kluge angelehnt an Clausewitz sagt, prinzipiell unbeherrschbar ist, ist er ein losgelassener Zerstörungsprozess. Galt da schon immer, dass er in den Menschen *die späteren Kulturauflagerungen abstreift und (...) den Urmenschen in uns wieder zum Vorschein kommen* lässt, wie Sigmund Freud formuliert hat (Negt/Kluge 1981, 832), so lassen die heute einsetzbaren Gewaltpotenziale den Bruch mit unseren bescheidenen und mühsam errungenen kulturellen Fortschritten noch ungeheuerlicher erscheinen - und die Risiken von am Ende nicht mehr beherrschbaren Eskalationsschritten werden wahrhaftig abgründig.

Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze formuliert im März 2022 angesichts von Putins Krieg anders als Kluge ohne expliziten Rückbezug auf grundlagentheoretische oder philosophische Überlegungen. Nüchtern-realpolitisch stellt er im Hinblick auf eine mögliche Beendigung des Ukraine-Krieges fest: *Was wir brauchen, ist Stabilität. Was wir brauchen ist irgendein dreckiger Deal!* Im Kalkül sind hier offenkundig wechselseitige geopolitische Motive der einen Kriegspartei – und jedenfalls eines entscheidenden Unterstützers der anderen -, weiter die existenziellen Sorgen der angegriffenen zweiten Kriegspartei und schließlich die Sorge angesichts von im vorliegenden Fall offenkundig drohenden Expansionspotenzialen angesichts eines Krieges, den keine der unmittelbar beteiligten Parteien vollständig beherrschen kann.

¹⁹⁷ Für die Griechen der Antike gab es das Politische der Polis in deren Außenbeziehungen im eigentlichen Sinne gerade nicht (Arendt 1993, 53); und erst nach späterer römischer Auffassung stellen Vertrag und Bündnis zwischen Völkern *die gleichsam natürliche Fortsetzung eines jeden Kriegers dar*(a. a. O. 107).

Dieser Krieg dauert inzwischen mehr als sechs Monate – und sein Ende ist nach wie vor nicht absehbar¹⁹⁸. Er ist gänzlich anders verlaufen als Putin erwartet hat. Der hat der Ukraine zu Beginn seines Krieges ihr Existenzrecht als eigenständiger Staat schlichtweg bestritten und gemeint, schon nach drei Tagen als glänzender Sieger in Kiew einziehen und dort jedenfalls ein Marionettenregime installieren zu können. Im August erwarteten manche Beobachter von seinen umgruppierten, an Zahl und Material überlegenen und nun voraussichtlich anders eingestellten Truppen einen neuen Angriff. Das vermutete Minimalziel ist die „Zwangsbefreiung“ des Donbas zusammen mit einer Eroberung eines gesicherten Landweges entlang des Asowschen Meeres zur Krim. Gerechnet wurde auch mit dem Versuch, die Armee der Ukraine so vernichtend zu schlagen, dass das Land danach zu seinen Bedingungen seine zukünftige Neutralität erklären muss - und militärisch extrem geschwächt sein wird - und bleiben soll. Dagegen wird die Ukraine seitens verschiedener Staaten der NATO und der EU mit bemerkenswert viel, mittlerweile nicht mehr nur defensivem Kriegsmaterial ausgerüstet. Auf dieser Linie argumentiert der deutsche Bundeskanzler, und in einem stark gesinnungsethisch aufgeladenen öffentlichen Diskurs wird ihm eine damit verknüpfte Vorsicht immer wieder als Zögerlichkeit ausgelegt.

Verschiedentlich ist inzwischen aber auch die Rede davon, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen könne und solle. Mit der im September erfolgten Ukrainischen Gegenoffensive gewinnen sie an Auftrieb, machen aber fundierte Lageeinschätzungen noch schwieriger. Zugleich wachsen in Westeuropa die Sorgen angesichts dramatisch steigender Energiepreise, nehmen Diskussionen angesichts so nicht erwarteter oder intendierter Folgen des Wirtschaftsboykotts Russlands zu. Vielleicht auch deshalb wächst hier und da der Druck zur Lieferung von noch mehr und besserem Kriegsmaterial an die Ukraine – immer an der Grenze zu jener „roten Linie“ und einem unabsehbarem Eskalationspotenzial, an der sich Putin bewegt und mit der er ‚spielt‘, sowie des Umstands dass er der Präsident einer Atommacht ist. Die These von einem Sieg der Ukraine ist da eine nach wie vor gewagte These, auch wenn unstrittig sein dürfte, dass es unumgänglich ist, Putin Grenzen zu ziehen und selbst dann, wenn inzwischen einiges dafür sprechen mag, dass er seine militärischen Möglichkeiten überdehnt haben könnte, sofern er nicht neue, innenpolitisch aber riskante Mobilisierungsschritte einleitet, womit er nun ja auch begonnen hat.¹⁹⁹

Jedenfalls haben die Analysen und Spekulationen zum Kriegsverlauf die Berichterstattung oft stärker geprägt als die Debatten darüber, ob ein weitergehendes Embargo, nun auch in Bezug auf Erdöl und Erdgas, Russland zu einer Beendigung des Krieges zwingen könne – von den erst längerfristig folgenreichen Auswirkungen eines Embargos in Bezug auf modernste Technologien nicht zu sprechen. Weitergehende Auswirkungen dieses Krieges - etwa aufgrund der Bedeutung der Ukraine als

¹⁹⁸ Noch nach meiner Endradaktion zu diesem Kapitel ist ein Artikel von Joshua Beer, Berit Krise und Sören Müller-Hansen am 17./19.09. in der SZ unter dem Titel *Wie Kriege enden* erschienen. Unter Verweis auf die Studien und Datensätze des „Instituts für Friedens und Konfliktforschung“ im schwedischen Uppsala argumentieren sie, dass die vorliegenden Antworten der Forschung *für die Ukraine (...) nichts Gutes* verheißen. Ich begnüge mich an dieser Stelle auf diesen Verweis.

¹⁹⁹ Siehe dazu die nachträglich eingefügte Fußnote 196.

,Kornkammer der Welt, oder im Hinblick auf die immer dringlicher werdende öko-soziale Transformation angesichts einer drohenden Welt-Klima-Krise – treten zugleich in beunruhigender Weise in den Hintergrund. Zur Beurteilung der kurzfristig bedeutsamen strategischen Fragen im Zusammenhang mit Putins Krieg fehlt mir wissenschaftliche Expertise. Freilich kommen auch diejenigen, die darüber verfügen, im Grunde über Spekulationen nicht hinaus. Um ein Urteil darüber muss ich mich gleichwohl bemühen, so wie jeder andere politisch interessierte Mensch auch.

Deutlich wird, dass Kluge mit seiner These, dass niemand einen Krieg beherrschen könne Recht hat. Diese These ist in der jüngeren Vergangenheit ja am Beispiel Afghanistans, des Jemen, aber auch Syriens gut belegt, so wie früher an den Folgen des zweiten Irakkrieges mit der Entstehung des islamischen Staates als dessen Fortsetzung, oder einige Jahrzehnte weiter zurückliegend am Beispiel des Vietnamkrieges. Was heute als Besonderheit hinzukommt – und zugleich die Ungeheuerlichkeit dieses Angriffskrieges mitten in Europa unterstreicht - ist die Tatsache, dass es eine in den anderen Fällen so nie dagewesene Eskalationsgefahr gibt. Die NATO will und muss verhindern, zur direkten Kriegspartei zu werden, während die Ukraine sie immer wieder geradezu in diese Richtung drängt – und die Mitgliedsstaaten der Nato wollen zugleich die Ukraine in ihrer Verteidigung massiv unterstützen. Das Problem liegt darin, dass letztlich die andere Kriegspartei, also Putins Russland, definiert wird, ob beziehungsweise ab wann da eine rote Linie überschritten wird. Der Krieg ist ein losgelassener Prozess mit eigener Dynamik und mit schon früh erkennbaren und nach nunmehr sechs Monaten noch viel klareren, außerordentlich weitreichenden Folgen. Darum geht es in den folgenden, vorläufig abschließenden Thesen.

1. Der Überfall auf die Ukraine, und nicht zuletzt die Art und Weise, in der Wladimir Putin dabei die herrschende Machtclique um sich herum gewissermaßen ‚in die Pflicht genommen‘ bzw. zur uneingeschränkten Komplizenschaft mit ihm gezwungen hat, hat eines völlig klar gemacht. Wir haben es in der russischen Föderation nicht nur mit einer Form autokratischer Herrschaft zu tun, sondern mit einer Diktatur, mit wirklich totalitären Verhältnissen. Man wird deshalb gut beraten sein, im Hinblick auf denkbare interne Widerstände innerhalb der Russischen Föderation gegen diesen Krieg Hannah Arendts Analyse totalitärer Herrschaftsformen bitter ernst zu nehmen. Mit nennenswertem inneren Widerstand gegen seinen Krieg sollte man realistischer Weise nicht rechnen.
2. Der Überfall auf die Ukraine ist der erste Angriffskrieg auf ein anderes Land in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges vor 77 Jahren. Aus Sicht nicht nur der Mitgliedsstaaten der EU bedeutet dieser Überfall einen *Einbruch von Gewalt* (Schlögel 2022), eine Ungeheuerlichkeit, einen Schock, für den höchst nachvollziehbarer Weise der Begriff der *Zeitenwende* gefunden worden ist. Der Angreifer lässt erkennen, dass er in einem geopolitischen Denkmuster befangen ist, in dem es ihm wesentlich darum geht, sich neben den USA und China als dritte, als eurasische Weltmacht neu zu positionieren. Die EU ist in diesem Gedankenmodell als politischer Machtfaktor unerheblich. Das wieder-

rum ist für deren Mitgliedsstaaten in höchstem Maße beunruhigend – zumal die demokratischen Verhältnisse in den USA angesichts des dortigen Trumpismus als alles andere als dauerhaft stabil gelten müssen. *Zeitenwende* bedeutet, dass nun alles, wirklich alles in einem anderen Licht erscheint. Darüber, was das dann im Hinblick auf die verschiedenen Dimensionen politischen Handelns bedeutet, hat die Debatte allerdings erst begonnen.

3. Die scharfe Verurteilung des Angreifers ist unumgänglich – zumal angesichts der ungeheuren Brutalität, mit der er von dem Augenblick an vorgeht, in dem er bemerkt, dass seine anfänglichen Vorstellungen illusionär gewesen sind. Zugleich gilt aus Sicht der EU-Mitgliedsstaaten aber auch die These, dass es nun in der Ukraine um die Verteidigung der politischen Freiheit in Gestalt der westlichen liberalen Demokratien gegenüber den nun mit Vehemenz erhobenen imperial rückwärtsgewandten Großmachtansprüchen der russischen Föderation geht. Denn mit deren Anspruch darauf, eine der drei großen Weltmächte zu sein – und zwar im Anschluss an eine glorifizierte nationalstaatliche großrussische Geschichte – ist mindestens zweierlei verknüpft. Zum einen, darauf hat Ivan Krastev (2022) hingewiesen, geht es hier für Putin um eine Kritik an der Scheinheiligkeit US-Amerikanischer Machtpolitik, die sich der Lüge in der Politik in der Vergangenheit wiederholt genau so bedient hat, wie er dies nun tut. Zum anderen ist mit seinem Überfall auf die Ukraine eine Geringschätzung der EU verknüpft, als geopolitischer Machtfaktor wie auch im Hinblick auf die innere politische Verfasstheit ihrer Mitgliedsstaaten als repräsentative Demokratien, in denen die Ideen der Aufklärung ihre vorläufige politische Form gefunden haben.
4. Diese Einsicht erzwingt seitens der EU eine rasche Reaktion in Gestalt massiver Unterstützung der Ukraine. Und dies ist zugleich zwingend mit einer grundlegenden Revision der bisherigen Beurteilung ihres Angreifers verknüpft. Auf dessen Seite hat sich ein zutiefst herrschaftliches, durch überkommene totalitäre Vorstellungen geprägtes Denken von Zugehörigen zur früheren Elite der zerfallenen Sowjetunion mit restaurativ nationalen und imperialen Machtinteressen verknüpft. Für das Verständnis dessen, was da schockartig sichtbar geworden ist, *konnte*, so der Historiker Schlögel, *alle Soviet- und Post-Soviet Studies nicht helfen, das in seiner Art neuartige Gebilde angemessen zu beschreiben* – und *seltsamerweise komme die longue durée des Stalin'schen Imperiums zu dessen Beschreibung am wenigsten vor*. Zu dem Selbstverständnis seiner politischen Elite gehört aber jedenfalls eine voraufklärerische zutiefst herrschaftliche Sicht auf die Welt, in der einzelne Menschenleben schlicht unbedeutend werden. Man kann sich an das von Hans Magnus Enzensberger (2002, 227-246) vorgeschlagene Gedankenmodell *Vom Blätterteig der Zeit* erinnern fühlen, mittels dessen er sich An Stelle eines vermeintlichen historischen Kontinuums *einen Reim auf die Bocksprünge der Geschichte zu machen* versucht, angesichts derer vielleicht *selbst über den Kommunismus (...) das letzte Wort noch nicht gesprochen* sein mag (a. a. O. 238f). Nur dass zu unserem Schrecken derzeit eher der Imperialismus des 19. Und frühen 20.

Jahrhunderts neu aufersteht – und damit alle Drohungen des Totalitarismus vor unseren Augen neu auftauchen.

5. Der Angriffskrieg Putins macht zugleich eine differenzierte Beurteilung der politischen Verhältnisse in der Ukraine fast unmöglich – nicht nur deshalb weil die Ukraine und deren Geschichte für uns Westeuropäer geradezu eine *terra incognita* ist (Schlögel 2022), es aber selbstverständlich hier, wie stets, vertikal bis in unsere Gegenwart hinein wirksame geschichtliche Ereignisse und Entwicklungen gibt. Es gibt hier weiter bis in die jüngste Gegenwart hinein oligarchische Strukturen, Korruption und wohl auch einen in mancher Hinsicht schwierigen Nationalismus. Zum anderen sind es nach der Maidan-Revolution und der Annexion der Ukraine durch Putins Russland ja nicht nur geopolitische Rücksichtnahmen im Verhältnis zu Russland gewesen, die der Aufnahme der Ukraine in die NATO und einer rasch stärkeren Annäherung an die EU entgegengestanden haben.
6. In unserer medialen Berichterstattung ist das heute weitestgehend ausgeblendet. Zugleich dominiert, immer wieder verstärkt durch die Brutalität des Angreifers und die sich häufenden Hinweise auf Kriegsverbrechen, in bemerkenswert hohem Maße eine gesinnungsethische Haltung. Aus ihr heraus ist schon früh sehr ernsthaft gefragt worden, ob nicht ein radikales Erdöl- und Gasembargo gegenüber Russland angezeigt seien, ob nicht eine stärkere militärische Unterstützung der Ukraine auch mit schweren und gepanzerten Waffen richtig sei. Es ist ungemein wichtig in diesem Zusammenhang Max Webers Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik in Erinnerung zu rufen. Berufspolitiker müssen, zumal in unserer so hochkomplexen Welt, gerade angesichts einer prinzipiell unbeherrschbaren Dynamik eines Krieges alle Konzentration darauf richten, die potenziellen längerfristigen Folgen ihres Handelns im Blick zu haben und Handlungsalternativen entsprechend abzuwägen.
7. Im gleichen Zusammenhang gehört es bei uns in Deutschland zu den gegenwärtig vermutlich bemerkenswertesten Beobachtungen, dass es vor allem die Militärs im Ruhestand sind, also die Profis in Sachen Krieg, die am ehesten zu einer in mittel- und längerfristiger Perspektive sowohl nüchternen als auch kühlen Lagebeurteilung in der Lage sind. Zugleich stimmt es nachdenklich, dass man von manchen Politiker*innen, gerade auch solchen, die in früheren Jahren immer wieder auch friedenspolitisch engagiert gewesen sind, zu hören bekommt, dass im Hinblick auf ein Nachdenken über eine friedenspolitisch unterlegte Sicherheitsarchitektur hier in Europa vor allem seitens einiger Militärs drängende Fragen gestellt worden seien.
8. Zu Alexander Kluges These von der prinzipiellen Nichtbeherrschbarkeit eines Krieges, muss meinen einführenden Überlegungen in diesen Thesen nichts weiter hinzugefügt werden. Bedeutsam ist aber, dass es angesichts der Ungeheuerlichkeit und dann auch der Dynamik dieses Angriffskrieges Putins au-

ßerordentlich schwer fällt, die Kriegsziele des Angreifers hinreichend nüchtern zu beurteilen. Regierungen von Mitgliedsstaaten der EU, die früher der Sowjetunion unmittelbar zugehörig gewesen sind, oder jedenfalls zu deren Machtbereich gehört haben, fühlen sich unmittelbar bedroht. Ob Putins imperiale Machtpolitik von Anfang an über die Ukraine hinaus auch auf Moldawien und das Baltikum zielt, ist folgerichtig mindestens Gegenstand öffentlicher Debatten, wenn es mittlerweile nicht ganz selbstverständlich unterstellt wird. Kaum reflektiert wird dabei, dass die Ukraine seit dem Zerfall der früheren Sowjetunion aus der geopolitischen Perspektive der USA gewissermaßen ein „geopolitisches Filetstück erster Ordnung“ gewesen ist. Entsprechende strategische Überlegungen sind hinreichend dokumentiert. Diesem geopolitischen Blick der USA korrespondiert gewissermaßen der rückwärtsgewandte imperiale Blick Putins.

9. Auch die übrigen Staaten der EU sehen sich selbst, wie schon in These 2 angerissen, durchaus folgerichtig, bedroht, wenn auch selbstverständlich nicht unmittelbar angegriffen: Russland hat als militärisch relevanten Akteur am Ausgangspunkt dieses Krieges allein die USA im Blick gehabt. Das zwingt die EU dazu, zumal angesichts einer vom Trumpismus im inneren in ihrer demokratischen Ordnung bedrohten USA, sich zur eigenen Selbstbehauptung gegenüber einem neuen russischen Großmachtstreben neu zu positionieren. Man muss entweder selbst zum geopolitischen Akteur werden, oder man müsste versuchen, die gerade von Putin rückwärtsgewandt neu aktualisierten Spielregeln der Geopolitik zu verändern. Dies allerdings würde neben einer neuen, wertebasierten europäischen Außenpolitik auch wirklich durchgreifende Schritte zu einer öko-sozialen Transformation erfordern. Und die wiederum werden allein mit den Regeln von Markt und Konsum schwerlich zu haben sein, die bislang den Prozess der Globalisierung ökonomisch ganz maßgeblich steuern.
10. Dies allerdings sind Fragen, die in der aktuellen öffentlichen Debatte in Deutschland und in der EU kaum eine Rolle spielen. Darin geht es um eine neue Geschlossenheit der EU angesichts der russischen Bedrohung – und das zunächst einmal im Hinblick auf größere militärische Stärke und eine möglichst rasche Befreiung aus der Energieabhängigkeit von russischem Erdöl und Erdgas. Beides ist aus der Perspektive der hier formulierten Thesen ja auch zwingend. Und ganz sicher setzt eine entsprechende Neupositionierung der EU voraus, kurzfristig erhebliche Mittel in die lange vernachlässigte eigene militärische Sicherheit zu investieren. Über zukünftige jährliche Verteidigungsetats wird aber jeweils neu zu entscheiden sein. In Deutschland jedenfalls ist das eine verfassungsmäßig festgeschriebene Aufgabe des Parlaments. Allerdings ist bei all diesen strategischen Überlegungen ein deutlicher Gewichtszuwachs der osteuropäischen Staaten zu beobachten, die vormals zum Machtbereich des sowjetischen Imperiums gehört haben.

11. Zugleich ist es auch dieser Kontext, innerhalb dessen eine Neuformulierung der Kriegsziele seitens des Angreifers interpretiert wird. Ein möglichst großer Erfolg der Ukraine ist hier nicht zuletzt deshalb wichtig, weil darüber der imperiale russische Anspruch begrenzt werden kann, zukünftig als eurasische Großmacht agieren zu können – gewissermaßen mit Dominanzansprüchen von Wladiwostok bis Lissabon. Nimmt man auf der anderen Seite dieses russische Kriegsziel ernst, das Putin bislang ganz offenkundig ohne Rücksicht auf etwaige immense ökonomische Kosten verfolgt, muss man sofort von Neuem über das Eskalationspotenzial nachdenken, das in diesem Krieg angelegt ist – über die prinzipielle Nichtbeherrschbarkeit des mit ihm losgelassenen Prozesses – und sicher auch über die Frage, welchen halbwegs gesichtswahrenden Ausweg aus den selbstverschuldeten Dilemmata man Putin überhaupt noch anbieten kann. Sicher ist eigentlich nur, dass unsere Welt nach diesem Krieg in jedem Fall eine andere sein wird – bis hin zu der nicht von der Hand zu weisenden Gefahr, dass sie nicht mehr existieren könnte.
12. Fasst man alle diese Überlegungen zusammen, wird man möglicherweise immer noch der frühen nüchtern-realpolitischen Analyse von Adam Tooze zu neigen oder die historischen Analysen des Instituts für Friedens- und Konfliktforschung bitter ernst nehmen. Es spricht nach wie vor sehr viel dafür, dass am Ende dieses immer schmutziger werdenden Krieges bestenfalls ein schmutziger Deal stehen kann, über den es eine neue, vorläufige Stabilität zu erreichen gilt. Offenkundig aber haben die beiden Seiten dieses Krieges sich ihre jeweiligen Grenzen noch nicht so klar gesetzt, dass der Weg zu Verhandlungen mit dem wohl einzig denkbaren Ziel eines schmutzigen Deals nach einem schmutzigen Krieg offen stehen würde. Denkbar ist aber auch ein „Korea-Szenario“ (Krastev 2022) das fatal wäre. Russland bliebe dann sicherlich weiterhin isoliert, was auch für die EU nicht von Vorteil sein könnte. Die Ukraine aber liefe Gefahr, mittelfristig gewissermaßen entvölkert und so auch seiner Entwicklungsperspektiven beraubt zu werden. Russland jedenfalls wird auf die eine oder andere Weise seinen Zugriff auf eine fürchterlich zerstörte Ost-Ukraine, einen Landweg zur Krim und die eisfreien Häfen am Asowschen Meer erlangen wollen. Das könnte es Putin aus dessen Sicht gestatten, seine „militärische Spezialoperation“ in seinem totalitär beherrschten Russland nach dem offenkundigen Scheitern anfänglicher Illusionen immerhin halbwegs als einen Erfolg zu verkaufen.
13. Die Ukraine, die in der Entwicklung zu diesem Krieg hin in gewisser Weise zum Spielball unterschiedlicher geopolitischer Interessen geworden ist und in der nun ‚an vorderster Front‘ die liberalen Demokratien des Westens verteidigt werden, fordert umgekehrt aus sehr nachvollziehbaren Gründen den Vollständigen Rückzug Russlands aus ihrem Territorium. Sie wird aber in jedem Fall ökonomisch massiv geschwächt aus diesem Krieg hervorgehen und klarer als je auf die EU hin orientiert sein – es sei denn dieser Krieg mündete für sie doch noch in eine klare militärische Niederlage. Doch selbst dann würde sie für die russische Föderation politisch nicht beherrschbar sein. Die EU wieder-

rum wird sich nach einem Kompromissfrieden massiv am ökonomischen Aufbau und der politischen Stabilisierung des Landes beteiligen – und sie wird absehbar ihre ökonomischen Beziehungen zur Russischen Föderation begrenzen, möglicherweise auch eingefroren belassen, solange dort keine wirklichen politischen Veränderungen eintreten. Nach wie vor spricht viel dafür, dass nur über einen schmutzigen Kompromiss so etwas wie eine gewisse Stabilität wieder denkbar werden wird.²⁰⁰

14. Grundlegend verändert haben sich danach allerdings die Bedingungen der ökonomischen Globalisierung – auch im Verhältnis zu China. Es herrscht nunmehr größere Klarheit über das Verhältnis zwischen den totalitär beherrschten postsozialistischen oder nominalkommunistischen Großmächten und den Staaten unserer, in den Worten Hannah Arendts *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft*. Mit etwas Glück könnte es immerhin sein, dass dort im Ergebnis der Zeitenwende ein neuer stärkerer Impuls ausgelöst wird, der es ermöglichen könnte, einer besser angemessenen politischen Form unseres demokratischen Projekts der Moderne einen Schritt näher zu kommen – auch deshalb weil eine partizipativere Form der Demokratie nicht zuletzt für die zwingend gebotene öko-soziale Transformation hilfreich, wenn nicht unerlässlich wäre. Aktuell allerdings ist noch nicht einmal der Schritt zu einer halbwegs tragfähigen neuen Stabilität im Wege eines schmutzigen Deals absehbar, aus dem heraus sich, das jedenfalls wäre zu hoffen, mittelfristig Wege zu einer neuen gemeinsamen Sicherheit in unserer einen Welt neu bahnen lassen könnten.

7.5. Schlussbemerkung

Seit dem Beginn von Putins völkerrechtswidrigem Überfall auf die Ukraine sind nun mehr als sechs Monate vergangen – und der Blick auf unsere von multiplen Krisen erschütterte Welt richtet sich immer noch vornehmlich auf Putins Krieg. Er wird immer schmutziger. Seine politische Verurteilung ist selbstverständlich. Die wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine, die Solidarität mit den geflüchteten Frauen und Kindern, die scharfen wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland sind unbedingt zu befürworten. Die militärische Unterstützung der Ukraine aber ist und bleibt eine Gratwanderung. Es ist zwingend wichtig, Putin Grenzen aufzuzeigen, auch militärisch. Aber kein NATO-Mitgliedsstaat darf selbst Kriegspartei werden. Die Eskalationsrisiken sind und bleiben hoch. Kann man im Ernst argumentieren, es gehe darum,

²⁰⁰ Das Traurige an solchen, immer etwas spekulativen Überlegungen ist, dass ein vergleichbares Ergebnis – etwa mit einem Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft und einem möglicherweise föderativen Sonderstatus des Donbas innerhalb der Ukraine auch ohne Krieg auf dem Wege von Verhandlungen erreichbar gewesen wäre. Allerdings niemand könnte sicher sagen, ob dem nicht von Anfang an Putins restaurativ-nationalistische Ideologie im Wege gestanden hätte, oder ob die erst über den langwierigen Konfliktverlauf. Nicht erst seit 2014, schier unausweichlich immer stärker forciert worden ist und im Jahr 2022 dann eine wirklich verheerende innere Dynamik entfaltet hat.

dass die Ukraine mit westlicher Hilfe den Krieg gewinnen muss – gegen eine hochgerüstete Atommacht? Verfügen die, die so argumentieren wirklich über militärische Expertise? Es gilt sicherlich, einen russischen Diktatfrieden zu verhindern, auch dank westlicher militärischer Unterstützung. Spricht aber nicht sehr viel dafür – bei allen mittelfristigen Unwägbarkeiten und folglich aller Offenheit der weiteren Entwicklung -, dass dieser schmutzige Krieg bestenfalls mit einem schmutzigen Deal beendet werden, oder möglicherweise auch nur „eingefroren“ wird. wird und dass die Ukraine ein solches Ergebnis am Ende kaum vermeiden können?

Ich gehe davon aus, dass man in solcher Lage nicht einfach moralisch argumentieren kann. Es geht nicht um Gesinnungs- sondern um Verantwortungsethik. Die sehe ich auf Seiten der nun von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler geführten Bundesregierung. Sie wird sich auf Erkenntnisse von Nachrichtendiensten und persönlichen Kontakten stützen. Der derzeit wachsenden Zahl von Kritikern stehen die nicht zur Verfügung. Was in der Öffentlichkeit leichthin und oft höchst emotional als fragwürdiges Zögern des Kanzlers bewertet wird, mag ernste Hintergründe haben. Auch mag man der Art seiner Kommunikation Schwächen vorhalten können. Doch angesichts dieses Krieges und seines immanenten Eskalationspotenzials kann man nicht erwarten, dass unterschiedliche Szenarien und strategische Überlegungen auf dem offenen Markt ausgebreitet werden.

Die politisch Handelnden aber müssen solche Szenarien durchspielen und nüchtern kalkulierte Ziele verfolgen. Das derzeitige SPD-Bashing, zunehmend zugleich im Blick auf Fehler vor der ‚Zeitenwende‘, ist deshalb übler Populismus. Auch der letzte CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet und ebenso die Bundeskanzlerin haben Nordstream 2 klar und eindeutig unterstützt. Eine tragende Grundannahme einer vor der *Zeitenwende* nahezu allgemein getragenen Politik – nur die Grünen haben in Deutschland schon früh eine kritische Position zu Nordstream 2 eingenommen - hat im Übrigen in dem festen Glauben bestanden, dass es letztlich eine Logik ökonomischer Vernunft auf offenen Märkten richten werde. Anders als noch zu Zeiten der Entspannungspolitik der 1970er Jahre konnte ‚Wandel durch Handel‘ – oder jedenfalls doch eine friedliche Annäherung an die, mit denen man so Handel getrieben hat - so gewissermaßen als Selbstläufer gedacht, und aktiv forciert, werden. Das hat sich als dramatischer Irrtum erwiesen.

Im Ergebnis sehen wir uns mit einem Krieg konfrontiert, der völkerrechtswidrig begonnen wurde. In ihm ist nicht nur der Konsensus zwischen zwei Staaten gebrochen worden. Der Aggressor hat vielmehr die legitime Existenz des anderen Staates grundsätzlich infrage gestellt. Der seit dem Zweiten Weltkrieg völkerrechtlich geregelte zweite Konsens, auf dem jeder Staat beruht, ist also gleichermaßen infrage gestellt. Es geht mithin darum, Grenzen gegen einen Vernichtungskrieg zu ziehen. In der für einen Krieg immer charakteristischen Atmosphäre höchster Emotionalität sind bei allen, die solche Grenzen ziehen wollen, Entschlossenheit und Besonnenheit gefordert. Die Bundesregierung hat unmittelbar nach der Aggression der Russischen Föderation, die damit vollzogene Zeitenwende klar benannt und die von der Vorgängerregierung übernommene Politik systematisch und umfassend zu korrigie-

ren begonnen. Sie verfolgt seither eine besonnene und zugleich entschiedene Politik, die zugleich bündnispolitischer Geschlossenheit verpflichtet ist. Sie verdient deshalb einen Vertrauensvorschuss.

Eben der aber schien im Sommer 2022 und scheint auch wieder zu dem Zeitpunkt, zu dem ich dieses Kapitel noch einmal endredaktionell durchgegangen bin, in Deutschland ernstlich gefährdet. Angesichts eines hoch emotional erzeugten Drucks, in vielen Medien und seitens einzelner Politiker*innen - auch aus den Reihen der Koalition selbst - scheut die derzeitige Spitze einer nach ihrer Wahlniederlage vor erst wenigen Monaten im Grunde noch immer ausgelaugten Union in neu anbrechenden Wahlkampfzeiten auf der Ebene wichtiger Bundesländer selbst vor populistischen Argumentationen nicht zurück. Auch von unseren Medien wünschte man sich da gegenwärtig deutlich mehr Nüchternheit und Besonnenheit. Man kann nur hoffen, dass unsere mediale Öffentlichkeit eine immer wieder einmal spürbare gesinnungsethische ‚Schlagseite‘ zu korrigieren vermag und den derzeit aufkommenden Populismus in der nötigen Schärfe kenntlich machen wird. Es gilt, einen, wie ausgeführt, prinzipiell unbeherrschbaren kriegerischen Prozess einzudämmen und so die Voraussetzungen dafür zu schaffen, für die vielfältigen und viel umfassenderen Krisenentwicklungen und -Drohungen der Zeit neue Lösungswege zu öffnen.

Nicht zuletzt aber ist zu betonen, dass die *Zeitenwende*, von der völlig zu Recht die Rede ist, noch immer keineswegs in allen ihren Dimensionen durchdacht worden ist. Gesine Schwan hat im Juli 2022 geschrieben, dass es in unserer gegenwärtigen Lage darum gehe, *mehr Solidarität zu wagen*.²⁰¹ Die *Zeitenwende* bedeute *weit mehr als Aufrüstung*. Die *freiheitlichen Demokratien* sollten vielmehr *ihr Verständnis von globaler Zusammenarbeit* überdenken. Die damit verknüpfte Aufforderung, dass sich *die westlichen Demokratien* endlich *ernsthaft mit der erheblichen Hypothek ihrer Kolonialgeschichte auseinandersetzen müssen*, erhebt sie völlig zu Recht. Ich denke aber, dass sie sich noch zu sehr in einem, in diesem Sinne immer noch sozusagen klassischen Arendtschen Politikverständnis bewegt, solange sie die weitere Demokratisierung der westlichen Demokratien selbst nicht mit thematisiert. Dann nämlich müsste es im Hinblick auf die Herausforderungen unserer Zeit zugleich darum gehen, im Hinblick auf die immer drängendere öko-soziale Transformation der Gesellschaften unserer *westlichen Zivilisationsgemeinschaft* auch die Frage von Arbeit und Demokratie gehen - also um Fragen einer demokratischen Rahmensetzung des Marktes, aber auch demokratisch legitimer Eingriffe in ihn gehen. An deren Anfang aber stünden unausweichlich institutionell befestigte demokratische Beteiligungsrechte der Wirtschaftsbürger*innen, die deren nach wie vor grundlegend durch Abhängigkeit geprägten Status als Beschäftigte nachhaltig verändern würde, das die Angehörigen unserer Eliten mit dem Wort vom Mitarbeiter verklären. Die multiplen Krisenentwicklungen unserer Zeit, die sich zunehmend bedrohlicher vor uns auftürmen, führen immer klarer vor Augen, dass sich unsere westlichen Gesellschaften angesichts eines zweihundertundfünfzig Jahre alten und gegenwärtig einmal mehr

²⁰¹ Und sie spielt mit diesem Titel ihres Artikels unverkennbar auf die Forderung des *Mehr Zukunft wagen* in der Regierungserklärung der Ampelkoalition an.

zunehmend gefährdeten demokratischen Projekts der Moderne *in einer Zustand des „noch nicht“* befinden, wie das Richard Sennett (2014, 374) am Schluss seines Buches formuliert hat, in dem er darüber nachgedacht hat, dass es die *Zusammenarbeit* ist, die *unsere Gesellschaft zusammenhält*.

9. Nachbemerkung

Ich habe in diesem Buch zunächst fünf Analysen neu zusammengestellt und dazu redaktionell überarbeitet. In ihnen habe ich mich im Laufe der vorausgegangenen vierzehn Monate im Kontext von tiefgreifenden Umbrüchen und Herausforderungen unserer Zeit zu besonders herausgehobenen Ereignissen, und im Zusammenhang damit zu grundlegenden Fragestellungen, geäußert. Es geht darin (1) um eine grundlegende Kritik des Fortschrittsglaubens, der das Denken in unserer atlantischen Zivilisationsgemeinschaft zutiefst prägt, (2) um eine kritische Reflexion des schon älteren Ansatzes zu einer materialistischen Herrschaftstheorie - der zwar im Blick auf viele Entwicklungen unserer Gegenwart bemerkenswert erhellend, wegen der erkenntnistheoretischen und Geschichtsphilosophischen Grundannahmen seiner Begründer, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, als geschlossener Ansatz jedoch äußerst fragwürdig ist -, (3) um eine Auseinandersetzung mit aktuellen Debatten und Analysen zur Herausforderung zu einer ökosozialen Transformation, (4) weiter um eine Analyse der politischen Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne, zu der ich mich durch den von Donald Trump herbeigeführten Sturm auf das Capitol und die unverändert bestehende Drohung des Trumpismus in den USA veranlasst gesehen habe, und schließlich (5) um eine Reflexion der in Deutschland im Ergebnis der Bundestagswahl von 2021 versuchten Antwort auf die Krise der Politik mit einem *von hier an anders* konzipierten neuen Politikentwurf.

Alle diese Analysen zielen darauf ab, den Blick auf die tiefe Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne zu schärfen, in das die Menschen zu Zeiten der europäischen Aufklärung mit so großen Hoffnungen aufgebrochen sind. Mit der Aufklärung endete der zuvor tief verankerte Glaube in eine gottgewollte irdische Ordnung. Beheizt durch die Fortschritte von Wissenschaft und Technik und deren Umsetzung in den industriellen Revolutionen, beginnend ebenfalls am Ende des 18. Jahrhunderts, entwickelte sich so die neue Fortschrittsgläubigkeit des bürgerlichen 19. Jahrhunderts. Sie ist ein Kind unserer Moderne. Mit ihr gilt es sich kritisch auseinanderzusetzen, und mit dieser Auseinandersetzung beginnt mein Buch.

Die Industrialisierungsschübe unserer Neuzeit entfalteten sich auf kapitalistischen Märkten. Die darüber entfesselte ökonomische Dynamik brachte tiefstes Elend für eine neu entstehende, aus agrarischen Herkunftsverhältnissen heraus entwurzelte Klasse freier Lohnarbeiter hervor. In seinen wissenschaftlichen Analysen des Kapitalverhältnisses hat Karl Marx das zu seiner Zeit bahnbrechend analysiert. Aber, verknüpft mit der hegelschen Philosophie hat er so zugleich Grundlagen für einen *prophetischen* Marxismus gelegt. Die mit dem Hegelmarxismus verknüpfte Geschichtsphilosophie seiner Nachfolger muss heute als erledigt gelten. Aber die scharfen Kritiken dieses Hegelmarxismus, wie sie etwa von Hannah Arendt, Albert Camus oder etwas später auch von Michel Foucault vorgelegt worden sind, sind in den Debatten der politischen Linken spät und kaum hinreichend zur Kenntnis genommen worden. Die Aktualität dieser Autoren wurde in jüngerer Zeit allerdings zunehmend erkannt. Dass die hinter uns liegende Geschichte unserer Moderne uns heute mit Ergebnis-

sen konfrontiert, die sich als wachsende Herausforderungen zunehmend krisenhaft vor uns auftürmen, ist zudem nicht mehr zu leugnen. Auf diese Herausforderungen zielen meine weiteren Analysen unter ausgewählten Aspekten. Die sozial- und politikwissenschaftliche Dimension entsprechender Analysen steht im Vordergrund.

Wladimir Putins Angriffskrieg auf die Ukraine, siebenundsiebzig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wieder ein Krieg mitten in Europa, hat diese Herausforderungen nochmals dramatisch zugespitzt. Zu Recht ist von einer Zeitenwende die Rede. Die Dynamik einer mit den industriellen Revolutionen und den damit auf das engste verschränkten wissenschaftlich-technischen Fortschritten verknüpften Entwicklung, die viele nur allzu gerne mit der Vorstellung eines geradezu linearen, stetig weiteren Fortschritts verknüpfen, wird plötzlich in ihrer tatsächlichen Ambivalenz und Offenheit kenntlich. Sie könnte sich am Ende als jener *losgelassene Verzehrungsprozess* erweisen, über den eine Denkerin wie Hannah Arendt schon in den 1950er Jahren in ihrem Denktagebuch, und danach in ihrem Buch *Vita activa* nachgedacht hat. Sie könnte in einen Exterminismus, einem Drang zur Auslöschung münden, von dem E.P. Thompson auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges als einem möglichen letzten Stadium menschlicher Zivilisation gesprochen hat. In jedem Fall gilt, dass der aktuelle Krieg mit seinem nicht von der Hand zu weisenden bedrohlichen Expansionspotenzial eine wirkliche Zeitenwende bedeutet. Deren Dimensionen sind allerdings bei weitem noch nicht erschöpfend erörtert. Trotz aller Unwägbarkeiten bemühe ich mich im Ergebnis meiner Analyse, sechzig Tage nach Beginn des Krieges, um einen nüchternen Ausblick.

Wer gehofft haben mag, dass die Versprechen des Marxismus, gegen alle stalinistischen ‚Verfälschungen‘ und Verzerrungen an am Ende doch verwirklicht werden könnten, hat sich gegen die frühen und eindringlichen Kritiken des *prophetischen Marxismus* als blind erwiesen. Dieser Marxismus-Leninismus ist in der früheren Sowjetunion längst zur Legitimationsideologie einer neuen, diktatorisch herrschenden Elite verkommen gewesen. Wer geglaubt hat, dass mit der Zerschlagung des *irrationalen Terrors* des Nationalsozialismus und Faschismus nach der ‚Nacht des 20. Jahrhunderts‘ die schlimmste Bedrohung unseres demokratischen Projekts der Moderne aus der Welt geschafft worden sei, sieht sich getäuscht. In der Vorstellungswelt Putins, in der sich ein aggressiver restaurativer Nationalismus und ein zutiefst antidemokratisches und totalitäres Denken vermischen, das im Denken von Teilen der Eliten und Machtapparate der zerfallenen Sowjetunion überdauert hat, wird eine Bedrohung unserer repräsentativen Demokratien sichtbar. Wie es scheint hat sich solches Denken mit Versatzstücken zaristischen Großmachtstrebens und vielleicht auch eines panslawistisch-völkischem Nationalismus unheilvoll vermischt – und seine Anhänger scheinen zugleich gläubig in die Arme der russisch-orthodoxen Kirche zurückgekehrt zu sein – oder diese jedenfalls für sich zu instrumentalisieren. Es begegnet einem nahezu alles, was Madlaine Albright (2018) in ihrem letzten Buch als Hauptmerkmale eines neuen Faschismus bezeichnet hat.

Wir stehen also sehr ernüchtert da. Wir sind wohl wirklich mit der Gefahr konfrontiert, dass sich das ohnehin schmale Zeitfenster, das uns noch für eine öko-soziale Transformation offen steht, die immerhin die schlimmsten Zuspitzungen und Folgen der wissenschaftlich wohl fundiert prognostizierten Klimakrise vermeiden helfen könnte, noch rascher schließt. Diese Schlussfolgerungen aus meinen Analysen liegen ziemlich nahe bei denen, die Klaus Dörre im Nachwort der zweiten Auflage seines Buches *Die Utopie des Sozialismus – Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution* formuliert hat.

Der vorletzte Abschnitt des Schlusskapitels dieses Buches, in dem es um Putins Krieg und die Zeitenwende geht, der wir uns nun unabweisbar gegenübersehen, endet mit einem Zitat Albert Camus', das ich schon dem Kapitel über unseren Traum vom ewigen Fortschritt vorangestellt habe. Anders als Klaus Dörre fällt es mir allerdings nicht so leicht, in unserer gegenwärtigen Lage von der *Utopie des Sozialismus* zu sprechen, an die erneut anzuknüpfen sei. Ich kann und will nicht davon absehen, dass der Marxismus einmal den Fortschritt des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft verkündet hat (Engels, 1988), genau zu der Zeit, zu der er begonnen hat, zu einem *prophetischen Marxismus* zu werden. Nach dessen offenkundigem Scheitern in Gestalt totalitärer Regime, die ihn in ihrer Version eines historischen und dialektischen Materialismus zu einer geschlossenen Weltanschauung und Legitimationsideologie gemacht haben, bekommt man Probleme. Denn die vermeintliche ‚Verwissenschaftlichung‘ des Utopiebegriffs macht es auch schwierig, so einfach mit dem weiter zu arbeiten. Die polnische Lyrikerin Wislawa Szymborska schreibt nach den Erfahrungen mit dem vermeintlich real existiert habenden Sozialismus in ihrem Gedicht *Utopia* nicht ohne Grund: *Diese Insel ist leer, allen Reizen zum Trotz / die an den Ufern sichtbaren kleinen Spuren / von Füßen führen ausnahmslos ins Meer. // Als ginge man hier nur fort / und tauchte ohne Rückkehr in die Flut. // Im Leben gar nicht zu fassen.* Unsere menschliche Geschichte bewegt sich eben nicht auf ein Ziel zu, dessen Name Utopia lautet, für das wir aber noch einmal einen Ort schaffen könnten. Wir werden immer unterwegs bleiben.

Angelehnt an eine Formulierung von Marx selbst, liegt es zudem leider nahe, von so etwas wie einem *moralischen Verschleiß* des alt-ehrwürdigen Begriffs des Sozialismus zu sprechen. Zwar wäre es im Hinblick auf die Verteidigung und Weiterentwicklung unseres demokratischen Projekts der Moderne und der dazu unabweisbaren Nachhaltigkeitsrevolution sehr wohl angemessen, jene frühsozialistischen Ansätze des Owenismus und der Chartistenbewegung neu in Erinnerung zu rufen. Sie haben ihre Wurzeln schließlich gleichermaßen in der europäischen Aufklärung - vor allem bei deren radikalsten Denkern, die wir heute gerne vergessen, wie Philipp Blom (2010) überzeugend vor Augen führt. Insbesondere in den wissenschaftlich und philosophisch wohl fundierten aktuellen Debatten zu Arbeit und Demokratie liegt ein solcher Rückbezug nahe. Auch an die sozialistische Internationale in sozialdemokratischer Tradition gilt es in diesem Zusammenhang zu erinnern. Ich würde den Akzent heute aber ganz entschieden auf die Stärkung unserer Demokratie im Sinne einer partizipativen Weiterentwicklung der verfassten repräsentativen demokratischen

Ordnung legen, die in langen Kämpfen errungen worden sind. In dieser Perspektive müsste es darum gehen, *private Regierungen* (Anderson 2019), also demokratisch nicht legitimierte Herrschaft in Unternehmen und Konzernen, in Frage zu stellen, entfesselte Märkte neu demokratisch einzuhegen und auch über demokratisch legitimierte Eingriffe in sie anders nachzudenken. Aber es gilt auch, zunächst einmal anzuerkennen, dass gegenwärtig wohl niemand halbwegs klar sagen kann, wie ein Sozialismus, der daraus in einer auch weiterhin offenen Zukunft vielleicht erwachsen kann, denn aussehen könnte. Sicher ist nur, dass er mit einem utopischen Endziel, oder auch nur dem Weg dorthin, nichts zu tun haben wird.

Vor uns liegt also eine Fülle offener Fragen. In den einzelnen Kapiteln dieses Buches bin ich ihnen in unterschiedlichen Richtungen nachgegangen. Es versteht sich von selbst, dass dieses Buch, das, wie einleitend schon betont, so nie geplant gewesen ist - und zu dessen rascher Zusammenstellung und redaktioneller Bearbeitung ich mich angesichts der nun aufgebrochenen Herausforderung von Krieg und Frieden veranlasst gesehen habe - unmöglich fertige Antworten zu liefern vermag. Grundsätzlich gilt aus meiner Sicht ohnehin eine Einsicht, die der Philosoph Frieder O. Wolf in seiner *Radikalen Philosophie* überzeugend dargelegt hat. Die vor uns liegende Zukunft ist offen. Wissenschaftlich gesicherte Aussagen über das, was kommen wird, sind ausgeschlossen. Futurologie in einem solchen Verständnis ist nach einem Wort von Stanislaw Lem Kaffesatzleserei. Philosophisch fundiert kann es nach meinem Verständnis deshalb, und darin folge ich Wolf, nur darum gehen, als Philosoph die richtigen Fragen zu stellen, die eine bessere Orientierung auf Zukunft hin ermöglichen können. Und als Wissenschaftler wird es einem, immer nur möglich sein, seinen spezifischen, also begrenzten Beitrag dazu zu leisten, eine möglichst große Klarheit über die Bedingungen zu gewinnen, die im politischen Prozess der Gesellschaft und beim stets neuen Aufwerfen philosophischer Fragen in Rechnung zu stellen sind.

Um einen solchen Beitrag geht es in den Analysen aus den letzten 14 Monaten, die ich für dieses Buch zusammengestellt und dann ein wenig aktualisiert und redaktionell überarbeitet habe. Sie können und sollen Impulse zum jeweils eigenständigen Weiterdenken geben. Visionen im Sinne des *I have a Dream* eines Martin Luther King werden dazu für uns Menschen immer unverzichtbar bleiben. Für die einen oder anderen mag dann auch utopisches Denken eine Rolle spielen. Ich habe meine Vorbehalte dazu geäußert. Viel wäre heute aber schon gewonnen, wenn wir aus einer hinreichend nüchternen Verknüpfung von hinreichend nüchternen Träumen und unserem Wissen über die Bedingungen, an die wir in unserem Handeln gebunden sind, so etwas wie unseren Möglichkeitssinn besser schärfen könnten.

Literatur:

- Abelshausen, W. (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn
- Adorno, T. W. (1970): Theodor W. Adorno: Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit, Gesammelte Schriften, Band 6: Frankfurt am Main 1970
- Albright, M. (2018): Faschismus. Eine Warnung, Köln
- Alinsky, S. D. (2010): Call Me A Radical, Zusammengestellt und aus dem Englischen von Karl-Klaus Rabe (1984/1999), redaktionell bearbeitet und aktualisiert von der IG Metall Jugend (2010), Berlin
- Anderson, E. (2019): Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin
- Arendt, H. (1958): Die Räte Ungarischer Revolution und der totalitäre Imperialismus, in: diess., In der Gegenwart. Übungen zum politischen Denken II, hgg. von U. Lutz, München/Zürich 2000, S. 73 - 126
- (1967): Vita Activa oder vom tätigen Leben, München (dt. Erstausgabe 1961)
 - (1971) Lying in Politics, in: New York Review of Books, 18.11., Nachdruck in: Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3/2004, S. 3-18
 - (1974): Über die Revolution, München
 - (1979): Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen, München
 - (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hgg. Von U. Lutz, München-Zürich
 - (2002): Denktagebuch (hrsg. Von U. Lutz und I. Nordmann, Zürich)
- Arrighi, G. (2009): Die verschlungenen Pfade des Kapitals. Ein Gespräch mit David Harvey, Analysen mit Beverly J. Silver zur Weltgeschichte der Arbeiterbewegung und zu China, Hamburg
- Arrighi, G.; Hopkins, T. K.; Wallerstein, I. (1989): Antisystemic Movements. London-New York
- Azzelini, D. (2014): Ein Epochenbruch. Die neuen globalen Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 495-512
- Balser, M.; Brössler, D.; Bullion, C. v.; Gammelin, C. (2021): Jetzt kommt der schwere Teil. Die Ampel-Verhandler ringen von Donnerstag an um das Fundament ihrer möglichen Zukunft, SZ, 20.10. 2018
- Beer, J.; Kruse, B.; Müller-Hansen, S. (2022): Wie Kriege enden. Und wie enden sie so, dass sie nicht wieder ausbrechen? Die Forschung liefert Antworten: Für die Ukraine verheißt sie nichts Gutes, SZ 17./18. 02. 2022
- Beucker, P.; Reinecke, S., Lehmann, A. (2022): Linkspartei in der Existenzkrise: die Linke und Putins Krieg, taz.de 30.03. 2022
- Bischoff, J. (2022): Der Überfall Russlands, der Wirtschaftskrieg und die Zeitenwende, in: Sozialismus, 4/2022, S. 7-10
- Bischoff, J.; Müller, B.; Radke, B.; Siebecke, G. (2021): Berliner Republik im Machtvakuum, in Sozialismus 10/2021., S. 2-6
- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München
- Blume, D.; Boll, M.; Gross, R. (Hg.): Hannah Arendt und das 20. Jahrhundert, München
- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main
- (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz
 - Die verborgenen Mechanismen der Macht, Schriften zu Politik&Kultur, Hrsgg. von M. Steinrück, Hamburg
- Brie, M. (2012): Revolutionäre Tatkraft (zu Lehndorff, New Deal), in: Sozialismus 1/2021, 64f

- Brokmeier, P. (1994): Institutionen als Organon des politischen, Versuch einer Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt, in: Göhler, G. (Hg.): die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S.167-186
- Bröckling, U. (2019): Gewaltdrohung und Schutzversprechen. Zur Theorie der Rackets; in: WestEnd 15. Jahrgang, Heft 2/2018, S. 139-152
- Budraitskis, I. (2022): Krieg / Frieden – Osteuropa – Ukraine-Krise. Hätten wir damit rechnen müssen? RLS 01.03. 2022, <https://www.rosalux.de/news/id/46049/haetten-wir-damit-rechnen-muessen>
- Camus, A. (1957a): Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer-Essays, Zürich
- (1957b): Die Mandelbäume, in: ders.: Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer-Essays,
 - (1957c): Helenas Exil, in: ders.: Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer-Essays, S. 61-69
 - (2011): Der Mythos des Sisyphos (13. Auflage), Reinbek bei Hamburg
 - (2016) Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbek bei Hamburg
- Cancic, H.; Groschopp, H.; Wolf, F.O. (Hg.) (2016): Humanismus, Grundbegriffe, Berlin/Boston
- Castoriadis, C. (2016): Die ungarische Quelle, in: ders.: Ungarn 56. Die ungarische Revolution. Ausgewählte Schriften, Band 7, hgg. von Gabler, A.; Halbrodt, M.; Wolf, H. , Lich/Hessen, S. 67-97
- Chomsky, N. (2017): Wer beherrscht die Welt? Die globalen Verwerfungen der amerikanischen Politik, Berlin
- Condorcet, M. J. (1976): Entwurf einer historischen Darstellung der Entwicklung des menschlichen Geistes, Frankfurt am Main
- Dahrendorf, R. (1997). An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert, in: Die Zeit, 14.11. 1997
- (2009): Marktwirtschaft, Kapitalismus, Krise: Was nun?, in: Rüttgers, J.- (2009) (Hg.): Wer zahlt die Zeche? Wege aus der Krise, Essen, S. 23-27
- De LA Rosa, S. (2014): Hannah Arendt im Spannungsfeld zwischen Säkularisierung und Sakralisierung, in: Leviathan Jg. 42, 2/2014, S. 147-190
- Diderot, D. (1984) Denis Diderot Briefe 1742-1781– ausgewählt und herausgegeben von Hans Hinterhäuser, Frankfurt am Main
- Dienel, P.C. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment Demokratie, Opladen
- Ditfurth, v. H: (1087): Unbegreifliche Realität. Reportagen, Aufsätze, Essays eines Menschen, der das Staunen nicht verlernt hat, Frankfurt und Wien
- Dörre, K. (2017): Nach dem schnellen Wachstum: Große Transformation und öffentliche Soziologie, in Aulenbacher, B.; Burawoy, M.; Dörre, K.; Sittel, J. (Hg.) (2017): Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft, Frankfurt am Main, S. 33-67
- (2020): Zur ökologischen Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsrevolution. Welche Rolle spielen die Gewerkschaften? Luxemburg Lecture von Klaus Dörre 3.10. 2020 :<https://www.rosalux.de/mediathek/media/element/1357?cHash=180807343659e79cf291106752b80ab8>
 - (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin
 - (2022): Das Zeitfenster Schließt sich! Krieg, Extremismus und die Utopie des Sozialismus, (erweiterte Fassung des Nachworts zur zweiten Auflage von Dörre, K. 2022), in: Sozialismus 4/2022, S. 16-23
- Elias, N. (1980): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 7. Auflage, 2 Bände (Erstauflage 1969), Frankfurt am Main
- (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1985), Frankfurt am Main
- Engels, F. (1988): Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur wissenschaft. Marx-Engels-Gesamtausgabe. Abteilung I. Band 27, Berlin, S. 545–582.
- Enzensberger, H. M. (1964): Einzelheiten I. Bewusstseinsindustrie, Journalismus als Eier-tanz, Frankfurt am Main

- (1970) Baukasten zu einer Theorie der Medien, in: ders. (Hg.): Kursbuch 20, Über ästhetische Fragen, Frankfurt am Main, S. 159-186
 - (2002): Die Elixiere der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft. Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil.-Schrift (nur teilweise veröffentlicht) Göttingen
- Flocken, P.; Hellmann-Flocken, S.; Howaldt, J.; Kopp, R.; Martens, H. (2001): „Erfolgreich im Verbund“ – Die Praxis des Netzwerkmanagements, Düsseldorf,
- FNPA (2021): Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie. Mit welchen Risiken und Chancen hat die Pandemie die Arbeitswelt in Bewegung gebracht? Dokumentation des Online-Workshops vom 10.11. 09. 2021; www.fnpa.eu
- Forst, R. (2020): Die Verwahrlosung der Demokratie. SZ 02.09,
- Foucault; M. (1971): Die Ordnung der Dinge, Frankfurt am Main
- Frampton, S. (2011): Wenn ich mit meiner Katze spiele – woher weiß ich, dass sie nicht mit mir spielt? Montaigne und die Fragen des Lebens, München
- Freeland, C., (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geld-elite, Frankfurt am Main
- Fuchshuber, T. (2019): Rackets. Kritische Theorie der Bandenherrschaft, Freiburg
- Fukuyama, F. D. (1989): The End of History? In: The National Interest, No. 16, Baltimore
- 1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München
- Gabriel, M. (2015): Warum es die Welt nicht gibt, Berlin
- (2016). Ich ist nicht Gehirn, (2. Auflage), Berlin
 - Der Sinn des Denkens, Berlin
- Gagnebin, M. (2011): Über den Begriff der Geschichte, in: Lindner, B. (Hg): Benjamin Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart-Weimar, S. 284-300
- Geißler, H. (2012): Sapere aude! Warum wir eine neue Aufklärung brauchen, Berlin
- Georg, A.; Peter, G. (unter Mitarbeit von U. Dechmann, O. Katenkamp, C. Meyn, A. Peter). (2016): SelbstWertGefühl. Psychosoziale Belastungen in Change-Management-Prozessen, Hamburg
- Glawe, H.; Martens., H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Scholz, D.; Wolf, F. O. (2006): Spandauer Thesen. Für eine neue Politik der Arbeit in einer neuen Zeit, in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F. o. (Hg.) Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster, S. 272-299
- Graebner, D. (2012): Schulden: die ersten 5000 Jahre, Stuttgart
- Gruen, A. (2015): Wie Frieden? In: Käßmann, M.; Wecker, K. (Hg.) (2015): Entrüstet Euch! Warum Pazifismus für uns das Gebot der Stunde bleibt. Texte zum Frieden, Gütersloh, S. 114-127
- Grünbein, D. (2022): Nichts berechtigt uns zu Hoffnung. Der Überfall auf die Ukraine hat die Neuprogrammierung Russlands durch das System Putin vollendet, SZ 02/03. 2022
- Habermas, J. (1985): Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen, Frankfurt am Main
- (2002): Nach dem Bankrott. Der Privatisierungswahn ist an sein Ende gekommen. Nicht der Markt, sondern die Politik ist für das Gemeinwohl zuständig. Ein Gespräch mit dem Philosophen Jürgen Habermas, in: Die Zeit, Nr. 46, 06. 11. 2009
 - (2011): Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus, in: SZ, 07.2112. 2011
 - (2014): Warum der Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: Leviathan4, S. 525-538
 - (2015): Der Demos der Demokratie – eine replik, in: Leviathan2, S. 145-154
- Habeck, R. (2021): Von hier an anders. Eine politische Skizze, Köln
- Handelsblatt (15.10. 2021): Ampel Sondierung von SPD, Grünen und FDP. Das ist das Ergebnispapier

- Hartmann, M. (2018) Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden, Frankfurt am Main
- Heidlberger, B. (2021): Rezension zu: Robert Habeck: Von hier an anders. Eine politische Skizze, Köln 2021, in: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <https://www.socialnet.de/rezensionen/27984.php>
- Heinsohn, G. (2022): Putin verrechnete sich mit dem Kampflösen Sieg und steht nun mitten im Krieg, Flossbach von Storch, Research Institute
- Hensche, D. (2021): Phantasie und Handlungsmacht. Voraussetzungen einer Demokratieoffensive, in: Schmitz, C.; Urban, H.—J. (Hg.): Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension in der Arbeitspolitik? Jahrbuch Gute Arbeit 2021, Frankfurt am Main
- Hirschman, A. O. (1980): Leidenschaften und Interessen, Frankfurt am Main
- Horkheimer, M. (1977/81): Die Aktualität Schopenhauers, in: Haffmanns, G. (1981), (Hg.): Über Arthur Schopenhauer, Zürich. S. 145-164
- Horkheimer, M. ; Adorno. T. W. (1947): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Amsterdam
- Howaldt, J.; Kopp, R.; Martens, H. (2000): Koevolutionäre Kooperationsverbände als regionales Innovationsmanagement, In: Naegele, G. Peter, g., (Hrsg): Arbeit-Alter-Region. Zur Debatte um die Zukunft der Arbeit, um demographische Entwicklung, und die Chancen regionalpolitischer Gestaltung , Münster/Hamburg/London, S. 239-271.
- IG Metall (1972): Aufgabe Zukunft. Qualität des Lebens. Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland 11. Bis 14. April 1972 in Oberhausen, 10 Bände, Frankfurt am Main
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechselkongress Berlin, 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- (2021): Arbeitspapier 5/21. Sicherheit im Wandel. Instrumente für die Gestaltung der Transformation
- Jungk, R.; Müllert, N. R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg
- Kahrs, H. (2021): Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Wahl-nachtbericht. Erste Deutungen und Hintergründe des Wahlverhaltens, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 27.09.2021 frühmorgens
- Katenkamp, O.; Dechmann, U. Guhlemann, K.; Martens, H.; Maylandt, J.; Meyn, C.; Peter, G. mit einem Gastbeitrag von W. Kothe (2018): Betriebsratshandeln zwischen Prävention und Innovation – die Bedeutung der §§ 90/91 BetrVG für die Gestaltung von Restrukturierungsprozessen, Düsseldorf
- Kilminster, R. (1996): Norbert Elias und Karl Mannheim – Nähe und Distanz, in: Rehberg, K.-S. (Hg.): Norbert Elias und die Menschenwissenschaften. Studien zur Entstehung und Wirkungsgeschichte seines Werkes, Frankfurt am Main, S. 352-392
- Kister, K. (2022): Die Fantasie ist ein Fluchttier. Vom vertikalen Erzählen und dem Bergwerk der Erinnerung: ein Portrait des großen Geschichtensammlers Alexander Kluge, SZ 12/13. 02. 2022
- Kluge, A. (2022): Sieger ist nicht, wer die Schlacht gewinnt, Zeit-Online 05.03. 2022
- Kohn, J. (2011): Denkwege einer politischen Theorie, in: Heuer, W.; Heiter, B.; Rosenmüller, S. (Hg.): Arendt-Handbuch. Leben – Werk - Wirkung, Stuttgart und Weimar
- Krastev, I. (2022): Putin will „Lügner genannt werden“ Der politikexperte Ivan Krastev steht dem Philosophen David Richard Precht Rede und Antwort auf die wichtigsten Fragen zum krieg in der Ukraine, ZDF.de Nachrichten 15. 05. 2022
- Kraye, A. (2022): Unser kläglich Brot. Der Kapitalismus ist nicht der Auslöser der aktuellen Lebensmittelkrisen, aber könnte ihr Opfer werden. Denn die Globalisierung war eine Utopie, die an den Wandel durch Handel glaubte, in: SZ 23.03. 2022
- Krippendorf, E. (2001): Jefferson und Goethe, Hamburg
- Krysmanski, H.-J. (2018): Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen, Münster

- Lem, S. (1984): In der Höhle der Zivilisation, in: Lem über Lem. Stanislaw Lem – Stanislaw Beres. Gespräche, Frankfurt am Main, S. 235-289
- (1999): Jeder Fortschritt enthüllt unsere Ignoranz. Prognosen für die Zukunft der Menschheit zu Beginn des 3. Jahrtausends der Zeitrechnung, in Frankfurter Rundschau 31.12. 1999
- Lesch, H. (2021)): Manche mögens heiß – aber alle? Fernsehsendung in der Reihe Terra X, verfügbar über YouTube 13.10. 2021
- Lesch, H.; Kamphausen K. (2016): Die Menschheit schafft sich ab. Im Griff des Anthropozän, München
- Lehndorff. S. (2020) New Deal heißt Mut zum Konflikt: Was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre heute lernen können, eine FlugschriftHamburg
- Lindemann, K., (2021): Die Politik der Rackets. Zur Praxis der herrschenden Klöass3en, Münster
- Löwy, M. (1997): Benjamins Marxismus, in: Das Argument 34, S. 557-562
- Mbembe, A. (2020):Die Leben wägen. Covid 19 hat eine Reihe von dunklen Ahnungen bekräftigt, hat uns das Chaos, die Gewalt und die Ungerechtigkeit vor Augen geführt, die die Welt strukturieren, in: SZ 05.08. 20230
- Manow, P. (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt am Main
- (2018):Politische Ökonomie des Populismus, Berlin
 - 2020): (Ent)Demokratisierung der Demokratie, Berlin
- Martens, H.: (1998). „Reflexive Demokratie. 25 Jahre Planungszelle. Es geht darum, die Bürgerrolle wirklich zu öffnen – Tagungsbericht, in: ARBEIT 2/1998, S. 179- 181
- (2003): Neue Formen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion in der ‚Wissensgesellschaft‘ und der Nützlichkeits- und Wahrheitsbezug der Wissenschaften, in: Katenkamp, O., Peter; G. (Hg.): Die Praxis des Wissensmanagements. Aktuelle Konzepte und Befunde in Wirtschaft und Wissenschaft, Münster
 - (2008): Primäre und sekundäre Arbeitspolitik und Öffentlichkeit. Zum Nutzen einer analytischen Unterscheidung in der Debatte um die Revitalisierung der Gewerkschaften, in: Lindner, U.; Nowak, J. Paust-Lassen, P. (Hg.) (2008): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Frieder Otto Wolf, Münster
 - (2013): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Arbeitsforschung Eine auch persönliche Bilanz, Münster
 - (2014a): Politische Subjektivierung und ein neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Foucault und Rancière zusammen- und weiter denken, Münster
 - (2014b): Am Anfang steht die Handlung – am Ende ein „losgelassener Verzehrungsprozess“? Die Krise des demokratischen Projekts der Moderne im Licht von Michael Tomasellos Konzept der geteilten Intentionalität. www.drhelmutmartens.de (Texte zum Download. sozialwissenschaftliche Texte, philosophische Texte)
 - (2014c): Am Anfang und am Ende unserer Zeit – Überlegungen aus Anlass von Christa Wolfs Reflexionen im Epochenbruch; www.drhwelmutmartens.de
 - (2015a):Zwischen Elitenherrschaft und radikaler Demokratie. www.drhelmutmartens.de (Texte zum Download. Wissenschaftliche Texte. Essays)
 - (2015b): Radikale Demokratie und streitbarer Pazifismus – untrennbare Voraussetzungen für das Erreichen eines „reiferen zivilisatorischen Modells“, www.drhelmutmartens.de
 - (2015c): Die Elixiere der Wissenschaft“ – Reflexionen über wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt, www.drhelmutmartens.de
 - (2016a): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik - Hamburg
 - (2016b): Angesichts eines neuen Protestzyklus – Perspektiven und offene Fragen, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte

- (2018): Auswege aus dem gewerkschaftlichen ‚Gefangenendilemma‘? Zu Hans-Jürgen-Urbans Transformationsüberlegungen, in: Sozialismus 2/2018, S. 50-54
 - (2019a): Warum in die Ferne schweifen? Angesichts der Herausforderungen linker Politik ein Blick auf die SP Schweiz, in: spw-Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 230, S. 36-71
 - (2019b): Vor der ‚Rückkehr der Zukunft‘, oder konfrontiert mit finsterner werdenden Zeiten? – wissenschaftliche, philosophische, literarisch verdichtende Perspektiven angesichts der Krise der Politik, in: Rahlwes, M.; Rudnick, T.; Tzanakis Papadakis, N. (Hg.): Philosophie und Kritik der Politik. Festschrift für F. O. Wolf zum 75. Geburtstag, Münster, S. 111-127
 - (2019c): In einer aus den Fugen geratenen Welt. Literarisch inspirierte. philosophisch fundierte sozialwissenschaftliche Reflexionen, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte
 - (2020a): Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund
 - (2020b): Ich bin und ich habe mich nie, aber wir werden doch! Reflexionen aus Anlass von Markus Gabriels These, dass es die Welt nicht gibt – ein Essay, www.drhelmutmartens.de
 - (2020c) Die Corona-Krise als Störung des ‚Weiter-so‘, in: Sozialismus, 10/2020, S. 57-62
 - (2020d): Krise und ‚Normalität‘ – Die Corona-Krise als Störung des ‚Weiter-so‘ oder als Impuls neu und anders zu denken – ein Essay, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte
 - (2020e): Science-Fiction-Autor oder Humanistischer Denker und ‚Technikapostel‘? Reflexionen zu Stanislaw Lem, www.drhelmutmartens.de, literaturwissenschaftliche Texte
 - (2020f): Albert Camus‘ Linksnietscheanismus als epikureische Gelassenheit und politisch-intellektuelles Engagement, www.drhelmutmartens.de
 - (2020d): Albert Camus als philosophischer Literat, www.drhelmutmartens.de , literaturwissenschaftliche Essays
 - (2021a): (2021b): Im Angesichts der Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne, in: spw, Heft 242, S. 88-96
 - (2021b) Im Angesicht der Krise des demokratischen Projekts der Moderne. Ein Essay, www.drhelmutmartens.de
 - (2021c): Tagungsbericht Transformation und Demokratie, in spw, Heft 242, 1/2021, S. 101f
 - (2021d): Gewerkschaften für *Sicherheit im Wandel* oder vor der Herausforderung zu einer *neuen Politik der Arbeit* angesichts ökonomisch-ökologischer Krisendrohungen. Ein Essay, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte
 - (2022a): Ratlos in der Eiszeit? Ukraine-Krise, fatale Folgerichtigkeit der aktuellen Entwicklung, neue Einsichten, Perspektiven, ein Essay, www.drhelmutmartens.de
- Martens, H.; Dechmann, U (2010): Am Ende der Deutschland AG. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Marx; K. (1968): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt am Main/Wien (Faksimiledruck der Ausgabe von 1953 von der Europäischen Verlagsanstalt / Europas Verlag, Frankfurt / Wien 1968).
- Marti-Brander, U. (2018): Die Freiheit des Karl Marx. Ein Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter, Reinbek bei Hamburg
- Mason, P. (2016): Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin
- Mayer-Ahuja, N. (2021): Demokratie in Zeiten der Digitalisierung? In: Schmitz, C.; Urban, H.-J. (Hrsg): Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik? Jahrbuch Gute Arbeit, Ausgabe 2021. S.77-88
- Moorstedt, M. (2020): Sie haben keine Wahl. Bei Werbung für Trump und Biden geht es um gezieltes Ausspähen jedes einzelnen Wählerprofils, in SZ, 28.10. 22020
- Münkler, H. (2022): „Das mit der Weltgemeinschaft können wir uns abschminken“. Herfried Münkler im Gespräch mit Ute Welty, Studio 9 Deutschlandfunk Kultur

- Nachtwey, O. (2020): „Die Risiken sind dramatisch ungleich verteilt.“ Corona trifft Arme härter als Reiche. Es gibt aber in Deutschland keine Statistiken dazu. Warum eigentlich? Ein Gespräch mit dem Soziologen Oliver Nachtwey, SZ. 10.03. 2021
- Nassehi, A. (2022). Der Mensch täuscht sich meistens selbst, Tagesspiegel 18.04. 2022
- Neckel, S. (2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55
- Neef, W. (2021): Transformation des «Kapitalozän» , in: Sozialismus, Heft 2/2021, S. 46-47
- Negt, O. (2011): Warum sind Krisenzeiten selten Erkenntniszeiten? Ein Gespräch mit Oskar Negt über blockierte Lernprozesse, gesellschaftliche Urteilskraft und Demokratie als Lebensform, In: Sozialismus4/2011, S. 52-56
- Negt, O. (2016): Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen, Werkausgabe Bd. 16, Göttingen
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main
- Nietzsche, F. (1981): Schopenhauer als Erzieher, in: Haffmann, G. (Hg.): Über Arthur Schopenhauer, Zürich
- Nietzsche, F., (2011): Der tanzende Stern. Aphorismen. Ausgewählt und herausgegeben von Kai Kilian, Köln
- Odenwald, S. (2020): Ein Meilenstein. Die Wahl von Kamala Harris zur ersten weiblichen Vizepräsidentin, in: Sozialismus 12/(2020), S. 16-18
- Peter, G. (2020): Die Metamorphosen der Arbeitswelt im ‚Epochenbruch‘. Eine futurologische Konstruktion, in: Georg; A.; Guhlemann; K.; Peter, G. (Hg.): Humanisierung der Arbeit 4.0. Prävention und Demokratie in der digitalisierten Arbeitsgesellschaft, Hamburg, S. 205 - 238
- Pinker, S. (2019): Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt, Frankfurt am Main,
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- (2018). Das Kapital, München
- Plessner, H. (1985/1956). Die Funktion des Sports in der industriellen Gesellschaft, in: ders.: Gesammelte Schriften X, Schriften zur Soziologie und Sozialpsychologie, Frankfurt am Main, S. 147-164
- Polanyi, K. (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main
- Positionspapier SP Schweiz (2016): Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen, https://www.sp-ps.ch/sites/.../positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf
- PROKLA-Redaktion (2014); Editorial: Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S.466ff
- (2016): Der globale Kapitalismus um Ausnahmezustand, in: PROKLA, Heft 185: Ausnahmezustand: Barbarei oder Sozialismus, Heft 4/2016, S. 507ff
- Radke, B. (2021): Klima-Check. Kein Wahlprogramm erreichte die notwendigen Klimaziele, in Sozialismus 10/2021, S. 9-11
- Ramelow, B. (2021): Von der Praxis linken Regierens, in: Sozialismus 10/2021, S. 12-14
- Rancière, J. (2002) Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Rehberg, K.-S. (2011): „Klassengesellschaftlichkeit“ nach dem Ende der Klassengesellschaft?, in: Berliner Journal für Soziologie, 1/2011, S. 7 – 21
- Rehfeld, N. (2022): Hat Putin mich je einen Rassisten genannt? Russlands Machthaber beginnt einen Krieg in Europa. Womit sind Amerikas Medien beschäftigt? Mit sich selbst. Das ist peinsam, vor allem bei Fox News. In: FAZ 26.02. 2022
- Reif, K.- (2013): Albert Camus: Vom Absurden zur Liebe, Königswinter,
- (2021): Die Welt bietet keine Wahrheiten sondern Liebesmöglichkeiten, Vortrag auf dem Albert-Camus-Festival der Albert-Camus-Gesellschaft, Aachen 27.10. 2021
- Rösler, J. (2010): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 9/2010

- Rossmann, R. (2020): Ein Votum mit ‚mehr Substanz‘. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble beobachtet eine wachsende Distanz zwischen Wählern und Gewählten in westlichen Demokratien. SZ 26./27.09. 2020
- Roth, R. (2012): Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 1/2012, S. 21-31
- Safranski, R. (2015): Zeit - Was sie mit uns macht und was wir aus ihr machen, München
- Schirrmacher, F. (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Schlögel, K. (2022): Die Ordnung im Kopf und die Unordnung der Welt, FR 03.05. 2022
- Schmidt, A. (1977a): Zum Begriff des Glücks in der materialistischen Philosophie, in: Ders. Schopenhauer, Horkheimer, Glücksproblem. Drei Studien über Materialismus, S. 135-195
- (1977b): Schopenhauer und der Materialismus, in: ders.: Schopenhauer, Horkheimer, Glücksproblem. Drei Studien über Materialismus., München Wien, S. 21-79
- Schmitz, C.; Urban H.-J. (Hg.): Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension in der Arbeitspolitik? Jahrbuch Gute Arbeit 2021, Frankfurt am Main
- Schröder., W. (2021): „Am Ende könnte auch eine Spaltung der Union stehen“. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Schröder prophezeit der Union eine schwierige Zeit der Neuorientierung. Für die FDP sieht er große Chancen in der Ampel, SZ 11.10. 2021
- Schulz, B. (2020): Warum ist Donald Trump so beliebt? Zehn Thesen zum Ausgang der Präsidentschaftswahlen, in: Sozialismus 12/2020, S. 2 - 5
- Schumacher, J. (1937/78): Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums, Frankfurt am Main
- Schwan, G. (2022): Mehr Solidarität wagen, „Zeitenwende“ bedeutet weit mehr als Aufrüstung: Warum die freiheitlichen Demokratien ihr Verständnis von globaler Zusammenarbeit überdenken sollten. SZ, 18.07. 2022
- Sennett, R. (2014): Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, München
- Siemann, W. (2021): Gebt mir ein Blutbad! FAZ 09.01. 2021
- Shum, D. (2022): Red Roulette. An Insider's Story on Wealth; Power, Corruption and Vengeance in Today's China, New York
- Solty, I. (2020)): Imperialer Neoliberalismus, rechtsautoritärer Nationalismus. Zur Analyse der US-Präsidentschaftswahl 2020, in: Sozialismus 12/2020, S. 9 – 15
- Sorokin, W. (2022): Putin ist geliefert. Wie unser Regierungschef von einem Hoffnungsträger zu einem Monster wurde. Und was ihn nun erwartet, in: SZ, 26./27. Februar 2022
- Steiner, U. (2011): Kapitalismus als Religion, in: Lindner, B. (Hg.). Benjamin Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart-Weimar, S. 167- 174
- Steinfeld, F. (2022a): Am Rande eines großen Krieges: Der Russland-.Ukraine-Nato-Konflikt, in Sozialismus 3/2022, S. 2-5
- (2022b): Der Krieg ist zurück in Europa. Putins brutaler Angriffskrieg und massiver Kontrollverlust des Westens, in; Sozialismus 4/2022, S. 11-15
- Steinmüller, A.; Steinmüller, K. (1999): Visionen 1900 – 2000 – 2100. Eine Chronik der Zukunft, Hamburg
- Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin
- Strimatter, K. (2022). Ich bereue nichts. Die Geschichte von Desmond Shum klingt wie ein Thriller, in SZ, 25.01. 2022
- Tomasello M. (2011): Die Ursprünge der menschlichen Kommunikation, Frankfurt a. M.
- Toose, A. (2022): Diesen Krieg verstehen. Wie gefährlich sind Sanktionen gegen Russland? Wie enthemmt ist Putin? Wie marode ist die Bundeswehr? Der Londoner Historiker Adam Tooze im Gespräch, in SZ 11.03. 2022
- Ullrich, O.- U. (2021): Leitbilder nach dem Ende des Fortschritts,. Und warum der Fortschritt als Mythos unserer Zeit gescheitert ist, in Sozialismus Heft 2/2021, S. 48-51
- Unfried, P. (2021): Mitte und gleichzeitig vorn. Mit neuem Politikstil will Robert Habeck die CDU als politisches Zentrum ablösen – und die Bundesrepublik krisentauglich machen. Kleiner geht's nicht?, in TAZ 16.01. 2021

- Urban, H.-J. (2016): Digitale Visionen als Leitbilder? Plädoyer für einen Digitalisierungsrealismus in der Arbeitspolitik, in: Sozialismus, 2/2016, S. 47-55.
- Vahland, K. (2022): Das berührte Land. Die Deutschen und der Krieg, SZ, 04.03. 2022
- Vester, M. (2018): Klasse, Klassenfraktionen und Milieus: Von Marx bis Bourdieu, Manuskript für einen Vortrag auf der Tagung „Klasse neu denken. Arbeitstagung zur neuen Klassenanalyse und –politik, Jena 9. Und 10. November 2018, Veröffentlichung bei der RLS
- Vester, M.; v. Oertzen, P.; Geiling, H.; Hermann, T.; Müller, D. (2001): Soziale Milieus im sozialen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt am Main
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Wagner, J. (2014): Ukraine. Showdown im postsowjetischen Raum, in: Sozialismus, 4-2014, S. 2 – 8
- Wallerstein, I. (1995): Die Sozialwissenschaften „kaputtdenken“. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts, Weinheim
- (1996): Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulbenkiankommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main
 - (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg
 - (2010) Krise des kapitalistischen Systems – und was jetzt?, in: Wallerstein, I.; Müller, H. (2010): Systemkrise und was jetzt, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010, S. 1-16
 - (2014): Vergangenheit und Zukunft der Globalen Linken, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 601-621
- Wendl, M. (2020): Müssen Staatsanleihen zurückgezahlt werden? Über Vorurteile und Mythen, in: Sozialismus Heft 11/20230, S. 52-56
- Werkmeister, O. K. (1981)): Walter Benjamin, Paul Klee und der Engel der Geschichte, in: ders. Versuche über Paul Klee, Frankfurt am Main, S. 98-123
- Wermuth, C.; Zwicky, P. (2017): Make Social Democracy Great Again. 10 Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie, in: Widerspruch, Heft 69, 2017, S. 79-92
- Wolf, F. O. (2002): Radikale Philosophie, Münster
- (2019): Deliberation und Wissenschaft. Zum Verhältnis von Radikaler Philosophie, Kritik der politischen Ökonomie und Kritik der Politik heute. M. Rahlwes, T. Rudnick, N. Tzanakis Papadakis im Gespräch mit F. O. Wolf., in: Diess. (Hg.): Radikale Philosophie und Kritik der Politik. Festschrift für F. O. Wolf zum 75. Geburtstag, Münster, S. 213-249
 - (2020) Bleibt Mutig! Klimakrise. So gigantisch die Aufgabe scheint, sie muss angegangen werden, Der Freitag, 27.02. 2020, S. 14
 - (2020): Ecology, finite marxism and socialist politics. A collection of interventions, Berlin (Manuskript)
- Wood, E.M. (2015): Der Ursprung des Kapitalismus. Eine Spurensuche (ausgewählte Werke Band I), Hamburg
- Zinn, K. G. (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg
- Zwicky, P. (2018): Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation. Denknnetz U-35, Januar 2018, Basel, Foliensatz
-